

KALERVO HOVI

INTERESSENSPHÄREN
IM BALTIKUM

Finnland im Rahmen der
Ostpolitik Polens
1919–1922

Societas Historica Finlandiae
Suomen Historiallinen Seura
Finska Historiska Samfundet

Studia Historica 13

KALERVO HOVI

INTERESSENSPHÄREN IM BALTIKUM

Finnland im Rahmen der
Ostpolitik Polens
1919–1922

Uebersetzt von Christian Krötzl

Einbandgestaltung: Rauno Endén

ISSN 0081-6493
ISBN 951-9254-51-X

Vammalan Kirjapaino Oy
Vammala 1984

Für meine Tochter Tiin

Vorwort

Diesem provokativen Gedanken bin ich neben meiner übrigen Forschungsarbeit nachgegangen. Mein Dank richtet sich deshalb an jene Personen und Institutionen, die diese unterstützt haben. Es war mir jedoch möglich, in Vorträgen meine Gedankengänge darzulegen und in Gesprächen mit Fachkollegen aus Finnland, der Estnischen SSR, Polen, der Bundesrepublik Deutschland sowie den Vereinigten Staaten Zustimmung zu meinen Thesen zu finden. Direkte Unterstützung erhielt ich von der polnischen Akademie der Wissenschaften, die mir im Sommer 1978 ein zweimonatiges Forschungsstipendium nach Warschau gewährte. Das freundliche Entgegenkommen der Historischen Gesellschaft Finnlands hat die Uebersetzung und Drucklegung der Handschrift ermöglicht, was mit Dankbarkeit vermerkt sei.

Turku, im November 1983

Kalervo Hovi

Inhaltsverzeichnis

SONDERBARE VORSCHLÄGE	13
DIE AUSGANGSPOSITIONEN	17
Polens Blick auf die Ostgebiete	17
Die ersten Randstaatenpläne – eine oder zwei Gruppen?	24
DIE ENTSTEHUNG DER DE FACTO-AUFTEILUNG IN INTERESSENSPHÄREN (Januar–Oktober 1919)	37
Die Sonderstellung Estlands im Rahmen der finnischen Aussenpolitik	37
Die Periode der intensiven estnisch-finnischen Zusammen- arbeit	37
Entstehung der Zusammenarbeit der Randstaaten ..	50
Die Konflikte zwischen Estland und Lettland betonen die Existenz der nördlichen Gruppierung	60
Das Scheitern der ersten polnischen Pläne einer Föderation mit Litauen	65
Die Bedeutung Lettlands für die polnische Aussenpolitik im Herbst 1919	75
DIE AUFTEILUNG IN INTERESSENSPHÄREN ALS GRUNDLAGE DER POLNISCHEN OSTPOLITIK (Novem- ber 1919–März 1920)	82
Die Interessensphären und die Russland-Politik Polens ..	82
Die Zuspitzung der Grenzkonflikte zwischen Estland und Lettland	87
Finnland im Rahmen der polnischen Ostpolitik	94

Polen strebt nach dem Einverständnis Finnlands ...	94
Die finnische Antwort	104
Die Zusammenarbeit Polens mit Lettland	114
DIE WENDE IM SOMMER 1920	121
Das Scheitern der polnischen Ostpolitik	121
Die Ungewissheit der Verbündeten Polens im Norden ..	130
DAS ZERBRÖCKELN DER DE FACTO-AUFTEILUNG IN INTERESSENSPHÄREN (Oktober 1920–Januar 1921)	140
Der Putsch in Wilna	140
Lettland lehnt sich gegen die Vorherrschaft Polens auf ..	145
NACHSPIEL IN WARSCHAU 1922	151
Die Entwicklung der Randstaatenpolitik von 1921 an ...	151
Der letzte polnisch-finnische Bündnisversuch	157
DIE INTERESSENSPHÄREN IM RAHMEN DER RAND- STAATENPOLITIK	164
QUELLEN UND SEKUNDÄRLITERATUR	170
PERSONENREGISTER	000

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Nordosteuropa in den Jahren 1919–1922 und Polen in den Grenzen von 1772	12
Józef Piłsudski unter seinen Kampfgefährten im Jahre 1896	20
Konstantin Päts, der konsequente Befürworter der Zusammenarbeit und Union mit Finnland	35
Der Ankunft der ersten finnischen Freiwilligen in Reval	43
Rudolf Holsti, Hauptarchitekt der Randstaatenpolitik Finnlands	53
Baltikum in den Jahren 1919–1922	61
Wilna, Treffpunkt der polnischen, litauischen und weissrussischen Bevölkerung	71
Marschall Piłsudski	84
Juliusz Łukasiewicz, Leiter der Osteuropa-Abteilung im polnischen Aussenministerium und J.J. Mikkola, Sonderbeauftragter der finnischen Regierung, Schlüsselfiguren im polnisch-finnischen Interessensphärendenken	100
Leon Wasilewski, Piłsudskis Vertrauensmann in nordosteuropäischen Angelegenheiten	118
Boris Gyllenbögel, der erste Gesandte Finnlands in Polen	131
Die Veteranen der Randstaatenpolitik Zigfrids Meierovics, Konstanty Skirmunt, Rudolf Holsti und Ants Piip während der Warschauer Konferenz 1922	162



Nordosteuropa in den Jahren 1919–1922 und Polen in den Grenzen von 1772.

Sonderbare Vorschläge

Den Verfasser haben die Informationen verschiedener in- und ausländischer Archive beschäftigt, nach denen die Polen den Finnen Ende 1919/Anfang 1920 eine Aufteilung des Baltikums in Interessensphären vorgeschlagen hätten. Gemäss diesen Vorschlägen hätte Estland der Interessensphäre Finnlands angehört, wohingegen Lettland und Litauen dem Einflussbereich Polens zugeschlagen worden wären. Zu einem eigentlichen Vertragsentwurf gedieh Gedanke einer solchen Aufteilung jedoch nie, und die finnische Regierung scheint sich nie offiziell mit der Möglichkeit beschäftigt zu haben. Dies ist ohne Zweifel der Grund dafür, dass die Vorschläge für eine solche Aufteilung in Interessensphären in der bisherigen Forschung kaum je Beachtung fanden.¹

Andererseits standen die polnischen Vorschläge nicht so isoliert und dem Reich der Phantasie angehörend da wie es scheinen könnte. Das Ende des ersten Weltkrieges sowie die ersten Nachkriegsjahre waren eine goldene Zeit für allerlei Verträge über Interessensphären, und bei Berücksichtigung der polnischen Tradition und der realen Situation in Nordosteuropa stellte der Gedanke einer solchen Aufteilung des Baltikums für die Erreichung der gesetzten Ziele ein verständliches und zweckmässiges Mittel dar.

Die Erforschung dieser polnischen Idee einer Aufteilung in Interessensphären stösst jedoch von den Quellen her auf einige Probleme. Die polnischen Archive erlitten im Zweiten Weltkrieg schwerwiegende Schäden. So wurden beispielsweise die Finnland, Estland und Lettland betreffenden frühen Archivteile des Aussenministeriums nach den vorliegenden Informationen zerstört. Die in Warschau aus den verschiedenen Aussenstellen zusammengetragenen verstreuten Dokumente betreffen Finnland und die baltischen Länder nur inso-

1. Von den übrigen Forschern hat lediglich Olavi HOVI beiläufig auf die Möglichkeit einer Aufteilung in Interessensphären hingewiesen. O. HOVI 1980 S. 128n.

fern, als dass diese in Verbindung stehen zur allgemeinen Politik des Landes – allerdings sind diese Informationen von erheblicher Bedeutung. Die schlechte Quellenlage erfährt jedoch dadurch eine Korrektur, dass die Privatsammlung des ehemaligen polnischen Aussenministers und engen ostpolitischen Vertrauten des Staatschefs Piłsudski, Leon Wasilewski erhalten geblieben ist.

Eine weitere Schwierigkeit beim Gebrauch des polnischen Archivmaterials ist gleichfalls eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Zentrale Teile der erhaltenen Bestände sind mit den Flüchtlingen nach England und vor allem in die Vereinigten Staaten gelangt. So befinden sich im Polen-Institut sowie im Sikorski-Museum in London beispielsweise das Diarium sowie die Kopien der Korrespondenz der polnischen Gesandtschaft in London. Im Piłsudski-Institut in New York werden die Handakten der Jahre 1918–1922 aus der Hauptadjutantur Piłsudskis aufbewahrt. Im Hoover-Institut in Stanford wiederum befinden sich Teile des Archives der polnischen Botschaft in Washington.

Infolgedessen werden die wichtigsten Teile der unzerstörten Archivbestände an sehr weit auseinanderliegenden Orten aufbewahrt. Nicht einmal die konsequente Berücksichtigung dieser Bestände garantiert jedoch eine einigermaßen lückenlose Dokumentierung der polnischen Politik, da die Struktur der Verwaltung unter Piłsudski selbst Probleme aufwirkt. Das Staatsoberhaupt Polens hatte sich so stark an das konspirative Denken seiner Jugendzeit gewöhnt, dass er es auch bei der Pflege seiner Späteren Aussenpolitik anwandte. Von einer Reihe wichtiger Beschlüsse wurden gar keine schriftlichen Auzeichnungen gemacht, sondern die Anweisungen erfolgten ausschliesslich mündlich und mit Vorliebe zu nächtlicher Stunde.² Wichtige Informationen sind also möglicherweise nur indirekt erhalten geblieben, in den Aufzeichnungen der in- und ausländischen Gesprächspartner Piłsudskis.

Die folgende Untersuchung beruht sowohl auf polnischen als auch auf internationalen Quellen und Arbeiten. Von den polnischen Beständen sind die wichtigsten das erwähnte Archiv des polnischen Aussenministeriums, die Privatsammlung Wasilewskis in Warschau sowie die Sammlungen der Exilpolen in London, New York und Stanford. Von restlichen Quellenmaterial seien besonders die finnischen Privatsammlungen sowie die Archive der Aussenministerien Finnlands, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs und Englands erwähnt. Ausserdem fanden gedruckte Quellensammlungen Verwen-

2. Vgl. LUNDGREEN–NIELSEN 1979 S. 20, RHODE 1982 S. 271–272.

dung, deren wichtigste die polnische »Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich II–III« ist. Von den Memoiren bieten diejenigen Leon Wasilewskis »Józef Piłsudski. Jakim go znam« (1935) am meisten Informationen. Ausserdem liegen Untersuchungen vor über die Baltikum-Politik aller beteiligten Staaten. Von den letzteren soll hier als Kuriosität das von der früheren Forschung unbeachtet gebliebene Manuskript der Dissertation Henrik SCHAUMANS »Suomen reunavaltio politiikka 1919–1921 (Die finnische Politik gegenüber den Randstaaten 1919–1921)« (1963) erwähnt werden. Die Arbeit Andrzej SKRZYPEKS »Związek bałtycki. Litwa, Łotwa, Estonia i Finlandia w polityce Polski i ZSRR w latach 1919–1925« (1972) behandelt trotz der Erwähnung im Titel Finnland nur am Rande. Von den Untersuchungen, welche die bilateralen Beziehungen der beteiligten Staaten behandeln, sind die bedeutendsten Piotr ŁOSSOWSKIS »Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920« (1966) sowie Seppo ZETTERBERGS »Suomi ja Viro 1917–1919. Poliittiset suhteet syksystä 1917 reunavaltio politiikan alkuun (Finnland und Estland 1917–1919. Die politischen Beziehungen vom Herbst 1917 bis zum Beginn der Randstaatenpolitik)« (1977). Wichtig für die Thematik sind auch die Werke der Amerikanpolen M. K. DZIEWANOWSKI, »Joseph Piłsudski. A European Federalist 1918–1922« (1969) sowie Piotr S. WANDYCZ, »Soviet-Polish Relations 1917–1921« (1969).

Die vorliegende Untersuchung stellt in vielem einen Versuch dar. Sie geht von einigen wenigen, bisher für isoliert gehaltenen Angaben in den Quellen aus, um so zu neuen Antworten und Perspektiven in Bezug auf die Anfänge der polnisch-finnischen Beziehungen, die Randstaatenpolitik und die Geschichte Osteuropas allgemein zu gelangen. Am wenigsten ist über den Gedanken der Aufteilung in Interessensphären selbst bekannt. Worauf gründet er, welchen Zielsetzungen gehört er an, wie zentral ist seine Bedeutung innerhalb der polnischen Aussenpolitik und inwiefern lässt sich diese dadurch erklären? Um darauf eine Antwort zu finden, werden im folgenden aufgrund des vorhandenen Materials die charakteristischen Züge der Idee einer Aufteilung in Interessensphären im Rahmen der Ostpolitik Polens sowie deren historische Verbindungen und vergleichbare Ausgangspositionen aufgezeigt. Dies ermöglicht eine Darstellung der Aufteilungsidee, dieser interessanter, die aussenpolitischen Ziele des grössten Staates im mittleren Osteuropa enthüllenden, bisher unbekannten Erscheinung.

Ausserdem eröffnet die Berücksichtigung einer Aufteilung in Interessensphären gänzlich neue Perspektiven auf die sog. Randstaaten-

politik in der betreffenden Region. In der bisherigen Forschung hat man den von Zeit zu Zeit abgehaltenen Randstaatenkonferenzen und den darauf gemachten Vorschlägen zur Schaffung einer Bündnisfront primär gegen Sowjetrussland, jedoch auch gegen Deutschland grosse Bedeutung beigemessen. Hingegen gelang es nie, eine befriedigende Erklärung für die Tatsache zu finden, dass die Zusammenarbeit der Randstaaten trotz des offensichtlichen gemeinsamen Interesses nie in der Form eines Bündnisvertrages bekräftigt wurde.

Schliesslich ermöglicht die Erforschung der polnischen Baltikum- und Finnland-Politik auch, die letzte bedeutende Lücke bei der Darstellung der internationalen Stellung der gerade selbständig gewordenen finnischen Republik auszufüllen. Erstens wird die Ausrichtung auf die Randstaaten als einer der ersten Grundzüge der finnischen Aussenpolitik angesehen. Seine genauere Kenntnis und Beurteilung wurde jedoch solange verunmöglicht, als dass nicht abgeklärt war, welches die Ziele Polens, des im Rahmen der Zusammenarbeit der Randstaaten ungleich stärkeren Partners, in Bezug auf Finnland waren, und wie sich die Randstaatenpolitik hier in die Grossmachtpolitik einfügte. Im Rahmen der ostpolitischen Bestrebungen Polens kam ja Finnland und dessen Randstaatenpolitik eine eigenständige Rolle zu, die sich in den Jahren 1919–1920 sowohl bei der Entscheidung des jahrhundertelangen Kampfes um die polnisch-russischen Grenzgebiete als auch bei der Entscheidung des Schicksals der bewaffneten Weltrevolution auswirkte.

Die Untersuchung der polnisch-finnischen Randstaatenzusammenarbeit füllt noch eine weitere Lücke in der Kenntnis der aussenpolitischen Stellung Finnlands. Die finnisch-polnischen Handelsbeziehungen waren seit dem Mittelalter von ziemlicher Beständigkeit, und die kulturellen Beziehungen folgten diesem Muster. Die politische Zusammenarbeit hingegen war ziemlich Schwankungen ausgesetzt. Zwischen Polen und Finnland gab es zwei Perioden engeren Zusammengehens. Die erste datiert auf die Zeit der letzten Jagellonen Ende des 16. Jahrhunderts. Die zweite liess dann bis zum Anfang dieses Jahrhunderts auf sich warten. Sie begann mit den Kontakten der polnischen Sozialistenführer nach Finnland und erreichte ihren Höhepunkt mit der im folgenden zu behandelnden, an Finnland gerichteten polnischen Vorschlägen über Interessensphären und Bündnisse.

Die Ausgangspositionen

Polens Blick auf die Ostgebiete

Die polnischen Pläne in Bezug auf die Ostgebiete, welche im Hintergrund standen bei den Vorschlägen an Finnland, lassen sich im Grunde auf jenes gewaltige Erlebnis zurückführen, welches das von den Jagellonen geschaffene Reich für die Polen dargestellt hatte. Nach der im Jahre 1386 erfolgten Vereinigung Polens und Litauens in eine Personalunion entstand in Europa ein Grossreich, das sich von der Ostsee bis in die Gegend des Schwarzen Meeres erstreckte. Daran scheiterten sowohl die Versuche des Deutschen Ritterordens, seinen Machtbereich nach Osten auszudehnen wie auch die Expansionsbestrebungen der Fürsten von Moskau nach Westen. Gerade der Druck der letzteren veranlasste Litauen zur engeren staatlichen Verbindung mit Polen. Der Vertrag über die Schaffung eines polnisch-litauischen Bundesstaates wurde 1569 abgeschlossen. Bereits früher hatte die sich immer enger gestaltende Zusammenarbeit zur Einverleibung von Kurland sowie des Südteiles von Livland in das Reich geführt. Von diesen Gebieten verblieb der Südostteil des späteren Lettlands, Lettgallen (Latgale) beim polnischen Reich bis zu den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts. Die Nordflanke des Bündnisses war 1562 noch durch die Heirat der polnischen Prinzessin Katarina Jagellonica mit Johann, dem Sohn des schwedischen Königs Gustav Wasa und Herzog von Finnland, abgesichert worden.³ Das polnisch-litauische Machtzentrum zog auch im Süden Verbündete an, besonders aus Ungarn und Böhmen.

Die Mitverantwortung Polens für die Ostpolitik des neuen Reiches führte es in einen langwierigen Kampf um die Vorherrschaft in Osteuropa mit dem unter der Führung Moskaus stehenden Russland.

3. Ueber das Letztere siehe näher ARNELL 1937.

Die Kriege endeten insofern mit einem Misserfolg, als dass die Ukraine 1667 zwischen Polen und Russland aufgeteilt wurde. Das polnisch-litauische Reich verlor in der Folge so stark an Kraft und Einfluss, dass es 1772–1795 in der bekannten Weise zwischen Russland, Preussen und Oesterreich aufgeteilt wurde.

Trotz des schlussendlichen Misslingens hatte die polnisch-litauische »Völkergemeinschaft« einen prägenden Einfluss auf das polnische Sicherheitsdenken, denn er hinterliess eine zwar schwer messbare, jedoch starke und nationalromantisch geprägte Sehnsucht nach den Ostgebieten. Der Bundesstaat war eine fast 400-jährige Periode staatlicher Grösse und Macht gewesen. Als solche stellte er eine fertige und in der Erfahrung der Polen bereits erprobte sicherheitspolitische Lösung dar.

Ausserdem wies der »Völkerbund« eine ganze Reihe weiterer positiver Züge auf, welche seine Bedeutung in den Augen der folgenden Generationen noch verstärkten. Polen-Litauen hatte eine der Kornkammern Europas dargestellt. Die bedeutenden Getreideexporte ermöglichten die goldene Zeit der polnischen Kultur, als deren Folge sich ein eindrucksvolles Netz von Kulturdenkmälern, Kirchen und Palästen von Polen bis in die zentralen Gebiete Weissrusslands und der Ukraine erstreckte. Der polnisch-litauische Staat war auch einer der offensten und liberalsten seiner Zeit gewesen. Zur gleichen Zeit als sich das übrige Europa den sprachlichen und konfessionellen Grenzen entlang spaltete, tolerierten die Polen fünf offizielle Sprachen und neben fünf christlichen Bekenntnissen noch den jüdischen und den islamischen Glauben. Obschon den Katholizismus vom Ende des 16. Jahrhunderts an vorherrschend wurde, blieb eine gewisse grundsätzliche Toleranz erhalten, und Polen kannte auch zu den intensivsten Zeiten der Gegenreformation keine Inquisitionsverfolgungen und Ketzerverbrennungen. Polen hatte sich auch kurz vor seinem Zusammenbruch auf dem besten Weg zu einem modernen Nationalstaat nach französischem Muster befunden. Die fortschrittliche Verfassung des Jahres 1791 sowie die allgemeine Aushebung von 1794 stellten Meilensteine auf diesem Weg dar.⁴

In dieser Form entsprach die polnisch-litauische Föderation weitgehend den Sicherheitsinteressen sowie den übrigen Bedürfnissen der daran beteiligten Völker. Dies traf besonders auf den polnischen und polnisierten Landadel zu, der zu wesentlichen Teilen aus den Ostge-

4. Ueber die positiven Züge der polnisch-litauischen Union siehe bes. DZIEWA-
NOWSKI 1969 S. 21–25, über die Entwicklung der Union allgemein JURGELA
1948 S. 229–352, RHODE 1971, ROOS 1968.

bieten stammte, aus Litauen, Weissrussland sowie aus der Ukraine; gerade diese Adligen östlicher Abkunft hielten am Bild der grossen bundesstaatlichen Vergangenheit fest.

Diese Legende wurde später von jenen politischen Denkern und Schreibern benutzt, welche die in den polnischen Teilungen zerstörte Selbständigkeit wiederherzustellen suchten. Bereits Tadeusz Kościuszko, der Anführer des Aufstandes von 1794 und Begründer der neuzeitlichen polnischen Tradition der Volksaufstände erklärte, dass das Vertrauen der Polen in die Russen nur durch die Wiederherstellung der Düna-Dnjepr-Grenze zu erreichen sei, und die gleichen Gebietsforderungen erhoben sowohl die mit Frankreich als auch die mit Russland verbündeten nationalistischen polnischen Aktivisten. Weder die Hoffnungen der einen noch der anderen Seite wurden erfüllt. Die Idee bestand jedoch weiter, und bei den polnischen Volksaufständen der Jahre 1830 und 1863 richteten sich die Aufrufe der Revolutionäre auch an die Einwohner der ehemaligen »Völkergemeinschaft«.⁵ Die nationalistische Poesie Adam Mickiewicz' hatte in Wilna das Bewusstsein der gemeinsamen Vergangenheit erweckt und verstärkt, und der Aufstand von 1863 dauerte dann ja auch in Litauen länger als in Polen selbst.

Bereits anlässlich der Volksaufstände der Jahre 1830 und 1863 hatte die damalige Linke Programme ausgearbeitet, welche den Föderalismus auf der Grundlage der Gleichberechtigung anstrebten, und mit dem Aufkommen der sozialistischen und nationalistischen Ideen übernahm auch die sozialistische Linke den Gedanken einer polnisch-litauisch-weissrussisch-ukrainischen Föderation. Die im Aufbau befindliche neue Rechte strebte vor allem einer Nationalstaat in den Grenzen vor den polnischen Teilungen an. Bei seiner Verwirklichung hätte das die Einverleibung bedeutender litauischer, weissrussischer und ukrainischer Minderheiten in den polnischen Nationalstaat bedeutet. Die Hauptvertreter dieser beiden Richtungen waren im selbständigen Polen der ehemalige starke Mann der sozialistischen Partei Polens (PPS) Józef Piłsudski sowie der Führer der Nationaldemokraten Roman Dmowski.

Józef Piłsudski war von kleinadeliger Abstammung und wurde 1867 in der Nähe von Wilna geboren, in einem Gebiet mit polnisch-litauisch-weissrussischer Mischbevölkerung. So wurde der zukünftige Staatschef Polens und Leiter der Ostpolitik buchstäblich in die föderalistische Tradition hineingeboren. Seine Schuljahre waren ge-

5. Siehe bes. DZIEWANOWSKI 1969 S. 26–31.



Józef Piłsudski (3. von rechts) unter seinen Kampfgefährten im Jahre 1896. *Turun Sanomat*.

prägt vom Geiste Mickiewicz' und vom Aufstand des Jahres 1863. Nachdem Piłsudski während seiner Studienzeit aktiv an den antizaristischen Umtrieben teilgenommen hatte, schloss er sich bald nach deren Gründung der PPS an. Nebst dem gesellschaftlichen Programm faszinierte ihn an der Partei vor allem deren starke nationale Ausrichtung und Verbundenheit mit dem traditionellen polnischen Revolutionsgeiste.⁶ In den Veröffentlichungen der Partei richtete Piłsudski sein Augenmerk besonders auf die Zusammenarbeit mit den anderen Randvölkern Russlands, unter Einschluss Finnlands. Von besonderer Wichtigkeit schienen ihm die polnisch-litauischen Beziehungen, de-

6. Ueber die Entwicklung Piłsudskis zu einem sozialistischen und v.a. nationalistischen Denker siehe näher DZIEWANOWSKI 1969 S. 26–45 sowie die dort erwähnten Quellen. Bezeichnend für das Gewicht der Traditionen im Gebiet des ehemaligen polnischen »Völkerbundes« war, dass Rosa Luxemburg und Felix Dzierżyński ihre aus Protest gegen das betont nationalistische Programm der PPS gegründete neue Partei sozialdemokratische Partei Polens und Litauens (!) nannten.

nen er eine grundsätzliche Bedeutung bei diesen Bestrebungen zuge dachte. Nach seinem Aufstieg an die Spitze der PPS erteilte Piłsudski Leon Wasilewski, seinem engen Vertrauten und Fachmann für die Nationalitätenfragen den Auftrag, die Kontakte zu den Führern der übrigen Randvölker zu pflegen, und zwar nicht unbedingt in erster Linie zu den Sozialisten.⁷

Bei Beginn des Ersten Weltkrieges hatte sich das zukünftige Staatsoberhaupt bereits aus der Führung der PPS zurückgezogen. Wie er später gegenüber ehemaligen Parteigenossen verlauten liess, sei er lange mit ihnen im Strassenbahnwagen des Sozialismus mitgefahren, dann jedoch an der Haltestelle »Selbständigkeit« abgesprungen. Die staatliche Unabhängigkeit Polens suchte er anfänglich durch die Zusammenarbeit mit Oesterreich-Ungarn zu erreichen. Seine Privatarmee, die Legionen, stellte er vorerst der österreichisch-ungarischen Heeresleitung zur Verfügung, zog sich jedoch wieder von der Zusammenarbeit zurück, nachdem er bemerkt hatte, dass die Mittelmächte gar nicht die volle Selbständigkeit Polens anstrebten. Sein Widerstand ging so weit, dass er schlussendlich von den Deutschen gefangengenommen wurde, was seine Popularität nur noch verstärkte.

Die russische Revolution 1917 sowie der mit der Niederlage der Mittelmächte endende erste Weltkrieg eröffneten Piłsudski den Weg zur Verwirklichung seiner föderalistischen Ideale. Nach seiner Befreiung aus der deutschen Gefangenschaft konnte er am 11.–14. 11. 1918 aufgrund seiner Popularität die höchste politische und militärische Macht im Lande übernehmen. In den Wahlen zu Anfang des Jahres 1919 errangen seine innenpolitischen Gegner, d.h. vor allem die nationaldemokratische Rechte, die relative Mehrheit. Piłsudski konnte sich jedoch seine Stellung als »Staatschef« (Naczelnik Państwa) erhalten. Dieser historische Titel, der eigentlich seine Stellung als Reichsverweser bezeichnete, zeigte die Wertschätzung, die Piłsudski genoss. Tadeusz Kościuszko hatte den gleichen Titel verwendet.⁸

Nachdem so die dringendsten Probleme der Uebergangszeit als gelöst betrachtet werden konnten, richteten sich die Blicke der Polen auf die Absicherung der eben errungenen Einigkeit und Selbständigkeit. In der Situation Anfang des Jahres 1919 waren sowohl Piłsudski

7. Wasilewski 1935 S. 9, 15, 21–25, 36–38, 53, siehe auch DZIEWANOWSKI 1969 S. 32–38. Ueber die Finnland betreffenden Artikel siehe JPPZ S. 265–268.

8. Vgl. GUMMERUS 1936 S. 139–140. Ueber die Tätigkeit Piłsudskis während des Ersten Weltkrieges siehe LEWANDOWSKI 1962 S. 63–67, DZIEWANOWSKI 1969 S. 46–62.

und seine Anhänger wie auch seine innenpolitischen Gegner der Meinung, dass zwischen Deutschland und Russland kein Platz sei für ein schwaches Polen. Polen wies zwar eine relativ grosse Bevölkerung auf – ca. 27 Millionen Einwohner –, Deutschland übertraf es jedoch um mehr als das Doppelte und Sowjetrussland um das Vier- bis Fünffache. Deutschland war ein weitgehend industrialisiertes, durchorganisiertes Land, dessen Wiederaufstieg zu einer Grossmacht ersten Ranges nur eine Frage der Zeit war, besonders da seine Industriebetriebe und Verkehrsverbindungen nicht wie in Polen durch den Krieg zerstört worden waren. Die Industrie Sowjetrusslands hatte zwar noch grössere Kriegsschäden erlitten, das Land verfügte jedoch über Arbeitskräfte und Rohstoffe, und sein Wiedererstarken stand ebenfalls zu erwarten. Ausserdem hatten beide Grossmachtnachbarn ihre traditionellen Konflikte mit Polen und der Grenzverlauf war weder im Osten noch im Westen endgültig festgelegt. Eine Zusammenarbeit Deutschlands mit Sowjetrussland, welche bereits während des Krieges in Anzeichen zu erkennen war und über die viele Gerüchte zirkulierten, stellte für den neuen polnischen Staat eine tödliche Bedrohung dar.

Andererseits waren dies langfristige Gefahrenmomente. Auf kürzere Sicht befanden sich alle Grossmachtnachbarn Polens in einem Zustand der Schwäche, Oesterreich–Ungarn war sogar in mehrere Nachfolgestaaten auseinandergefallen. Diese historisch einzigartige Konstellation bot die Möglichkeit zur Schaffung eines starken polnischen Staates, der gegen die Gefahren der Zukunft gewappnet war. Beide aussenpolitischen Hauptrichtungen Polens verfolgten diese Zielsetzung, aber darin erschöpfte sich auch schon ihre Einmütigkeit. Dmowski, der sich sogleich nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf die Seite der Alliierten gestellt hatte, verfolgte auf der Pariser Friedenskonferenz eine Linie, welche die Grenzen von 1772 sowie demzufolge die Einverleibung weiter Gebiete der Ukraine, Weissrusslands und Litauens in einen polnischen Nationalstaat zum Ziele hatte. Nur so bestand seiner Meinung nach die Gewähr für die Entstehung eines genügend starken polnischen Staates, der der langfristig zu befürchtenden deutschen Expansion nach Osten Widerstand leisten könnte.

Die Blicke vieler Polen richteten sich jedoch auf die eigene föderalistische Tradition. Auch diese entsprach den Idealen und Wünschen weiter Kreise, und zur Förderung der Sache entstanden mehrere Vereinigungen. Pilsudski, der im übrigen Dmowski weitgehend freie Hand gelassen hatte in Paris – auch wenn er ihn durch

Vertrauensleute überwachen liess –, traf ebenfalls Vorbereitungen, um das östliche Bündnissystem wieder ins Leben zu rufen und den gewandelten Bedürfnissen anzupassen. Seine engsten Berater bei diesem Vorhaben waren Leon Wasilewski, der langjährige Spezialist der PPS für Nationalitätenfragen, spätere Aussenminister und Sondergesandte des Staatspräsidenten in Föderationsfragen, der Historiker Michał Sokolnicki sowie der Professor Witold Kamieniecki. Auch die letzteren sollten in der Folge wichtige Aufgaben im Rahmen der polnischen Ostpolitik übernehmen.

Während der Gefangenschaft Pilsudskis hatte Wasilewski bereits Anfang 1918 ein ostpolitisches Programm für Polen entworfen. In mehreren Zeitungsartikeln legte der Nationalitätenexperte dar, dass der aufkommende Nationalismus unter den Völkern der Region einen direkten Anschluss an das polnische Staatsgebiet verunmöglichte. Die Ideallösung sei ein Bündnis auf gleichwertiger Basis. Polen sollte deshalb nach der Meinung Wasilewskis Litauen (und Weissrussland) in der einen oder anderen Form zu einer Union mit ihrem historischen Partner bewegen. Im Falle der Verwirklichung könnten sich die Polen dann grosszügig zeigen in den Grenzfragen. Den grössten Zankapfel stellte dabei Wilna dar, welches zwar die traditionelle Hauptstadt Litauens war, sich jedoch während der langen Zeit der polnisch-litauischen Union zu einer vorwiegend von Polen bewohnten und kulturell nach Polen ausgerichteten Stadt gewandelt hatte. Litauen erhob ein historisches Anrecht auf Wilna, währenddem Wasilewski von Anfang an die polnischen Ansprüche anmeldete. Falls sich Litauen nicht Polen anschliessen wollte, würde der polnische Staat aus nationalen und strategischen Gründen Wilna für sich verlangen. Die Stadt beherrschte ja als Verkehrsknotenpunkt den Zugang von Polen nach Minsk, der Hauptstadt Weissrusslands, nach Dünaburg (Daugavpils), dem nördlichsten polnischen Siedlungszentrum sowie nach Libau (Liepaja), dem wichtigsten polnischen Zugang zum Meer, falls sich in der Danziger Frage eine für Polen ungünstige Lösung ergäbe.⁹

In den Artikeln Wasilewskis kamen alle Grundfragen des polnischen Bündnisprogrammes zur Sprache. Obschon es strategische und wirtschaftliche Sonderrechte für Polen beinhaltete, lag das Schwergewicht doch auf einem den Traditionen des polnischen »Völkerbundes« entsprechenden gleichwertigen Staatenbund zur Lösung der gemeinsamen Sicherheitsprobleme. Weiter scheint sich die aussenpo-

9. DZIEWANOWSKI 1969 S. 56–57. Ueber die aussenpolitischen Hauptrichtungen Polens siehe auch LEWANDOWSKI 1962 S. 41–67, DERUGA 1969 S. 15–51.

litische Führung Polens nicht mit den Vorbereitungen zu einem Bundestaat oder Staatenbund und mit der unterschiedlichen Stellung der Bündnispartner in einem solchen Bunde befasst zu haben. Man scheint dort der Meinung gewesen zu sein, dass sich trotz aller nationalistischer Strömungen die historischen Bindungen an Polen und die sowjetrussische Gefahr als stärker erweisen und die Völker der Ostgebiete zur Zusammenarbeit mit Polen veranlassen würden. Die konkreten Probleme bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit sah man in dieser Phase als zweitrangig an. Möglicherweise war auch die starke innenpolitische Opposition der Grund dafür, dass sie aussenpolitische Führung Polens vorerst auf eine genauere Ausarbeitung des Bundestaatsgedankens verzichtete.

Demgegenüber bemühte man sich ständig um die Absicherung der geplanten Föderation zwischen Deutschland und Sowjetrussland. Gemäss den von Wasilewski im Frühling 1919 ausgearbeiteten Gesamtzielen der polnischen Aussenpolitik sollte das östliche Bündnis Polens – nach wie vor im jagellonischen Geiste – durch zusätzliche Bündnisse abgesichert werden. Das während des ersten Weltkrieges zur Diskussion gebrachte Bündnis mit Frankreich würde Polens Stellung gegenüber Deutschland genügend absichern. Die östliche Flanke wollte man dementsprechend durch die Zusammenarbeit mit Lettland, Estland und Finnland sowie im Süden mit Rumänien und möglicherweise noch mit der Türkei schützen. Auf längere Sicht dachte man auch an Bündnisse mit Ungarn und Jugoslawien. Beim Gelingen dieser Bündnispläne hätte sich das lange Zeit vom Meer abgeschnittene Polen seinen Zugang sowohl zur Ostsee, zum Schwarzen Meer, wie auch zur Adria gesichert.¹⁰

Die ersten Randstaatenpläne – eine oder zwei Gruppen?

Der zweite Grundfaktor bei den polnischen Vorschlägen an Finnland über eine Aufteilung der Interessensphären war die möglich scheinende, von sich aus erfolgende Zweiteilung der Ländergruppe im Norden Polens. Die ersten Anzeichen für eine solche Zweiteilung

10. Denkschrift (Wasilewskis) »Program polska na najblisza przyszłość« s.d., vgl. Old Fellow (Wasilewski), Drogi rozwoju polskiej polityki zagranicznej. – Droga 5/1923, AAN Wasilewski 69.

lassen sich wohl am besten in den frühen Plänen für eine Zusammenarbeit der Randstaaten finden. Im folgenden werden deshalb die Entstehung dieser Pläne sowie die dabei möglicherweise aufscheinenden Gruppierungen beleuchtet.

Die ersten auf die spätere Zusammenarbeit der Randstaaten abzielenden Pläne begannen sich nach der russischen Februarrevolution abzuzeichnen. Vereinzelte Gedankenspiele wurden zwar bereits nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 angestellt, schärfere Konturen erhielten die Ideen jedoch erst vom Sommer und Herbst 1917 an, als man auch ernsthaft in den betreffenden Ländern die Selbständigkeit anzustreben begann. Litauen erklärte seine Unabhängigkeit in begrenzter Form am 11. 12. 1917 und vollständig am 16. 2. 1918, Estland am 24. 2. 1918. In Wirklichkeit konnten sie sich aber von der deutschen Besatzung erst am 11. 11. 1918 befreien, als auch Lettland seine Unabhängigkeit erklärte.

Eine Zusammenarbeit der Randstaaten wurde vor allem von diesen kleineren Partnern der späteren Randstaatenpolitik angestrebt. Deren nationales Erwachen hatte in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts stattgefunden und richtete sich in Estland und Lettland gegen die baltendeutsche, in Litauen gegen die polnische Oberschicht. Die Russen und die russische Staatsmacht waren dabei der andere, jedoch weniger wichtige nationale Gegner. Die Stärke dieser Gegner verhinderte eine Zuspitzung der Gegensätze untereinander. Die Esten waren ja ein den Finnen verwandtes, nicht-indogermanisches Volk, währenddem die Letten zusammen mit den Litauern die baltische Volksgruppe bildeten. Andererseits hatten die Esten und Letten ungeachtet der nationalen und volkstümlichen Gegensätze während der ganzen Zeit ihrer historischen Ueberlieferung den gleichen Staatsgebilden und Religionsrichtungen angehört. Litauen war demgegenüber bis zu den polnischen Teilungen nie Teil der gleichen staatlichen Gruppierungen gewesen; auch religiös schieden sich die Wege Lettlands und Litauens nach der Reformation: Litauen verblieb beim katholischen Glauben, während Lettland mit Estland den lutheranischen Glauben annahm.

Die Revolutionsbewegung des Jahres 1905 bewirkte eine Konkretisierung der nationalen Forderungen. Gleichzeitig mit dem Aufkommen des nationalen Gedankengutes hatte in den baltischen Gouvernements auch eine Industrialisierung stattgefunden. Der Bau von Eisenbahnlinien sowie das neue Stadtgesetz ermöglichten den Aufbau von Industriebetrieben, was wiederum die Struktur der Gesellschaft veränderte. Neben der Industriearbeiterschaft erstarkte auch ein

nationales Bürgertum, welches erstmals 1904 zusammen mit den Russen in den Stadtwahlen von Reval (Tallinn) den Sieg davontragen konnte über die Baltendeutschen. Liberale und sozialdemokratische Nationalparteien entstanden im Baltikum, und da der Grundbesitz trotz der Reformen des 19. Jahrhunderts nach wie vor auf unbefriedigende Weise verteilt war, bestand eine latent revolutionäre Stimmung. Die in Russland entstandene revolutionäre Bewegung breitete sich deshalb rasch im ganzen Baltikum aus. Obschon die Revolution mit harter Hand unterdrückt wurde, trat gleichzeitig bei den nationalen Bestrebungen eine Veränderung ein: zusätzlich zu den kulturellen Forderungen verlangte man nun die staatliche Autonomie.¹¹ Die Niederschlagung des Aufstandes verschaffte auch den baltischen Völkern eine eigene Gruppe von exilierten Führern, welche im Ausland die 1905 entstandenen politischen Zielsetzungen weiterverfolgte. Bis zu diesem Zeitpunkt war ja nur von Litauen aus eine grössere Gruppe in Gebiete ausserhalb Russlands ausgewandert, nach Amerika.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutschen Erfolge an der Ostfront liessen die Hoffnungen auf eine Verwirklichung der Unabhängigkeitspläne steigen. Nach dem ersten Kriegsjahr hielten die Deutschen beispielsweise das gesamte Siedlungsgebiet der Litauer besetzt, und später reichte die Front sogar bis zur Düna im Innern Lettlands. Nach der russischen Februarrevolution kam die provisorische Regierung den Wünschen der Minderheitenvölker entgegen. Estland wurde am 12. 4. 1917 die Autonomie innerhalb des russischen Reiches zugestanden. Gleichzeitig löste man die alte Gouvernements-einteilung auf. In Estland und in der Folge dann auch in Lettland entstanden Verwaltungseinheiten auf nationaler Basis. Litauen wurde demgegenüber in den Autonomieerlassen nicht erwähnt, obschon den litauischen Duma-Mitgliedern, die sich zur litauischen Nationalversammlung erklärt hatten, unbestimmte Versprechungen gemacht worden waren.

Das Vordringen der Deutschen im Herbst 1917 – beispielsweise die Eroberung von Riga und die Besetzung der estnischen Inseln – sowie die bolschewistische Revolution im November veranlassten die estnischen, lettischen und litauischen nationalen Führer, die Zukunft ihrer Länder auf längere Sicht hinaus zu planen. Das Gemeinsame dieser Pläne war, dass man nicht an eine selbständige Zukunft jedes dieser Länder glauben wollte. Die Bevölkerungszahlen waren klein –

11. Siehe näher NIITEMAA 1959 S. 321–334. RAUCH 1970 S. 17–30.

Estland zählte zu der Zeit der Unabhängigkeitserklärung ca. 1 Mio., Lettland ca. 1,5 Mio. und Litauen ca. 2 Mio. Einwohner –, und ausser Estland verfügte keines der Länder über leicht zu verteidigende natürliche Grenzen. Da ausserdem die Verhältnisse und Traditionen in der Region gegen kleine politische und wirtschaftliche Einheiten sprachen, strebte jedes der drei Völker Bündnissen zur Absicherung der zukünftigen Stellung an.

Die naheliegendste und natürlichste Form der Zusammenarbeit schien dabei eine Föderation der russischen Randvölker, entweder im Rahmen der russischen Bundesrepublik oder ausserhalb dieser. In diesem Sinne stellten die lettischen Landräte, die man im Frühling 1917 aus Vertretern verschiedener Volksgruppen zur Erörterung der staatlichen Zukunft Lettlands zusammengerufen hatte fest, dass die staatliche Zukunft Lettlands in der Zusammenarbeit mit den anderen Randvölkern und im Rahmen der russischen Föderation liege.¹²

In Litauen konnte man sich solche Erklärungen nicht erlauben, denn deutsche Truppen hielten das Land besetzt und der auf die Zentralmächte hin orientierte Nationalrat Taryba hatte sich noch nicht organisiert. Ausserdem war von dem mit Erlaubnis der deutschen Besatzungsverwaltung vorgehenden Taryba auch keine Zusammenarbeit mit den übrigen Randvölkern Russlands zu erwarten, da dieser die litauische Unabhängigkeit in Zusammenarbeit mit Deutschland anstrebte. Selbst die wenigen, vor dem Krieg gewählten litauischen Vertreter in der russischen Duma waren in ganz Europa verstreut. Einer dieser Duma-Abgeordneten, der Geschichtsprofessor und spätere mehrfache litauische Ministerpräsident Augustinas Voldemaras trug jedoch im Sommer 1917 in Stockholm ähnliche Gedanken vor wie die Letten. Gemäss seiner im Rahmen der aus Vertretern der Randvölker zusammengesetzten »Liga der Fremdvölker« gehaltenen Rede sollten sich die Litauer, die Finnen, die Ukrainer und »in gewisser Masse« auch die Polen zur Sicherung der Unabhängigkeit der zukünftigen Staaten gegenseitig verbünden. Die Esten und die Letten erwähnte er nicht, zweifellos weil sie sich in dieser Phase vor allem zum russischen Reich hin orientierten.¹³ Zur gleichen Zeit empfahl der aus Litauen stammende baltendeutsche Baron Friedrich von der Ropp auch den Litauern, mit dem zukünftigen demokratischen Russland zusammenzuarbeiten. Nach seiner Meinung sollten sich die Litauer, die Letten, die Esten und die Baltendeutschen sowie

12. WALTERS 1923 S. 338–340, GERMANIS 1971 S. 24–28.

13. ZETTERBERG 1978 S. 225 sowie die darin erwähnten Quellen.

Finnland und die Ukraine untereinander verbünden und dann eine Föderation mit Russland eingehen.¹⁴

Im Herbst 1917 verhandelte auch der autonome Rat der Esten, der Maanõukogu über die Zukunft des Landes. Unmittelbar nach der Besetzung Rigas am 7.9. trug Jaan Tõnisson, der Journalist in Dorpat (Tartu) und Führer der Nationalen Fortschrittspartei war, verschiedene Möglichkeiten vor für den Fall, dass die deutsch-russischen Auseinandersetzungen Gelegenheit bieten würden, die russische Herrschaft abzuschütteln. Vorgeschlagene Varianten waren beispielsweise ein Bund der westlichen Völker Russlands oder die Zusammenarbeit im Rahmen der russischen Föderation. Die vollständige Unabhängigkeit schlug nur ein einziges Ratsmitglied vor.¹⁵

Neben dem Bund der Randvölker Russlands tauchte jedoch noch ein weiteres Lösungsmodell auf, das sich auf gewisse historische Vorbilder stützen konnte. Im nördlichen Baltikum, in Estland sowie in Teilen Lettlands hatte sich durch alle Wirrnisse die volkstümliche Vorstellung von der guten alten Schwedenzeit gehalten. Diese hatte in den Jahren 1561–1710 die baltendeutsche Herrschaft im Gebiet unterbrochen und erleichtert sowie tiefe Spuren in den volkstümlichen Vorstellungen hinterlassen. Von dieser Grundlage aus hatte der estnische politische Einzelgänger Alexander Kesküla, der anlässlich der Revolution von 1905 aus Estland emigriert war und der in der Schweiz mit den deutschen Behörden Kontakt aufgenommen hatte, bereits 1914 erklärt, dass die Esten eine mögliche deutsche Besetzung beim Fortschreiten des Krieges befürchteten, sich jedoch gerne Schweden anschliessen würden, insbesondere wenn sich auch Finnland dazugestellte. Nach seiner Uebersiedlung nach Schweden verfolgte der von den Deutschen finanzierte Kesküla weiterhin seine Idee einer nordischen Union, die er u.a. 1915 dem führenden finnischen Aktivisten Herman Gummerus vortrug. Im folgenden Jahr trat er als Befürworter einer solchen Union auf der Lausanner Konferenz der Minderheitenvölker auf, und noch in den ersten Monaten des Jahres 1917 verteidigte Kesküla seine Ideen gegenüber dem Gesandten der provisorischen russischen Regierung in Schweden.¹⁶

Obschon Kesküla ein einsamer Wolf war¹⁷ unter den Planern von

14. ZETTERBERG 1978 S. 225–226 sowie die darin erwähnten Quellen.

15. MP S. 109–112, siehe auch Piip 1968 S. 11–18.

16. Nekludoff 1926 S. 291–293, siehe auch FUTRELL 1963 S. 121–122, 145–147, LAAMAN 1964 S. 321–322. In der letzten Phase konzentrierten sich die Pläne Keskülas immer mehr auf die Achse Estland–Finnland.

17. Kesküla vertrat weder eine Einzelperson noch eine Organisation in Estland, und die vom estnischen Landtag entsandte Auslandsdelegation sagte sich auch

Randstaatenbündnissen, stand er doch in einer estnischen Tradition. So hielt auch Tõnisson in der erwähnten geschlossenen Sitzung des Landrates eine Republik für die beste Lösung der estnischen Zukunftsprobleme — eine Republik, welche der grossen, auch Litauen, Lettland, Finnland sowie die skandinavischen Länder umfassenden nordischen Union angehören würde.¹⁸ Die skandinavischen Länder waren ja seit Jahrhunderten immer wieder durch verschiedene Bündnisse und Unionen zusammengehalten worden. Der Skandinavismus hatte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Zusammengehörigkeitsgefühl der Königreiche verstärkt, und durch die Neutralität während des Ersten Weltkrieges war der Zusammenhalt und die äussere Anerkennung dieser Gruppierung nur noch gewachsen.

Mitte September 1917 begannen auch in der lettischen Presse Spekulationen über die Möglichkeit einer nordischen Union aufzutauhen. Man dachte an die Teilnahme Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Estlands und Lettlands, schloss jedoch Litauen aus, da es — vom Geschichtlichen und Volkskundlichen her — in dieser Gruppe ein ziemlich fremder Staat gewesen wäre.¹⁹ Auch in Litauen wurde jedoch eine Annäherung an Skandinavien erwogen, und im Oktober 1917 gründete man beispielsweise eine schwedisch-litauische Vereinigung, welche die Schaffung engerer Beziehungen zwischen dem litauischen, dem finnischen sowie den skandinavischen Völkern zum Ziele hatte.²⁰

Bis zum Herbst 1917 waren also sowohl von estnischer, lettischer wie auch litauischer Seite Pläne aufgetaucht, welche eine Absicherung der eigenen staatlichen Autonomie oder Unabhängigkeit mit Hilfe grösserer Bündnisse zum Ziele hatten. Ob dann als Bündnispartner die übrigen Minderheitenvölker des westlichen Russland oder eine nordische Gruppierung erwogen wurde, hing weitgehend davon ab, ob man sich die zukünftige Zusammenarbeit noch im Rahmen des russischen Reiches oder ausserhalb dessen vorstellte. Bereits in diesen geplanten grösseren Gruppierungen, welche auch den Rahmen der späteren Pläne bildeten, finden sich Hinweise auf kleinere Bündnisse. Erstens schlossen die Litauer die Möglichkeit einer Bündnisfront unter Einschluss des historischen Partners und kulturell höherstehenden polnischen Staates nicht ganz aus. Zweitens neigten

öffentlich von ihm los und warnte die Vertreter der Alliierten vor dem »Estnischen Büro» Keskülas, Erklärung Kullis, Martnas, Mennings, Tõnissons und Wirgos am 29. 5. 1918, AMAE Esthonie 1.

18. Siehe Anm. 15.

19. DOPKEWITSCH 1936 S. 97, vgl. GERMANIS 1971 S. 65.

20. ZETTERBERG 1972 S. 63–64 und die darin erwähnten Quellen.

besonders die Esten zu einer Zusammenarbeit mit der nordischen Gruppierung, der auch Finnland angehören würde.

Es lassen sich noch weitere Aufteilungsmöglichkeiten finden. In dem verstreuten und höchst fragmentarisch überlieferten schriftlichen Material zeichnet sich eine grundsätzliche Teilungslinie schärfer ab. Nachdem sich um die Jahrhundertwende ein Teil der grossen litauischen Auswanderungsbewegung auch auf das Gebiet des nördlich angrenzenden Gouvernements Kurland gerichtet hatte, war als Folge eine fühlbare Annäherung in den litauisch-lettischen Beziehungen zu bemerken. Dies im Gegensatz zu den Spannungen, die die ungefähr gleichzeitige estnische Siedlungsbewegung in das lettische Gebiet um Walk (Valga, Valka) verursacht hatte. Eine der ersten politischen Äusserungen dieser nationalen Annäherung stellte eine Erklärung der litauischen katholischen Vereinigungen in Amerika vom September 1914 dar. Darin wird als Ziel der Autonomie-Bewegung ein sich auf die lettisch-litauische Sprachverwandtschaft gründender Bundesstaat innerhalb Russlands gesehen.²¹ Ähnlich dachte auch das »Litauische Komitee« in Kowno (Kaunas), das sich 1915 gegen weissrussische Pläne stellte, welche auf die Schaffung einer Föderation auf der Grundlage des historischen Grossherzogtums Litauen abzielten (!). Ziel des Komitees war einzig eine Union Litauens mit Lettland.²²

Die nationalen Volksgefühle sollten sich auch in der Folge stärker erweisen als die historischen und religiösen Traditionen. Die ethnische Verwandtschaft führte die in Europa im Exil lebenden Litauer und Letten zusammen. Der 1905 geflüchtete, als Vertreter der Litauer in Amerika nach Europa zurückgekehrte Juozas Gabrys nahm 1905 Verbindung auf mit den Exilletten in der Schweiz, und auch der im Exil lebende führende lettische Dichter Janis Rainis machte sich zum Fürsprecher einer gemeinsamen Zukunft. Bereits 1916 dachte er an einen völlig selbständigen lettischen und litauischen Staat. Obwohl sich nach wie vor auf den traditionellen Vorstellungen gründender Widerstand zeigte – wie die erwähnten lettischen Pläne einer nordischen Union beweisen –, gewann der Gedanke einer Union zwischen Lettland und Litauen mehr und mehr an Boden. Als ein unabhängiges Lettland vom Sommer 1917 an in den Bereich des Möglichen rückte, spekulierte man in der Presse vor allem mit einer

21. SENN 1959 S. 20, 22, DZIEWANOWSKI 1969 S. 107. Noch 1917 hielt ein amerikalitauischer Schreiber eine Union zwischen Litauen und Lettland für die beste Lösung, Jusaitis 1917.

22. ZETTERBERG 1978 S. 22 und die darin erwähnten Quellen.

lettisch-litauischen Union, falls sich die volle Unabhängigkeit nicht verwirklichen liesse.²³

Die litauischen Vertreter in Moskau und Stockholm befassten sich ebenfalls mit den Unionsplänen. In Stockholm verfolgte man besonders eine sich auf Schweden stützende litauisch-lettische Doppelrepublik. Bezeichnend für den ethnischen Hintergrund der Pläne war, dass man eine Teilnahme Estlands ablehnte, da dies die nationalen Probleme der Union verschärfen würde. Demgegenüber sollten sonst gute Beziehungen geschaffen werden zu Estland und zu Finnland (!).²⁴ Im März 1918 warnte der Litauer Dr. Jonas Sliupas, der bereits im vorherigen Sommer in Presseartikeln eine litauisch-lettische Union befürwortet hatte, vor einem allzu schnellen Vorgehen in der Frage eines grösseren Bündnisses der Ostseevölker und wünschte eine Annäherung Litauens an Lettland. Auch er empfahl Estland eine Annäherung an Finnland.²⁵ Zur gleichen Zeit äusserte der Leiter der lettischen Auslandsdelegation und spätere Aussenminister Zigfrids Meierovics gegenüber dem polnischen Vertreter in Stockholm, dass während des Jahres 1917 mehrere Unterredungen über die Bildung einer lettisch-litauischen Föderation stattgefunden hätten, dass man das Vorhaben jedoch vorläufig aufgegeben habe.²⁶

Dies bedeutete aber noch keinen Verzicht auf den Plan. Im Januar 1919 griff Meierovics den Gedanken der estnischen Auslandsdelegation auf, wonach der von Tõnisson seinerzeit vorgeschlagene grosse Bund der Ostseeländer in kleinere Staatengruppen aufzuteilen sei. Wie als Reaktion auf die ablehnende Haltung der Litauer hatten die Esten als Untergruppen die skandinavischen Länder, Finnland, Estland und Lettland sowie Litauen und Polen vorgeschlagen: der Lette Meierovics hielt jedoch Dänemark-Schweden, Finnland-Estland sowie Lettland-Litauen für günstigere Gruppierungen.²⁷ An der Pariser Friedenskonferenz trat die lettische Delegation mit dem ernstgemeinten Vorschlag auf, die zukünftige Stellung Lettlands durch die Bildung eines Staatenbundes mit Litauen abzusichern.²⁸ Entsprechend diesen Planspielen begaben sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister

23. DOPKEWITSCH 1936 S. 95–97, GERMANIS 1968 S. 32, RAUCH 1970 S. 96, GERMANIS 1971 S. 42, KASLAS 1976 S. 118–121.

24. GERMANIS 1968 S. 53, ZETTERBERG 1972 S. 66–67, vgl. KASLAS 1976 S. 119–120.

25. ZETTERBERG 1978 S. 250 und die darin erwähnten Quellen.

26. Mokrzyński an MSZ am 3. und 10. 8. 1918, AAN Sztokholm 1.

27. Denkschrift des französischen Aussenministeriums vom 5. 11. 1918, AMAE Esthonie 1, Bernhoft an Scavenius am 20. 1. 1919, DUMA.

28. »Memoire sur la Latvia présentée par la Délégation Lettone à Conference de la Paix«, AMAE Lettonie 2.

Lettlands und Litauens im Februar 1919 gemeinsam nach Stockholm, um für ihre Verteidigungsanstrengungen Unterstützung zu suchen. Bei der gleichen Gelegenheit fanden auch Unterredungen über eine gemeinsame Verteidigungsfront statt, und Litauen gewährte Lettland zu diesem Zweck ein kleineres Darlehen.²⁹

Lettland und Litauen wollten also offensichtlich ihre sprachliche Verwandtschaft zu einem politischen Zusammengehen im Rahmen der Zusammenarbeit der Randstaaten ausbauen. Zielgerichteter und auch besser bekannt dürften die estnischen Bestrebungen für einen Staatenbund mit Finnland sein. Falls man die Äußerungen Keskülas unberücksichtigt lässt, so erhielt der Gedanke einer Union Estlands mit Finnland erst dann breitere politische Unterstützung, als auch die estnische Linke feststellen musste, dass eine Zusammenarbeit im Rahmen der russischen Föderation nicht möglich war. Die kulturellen Kontakte hatten sich ja während des ganzen 19. Jahrhunderts verstärkt, und von den letzten Jahrzehnten an hatte der Gedanke einer Finnland und Estland verbindenden »Finnischen Brücke« nationalromantische Kreise beiderseits des Finnischen Meerbusens in seinen Bann gezogen. Esten hatten sich zu Studienzwecken nach Finnland begeben, an die Universität Helsinki sowie besonders an die landwirtschaftlichen Schulen Mustiala und Kurkijoki. Wichtige estnische Politiker waren auch nach Finnland ins Exil gegangen.³⁰

Die Oktoberrevolution in Russland bewirkte in den politischen Verhältnissen Estlands einen entscheidenden Umbruch – Litauen und ein Teil Lettlands standen ja unter deutscher Besetzung und wurden so von den revolutionären Vorgängen nicht direkt betroffen. Die estnischen Bolschewiken, welche bereits den Landtag boykottiert hatten, führten am 28. 11. 1917 einen Staatsstreich durch und blieben in einer nicht weiter präzisierten, wohl einer Autonomie ähnelnden Verbindung zu Sowjetrußland.³¹ Der Graben zu den übrigen Parteien vertiefte sich nun noch mehr, da diese sich aktiv für eine Loslösung von Russland einsetzten, auch die Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten.

Der erste konkrete Vorschlag zur Bildung einer finnisch-estnischen Union kam dann auch von Seiten der estnischen Sozialrevolutionäre.

29. Polnische Gesandtschaft in Stockholm an MSZ am 18. 2. 1919, AAN Sztokholm 1, Delavaud an Pichon am 22. 2. 1919, SHAT 833.

30. Siehe näher LOONE 1959, ZETTERBERG 1974, LAITINEN 1978 S. 9–26, über die Schüler an den landwirtschaftlichen Schulen bes. TALVE 1956. Der bedeutendste der estnischen Exilpolitiker war zweifellos Konstantin Päts, der sich in den Jahren 1906–1909 in Finnland aufhielt.

31. Siehe näher SAAT 1975 s. 389–404.

Zu diesen gehörte der Dichter Gustav Suits, der in Finnland studiert hatte und dort über viele Freunde verfügte; seine Frau Aino Thauvón war eine Finnin und nach dem Abschluss seiner Studien hatte er bis zum Jahre 1918 in Finnland gewohnt. Im Oktober 1917 schrieb er seinem Parteifreund Hans Kruus, dem späteren Professor für Geschichte an der Universität Dorpat und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der estnischen Sowjetrepublik, dass das weitere Vordringen der Deutschen die Unterdrückung der russischen Revolution und die Verunmöglichung einer Zusammenarbeit mit den Völkern Russlands bedeuten würde. Estland müsse aus diesem Grunde einen Staatenbund mit Finnland anstreben.

Suits setzte sich trotz der abwartenden Haltung der Partei energisch für die Sache ein. Am 13. November trug er seinen Plan einer finnisch-estnischen Doppelrepublik in der Vereinigung der sozialdemokratischen Studenten Finnlands und vier Tage später im liberalen Uusi Päivä-Klub vor, der bereits früher seine positive Einstellung der estnischen Frage gegenüber bewiesen hatte. Die Vorschläge Suits' beinhalteten bereits die Grundzüge, welche sich auch in den späteren Plänen wiederholen sollten. Diesen zufolge sollte das estnisch-finnische Bündnis eine Realunion mit gemeinsamem Staatspräsidenten und gemeinsamer Aussenpolitik sein. Beide Seiten hätten jedoch ihre eigenen Gesetze, ihr eigenes Parlament, ihre eigene Regierung und Verwaltung bewahrt. Die Vorteile eines solchen Bündnisses wären die Stärkung der äusseren Stellung sowohl gegenüber Sowjetrussland wie auch gegenüber Deutschland sowie die sich gegenseitig ergänzende Wirtschaft gewesen. Das Bündnis hätte auch das Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit verstärkt. Die erste Reaktion der Finnen war zwar begeistert, der finnische Generalstreik und die inneren Auseinandersetzungen führten jedoch zu einer Verdrängung der estnischen Sache. Die Sozialdemokratische Partei brachte die Angelegenheit auf staatlicher Ebene nicht mehr zur Sprache, und das im Uusi Päivä-Klub gegründete finnisch-estnische Komitee ging wieder ein.³²

Suits gab jedoch nicht auf. Nach seiner Rückkehr nach Estland veröffentlichte er ein Werk mit dem Titel »Eesti Töövabariik«, in dem er auch die Gründung einer estnisch-finnischen Doppelrepublik befürwortete. Die Parteigenossen verhielten sich zwar nach wie vor abwartend, umso mehr Unterstützung erhielt Suits aber von seinen

32. Kruus 1933 S. 1028–1030, Suits 1960 S. 83, Piip 1966 S. 61–65, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 41–46.

Dichterfreunden des »Noor Eesti«-Zirkels, u.a. vom Schriftsteller Friedebert Tuglas.³³

Die im Februar 1918 erfolgte Besetzung des ganzen estnischen Festlandes bis zum Fluss Narva durch deutsche Truppen führte zu einer veränderten Beurteilung der Bündnisbestrebungen mit Finnland. Wie auch während des Zweiten Weltkrieges bewirkten die guten finnischen Beziehungen zu Deutschland eine Förderung der Annäherungsidee. Die Esten hofften, dass ihnen die Ausrichtung auf Finnland Erleichterungen in Bezug auf die deutsche Besatzung und möglicherweise sogar eine Befreiung davon bringen könnte. In dieser Phase begann sich auch der Ministerpräsident der provisorischen Regierung Estlands, spätere mehrfache Ministerpräsident, Riigivanem und Staatspräsident Konstantin Päts aktiv in die Bündnispläne einzuschalten. Von den führenden estnischen Politikern und Staatsmännern sollte er am Konsequenteften an der Ausrichtung auf Finnland festhalten. Noch im Juli 1940 liess er am Tage seiner Deportation in die Sowjetunion dem finnischen Gesandten in Reval sein politisches Testament überbringen. Er sah darin eine Union Estlands mit Finnland als die einzige Lösung für die Sicherheitsprobleme der beiden Länder an. Die Enttäuschung des alten Staatsmannes scheint in seiner neuerlichen Befürwortung einer Monarchie auf.³⁴

Im April 1918 liess Päts durch den Aussenminister der provisorischen Regierung Jaan Poska ein Memorandum über ein finnisch-estnisches Bündnis verfassen, das der finnischen Regierung über deren »im Untergrund agierenden« diplomatischen Vertreter in Petersburg, den letzten Staatssekretär im Ministerrat und späteren Meisterdiplomaten Carl Enckell zugestellt wurde. In dem bereits nicht mehr so neuen Vorschlag wurden die gleichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile angeführt wie in den Plänen Suits' und erklärt, dass die Zeit reif und eine Vereinigung Finnlands und Estlands wegen der Ausdehnungsbestrebungen der Grossmächte dringlich sei.³⁵ In die gleiche Richtung zielten u.a. auch die Vorschläge Poskas und Oberstleutnant Ernst Põdders, des Organisators und Befehlshabers der estnischen Schutzkorps, welche auf die Gründung eines dem Modell Oesterreich-Ungarns entsprechenden Bundesstaates abzielten. Die Vertreter der provisorischen estnischen Regierung

33. Tuglas 1920, Piip 1966 S. 64–66, siehe auch LAAMAN 1964 S. 185–187.

34. Warma 1971 S. 174–176.

35. Enckell 1956 S. 228–233, 360–362, Piip 1966 S. 204–206, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 84–93, über die bereits zum Jahreswechsel 1917–1918 aufgenommenen Unionsgedanken von Päts und seinen späteren Parteigenossen (Maaliit), LAAMAN 1964 S. 189.



Konstantin Päts, der konsequente Befürworter der Zusammenarbeit und Union mit Finnland. *Evald Uustalu, Eesti vabariik 1918–1940. Lund 1968 s. 17.*

hatten auch gegenüber den Deutschen geäußert, dass Estland ein Bündnis mit Finnland vorziehe, was noch durch Äusserungen über feindselige Beziehungen zu Lettland unterstrichen wurde.³⁶

Obschon sich die Finnen reserviert gezeigt hatten gegenüber den Ende 1917/Anfang 1918 vorgebrachten Plänen einer finnisch-estnischen Union, fand die neuerliche Offensive ein gewisses Echo bei der Regierung Svinhufvud. Diese ernannte im Mai 1918 Konsul Toivo K. Kaila nach Reval zur Wahrung der finnischen Interessen, ja es bestehen sogar Anzeichen dafür, dass Svinhufvud eine Verstärkung der finnischen Ansprüche auf Ostkarelien mittels eines finnisch-estnischen Bündnisses beabsichtigte. Man spekulierte, dass ein grösseres, einem gemeinsamen deutschen Fürsten unterstehendes Staatsgebilde leichter deutsche Unterstützung erhalten werde für seine Forderungen. Das Interesse der finnischen Regierung ging so weit, dass sich der Kanzleichef des aussenpolitischen Ausschusses K. G. Idman Ende Oktober nach Reval begab, um über die Bildung einer dem österreichisch-ungarischen Modell entsprechenden Union zu verhandeln. Poska und die übrigen anwesenden Mitglieder der provisorischen Regierung verhielten sich positiv zu dem Gedanken, auch die von den Finnen vorgeschlagene Monarchie schien kein Hindernis zu bilden.³⁷ Der finnische Vertreter in London Rudolf Holsti überbrachte seinem estnischen Kollegen Ants Piip einen ähnlichen Vorschlag. Dieser zeigte sich interessiert an einer Annäherung der beiden Länder, jedoch nicht auf der Grundlage einer Monarchie.³⁸

Der Gedanke einer gemeinsamen Monarchie wurde nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder fallengelassen. Ende 1918/Anfang 1919 traten die finnisch-estnischen Beziehungen in eine neue, konkrete Phase. Vor diesem Zeitpunkt lassen sich jedoch zweifelsfrei Pläne aufzeigen, welche kleinere Gruppierungen im Rahmen der grösseren Front von Randstaaten und nordischen Staaten zum Ziele hatten. Die klarste Gruppierung lässt sich aus den verschiedenen, auf ein finnisch-estnisches Bündnis abzielenden Plänen herauslesen, auch südlich davon zeichnete sich jedoch eine lettisch-litauische Kerngruppe ab.

36. Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 19. 6. 1918, AA Weltkrieg, Denkschrift Kailas s.d., VA Kaila, siehe auch Kaila 1954 S. 84–85, vgl. ZETTERBERG 1977 S. 108–109.

37. VILKUNA 1968, ZETTERBERG 1977 S. 98–100, 115–118.

38. Piip 1966 S. 206, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 122.

Die Entstehung der de facto-Aufteilung in Interessensphären

(Januar–Oktober 1919)

Die Sonderstellung Estlands in Rahmen der finnischen Aussenpolitik

Die Periode der intensiven estnisch-finnischen Zusammenarbeit

Anfang 1919, als Polen in seiner Ostpolitik aktiv wurde, schien sich der grösste Teil des östlichen Europa in einem chaotischen Zustand zu befinden. In den neuen Staaten hatte sich die Verwaltung noch kaum organisiert und die inneren Schwierigkeiten waren gross. Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer folgten die sowjetrussischen Truppen der sich langsam zurückziehenden deutschen Armee. In den von der Roten Armee besetzten Gebieten entstanden Sowjetrepubliken, die mit den bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen konkurrierten und sich später mit Sowjetrussland in einem Bundesstaate vereinigen sollten.³⁹ Die ersten dieser Sowjetrepubliken waren die in Narwa am 29. 11. 1918 gegründete Kommune des arbeitenden Volkes Estlands sowie die in Walga am 18. 12. ausgerufene Lettische Sowjetrepublik.

Die staatlich und gesellschaftlich höchst unsichere Lage in Osteuropa wurde noch durch die inneren Wirren in den aus dem Ersten Weltkrieg als Verlierer hervorgegangenen Mittelmächten und deren

39. ROOS 1961 S. 83. POLVINEN 1967 S. 155–160.

Nachfolgestaaten Deutschland, Oesterreich und Ungarn verstärkt. Selbst die Beziehungen der Siegermächte zu Osteuropa entbehrten einer klaren Grundlage. Die Friedenspläne waren noch nicht ausgearbeitet, und auch die Westmächte litten unter den Kriegsschäden und den Folgen der Kriegswirtschaft. Sowohl aus Gründen der äusseren wie auch der inneren Sicherheit strebten die Siegermächte nach der Wiederherstellung eines Einheitlichen, nicht-bolschewistischen Russland. In Bezug auf die übrigen Länder Osteuropas blieb die Rolle der Westmächte neben den Empfehlungen der Pariser Friedenskonferenz auf die Gewährung von Krediten und Kriegsmaterial sowie auf die Entsendung von Militärbeobachtern und Ratgebern beschränkt. England schickte zusätzlich noch Flotteneinheiten in die Ostsee.

Unmittelbar nördlich der Zone zwischen Ostsee und Schwarzem Meer lag ein neuer Staat, der sich bereits konsolidiert hatte und daran war, sich seinen eigenen Einflussbereich zu schaffen. Finnland verfügte dank seiner langen Autonomiezeit über eine funktionierende und vollständige Verwaltung und hatte deshalb seine Unabhängigkeit ein Jahr früher als die übrigen neuen Staaten Osteuropas erringen können. Demzufolge war auch der für die damals selbständig werden den Staaten typische innere Konflikt in der Situation des Jahres 1919 bereits entschärft. Die Regierungstruppen hatten die Rotgardisten des revolutionären Volkskommissariats im Frühling 1918 besiegt, und obschon der Sprachenstreit und die Frage der zukünftigen Staatsform die Front der bürgerlichen Parteien und sogar diese selbst spaltete, hatte die Regierung keine gesellschaftlichen Umsturzversuche zu befürchten. Der innere Zusammenhalt wurde noch durch die Rückkehr der Sozialdemokraten ins Parlament im März 1919 sowie durch die Gutheissung der neuen republikanischen Regierungsform mit überwältigender Mehrheit im Juni des gleichen Jahres verstärkt.

Aussenpolitisch stand Finnland jedoch vor einer schwierigen Entscheidung. Unmittelbar nach seiner Unabhängigkeitserklärung hatte sich das Land an Deutschland, an die führenden westlichen Alliierten sowie an die skandinavischen Länder gewandt und die Anerkennung Deutschlands und Frankreichs sowie Schwedens, Dänemarks und Norwegens für seine Unabhängigkeit erhalten. Auch Sowjetrussland hatte als einer der ersten Staaten die Souveränität Finnlands anerkannt.⁴⁰ Als Folge des Bürgerkrieges von 1918 befanden sich Finnland und Sowjetrussland jedoch noch de facto im Kriegszustand. Nach dem Rückzug der Russen, welche die finnischen Rotgardisten unter-

40. Siehe näher HOVI 1978 und die darin erwähnten Quellen.

stützt hatten, begrenzten sich die kriegerischen Auseinandersetzungen auf Kontakte zwischen finnischen Expeditionstruppen und Abteilungen der Roten Armee in Ostkarelien, auf das Finnland Anspruch erhob und das es zumindest von Sowjetrussland loslösen wollte.

Gleichzeitig war Finnland auch in territoriale Konflikte mit seinen anderen Nachbarn verwickelt. Die Auseinandersetzung mit Schweden um die Åland-Inseln ist bekannt. Weniger weiss man hingegen über die Spannungen an der Nordgrenze, wo Norwegen einerseits gerne das Gebiet um Inari oder mindestens Petsamo als »Kompensation« für die finnischen Eroberungen im Osten verlangt hätte, andererseits jedoch ethnisch begründete finnische Ansprüche auf Finnmarken sowie auf das Gebiet um Kirkenes befürchtete.⁴¹ Diese Grenzstreitigkeiten reichten aus, um die Anknüpfung enger Beziehungen zu den skandinavischen Ländern zu verhindern.

In den Jahren des Ersten Weltkrieges und besonders nach Ausbruch des finnischen Bürgerkrieges richtete die finnische Regierung ihre Aussenpolitik auf Deutschland aus. Das an der Ostfront siegreiche Deutschland schien der einzige reale Machtfaktor zu sein, der Finnland und seine Gebietsforderungen unterstützen konnte.

Die Niederlage der Mittelmächte versetzte jedoch der Deutschland-Orientierung der finnischen Aussenpolitik den Todesstoss. Die gleichen nationalen Forderungen konnten im Prinzip auch mit Hilfe der westlichen Siegermächte erreicht werden, und die finnische Regierung strebte vom Oktober/November deren Unterstützung an. Diese war jedoch nicht leicht zu erhalten. England, die Vereinigten Staaten und Italien hatten die Unabhängigkeit Finnlands nicht anerkannt, und auch Frankreich hatte die diplomatischen Beziehungen zu Finnland wegen dessen Deutschland-Orientierung abgebrochen. Im Frühling 1919 nahm Frankreich die Beziehungen wieder auf, die Anerkennung der übrigen Siegermächte liess jedoch bis zum Mai/Juni des gleichen Jahres auf sich warten.⁴²

So stand Finnland Anfang 1919 innerlich recht gefestigt da, befand sich jedoch in Grenzstreitigkeiten mit seinen Nachbarn und hatte in seiner Aussenpolitik noch keine klare Linie gefunden. In dieser Situation traf das Hilfsgesuch der provisorischen Regierung Estlands ein. Da sich von den Hilfsgesuchen Estlands aus eine klare Entwicklung zu den polnischen Vorschlägen über gegenseitige Interessen-

41. Ueber die letztere Frage bes. ERIKSEN-NIEMI 1981 S. 132–186, vgl. auch HOVI 1978 S. 71 und die darin erwähnten Quellen.

42. POLVINEN 1971 S. 117–121, 169–174, siehe auch HOVI 1978.

sphären aufzeigen lässt, werden diese Gesuche in folgenden ziemlich ausführlich behandelt.

Die provisorische Regierung Estlands befand sich in einer kritischen Lage. Als am 11. 11. 1918 der Waffenstillstand den Ersten Weltkrieg beendete, war sie »aus dem Untergrund« aufgetaucht, und bereits eine Woche später übertrug ihr der neue Vertreter des Deutschen Reiches August Winnig die höchste Regierungsgewalt in Estland. Die Besatzungsbehörden entfernten sich, und innerhalb eines Monats hatten sich auch alle deutschen Truppen aus dem Lande zurückgezogen, teils entgegen den Abmachungen mit Winnig und unter Zerstörung der übriggebliebenen Waffen und Nachrichtenverbindungen. Die provisorische Regierung, welche bei der Verteidigung des Landes auf den Schutz der deutschen Truppen vertraut hatte, musste sich nun plötzlich allein dem Angriff der Roten Armee entgegenstellen. Die freiwillige Mobilisierung am 26. 11. misslang, und auch die Zwangsrekrutierungen erbrachten nicht die gewünschten Resultate. Die Rote Armee eroberte am 29. 11. Narva, wo unmittelbar darauf die erwähnte estnische Sowjetregierung gegründet wurde. In der Folge eroberte die Rote Armee Dorpat, drang entlang der lettischen Grenze bis zur Ostsee vor und befand sich in den ersten Tagen des Jahres 1919 30–35 km vor Reval. Als sich die erhoffte Hilfe der Westmächte – die estnische provisorische Regierung war dabei soweit gegangen, dass sie das Land England als Protektorat angeboten und die Besetzung durch englische Truppen verlangt hatte⁴³ – als Entsendung einer englischen Flotteneinheit vor Reval entpuppte, und da auch von den skandinavischen Ländern keine Hilfe zu erwarten schien, war einzig von Finnland schnelle und bedeutende Unterstützung zu erhoffen.

Ueber die finnische Hilfe finden sich so viele neuere und ältere Untersuchungen, dass die Rekapitulation der Hauptzüge und einiger für die Forschung interessanter Probleme in diesem Zusammenhang genügen mag. Unmittelbar nach Beginn des Angriffes der Roten Armee auf Narva entsandte die provisorische Regierung Estlands eine repräsentative Delegation auf Ministerebene nach Helsinki. Dieser gelang es, die Hilfsoperationen in Gang zu setzen, besonders nachdem sich der bereits früher Estland gegenüber positiv engestellte Reichsverweser P. E. Svinhufvud der Sache angenommen hatte. Im November–Dezember sandte man der provisorischen estnischen Regierung Waffen, und Ende 1918 – Anfang 1919 stellte man den

43. VIHALEM 1960 S. 321–348, SIILIVASK 1969 S. 92–93; LAAMAN 1964 S. 387–388, HOVI 1976 S. 39–40, 44–45, 63–64.

Esten Kredite in der Gesamthöhe von 21,5 Mio. Finnmark zur Verfügung.

Die finnische Regierung war jedoch nicht zur Entsendung regulärer Truppen bereit. Sowohl Ministerpräsident Lauri Ingman wie auch der neue Reichsverweser General C.G. Mannerheim waren der Meinung, dass Finnland diese selbst zur Abwehr der sowjetrussischen Gefahr benötige. Beide hatten jedoch nichts dagegen einzuwenden, dass in Finnland Freiwillige angeworben wurden. Die Regierung stellte einzig die Bedingung, dass die Führung des Hilfskomitees in möglichst repräsentativer Weise aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengesetzt sein sollte. Am 18. und 20. Dezember 1918 fanden in Helsinki Volksversammlungen statt, an denen das »Zentralkomitee für die Hilfe an Estland« gewählt wurde. Alle Parteien entsandten Vertreter, nur die Sozialdemokraten zogen sich bald wieder zurück. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Senator und Direktor der Versicherungsgesellschaft »Salama« O. W. Louhivuori gewählt.

Am 23. Dezember wurde zwischen der provisorischen Regierung Estlands und dem »Zentralkomitee für die Hilfe an Estland« ein Vertrag abgeschlossen, gemäss dem estnischen Regierung zwei Truppenabteilungen zur Verfügung wurden zur Vertreibung der Bolschewiken aus Estland. Beide Regimenter, insgesamt 2000 Mann, sollten gemeinsam Mitte Januar 1919 in Estland eintreffen. Diese Zahlenangabe im Vertrag ist zweifellos der Grund für die in der älteren Forschung vorherrschende Meinung, dass die Anzahl der Finnen im Estnischen Befreiungskrieg bloss 2000 betragen habe.⁴⁴

Die Anwerbung der Freiwilligen erbrachte sehr gute Resultate. Die noch aus dem Finnischen Befreiungskrieg nachwirkende Begeisterung sowie die Zeitungsartikel einiger Freunde Estlands, besonders des Sprachwissenschaftlers und späteren Professors an der Universität Dorpat Lauri Kettunen lenkten das öffentliche Interesse rasch auf die kritische Lage im früher kaum beachteten Nachbarland Estland. Gemäss Vilho HELANEN, der eine Geschichte des »Zentralkomitees für die Hilfe an Estland« verfasste, erbrachte die Anwerbung so gute Resultate, dass man bei Bedarf sogar 10'000 Mann nach Estland hätte entsenden können.⁴⁵ Alles in allem beteiligten sich an der Estland-Hil-

44. Z. B. KRUUS 1932 S. 235, OJAMAA-VARMAS 1946 S. 334, UUSTALU 1952 S. 169, LAAMAN 1964 S. 408–410, auch NIITEMAA 1959 S. 346.

45. HELANEN 1921 S. 120.

fe 3837 Personen, wovon sicher 3451, möglicherweise sogar 3700 Frontsoldaten waren.⁴⁶

Die Motive der Hilfe an Estland waren in dieser Phase hauptsächlich strategischer Natur. Man sah in Estland das Schutzschild Finnlands gegenüber Sowjetrussland. Falls die südliche Küste des Finnischen Meerbusens in die Hand eines feindseligen Staates fiel, wäre die geopolitische Lage Finnlands entscheidend verschlechtert worden. Die Stammesromantik übte auf die Entscheidungen der Regierung und der dieser nahestehenden Politiker kaum irgendwelchen Einfluss aus.⁴⁷ Anders jedoch in der öffentlichen Meinung; die romantischen Einstellungen zum Freiheitskrieg sowie die wegen der Frage Ostkareliens aufkommende Stammesromantik wirkten sich auch entscheidend auf das Hilfsvorhaben an Estland aus.

Noch während der Aufstellung der Regimenter hatte sich jedoch die Lage der provisorischen Regierung Estlands entscheidend verschlechtert. Die Rote Armee befand sich nur noch 30 km vor Reval, und in der Hauptstadt selbst wurde ein kommunistischer Putschversuch befürchtet. Am 26. Dezember traf in Helsinki ein Notruf von Ministerpräsident Konstantin Päts ein. Falls nicht innerhalb dreier Tage Unterstützung eintreffe, komme jede Hilfe zu spät. Bereits eine kleine Truppe genüge, um das Vorhandensein äusserer Hilfe für die estnische Republik zu beweisen und so die Moral der Truppen der provisorischen Regierung anzuheben.⁴⁸

Der Major und Oberstleutnant in der estnischen Armee Martin Ekström traf dann auch bereits am 30. 12. mit einer Kompanie in Reval ein, und der Rest seines Bataillons folgte in den nächsten Tagen. Am 7. Januar verschoben sich die finnischen Truppen an die Front und gelangten innerhalb zweier Wochen als Angriffsspitze bis vor Narva. Das Vorrücken der von Oberst Hans Kalm angeführten »Söhne des Nordens« verlief ebenso rasch. Das Regiment traf Mitte Januar in Reval ein, und eroberte vom 31. 1. an zusammen mit estnischen Truppen die Stadt Walk an der Südgrenze Estlands. Die finnischen Freiwilligen hatten kaum drei Wochen gebraucht, um ihre Aufgabe zu erfüllen und die Rote Armee hinter die Grenzen Estlands zurückzudrängen.

Der Hauptharst der finnischen Freiwilligen verblieb noch andert-halb Monate in Estland, die letzten Truppen Oberst Kalms noch bis

46. O. HOVI-JOUTSAMO 1971 S. 108–109, 113–114, 119–121, ZETTERBERG 1977 S. 161.

47. Mannerheim 1951 S. 401, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 172–178.

48. HELANEN 1921 S. 215–217, ZETTERBERG 1977 S. 162.



Der Ankunft der ersten finnischen Freiwilligen in Reval. *Laaman* 1964 S. 412

Mai-Juni des gleichen Jahres. In dieser Zeit waren in den finnischen Truppen eine teilweise Demoralisierung und »allerlei Intrigen und Streitigkeiten« zu beobachten, wie ein Beobachter feststellte. Die Freiwilligen führten allerlei Streiche durch, welche den fern ihrer Heimat stationierten Jünglingen sicher lustig erschienen, an denen jedoch die Esten kaum Freude hatten. Dies war mit ein Grund für die Abkühlung der finnisch-estnischen Beziehungen vom April 1919 an. Die Vorgänge lieferten auch den Stoff für die späteren Kontroversen um die Rolle der finnischen Freiwilligen, welche sich teilweise bis in die neuere sowjet-estnische Forschung fortsetzten.⁴⁹

49. Ueber die Ankunft und Tätigkeit der finnischen Truppen in Estland siehe näher Kalm 1921, HELANEN 1921 S. 215–547. Ein lebendiges Bild von den Streichen der Freiwilligen vermitteln die Interviews mit ehemaligen Stammeskämpfern, die im Historischen Institut der Universität Turku gesammelt wurden. TYHL. vgl. dazu die finnischen zeitgenössischen Stellungnahmen. Kettunen 1948 S. 40–56. Haavio 1973 S. 256–260. Für den Beobachter siehe HOVI 1976 S. 25, 105–106. Zum Standpunkt der sowjetestnischen Forschung s. VIHALEM 1960 S. 538–539, SIILIVASK 1969 S. 107n und die dort erwähnten zeitgenössischen estnischen Meinungsäußerungen.

Die Bedeutung der finnischen Freiwilligen lag vor allem in der effektiven Hilfe für die provisorische Regierung Estlands. Die Finnen stellten mancherorts die Hälfte der Frontkampftruppen der estnischen Armee, und Ministerpräsident Päts äusserte gegenüber dem erwähnten Beobachter in Bezug auf die erwähnten Vorgänge: »Kleinigkeiten. Macht nichts! Lassen Sie die Leute sich besaufen und ein bisschen Silbersachen stehlen! Tut nichts! Wenn sie uns nur tüchtig helfen gegen den Feind.«⁵⁰ In diesem Zusammenhang interessieren uns besonders die unmittelbaren Folgen, welche die finnische Hilfsfähigkeit für die Beziehungen zwischen Finnland und Estland hatte.

Das rasche Entgegenkommen der Finnen bewirkte vorerst ein Aufleben des Gedankens eines Staatenbundes in Estland. Nachdem er vom gutem Verlauf der Anwerbung und Zusammenstellung der Freiwilligen gehört hatte, stellte Ministerpräsident Päts fest, dass aus Finnland sogar mehr Hilfe komme als die Esten – erhofft hatten. Der Landtag wiederum liess eine Antwort ausarbeiten [auf die Meldung], dass das zu vergiessende Blut nicht verloren gehen, und die beiden Völker ewig und »möglicherweise auch staatlich« miteinander verbinden werde. Auch Ministerpräsident Päts verband die finnische Hilfe mit dem Gedanken eines Staatenbundes. In Interviews in finnischen Zeitungen trug er von neuem seine Ideen einer gemeinsamen Aussen-, Kriegs- und Geldpolitik sowie sich ergänzender Wirtschaftskreisläufe mit getrennten Regierungen und Parlamenten vor. Die Form des Bundesstaates, den Päts für einen »recht bedeutenden Faktor im Norden« hielt, wäre eine Republik unter einem gemeinsamen Präsidenten gewesen. Gemäss den wirklichen Machtverhältnissen hätte sich der Sitz des Präsidenten in Helsinki befunden. Die wichtigste Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Planes war die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands sowie die Konsolidierung der estnisch-finnischen Beziehungen.⁵¹

Die Festigung der estnisch-finnischen Beziehungen war mit der finnischen Hilfsaktion einhergegangen. Zum ersten diplomatischen Vertreter Estlands in Helsinki wurde am 7. 12. 1918 der Volkskundler Dr. Oskar Kallas ernannt, der auch wegen seiner Ehe mit der finnisch-estnischen Schriftstellerin Aino Kallas der geeignete Mann für diesen Posten schien. Die Bedeutung Finnlands für Estland beweist auch die Entsendung eines vielfältigen Beraterstabes für die Wirtschafts- und Militärfragen, der grösser war als in jeder anderen

50. HOVI 1976 S. 25–26, 117.

51. HELANEN 1921 S. 122–124, LAAMAN 1964 S. 410–411.

Auslandvertretung Estlands. Auch Finnland ernannte am 17. 12. 1918 zum neuen Konsul in Reval den Ingenieur Yrjö Putkinen, und zum ersten diplomatischen Vertreter wurde am 8. 3. 1919 der frühere Senator Professor Oswald Kairamo bestimmt.⁵² In Finnland wurde Mitte Januar zur Propagierung der estnischen Sache eine besondere Estlandwoche veranstaltet. In Estland genügte hierzu – wiederum bezeichnend für die Verhältnisse – ein finnischer Abend im Estonia-Theater in Reval am 19. 1. 1919. Der Gedanke eines Staatenbundes dürfte auch hier zur Sprache gekommen sein, den eindrucklichsten Beitrag lieferte jedoch wahrscheinlich die Nachricht von der Eroberung Narvas mit finnischer Hilfe am vorherigen Tage.⁵³

Zusätzlich zu diesen engeren politischen und kulturellen Beziehungen strebte Päts eine Verbesserung der wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten an. Die Organisierung der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik stellte auch für die provisorische Regierung Estlands ein schwieriges Problem dar. Die Lebensmittelversorgung Revals war zeitweise recht kritisch, und im Land waren sieben verschiedene Währungen und provisorische Münzen im Umlauf.⁵⁴ Der Ministerpräsident äusserte gegenüber finnischen Journalisten auch den Wunsch nach einer gemeinsamen Geldpolitik, und Ende Januar liess er durch Konsul Putkinen das Ersuchen nach der Errichtung von Filialen finnischer Banken in Estland überbringen. Gemäss Päts würde das Volk diesen mehr Vertrauen schenken als den estnischen Geldinstituten, und die »Sparstrümpfe« der Bauern würden so in Umlauf gelangen. Päts wünschte auch, dass finnische Versicherungsgesellschaften ihr Tätigkeitsgebiet auf Estland ausdehnen würden. Finnische Privatfirmen sollten sich in Estland niederlassen und vor allem solche bisher in russischem und deutschem Besitz befindliche Industriebetriebe erwerben, welche die Rohstoffe des Landes verwendeten. Das Ziel wäre eine gemischt finnisch-estnische Industrie. Gleichzeitig sollten finnisch-estnische Handelsfirmen mit gemeinsamen Aktienkapital gegründet werden, welche in Bezug auf Organisation und Firmenleitung von den finnischen Erfahrungen profitieren würden. Päts forderte die Finnen zur Eile auf, denn im Lande befanden sich bereits englische und deutsche Firmen, die die gleichen Zielsetzungen verfolgten. Die Esten wollten jedoch gemäss dem Ministerpräsidenten

52. Siehe näher ZETTERBERG 1977 S. 185–188.

53. Kettunen 1948 S. 36–37, HELANEN 1921 S. 124–125.

54. HOVI 1976 S. 31, 78, 80, 84, 86–87, 94, 97, 131–132.

den Finnen den Vorrang einräumen in der Privatwirtschaft ihres Landes.⁵⁵

Die finnische Wirtschaft reagierte positiv. Der Vorsitzende des »Zentralkomitees für die Hilfe an Estland« Louhivuori stellte Ende Januar in einem Artikel in der Zeitung *Uusi Suomi* fest, dass Finnland und Estland ein selbständiges, autarkes Wirtschaftsgebiet bilden könnten. Auch Lauri Kettunen forderte finnische Unternehmer zur Expansion nach Estland auf. Nach seiner Aussage waren bereits gewisse Handelshäuser daran, sich in Estland auszubreiten und die Finnen mussten sich beeilen, um noch zurechtzukommen.⁵⁶

Als Päts dann Mitte Februar seine Gedanken noch detaillierter darlegte und Vertreter des finnischen Geschäftslebens und der Industrie nach Estland einlud, erschien eine zwanzigköpfige finnische Delegation, welche die finnische Regierung, den Handel, die Industrie, die Versicherungsgesellschaften und Banken repräsentierte. Am 22.–23. Februar trug sie ihren Plan über eine finnisch-estnische Bank, einen Bund der Versicherungsgesellschaften, über finnisch-estnische Industriebetriebe sowie über eine finnisch-estnische Wirtschaftsvereinigung vor. Eine entsprechende Delegation des estnischen Wirtschaftslebens weilte Anfang April in Finnland.⁵⁷

Finnland hatte nun also auf die seit langem geäußerten estnischen Wünsche über ein staatliches, militärisches und wirtschaftliches Zusammengehen geantwortet. Nach dem Verlust des russischen Marktes eröffnete sich für das finnische Wirtschaftsleben Estland als kleines, jedoch geschütztes Marktgebiet. Mit dieser gesteigerten wirtschaftlichen Aktivität der Finnen verband sich auch das Streben nach einer Vereinheitlichung der Verwaltung, wie Seppo ZETTERBERG nach eingehenden Untersuchungen der finnisch-estnischen Beziehungen feststellt. Päts hatte diesen Wunsch bereits Ende Januar geäußert, und besonders der Kanzleichef des Zentralkomitees und spätere Diplomat Dr. Harri Holma scheint sich der Sache angenommen zu haben. Nach seinem im Februar 1919 verfassten Memorandum wäre ein »bis auf die Knöpfe der Polizisten« nach dem Modell Finnland organisiertes Estland ein wichtiger Garant für die Sicherheit Finn-

55. Putkinen an das Aussenministerium am 30. 1. 1919, vgl. Putkinen an die handelspolitische Abteilung im Aussenministerium am 31. 1. 1919, VA Louhivuori 31.

56. Kettunen an Louhivuori am 31. 1. 1919, VA Louhivuori 31, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 209–210.

57. Putkinen an das Aussenministerium am 17. 2. 1919, UMA 53 L2f. Textentwürfe für finnisch-estnische Gesellschaften und Liste der Mitglieder der estnischen Finnland-Delegation, VA Louhivuori 31, siehe auch Kettunen 1948 S. 62–63, vgl. ZETTERBERG 1977 S. 210–211.

lands gewesen. Dank dieser Uebereinstimmung der Verwaltung würde sich auch ein dem zukünftigen Russischen Reich angehörendes Estland seinem nördlichen Nachbarn annähern, wie dies mit Finnland in Bezug auf Schweden während der Autonomiezeit geschehen war. Die Einführung der finnischen Währung in Estland als offizielles Zahlungsmittel stellte einen Schritt dar in dieser Richtung. Holma war offenbar selbst fasziniert von der Idee, dass das finnische Geld nun von 1,2 Mio. Menschen mehr verwendet wurde als früher. Ausserdem liessen die finnische Militärhilfe sowie die Bereitschaft der Esten zur Entgegennahme von finnischen organisationellen Erfahrungen eine Vereinheitlichung der Verwaltung dringlich erscheinen. Die Finnen durften jedoch nicht zu schnell vorgehen, damit die Esten nicht den Eindruck von finnischen Vorherrschaftsbestrebungen erhielten. Der finnische Staat sollte sich allmählich der estnischen Sache annehmen. Einer der ersten Schritte zur Stärkung der bereits vorhandenen Voraussetzungen für eine Annäherung war die aktive Hilfe Finnlands in der Frage der internationalen Anerkennung der estnischen Unabhängigkeit.⁵⁸

Im März – April verstärkten sich jedoch die finnischen Bestrebungen für eine wirtschaftliche und administrative Vereinheitlichung. Eines der Ziele des ersten finnischen Gesandten in Estland Oswald Kairamo scheint die möglichst enge wirtschaftliche Bindung Estlands an Finnland gewesen zu sein,⁵⁹ und als die finnischen Geschäftsleute in Estland zeitweise Schwierigkeiten bekamen mit den estnischen Behörden, schlug der Hauptintendant des »Zentralkomitees für die Hilfe an Estland« Dr. Hjalmar Göös vor, dass die Finnen den Geltungsbereich ihrer wirtschaftlichen Gesetzgebung auch auf Estland ausdehnen sollten. Die russischen Vorschriften und Bräuche in Estland empfand er als ein Hindernis für die finnische Wirtschaftstätigkeit. Eine gemeinsame Gesetzgebung würde demgegenüber die Tätigkeit der finnischen Unternehmen in Estland und die estnische

58. ZETTERBERG 1977 S. 203–206, vgl. Holma 1919.

59. Der bekannte Vertreter der Landwirtschaft und des Genossenschaftswesens Hannes Gebhard antwortete auf einen Brief Kairamos vom 3.3. u.a.: »Meiner Ansicht nach hast Du recht, dass wir jetzt Estland gegen die Bolschewikengefahr unterstützen müssen (soweit wir können!) und dass wir/bestrebt sein müssen/, die Verhältnisse so gut zu gestalten, dass es im neuen Russland eine möglichst gute Position erhält, und dass wir ausserdem von ihnen so viel wie möglich profitieren und sie ökonomisch so stark an uns binden müssen, wie man es auf eine natürliche Weise tun kann –« (Hervorhebung von K. H.), Gebhard an Kairamo am 8. 3. 1919, VA Kairamo 7.

Tätigkeit in Finnland erleichtern. Göös erklärte gleichzeitig, dass Finnland seine Interessen in Estland besser überwachen müsse.⁶⁰

Die Verhandlungen über die Entsendung einer neuen finnischen Hilfsexpedition schienen eine Gelegenheit zur wirtschaftlichen und administrativen Vereinheitlichung zu bieten. An den Grenzen Estlands herrschte weiterhin Kriegszustand und die provisorische Regierung erachtete nach wie vor ausländische Hilfe für nötig. Das »Zentralkomitee für die Hilfe an Estland« war ebenfalls von der Nützlichkeit eines neuen Vertrages überzeugt, diesmal auch zur Sicherung des finnischen Einflusses in Estland. Nach dem Abzug der finnischen Freiwilligen traf nämlich eine Kompanie dänischer Soldaten ein, zusätzlich zu den bereits in Estland befindlichen knapp 200 schwedischen Freiwilligen. Dies führte auch zu einem verstärkten Einfluss skandinavischer Unternehmen in Estland und drohte – noch verstärkt durch den englischen und deutschen Einfluss – die von den Finnen angestrebten Vorteile zunichte zu machen.

Gemäss dem von »Zentralkomitee für die Hilfe an Estland« ausgearbeiteten Entwurf für einen neuen Vertrag sollte sich die provisorische Regierung Estlands dazu verpflichten, die finnischen Ausgaben zu finanzieren und diese mit Warenlieferungen zu garantieren. Die vom Hauptintendent Göös verfasste finnische Wunschliste beinhaltete auch die Forderung,

dass unsere bisherige, unterwürfige Stellung eines Dieners geändert wird. Wir müssen für unser Geld, für unsere Kraft und für unser Blut wirtschaftliche Kompensationen fordern und verlangen, dass finnische Berater in den estnischen Behörden Einsitz nehmen, denn das russische System mit seiner Ineffizienz und mit seinen Leerläufen muss beseitigt werden, da es nur zu Verantwortungslosigkeit führt. Dies ist nicht Aufdringlichkeit, sondern Hilfeleistung von Seiten des *älteren Bruders* (Hervorhebung durch K. H.), jedoch auch eine Garantie dafür, dass wir den Aufbau gemeinsam bewerkstelligen wollen.⁶¹

Diese Meinungsäusserung wurde zweifellos auch durch die Sorge um mögliche Aenderungen in den estnischen Verhältnissen verursacht, sie war jedoch auch ein Ausdruck für das offensichtliche Bestreben innerhalb des »Zentralkomitees für die Hilfe an Estland«, Estland weiterhin in der finnischen Interessensphäre zu behalten und an der Rolle des »älteren Bruders« festzuhalten.

60. Göös an Kairamo am 31. 1. 1919. VA Kairamo 7, siehe auch HOVI 1976 S. 45, 114–115.

61. Göös an Louhivuori am 6. 4. 1919. VA Louhivuori 31.

Die finnischen Interessen konnten nach Meinung des Zentralkomitees am besten durch die Entsendung regulärer finnischer Truppen gewahrt werden. Diese würden mehr Respekt hervorrufen, und damit könnte auch jene Disziplinlosigkeit der früheren Expeditionen vermieden werden, welche in Estland Anstoss erregt hatte. Der Staat sollte sich auch sonst aktiver an dem Vorhaben beteiligen, und am 19. 4. fanden zwischen dem »Zentralkomitee für die Hilfe an Estland« und der finnischen Regierung Unterredungen statt über den neuen Vertrag. Die neue finnische Regierung unter Kaarlo Castrén stellte sich positiv zur ganzen Sache. Nach über einem Monat dauernden Verhandlungen und Sondierungen beschloss man in Finnland die sofortige Entsendung von 500 Freiwilligen, falls die estnische Regierung diese anforderte. Zu diesem Zwecke wurde den Esten ein Darlehen von 5 Mio. Mark zur Verfügung gestellt. Als Sicherstellung verlangte die finnische Regierung Flachs- und Kartoffellieferungen, zeigte sich jedoch auch sehr interessiert an Konzessionen in den estnischen Oelschiefer- und Phosphatgebieten. Die Regierung war auch bereit, sich enger an der Arbeit des Zentralkomitees zu beteiligen, der zweite Aussenminister Leo Ehrnrooth schlug sogar vor, dass zusammen mit der Hilfsexpedition nach Estland eine aus Juristen, Wirtschafts- und Landwirtschaftsexperten zusammengesetzte Kommission entsandt werde, um der estnischen Regierung bei der Organisation der Verwaltung beizustehen.⁶³

Auch die finnische Regierung begann nun also jenen im Frühling aufgekommenen Gedanken von der wirtschaftlichen Nutzung Estlands und seiner administrativen Vereinigung mit Finnland aufzunehmen. Diese Uebernahme der Rolle des »grossen Bruders«, die Eingliederung Estlands in die Interessensphäre Finnlands und die Schaffung eines Staatenbundes hatte ja die provisorische Regierung Estlands geradezu verlangt. Als nun die Finnen endlich auf breiter Front den estnischen Wünschen entgegenkamen, schien dies doch nicht den Erwartungen zu entsprechen. Man befürchtete durch diese direkte Unterstellung eine zu grosse Einflussnahme der Finnen auf die inneren Angelegenheiten Estlands. Der sozialdemokratische stellvertretende Ministerpräsident Estlands August Rei war im Januar zum Rücktritt veranlasst worden, als man seine Zeitungsartikel als Beleidigung der siegreichen Weissen im Finnischen Bürgerkrieg ausgelegt hatte. Später beschuldigten die Esten finnische Geschäftsleute der

63. Denkschrift Louhivuoris vom 22. 4. 1919, VA Louhivuori 31, Ehrnrooth an Donner am 21. und 23. 5. 1919, UMA 7E Estland 1919, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 240–242.

Spekulation mit den Devisenschwierigkeiten und der Offerierung allzu tiefer Ankaufspreise für estnische Produkte, d.h. der Ausnützung der kritischen Wirtschaftslage Estlands. Die Auseinandersetzungen um das Verhalten der finnischen Freiwilligen und die Gegenpropaganda der finnischen Sozialdemokraten schwächten die Anfang des Jahres herrschende Begeisterung noch mehr und führten zu einer Abkühlung der Beziehungen.⁶⁴

Im April–Mai 1919 strebten die Esten auch rasch wieder einer gleichwertigen, auf gemeinsamen äusseren Interessen gründenden Bündnispolitik an. Die allmähliche Normalisierung der inneren Lage in Estland liess eine solche Aenderung möglich erscheinen. Im April fanden in Estland allgemeine Wahlen statt, und die verfassungsgebende Nationalversammlung trat am 23. 4. zusammen. Es wurde eine parlamentarische Regierung gewählt, welche sogleich die dringende Frage des Grundbesitzes in Estland mit einer radikalen Landreform löste. Von den gemeinsamen finnisch-estnischen Banken und Industrievorhaben nahm man wieder Abstand und für den Handel mit Finnland wurden die gleichen Zollschranken eingeführt wie für den Handel mit den übrigen Ländern. Ein neuer Vertrag über die Entsendung finnischer Freiwilliger wurde nicht abgeschlossen; ja die estnische Regierung teilte am 13. 6. mit, dass mindestens vorläufig für die finnischen Truppen keine Verwendung bestehe.⁶⁵

Entstehung der Zusammenarbeit der Randstaaten

Nach dieser Reaktion, die als Ausdruck des estnischen Strebens nach Wahrung der eigenen Interessen ausgelegt werden muss, kehrten die Beziehungen zwischen Finnland und Estland wieder auf einen weniger dramatischen, jedoch nach wie vor vom Gefühl enger Zusammengehörigkeit geprägten Stand zurück. Die estnische Armeeleitung und Jaan Poska, der auch in der sozialliberalen Regierung Otto Strandmans den Posten des Aussenministers übernommen hatte, hielten ein gutes Verhältnis zu Finnland für unabdingbar. Der gleichen

64. Denkschrift Louhivuoris vom 22. 4. 1919, VA Louhivuori 31, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 214–219.

65. Hanko an das Zentralkomitee für die Hilfe an Estland am 13. 6. 1919, UMA 7E Estland 1919, siehe auch HOVI 1976 S. 42, ZETTERBERG 1977 S. 262–263.

Meinung war auch der noch in der Opposition sehr einflussreiche Konstantin Päts. Das Scheitern anderer Lösungen liess die Ausrichtung auf Finnland noch vorteilhafter erscheinen. Die direkte Zusammenarbeit mit den westlichen Siegermächten brachte keine Lösung für die dringendsten Fragen der estnischen Aussenpolitik, die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit des Landes sowie den Krieg mit Sowjetrussland. Weder die Pariser Friedenskonferenz noch die einzelnen Westmächte zeigten sich zur Anerkennung der estnischen Unabhängigkeit bereit. Die Siegermächte hielten eine Rückkehr Estlands als autonomes Gebiet in einen russischen Bundesstaat für die beste Lösung. Die Westmächte strebten nach wie vor die Schaffung eines solchen Bundesstaates an und wünschten deshalb von Estland eine Fortsetzung des Krieges mit Sowjetrussland, ohne dass sie dabei zu wirksamer Hilfe bereit gewesen wären. Sowohl die Frage der Anerkennung wie auch die des Friedensschlusses blieben vorderhand offen.

Die skandinavischen Länder folgten in der Frage der Anerkennung dem Beispiel der Westmächte. Zudem waren ihre wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Estland nicht problemlos. Deutschland und Sowjetrussland waren zwar beide im Prinzip zur Schaffung guter Beziehungen zu Estland bereit, die Hindernisse schienen jedoch im Moment unüberwindlich. Die Motive für die Zurückhaltung Deutschlands waren die Haltung der Friedenskonferenz sowie die radikale Landreform Estlands, welche sich hauptsächlich gegen die baltendeutschen Grossgrundbesitzer richtete. Sowjetrussland befand sich noch im Kriegszustand mit Estland. Die estnische Regierung war ebenfalls wenig bereit, sich mit diesen Grossmächten zu verbünden, obschon die Enttäuschungen Anfang Sommer 1919 eine Ausrichtung auf Deutschland möglicherweise vorteilhaft erschienen liessen.⁶⁷

Nach diesen Anlehnungsversuchen und Orientierungsschwierigkeiten der ersten Jahreshälfte lag nur mehr eine Ausrichtung auf die übrigen Randstaaten im Bereich der Möglichkeiten. Polen war von diesen am weitesten entfernt. Auf der Pariser Friedenskonferenz und z.T. auch ausserhalb dieser hatten jedoch estnisch-polnische Kontak-

66. Vgl. Kettunen 1948 S. 63. Ueber die Einstellung der Polen siehe J. Z-i 1919, vgl. den Rapport Ziabickis vom 30. 7. 1919 über seine Erkundungsreise ins Baltikum und nach Finnland, AAGN 19/1466.

67. Zu den Orientierungsschwierigkeiten Estlands im Frühsommer 1919 siehe näher LAAMAN 1964 S. 513–514, 630–633, ARUMÄE 1966 S. 31–39. Zur Möglichkeit einer Deutschlandorientierung siehe bes. HOVI 1976 S. 48, 84, 87, 143.

te stattgefunden.⁶⁸ Die geographische Distanz zu Polen wurde noch durch dessen Auseinandersetzungen mit Litauen betont. Eine mögliche Ausrichtung auf Lettland fand in Estland wenig Anhänger, wie im folgenden noch ausgeführt werden wird. Finnland war von den nördlichen Randstaaten der einzige international anerkannte und vertragsfähige Staat. Die Esten fühlten sich auch nach wie vor durch kulturelle, völkerpsychologische sowie aussenpolitische Bande mit Finnland verknüpft.

Andererseits hatte sich die finnische Regierung recht rasch wieder aus allzu eng scheinenden wirtschaftlichen und administrativen Verbindungen mit Estland zurückgezogen. Sie war durch die Reaktion der Esten auf die forschen finnischen Annäherungsversuche gewarnt worden und ging nun bei der Anknüpfung von Beziehungen vorsichtiger ans Werk. Die Unabhängigkeit des südlichen Nachbarn wurde nach wie vor als eine äusserst wichtige Bedingung für die Sicherheit Finnlands angesehen. Ein selbständiges Estland stärkte die Stellung Finnlands gegenüber Sowjetrussland; auch als Lieferant von Landwirtschaftsprodukten und Rohstoffen sowie als Abnehmer von finnischen Industriewaren schien Estland nach wie vor von Nutzen.

Finnland ging bei der Festigung der gegenseitigen Beziehungen auf zweierlei Weise vor. Erstens beteiligte sich Finnland gemeinsam mit Estland an den Bestrebungen der Randstaaten zur Schaffung einer gemeinsamen Bündnispolitik und aussenpolitischen Front. Auf finnischer Seite stand besonders der mehrfache Aussenminister Rudolf Holsti vom Sommer 1919 an hinter dieser Politik. Er wollte durch die Ausrichtung auf Skandinavien sowie auf die übrigen, zwischen Deutschland und Sowjetrussland liegenden Länder eine aussenpolitische Isolierung Finnlands verhindern. Die Verbindung zu Skandinavien liess sich jedoch vorderhand nicht verwirklichen, da die Grenzstreitigkeiten sowie die unterschiedlichen aussenpolitischen Auffassungen einer engeren Zusammenarbeit im Wege standen.⁶⁹ Uebrig blieben die restlichen Randstaaten.

Deren Zusammenarbeit war bereits in Kontakten während des Ersten Weltkrieges und während der Pariser Friedenskonferenz diskutiert worden, und im Juli 1919 hatten die Polen und die Esten in Helsinki über die Möglichkeit einer allgemeinen Randstaatenkonfe-

68. Poska an die polnische Delegation am 9. 4. 1919. Wasilewskis »Pro memoria w sprawie estońskiejs» vom 22. 4. 1919, AAN Wasilewski 42. vgl. Wasilewski 1935 S. 174–206.

69. Siehe bes. KALELA 1971 S. 284–286.



Rudolf Holsti. Hauptarchitekt der Randstaatenpolitik Finnlands. *Lehtikuva*.

renz verhandelt.⁷⁰ In dem am 29. August verfassten Programmentwurf legte Holsti die Idee vom finnischen Standpunkt aus dar. Er befürwortete eine engere Ausrichtung Finnlands auf die übrigen Randstaaten sowie auf Rumänien, da deren Interessen mit den finnischen übereinstimmten. Ausserdem wäre die Sicherheit Finnlands durch das bevölkerungsmässige, wirtschaftliche und militärische Gewicht dieser Gruppierung merkbar verstärkt worden. Die Zusammenarbeit mit diesen »Bauernvölkern« konnte auch von der Regierung J. H. Vennolas gutgeheissen werden, die sich aus Vertretern der Zentrumsparteien, der Fortschrittspartei sowie des Bauernbundes zusammensetzte. Der Aussenpolitische Ausschuss scheint das Programm Holstis ohne grössere Diskussion gutgeheissen zu haben.⁷¹

Bei den übrigen Parteien stiess die Randstaatenpolitik des Zentrums auf wenig Gegenliebe. Die Rechtsopposition stellte sich gegen ein Bündnis mit den baltischen Staaten und besonders mit Polen, da die ersteren für zu schwach und ungefestigt angesehen wurden, das letztere wiederum für deutschlandfeindlich und zu abenteuerlustig. Die Sozialdemokraten strebten v.a. einen raschen Friedensschluss mit Sowjetrussland an. Die Ansichten der Oppositionsparteien wichen jedoch so stark voneinander ab, dass sie sich kaum zu einer gemeinsamen regierungsfeindlichen Front sammeln liessen. So konnte die Regierung nach der am 30. 10. 1919 abgehaltenen aussenpolitischen Diskussion das Vertrauen des Parlamentes mit den Stimmen 70–44 erhalten, unter Enthaltung der Sozialdemokraten.⁷²

Holsti war jedoch inzwischen, nach Unterredungen mit dem Generalstabschef, General Oskar Enckell, zu der Ueberzeugung gelangt, dass ein vollständiges Verteidigungsbündnis nicht in Frage käme. Demgegenüber sollte man zum Austausch von Informationen und zur Diskussion von allgemein interessierenden Fragen weiterhin in enger militärischer und politischer Zusammenarbeit verbleiben. Dieser Informationsaustausch und die gegenseitige Benachrichtigung betrafen besonders das dringendste gemeinsame Problem der Randstaaten, das Verhältnis zu Sowjetrussland.⁷³ Dies war dann auch

70. Tagebuchaufzeichnungen Gummerus' vom 16. und 30. 7. 1919, Denkschrift Gummerus' vom 8. 8. 1919, VA Gummerus 56, vgl. den Rapport Ziabickis vom 30. 7. 1919 über seine Erkundungsreise ins Baltikum und nach Finnland, AAGN 19/1466.

71. Denkschrift Holstis vom 29. 8. 1919, VA Holsti 36, vgl. Tagebuchaufzeichnung Alkios vom 29. 8. 1919, VA Alkio 1.

72. Siehe näher SCHAUMAN 1963 S. 27–34, MYLLY 1978 S. 102–103.

73. Denkschrift Holstis vom 6. 10. 1919, VA Aussenministerium 12: 5.

später die von der finnischen Regierung in der Randstaatenpolitik hauptsächlich verfolgte Linie.

Im Herbst 1919 wurde dieses Streben der Randstaaten nach Zusammenarbeit in den sog. Randstaatenkonferenzen sichtbar, welche dann bis 1927 mehr oder weniger regelmässig stattfanden. Die polnisch-estnisch-finnischen Kontakte vom Juli 1919 zur Durchführung einer gemeinsamen Konferenz hatten keine Resultate erbracht, und die politische Basis der eigentlichen Randstaatenkonferenzen war enger. Die Initiative dazu ging von Lettland und Litauen aus, die sich am meisten bedrängt fühlten. Vertreter der litauischen Regierung hatten am 1. 9. Verhandlungen aufgenommen mit den Letten, die Gründe werden später behandelt. Bei diesen Verhandlungen schlugen der lettische Ministerpräsident Karlis Ulmanis sowie der Aussenminister Zigfreds Meierovics vor, dass Litauen, Lettland, Estland und Finnland ein politisches Bündnis sowie regelmässige Unterredungen der Regierungen anstreben sollten. Man beschloss, die erste dieser Konferenzen nach Ablauf von zehn Tagen in Riga abzuhalten.⁷⁴

Die Konferenz fand zwar statt, jedoch unter Abwesenheit Finnlands. Die finnische Regierung teilte mit, dass sie aus Zeitgründen keinen Vertreter ertsenden könne. Das Hauptthema der Verhandlungen war das Friedensangebot Sowjetrusslands an Estland. Wegen der finnischen Abwesenheit beschloss man, möglichst rasch eine weitere Konferenz einzuberufen, an der auch die Finnen teilnehmen könnten.⁷⁵

Die nächste Konferenz der Regierungschefs und Aussenminister fand bereits vier Tage später in Reval statt, diesmal hatte die finnische Regierung »mehr Zeit«. Sowjetrussland hatte inzwischen auch den übrigen beteiligten Staaten Friedensangebote gemacht, und die Friedensfrage war das beherrschende Konferenzthema. Der litauische Ministerpräsident Mykolas Sleževičius betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Auftretens, und zum Schluss der Verhandlungen schlug der estnische Aussenminister Poska vor, dass sich die beteiligten Staaten verpflichten sollten, in der Friedensfrage gemeinsam vorzugehen. Die finnische Regierung lehnte dies jedoch ab, da sie die internationale Lage noch nicht als reif für einen Frieden mit Sowjetrussland ansah. Finnland hatte ständig die Haltung der westlichen Siegermächte zu dieser Frage zu ergründen versucht und eine mehr oder weniger ablehnende Antwort erhalten. An der Konferenz in

74. Das Protokoll der lettisch-litauischen Zusammenkunft vom 1. 9. 1919, VA Holsti 28.

75. Politische Umschau des Aussenministeriums vom 20. 9. 1919, VA Vennola 3.

Reval war man hingegen einstimmig der Meinung, dass baldmöglichst eine weitere Konferenz einberufen werden sollte.⁷⁶

Diese neuen Verhandlungen fanden am 29. 9.–1. 10. in Dorpat statt. Die Friedensfrage hatte nach wie vor erste Priorität. Besonders Lettland und Estland waren zum Abschluss von Friedensverträgen bereit, wollten sich jedoch die Unterstützung Finnlands und Litauens sichern. Der litauische Vertreter Jonas Šliupas erklärte, dass sein Land ansonsten zum Frieden bereit sei, jedoch Sicherheitsgarantien gegenüber Polen erhalten müsse. Die litauisch-polnischen Gegensätze hatten sich ständig verschärft, und es war nicht anzunehmen, dass Polen zu einem Frieden mit Litauen bereit gewesen wäre in einem Moment, in dem es sich selbst möglicherweise auf eine entscheidende Auseinandersetzung mit Sowjetrussland vorbereitete.

Analog zum Bedürfnis nach Zusammenarbeit stand der Bündnisgedanke nun stärker im Vordergrund als bei den früheren Konferenzen. Šliupas und Meierovics betonten am zweiten Verhandlungstag, dass zwischen den beteiligten Randstaaten bereits de facto eine »entente cordiale« herrsche, da deren aussenpolitische Interessenlage weitgehend die gleiche sei, und da sie in ständigen Verhandlungskontakt untereinander stünden. Der estnische Ministerpräsident Strandman präziserte die Vorschläge und führte aus, dass Litauen, Lettland und Estland untereinander ein vollwertiges Bündnis abschliessen könnten, während hingegen Finnland bloss die Möglichkeit zur Assoziierung offen stünde. Hier wurden die möglichen Differenzen zwischen der Regierung Strandman und Finnland sichtbar, jedoch auch die unterschiedliche internationale Stellung Finnlands, welche die finnischen Vertreter bei der Behandlung der Bündnisfrage betont hatten. Am letzten Konferenztag beschloss man eine Verschiebung der Friedensfrage, bis auch Finnland an den Verhandlungen teilnehmen könnte. Auch liess man die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Finnland und den kleineren Randstaaten offen. Sämtliche Teilnehmerstaaten hatten sich vorher verpflichtet, keinen Sonderfrieden mit Sowjetrussland abzuschliessen.⁷⁷

Die finnische Regierung nahm also nach deren Beginn aktiv an den Randstaatenkonferenzen teil. Es ging v.a. um eine gemeinsame Haltung in der für alle beteiligten Staaten wichtigen Frage des Friedens mit Sowjetrussland. Langfristig strebte man einen Bund aller

76. Holstis Notizen über die Konferenz von Reval vom 14.–15. 9. 1919, VA Holsti 28.

77. »Finnisch-estnisch-lettisch-litauische Konferenz in Dorpat« vom 29. 9.–1. 10. 1919, VA Holsti 28.

Randstaaten an. Die finnische Regierung war vorderhand weder zum einen noch zum anderen bereit. Sie nahm an den Konferenzen v.a. deshalb teil, um sich über die Politik der Staaten im Süden zu informieren und um diese zu beeinflussen. Die regelmässigen Verhandlungen mit den übrigen Randstaaten bedeuteten auch eine ständige Information über die Haltung Estlands. Seppo ZETTERBERG, einer der besten Kenner der Materie, hat festgestellt, dass es nach Beginn der Randstaatenpolitik schwierig, ja sogar fast unmöglich sei, die mit den finnisch-estnischen Beziehungen verknüpften Sonderfragen zu erkennen.⁷⁸

Dieser Eindruck trifft zweifellos zu bei Anwendung der traditionellen Quellenauffassung und ereignishistorischen Forschungseinstellung. Andererseits ist dies ein Schulbeispiel dafür, wie die Hinwendung zu tieferreichenden Erklärungsfaktoren, den »forces profondes«, zur Klärung des Gesamtbildes beitragen kann. Estland war demzufolge für Finnland immer noch der wichtigste Staat der Randstaaten-gruppierung. Die geographische Distanz war klein, und die im Frühling 1919 aufgeflamnte Begeisterung für die gemeinsame ethnische Vergangenheit band nach wie vor die sprachlich verwandten Völker zusammen. Estland war auch wirtschaftlich das bedeutendste baltische Land. Obschon die wirtschaftlichen Bündnisbestrebungen des vorherigen Jahres gescheitert waren, stellte Estland für Finnland doch weitaus den bedeutendsten Handelspartner unter den Randstaaten dar. Der Handelsaustausch des Jahres 1919 mit Estland belief sich auf mehr als das zehnfache desjenigen mit Lettland und Litauen zusammen, und sogar der Handel mit Polen war bloss ein Fünftel desjenigen mit Estland. An diesen Grössenverhältnissen änderte sich auch in den nächsten Jahren wenig, ausgenommen den kurzfristigen Anstieg des Handels mit Lettland im Jahre 1920.⁷⁹

Entsprechend hatte auch der Schiffsverkehr zwischen Estland und Finnland ganz andere Dimensionen als derjenige zwischen Finnland und den übrigen Randstaaten. 1919 trafen aus Estland 349 Schiffe in Finnland ein gegenüber 6 aus Lettland, und das Verhältnis änderte sich auch in den folgenden Jahren kaum.⁸⁰ Gemäss der Volkszählung des Jahre 1920 stellten die Esten die grösste Gruppe von Bürgern aus

78. ZETTERBERG 1977 S. 13.

79. SVT I A 39 S. 131–161, 40 S. 61–62, 41 S. 61–62. Ueber die Berücksichtigung der »Forces profondes« in der Erforschung der Geschichte der internationalen Beziehungen siehe RENOUVIN–DUROSELLE 1966, an konkreten Beispielen RENOUVIN 1954–1958.

80. SVT I B S. 106–108, 122.

Randstaaten in Finnland dar, ihre Gesamtzahl war grösser als die aller übrigen zusammen und betrug das fünffache aller Letten und Litauer in Finnland.⁸¹ Die öffentliche Meinung in Finnland verfolgte am aufmerksamsten die Vorgänge in Estland. Die allgemein gegenüber der Randstaatenpolitik positiv eingestellte Zeitung »Helsingin Sanomat« veröffentlichte beispielsweise in der zweiten Jahreshälfte 1919 das Doppelte an Nachrichten und redaktionellen Kommentaren aus Estland als aus den übrigen Randstaaten zusammen.⁸²

Die finnische Regierung verhielt sich in ihrer Randstaatenpolitik entsprechend dieser Verteilung der Schwerpunkte. Holsti hatte bereits Ende Juli 1919 ein Militärbündnis mit Estland für möglich gehalten, hingegen in Bezug auf mögliche Bündnisse mit Lettland und Litauen eine abwartende Haltung empfohlen. Zur Festigung der beiderseitigen Beziehungen scheint sich die finnische Regierung der beiden Hauptziele der estnischen Aussenpolitik angenommen zu haben, nämlich der Anerkennung sowie der Sicherung der Unabhängigkeit Estlands. Finnland selbst hatte Ende 1918–Anfang 1919 diplomatische Beziehungen zu der provisorischen estnischen Regierung angeknüpft und diese damit de facto anerkannt.

Im Sommer 1919 schien dann der finnischen Regierung die Zeit gekommen für die volle Anerkennung der estnischen Unabhängigkeit. Am 23. Juli entschloss sie sich, die Unabhängigkeit Estlands auch de jure anzuerkennen und forderte die übrigen Staaten auf, diesem Beispiel zu folgen. Vor der Anerkennung wollte man sich jedoch noch über die Reaktionen der Regierungen Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten zu dieser Initiative Finnlands informieren. Die Frage war ja recht diffizil, und man wollte die Beziehungen Finnlands zu den Siegermächten nicht durch ein eigenmächtiges Vorprellen stören, falls diese eine negative Haltung einnahmen. Nachdem die Westmächte erklärt hatten, dass sich ihre Haltung in Bezug auf die Unabhängigkeit Estlands nicht geändert habe, entschloss sich die finnische Regierung am 6. 8., die Frage der Anerkennung noch vorläufig offen zu lassen.⁸³

Während sie so einen günstigeren Zeitpunkt abwartete, gab die finnische Regierung den Esten jedoch zu verstehen, dass Finnland bereit sei, die estnische Unabhängigkeit de jure anzuerkennen. Auch

81. SVT VI S. 43.

82. Helsingin Sanomat Juli-Dezember 1919.

83. Tagebuchaufzeichnung Alkios vom 22. 7. 1919, VA Alkio 1, Holsti an die Gesandtschaften in Paris, London und Washington am 23. 7. 1919, undatierte Denkschrift Holstis, Vortragsliste des Aussenministeriums vom 6. 8. 1919, VA Holsti 28, siehe auch ZETTERBERG 1977 S. 265–267.

die gegenseitigen Beziehungen könnten so geregelt werden, wie wenn die vollständige Anerkennung bereits erfolgt sei. Als Bekräftigung erklärte Holsti – der damit auf ein früheres Gesuch Estlands antwortete – am 8. 8. 1919 die formelle De-facto-Anerkennung der estnischen Unabhängigkeit durch Finnland. Als konkrete Massnahme wechselte Finnland im September – Oktober seine diplomatischen Vertreter aus, die zu Kritik Anlass gegeben hatten. Lauri Kettunen, ein ausgezeichnete Kenner der Verhältnisse, warf Kairamo und Putkinen mit scharfen Worten vor, dass diese durch ihr steifes Verhalten und durch die Verfolgung eigener Interessen eine Verschlechterung der Beziehungen verursacht hätten. Zum neuen Vertreter in Estland wurde Erkki Reijonen gewählt, ein Mitglied der Uusi-Päivä-Gruppe, welche sich positiv zu Estland gestellt hatte; den Posten eines Konsuls erhielt Hjalmar Göös, der ehemalige Hauptintendant des »Zentralkomitees der Hilfe an Estland«.⁸⁴

In der Folge liess Aussenminister Holsti von Zeit zu Zeit die Meinung der Alliierten zur möglichen diplomatischen Anerkennung Estlands erfragen. Besonders die Friedensangebote Sowjetrusslands und die Informationen über die Notlage der estnischen Regierung bewirkten, dass Finnland die Westmächte zu einer Stellungnahme drängte. Vom 4. September an behandelte die finnische Regierung an mehreren Sitzungen die Möglichkeiten einer Hilfeleistung an Estland, und am 15. 9. forderte Holsti die finnischen Gesandten bei den westlichen Alliierten telegrafisch auf, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die betreffenden Staaten für das Schicksal Estlands zu interessieren und dessen Anerkennung zu bewirken.⁸⁵ Dies war jedoch vergeblich. Nicht einmal der Hinweis auf die drohende Ausbreitung des Bolschewismus vermochte eine Aenderung der Haltungen herbeizuführen. Frankreich teilte sogar mit, dass es nicht bereit sei, die Frage der Anerkennung unter Druck zu behandeln. Die Vereinigten Staaten wiederum wollten sich nicht an der Aufteilung Russlands beteiligen. Auch England stellte sich in dieser Phase negativ zu einer Anerkennung Estlands.⁸⁶

Die Sonderstellung Estlands in der finnischen Aussenpolitik bestand also auch nach den dramatischen Vorgängen des Frühlings 1919

84. Holsti an Kallas am 8. 8. 1919, UMA 12L Estland 1919, siehe auch Kettunen 1948 S. 51–52, 60–61, ZETTERBERG 1977 S. 190–192.

85. Tagebuchaufzeichnungen Alkios vom 4.–6. 9. 1919, VA Alkio 1, Holsti an Enckell, Donner und Saastamoinen am 15. 9. 1919, VA Holsti 28.

86. Enckell an Holsti am 12. und 24. 9. 1919, VA Aussenministerium Fa II e-3, Donner an Holsti am 18. und 19. 9. 1919, VA Aussenministerium 5 C 7, Saastamoinen an Holsti am 30. 12. 1919, VA Holsti 28.

weiter. Man fühlte die Bedeutung und die Nähe des Partners, und Finnland trat auf der internationalen Bühne als Interessenvertreter Estlands auf.

Die Konflikte zwischen Estland und Lettland betonen die Existenz der nördlichen Gruppierung

Obschon sich der Konflikt zwischen Estland und Lettland erst um die Jahreswende 1919–1920 zu einer offenen Krise ausweitete, müssen die Entstehung und das weitere Umfeld bereits in diesem Zusammenhang behandelt werden, um das Bild der äusseren und positionellen Zusammengehörigkeit Finnlands und Estlands zu klären. Das Entstehen dieses Konfliktes erklärt auch z.T., weshalb die lettische Regierung im Herbst 1919 bereit war, sich zur Lösung ihrer Sicherheitsprobleme an Polen zu wenden.

Trotz der bedeutenden äusseren und inneren Gefahren, welche die Regierungen Estlands und Lettlands zur Zusammenarbeit veranlassen, traten gerade während der Erringung der Unabhängigkeit die nationalen Gegensätze klar hervor. Die estnisch-lettische Nationalitätsgrenze wies zwar allgemein einen ziemlich klaren Verlauf auf, gab jedoch an einigen Stellen zu Deutungen Anlass. Am umstrittensten war die Stellung der Grenzstadt Walk. Diese lag zwar inmitten eines hauptsächlich von Letten bewohnten Gebietes, zu Anfang des Jahrhunderts und besonders während des Ersten Weltkrieges hatte jedoch eine starke estnische Einwanderung stattgefunden. Das gegenseitige Verhältnis wurde auch noch dadurch belastet, dass ein wesentlicher Teil der im Winter 1919 in Südestland operierenden Truppen der Roten Armee aus Letten bestanden hatte. Nachdem diese über die Gränze zurückgeschlagen worden waren, rächten sich die estnischen Truppen und plünderten Gebiete und Städte im nördlichen Lettland.⁸⁷ Die militärischen Vorgänge der Jahre 1918–1919 im Baltikum beinhalten also auch Elemente der nationalen Auseinandersetzung zwischen Esten und Letten.

87. Kairamo an das Aussenministerium am 16. 6. 1919, VA Aussenministerium 1 Reval, siehe auch LAAMAN 1964 S. 422. Ueber die Entwicklung der Nationalitätenverhältnisse in der Stadt Walk siehe BIELENSTEIN 1892 S. 17–22. PULLAT 1972 S. 58, 60.



Baltikum in den Jahren 1919–1922.

Diese nationalen Differenzen wirkten sich trotz der grossen gemeinsamen Interessen auch auf die Zusammenarbeit der Regierungen der beiden Länder aus. Die provisorische Regierung Lettlands befand sich dabei in einer bedeutend schwächeren Position. Der grösste Teil des Landes befand sich in der Hand der Roten, und auf Kurland lagen »im Rücken« der provisorischen Regierung die feindselig eingestellten baltendeutschen und weissen russischen Truppen sowie eine deutsche Armee unter General von der Goltz, dem früheren Befehlshaber der in Finnland operierenden sog. Ostseedivision. Die deutschen Truppen, die sich gänzlich aus den estnischen Gebieten zurückgezogen hatten, schienen gewillt, sich in Lettland festzusetzen und auf dessen innere Verhältnisse Einfluss zu nehmen. Bereits während des Ersten Weltkrieges waren Pläne ausgearbeitet worden über eine Ansiedlung von Deutschen auf Kurland, und auch die von Karlis Ulmanis geleitete provisorische Regierung Lettlands hatte jenen Deutschen Land versprochen, welche beim Kampf gegen die Rote Armee Unterstützung leisteten. Die provisorische Regierung versuchte sich später von diesem als Notlösung gegebenen Versprechen loszusagen. Die Deutschen waren damit nicht einverstanden und führten zur Wahrung ihres Einflusses und ihrer Handlungsfreiheit am 16. 4. 1919 gemeinsam mit den Baltendeutschen in Libau einen Putsch durch.⁸⁸

In ihrer Notlage hatte sich die Regierung Ulmanis Ende Januar auch an die provisorische Regierung Estlands gewandt. Eine erste Sondierung war zwar bereits im Dezember erfolgt, damals hatte die estnische Regierung jedoch genug mit der eigenen Verteidigung zu tun gehabt. Die Hilfe an Lettland war zudem in Estland nicht gerade populär.⁸⁹ Die Zurückdrängung des Feindes über die Grenzen Estlands und darüber hinaus liess jedoch ein Bündnis zwischen den beiden Ländern für angezeigt erscheinen, und ein diesbezüglicher Vertrag wurde am 18. 2. 1919 abgeschlossen. Aufgrund dieses Vertrages begannen die Esten mit der Aufstellung lettischer Truppen auf estnischem Gebiete und führten nach der Verlagerung der Kriegshandlungen auf lettisches Gebiet dort eine Mobilisierung zugunsten der Regierung Ulmanis

88. SIPOLS 1961 S. 113–118, 128–135, GRIMM 1963 S. 192–202.

89. Eduard LAAMAN, der Verfasser der grundlegenden Arbeit über die Erringung der Selbständigkeit Estlands zitiert beispielsweise den Brief eines Fähnrichs, in dem dieser die Hilfe an Lettland mit der Rettung eines Hundes aus einem Brunnen vergleicht. Kaum ist er ausser Gefahr, beisst er seinen Retter in die Hand. Nachdem er eine Anzahl der von ihm erlebten »Sünden« der Letten aufgezählt hatte, stellt der Este fest, dass kein Volk so neidisch sei auf die Esten wie die Letten. Kaum fühlten sich diese stark genug, bereiteten sie den Esten Schwierigkeiten an den Grenzen, besonders im Walk-Gebiet, und wandelten sich zu den erbittertsten Feinden der Esten. LAAMAN 1964 S. 422.

durch. Der Vertrag gab der estnischen Regierung die Möglichkeit, die militärische Lage abzusichern und die Front weit über die estnischen Grenzen hinaus zu verlagern. Aber der Vertrag eröffnete noch weitere Möglichkeiten. Estland hatte eine Uebergabe der umstrittenen Grenzgebiete zur Bedingung seiner Hilfe gemacht.⁹⁰

Andererseits bot die militärische Zusammenarbeit auch der provisorischen Regierung Lettlands Vorteile. Die Truppen von der Goltz' waren nämlich zum Angriff übergegangen, um die langfristigen Pläne in Bezug auf Russland abzusichern und den Einflussbereich der von dem Pastor, Schriftsteller und Geschäftsmann Andrievs Niedra geleiteten Putschistenregierung zu erweitern. Riga wurde am 22. 5. aus der Hand der Bolschewiken erobert, und die Truppen setzten ihren Vormarsch gegen die im nördlichen Lettland befindlichen estnischen und die lettischen Truppen der Regierung Ulmanis fort. Diese Offensive wurde den deutschen Plänen jedoch zum Verhängnis. Der dabei ausgebrochene sog. Landeswehrkrieg 5. 6.–4. 7. endete mit einem estnischen Sieg. Wie bekannt ist, kämpften die Esten erfolgreich gegen ihre Erzfeinde, die Baltendeutschen und Deutschen und drangen bei ihren Operationen im nördlichen Lettland bis zur Düna und vor die Tore Rigas vor. Gemäss dem von den Engländern vermittelten Waffenstillstand hatten sich die Deutschen vom Gebiete Lettlands zurückzuziehen und die Macht an die Regierung Ulmanis zurückzugeben.⁹¹

Die erstarkte Stellung der provisorischen Regierung Lettlands trat auch im neuen estnisch-lettischen Vertrag vom 21. 7. 1919 hervor. Darin wurde jener Abschnitt festgelegt, den die Esten gegen die Rote Armee in Lettland verteidigen sollten. Der von den Esten zu verteidigende Frontabschnitt erstreckte sich anfänglich bis zum Luban-See, d.h. bis in die Hälfte der Front, die Letten sollten jedoch mit dem Anwachsen ihrer Truppen die Esten schrittweise von der Verantwortung für die Verteidigung befreien. Lettland hatte für alle Ausgaben der Esten aufzukommen, und zur Regelung der Grenzfragen beschloss man eine gesonderte Kommission einzusetzen, in der beide Teile in gleichem Masse vertreten waren. Die lettische Truppenabteilung in Estland wurde an Lettland übergeben.

Mit ein Grund für die Uebergabe waren die Differenzen, welche zwischen der estnischen militärischen Führung und dem Kommandanten der lettischen Truppenabteilung entstanden waren. Die Letten beschuldigten die Esten einer bevormundenden und geringschätzigen

90. LAAMAN 1964 S. 421–423, ARUMÄE 1966 S. 29–31.

91. LAAMAN 1964 S. 528–561, RAUCH 1970 S. 62–63.

Einstellung gegenüber ihrem schwächeren Bündnispartner. Ein Teil der estnischen Einstellungen erklärt sich natürlich daraus, dass sie die lettischen Truppenteile gemäss der Gesamtstrategie einsetzen wollten, währenddem der Kommandant der Letten, Kapitän Georg Zemitans den Angriffsschwerpunkt gegen Riga richten wollte, um die Stadt von der Herrschaft der Putschistenregierung zu befreien. Schlussendlich entfernte sich die lettische Abteilung aus den Reihen der estnischen Armee und marschierte eigenmächtig gegen Riga.⁹²

Die Letten mussten jedoch noch ein weiteres Mal um estnische Hilfe nachsuchen. Anfang Oktober schritten die baltendeutschen und weissrussischen Truppen Bermondts-Avalovs, eines wahrscheinlich selbsternannten Fürsten und Abenteurers, zu einem neuerlichen Angriff auf Riga. Die estnische Armee stellte in dieser Phase mit ihren drei Divisionen – über 70'000 Mann – und mit ihren wirksamen Panzerzügen bedeutendste Machtfaktor im Baltikum dar. Die estnische Regierung war zur Hilfe an Lettland bereit, jedoch nicht bedingungslos. Als Kompensation für die Entsendung einer Division zum Schutze Rigas verlangten die Esten ausser der Ersetzung der Kosten noch die Uebergabe der Stadt Walk. Falls diese Forderungen den Letten zu gross schienen, waren die Esten zu Gebietskompensationen in anderen Grenzregionen bereit, auf Walk wollte man jedoch nicht verzichten. Denn wie Ants Piip, estnischer Vertreter in London, zukünftige Aussenminister und Professor für internationales Recht an der Universität Dorpat feststellte, hatten die Esten bereits genug Opfer für die Letten dargebracht. Jetzt sei es an diesen, eine Gegenleistung zu erbringen.⁹³

Die lettische Regierung erklärte sich damit nicht einverstanden, sondern versuchte, in Verhandlungen eine Erleichterung der estnischen Bedingungen zu erreichen. Die Esten gaben jedoch nicht nach. Anstelle der versprochenen Division entsandte die militärische Führung Estlands lediglich zwei Panzerzüge nach Riga. Das geringe Ausmass der Hilfe und der für eine weitergehende Hilfeleistung verlangte Preis erbitterte die Letten. Da zudem das Verhalten der estnischen Soldaten in Riga auch international Anstoss erregte – die Esten raubten u.a. das Magazin einer finnischen Firma in der Nähe

92. Estnisch-lettisches Abkommen vom 21. 7. 1919, PRO 3615/485, Tallents an FO am 8. 8. 1919, PRO 3615/452, siehe auch LAAMAN 1964 S. 610–611.

93. Bosanguet an FO am 13. 10. 1919, PRO 3626/257, Hurstel an Clemenceau am 11. 10. 1919, SHAT 6N 125, Reijonen an UM am 17. 10. 1919, UMA 7E Lettland bis 1929, siehe auch LAAMAN 1964 S. 601.

Rigas aus⁹⁴ – waren die Letten bereit, anderswo um Hilfe nachzusuchen.

Diese Vorgänge, welche im allgemeinen Bewusstsein im Schatten der gemeinsamen (jedoch misslungenen!) Bestrebungen zur Schaffung eines Bündnisses der Randstaaten geblieben sind, gleichen in auffälliger Weise den finnisch-estnischen Schwierigkeiten im April/Mai. Die Auseinandersetzungen zwischen Estland und Lettland kristallisierten sich jedoch an einer konkreten Grenzstreitigkeit und wurden nicht durch ein Gefühl ethnischer Verwandtschaft gemildert, ganz im Gegenteil. Die beiden Länder konkurrierten sich in ihrem Wirtschaftsaufbau, und weder die eine noch die andere Seite war so stark, dass dies zur Hebung der äusseren Stellung des anderen Partners beigetragen hätte.

Das Scheitern der ersten polnischen Pläne einer Föderation mit Litauen

Für Polen bedeutete der erwähnte Zustand eines allgemeinen Aufruhrs in Osteuropa eine Gefahr, jedoch auch eine einzigartige Möglichkeit zur Verwirklichung seiner aussenpolitischen Zielsetzungen. Bisher sind v.a. die Entstehung und die Grundlagen des föderalistischen Programms behandelt worden, da diese in den ersten Nachkriegsjahren für die polnische Aussenpolitik entscheidend waren. Dieses föderalistische Programm stand auch hinter den polnischen Vorschlägen an Finnland über eine Aufteilung der Interessensphären. Das Programm zielte ja auf die Garantierung der äusseren Sicherheit Polens mittels eines grossräumigen, Polen, Litauen, Weissrussland und die Ukraine umfassenden Staatenbundes. Die ehemaligen Mitglieder des »Völkerbundes« sollten sich dem neuen Bund aufgrund seiner Vorteile und der historischen Traditionen anschliessen, während Polen mindestens die Voraussetzungen für die Verwirklichung schaffen sollte.⁹⁵ Die bedeutendsten Föderalisten neben

94. Binet an Clemenceau am 12., 17., 19. und 27. 10. 1919, Hurstel an Clemenceau am 12., 16. und 19. 10. 1919, SHAT 6N 125, Tallents an FO am 14., 18. und 22. 10. 1919, PRO 3626/234, 320, 249. Ueber die Plünderung des Magazins der Finnischen Uebersee-Handelsgesellschaft am 13.–14. 10. 1919 siehe Denkschrift des Konsulats Riga vom 15. 2. 1922, VA Aussenministerium Fa 1.

95. Die grundsätzliche Schwierigkeit bei der Erforschung der polnischen Föderationspolitik im Osten ist die bereits anlässlich der Darstellung der Quellenlage

Pilsudski und seinen Vertrauten waren der als Kompromisskandidat nach den Wahlen vom Januar 1919 zum Ministerpräsidenten ernannte weltberühmte Pianist Ignacy Paderewski sowie der zukünftige Außenminister, Fürst Eustachy Sapieha.

Wie bereits erwähnt, trat als Konkurrent der föderalistischen Ausrichtung eine annexionistische, nationalstaatliche Linie auf, welche vom grössten Teil des Parlamentes, des Sejm unterstützt wurde. Beide Richtungen befürworteten eine entscheidende Auseinandersetzung mit Sowjetrussland, mit dessen Unterstützung in den polnischen Interessengebieten die konkurrierenden Sowjetrepubliken Ukraine und Litauen – Weissrussland entstanden waren. Im eigentlichen Polen entstanden hingegen keine sowjetischen Staatsgebilde. Die Kommunisten boykottierten die Wahlen in den Sejm, und bei den örtlichen Wahlen wurden sie von der PPS und den bürgerlichen Parteien besiegt. Der im Rücken der Roten Armee im August 1920 entstandene provisorische Revolutionsrat bestand nur einige Wochen.⁹⁶

Die örtliche polnische Bevölkerung hatte bereits beim Annähern der Roten Armee auf Wilna Anfang Januar 1919 Widerstand geleistet – die litauische Regierung hatte auf eine Verteidigung der Stadt verzichtet – und die ersten Kämpfe zwischen der Roten Armee und Truppen der polnischen Regierung fanden Mitte Februar südlich von Wilna statt. Anfänglich strebte Pilsudski einzig eine Bindung der sowjetischen Einheiten an, um so ihre Konzentrierung zu einem

behandelte Tatsache, dass Pilsudski nie direkt ein Gesamtprogramm vorschlug, ja in der zentralen Forschungsdiskussion ist sogar seine föderalistische Einstellung in Frage gestellt worden, da er sich v.a. auf die Schaffung der militärischen Voraussetzungen für das polnische Ostprogramm konzentrierte. Pilsudski war auch imstande, ironische Bemerkungen über eifrigere Föderalisten zu machen, WANDYCZ 1969 S. 97–100, DAVIES 1972 S. 100–102. Andererseits postulierte er für die Lösung der Nationalitätenprobleme Osteuropas Ideen, welche als föderalistisch ausgelegt werden müssen. Er machte diesbezügliche Aussagen und traf im Rahmen der polnischen Aussenpolitik Vorbereitungen zur Verwirklichung gerade in dieser Ostföderation. Unter Berücksichtigung dieser wirklichen Entscheidungen und einer gewissen konspirativen Natur des Vorgehens – welche durch die innen- und aussenpolitische Lage des Landes geboten war – ist der andere wichtige amerikapolnische Pilsudski-Kenner gleichzeitig zum Schlusse gekommen, dass Pilsudski wirklich ein Föderalist war. Dieser Standpunkt hat in der Forschung weitgehend Zustimmung gefunden, DZIEWANOWSKI 1969 S. 89–100 und passim, vgl. z.B. LEWANDOWSKI 1962 S. 77–81, HUNCZAK 1970 S. 50–54. Pilsudskis zweite Ehefrau und enge Mitarbeiterin in den Jahren der Herausbildung seiner Nationalitätenpolitik hielt ihn eindeutig für einen Föderalisten, Pilsudska 1941 S. 287–288, was auch glaubhaft scheint.

96. WERESZYCKI 1968 S. 640–644, 647–648, WANDYCZ 1969 S. 75–77, 225–230. Auch die litauisch-weissrussische Sowjetrepublik »Litbel« war ein interessanter Ausdruck für die Zähigkeit der Traditionen in dem Gebiete.

Grossangriff zu verhindern und um einen günstigen Augenblick für die Verwirklichung seiner eigenen Zielsetzungen abzuwarten. Zuvor mussten jedoch eine ganze Reihe äusserer und innerer Schwierigkeiten bewältigt werden.

Von den äusseren Schwierigkeiten stellte die am 18. 1. in Paris zusammengetretene Friedenskonferenz die bedeutendste dar. Polen war abhängig von den westlichen Siegermächten. Die Grenzziehung gegenüber Deutschland hararte noch einer Regelung, und ausserdem benötigte Polen die Unterstützung der westlichen Grossmächte sowohl beim Ankauf von Maschinen und Waffen als auch bei der Regelung der Staatsfinanzen. Dies verunmöglichte offenen Widerstand gegenüber der Russlandpolitik der Siegermächte. Deren Einstellungen zu den polnischen Zielsetzungen im Osten und zu den von Pilsudski vertretenen föderalistischen Ideen waren abwartend und widerspruchsvoll. Am positivsten zur Vereinigung Polens und zu dessen Unabhängigkeit waren die Vereinigten Staaten und Frankreich eingestellt. In Bezug auf die Grenzziehung hatten sich die Vereinigten Staaten nicht festgelegt und befürworteten im Osten einen Grenzverlauf aufgrund nationaler Kriterien. Frankreich hatte sogleich nach Kriegsende für Polen die Grenzen von 1772 verlangt, war jedoch ebenfalls bereit, diese aufgrund der nationalen Entwicklung zu überprüfen. Italien befürwortete die Unabhängigkeit Polens, jedoch nicht auf Kosten russischer Gebiete, England wiederum befürwortete am eindeutigsten eine Verkleinerung Polens auf seine ethnischen Grenzen. Diese Ansichten bedeuteten, dass die Siegermächte nicht mit einer Ausdehnung der polnischen Ostgrenze bis zum Dnjepr einverstanden waren und sich auch misstrauisch zu den polnischen Föderationsplänen in der Ukraine und in Weissrussland verhielten. Frankreich und die Vereinigten Staaten befürworteten die Schaffung eines polnisch-litauischen Bundesstaates als Lösung für die Stellung Litauens, während England entweder ein unabhängiges Litauen in seinen ethnischen Grenzen oder seine Vereinigung mit Russland zum Ziel hatte.

Ein Hindernis für die Ostpläne Pilsudskis stellte auch der Leiter der polnischen Delegation in Paris Roman Dmowski dar. Der Staatspräsident hatte einige seiner engsten Vertrauten nach Paris gesandt, um auf den Führer der Nationaldemokraten einzuwirken, jedoch erfolglos. Ausgehend von den eigenen annexionistischen Zielsetzungen schlug Dmowski der Friedenskonferenz vor, dass die Grundlage der Behandlung der polnischen Ostgrenze die Grenze des Jahres 1772 bilden sollte. Obschon dies formell den Forderungen Pilsudskis entsprach,

war Dmowski bereit, auf Gebiete zu verzichten, welche keine polnische Mischbevölkerung aufwiesen. Da ausserdem das repräsentative Organ der weissen russischen Bürgerkriegspartei die Lösung von 1772 ablehnte, nahm die Friedenskonferenz zur Grundlage ihrer Verhandlungen die historischen Grenzen Russlands mit den durch das polnische Siedlungsgebiet verursachten Aenderungen.⁹⁷

Pilsudski hatte auch innenpolitische Schwierigkeiten mit der Rechten und dem Zentrum. Diese wollten nicht auf ihre Annexionsforderungen in der Ukraine, in Weissrussland sowie in Litauen verzichten, sondern brachten Anfang April im Sejm eine von den Föderalisten vorgeschlagene Resolution über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine, Weissrusslands und Litauens zu Fall.⁹⁸ Dies hätte die Voraussetzungen geschaffen für das von Pilsudski vertretene, nicht auf Zwang, sondern auf gemeinsamen Interessen gründende Bündnis gleichwertiger Partner. Der Sejm liess bloss die Möglichkeit der Anerkennung des litauischen und weissrussischen Selbstbestimmungsrechtes offen.

Pilsudskis Ostpolitik schien also sowohl an aussen- wie auch an innenpolitischen Widerständen zu scheitern. Einzig in Bezug auf Litauen und möglicherweise Weissrussland schienen die Einstellung der Siegermächte und die innere Lage Polens einen gewissen Spielraum offen zu lassen. Der Staatschef beschloss zu handeln, bevor es zu spät war.

Pilsudski hatte bereits Ende 1918 und Anfang 1919 Kontakt aufgenommen zu verschiedenen litauischen Kreisen in Kowno, Wilna, in der Schweiz und in Paris. Obschon sich das nationale Erwachen der Litauer in erster Linie gegen die Polen gerichtet hatte, war die föderalistische Tradition doch nicht ohne Einfluss. Viele führende Litauer waren zu einer Zusammenarbeit mit Polen bereit. Die Machtübernahme Pilsudskis gab diesen Einstellungen Auftrieb. Der neue polnische Staatspräsident genoss eine hohe Popularität im Gebiet um Wilna, und auch in Kowno sah man in ihm eine bessere Garantie für ein unparteiisches Verhalten als in seinen nationaldemokratischen Widersachern. Pilsudski hielt sich selbst mindestens z.T. für einen Litauer und das Gebiet um Wilna für das beste Polens. Er hatte sich die traditionellen Auffassungen der Adligen in den

97. Siehe näher WANDYCZ 1962 S. 12–13, 17–22, 29–49, 104–131, NELSON 1963 S. 17–18, 31–32, 49–50, 98–100, 145–197.

98. »Compte-rendu des débats de la Diète. 24-e séance» vom 4. 4. 1919, AAN Wasilewski 30, siehe auch DZIEWANOWSKI 1969 S. 88–93, WANDYCZ 1969 S. 107–110.

Ostgebieten zu eigen gemacht, nach denen einer »gente lituanus, natione polonus« sein konnte, ohne dass dabei ein Loyalitätskonflikt auftrat.⁹⁹

Als Zeichen des guten Willens der Litauer hatte Ministerpräsident Mykolas Sleževičius versucht, die polnische Minderheit des Landes an der Arbeit der Taryba zu beteiligen, jedoch erfolglos. Am meisten setzte sich für eine Zusammenarbeit Juozas Gabrys ein, der – wie bereits festgestellt – als Vertreter der Amerikalitauer nach Europa zurückgekommen war und in der Schweiz und in Paris eingehende Bündnisverhandlungen mit den Polen führte. Selbst der litauische Aussenminister Augustinas Voldemaras zeigte sich zu Verhandlungen bereit. Er hatte ja in den Plänen des Jahres 1917 ein Bündnis mit Polen nicht ausgeschlossen. Auch hatte er nichts dagegen, sich bei seinen Unterredungen mit Minister-Präsident Paderewski der polnischen Sprache zu bedienen. Zur Lösung der Wilna-Frage scheint er auch an eine Aufteilung seines Landes in zwei Bundesstaaten gedacht zu haben, der eine hätte das Gebiet um Kowno umfasst und der andere das polnisch-weissrussisch-litauische Gebiet um Wilna.¹⁰⁰

Am weitesten gediehen die Verhandlungen zwischen Gabrys und der polnischen Delegation an der Pariser Friedenskonferenz. Gabrys schlug Polen am 26. 1. 1919 einen Bündnisvertrag vor. Diesem zufolge hätten beide Seiten die Selbständigkeit des anderen Partners in den Grenzen von 1772 anerkannt und sich zum Abschluss eines Verteidigungs- und Wirtschaftsbündnisses verpflichtet.¹⁰¹

Der Vertragsentwurf führte jedoch nicht zu einem eigentlichen Bündnis. Gabrys' Vorschlag konnte leicht von beiden Seiten abgelehnt werden, da er ohne Auftrag handelte. Den Verhandlungen unter Beteiligung einer offiziellen litauischen Delegation, sei es in Paris oder in Warschau, war jedoch ebenfalls kein Erfolg beschieden. Ein Grund war die Tatsache, dass die polnischen Föderalisten trotz aller Bündnisbestrebungen nicht zu Konzessionen in der Wilna-Frage bereit waren. Die polnische Delegation in Paris wurde ausserdem von führenden polnischen Annexionisten Roman Dmowski angeführt, der die Eingliederung des grössten Teiles des ethnischen litauischen Gebietes in Polen verlangte und von einer föderalistischen Lösung nichts wissen wollte. Da ausserdem sowohl die weissen Russen wie

99. Pilsudska 1941 S. 287, siehe auch DZIEWANOWSKI 1969 S. 40–42. Ueber die Entstehung des »Gente lituanus – natione polonus« – Begriffes siehe bes. ČEGINSKAS 1958.

100. ŁOSSOWSKI 1966 S. 69–72, DZIEWANOWSKI 1969 S. 112–120.

101. Nicht unterzeichneter litauisch-polnischer Vertragstext vom 26. 1. 1919 AAN Wasilewski 30, vgl. ŁOSSOWSKI 1966 S. 69–70.

auch die Deutschen eine polnisch-litauische Union für Gefährlich hielten und da auch die Westmächte nicht an einem Bündnis interessiert schienen, unterbrachen die litauischen Vertreter die Verhandlungen Anfang April 1919.¹⁰²

Um die Sache voranzutreiben bevor es zu spät war, griff Pilsudski zu den Waffen. Er sammelte alle greifbaren Truppen – der grösste Teil der damals kleinen polnischen Armee befand sich in Ostgalizien an der ukrainischen Front –, und diese drangen am 19.–20. 4. in Wilna ein. Die kommunistische Regierung »Litbel« stürzte. Die Bauern der Wilna-Region hatten bereits früher gegen diese rebelliert; die riskante Einnahme Wilnas war militärisch geglückt.

Gleichzeitig erreichte Pilsudski eine Reihe weitere Ziele. Die Pariser Friedenskonferenz wurde vor vollendete Tatsachen gestellt und hiess die Besetzung gut. Eine polnisch-litauische Föderation war ja von den Vereinigten Staaten und von Frankreich befürwortet worden, nun gesellten sich auch englische Stimmen dazu, z.B. »The Times« vom 25. 4. 1919.

Die Wilna-Region war auch von strategischer Bedeutung. Sie versperrte der Roten Armee den Weg nach Litauen und Ostpreussen und ermöglichte andererseits den Polen eine Verbindung nach Lettland und Weissrussland. In bezug auf die entscheidende Auseinandersetzung mit Sowjetrussland stellte die Einnahme Wilnas erst die Einnahme der Ausgangspositionen dar.

In seiner wichtigsten politischen Zielsetzung misslang jedoch Pilsudski. Er wollte Wilna zu einem gemeinsam verwalteten Zentrum machen, das sowohl Litauer wie auch Weissrussen zur Zusammenarbeit mit den Polen veranlassen würde. Wilna war ja als Zentrum des polnisch-litauisch-weissrussischen Gebietes der Schlüssel zur ganzen Föderationspolitik und hatte – wie Pilsudski feststellte – für diese Gebiete den gleichen Stellenwert wie Warschau für das übrige Polen. Der Aufbau einer gemeinsamen Verwaltung gelang jedoch nicht, denn die örtlichen Polen, Litauer und Weissrussen bewahrten lieber die administrativen Verbindungen zu den Zentren der jeweiligen Nationen, zu Warschau, Kowno und Minsk.

Nach dem Misslingen der gemeinsamen Verwaltung griff Pilsudski zur – nach seinem Dafürhalten – zweitbesten Lösung. Am 22. April veröffentlichte er ein Manifest »An die Bewohner des ehemaligen Grossfürstentums Litauen«, worin er bewusst an die jagellonischen

102. ŁOSSOWSKI 1966 S. 73–75. DZIEWANOWSKI 1969 S. 121–123.

103. MACKIEWICZ 1956 S. 120–122. ROOS 1961 S. 67–68. DAVIES 1972 S. 48–54.



Wilna, Treffpunkt der polnischen, litauischen und weissrussischen Bevölkerung. *Turun Sanomat*.

Traditionen anknüpfte. Ohne direkt von einem Staatenbund zu sprechen, versprach er den Bewohnern des Gebietes das Recht zur Organisierung der eigenen nationalen, kulturellen und religiösen Verhältnisse ohne jeden Druck von seiten Polens. Um die Bewohner des Gebietes zu überzeugen, wurde Wilna nicht direkt der polnischen Militärverwaltung unterstellt, sondern erhielt eine zivile Verwaltung unter Leitung Jerzy Osmolowskis, eines örtlichen Polen und überzeugten Föderalisten.¹⁰⁴

Die Massnahmen Pilsudskis legten also die zukünftige Stellung Litauens und Weissrusslands nicht fest, stärkten jedoch die föderalistischen Traditionen in dem Gebiete. Um die Grundlagen für ein Bündnis gleichwertiger Partner zu schaffen, verpflichtete sich der polnische Staatschef zur Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes der Litauer und Weissrussen.

104. Deklaration Pilsudskis »Aux habitants de l'ancien Grand-duché de Lithuanie« vom 22. 4. 1919 AAN Wasilewski 30, siehe auch LEWANDOWSKI 1963 S. 123–129. DZIEWANOWSKI 1969 S. 131–134.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass Piłsudskis Militär-operation und sein Manifest von den Siegermächten günstig aufgenommen wurden. Der polnische Sejm war aber anderer Meinung. Die Linke sowie einige verstreute liberale Föderalisten unterstützten zwar die Massnahmen des Staatsoberhauptes, die Rechte war jedoch dagegen. Sie beschuldigte die Föderalisten der Uebergabe polnischer Gebiete an andere Staaten und verlangte die direkte und bedingungslose Einverleibung Wilnas in den polnischen Staat. Der aus Paris eilendst zurückgekehrte Ministerpräsident Paderewski konnte einen Kompromiss erzielen, und der Sejm begnügte sich mit einer Erklärung, wonach Polen sich nicht einseitig Gebiete des ehemaligen Grossfürstentums Litauen einverleiben werde. Der Vorschlag der Linken über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine sowie über die Gutheissung einer föderalistischen Ostpolitik wurde jedoch abgelehnt.¹⁰⁵

Piłsudskis innenpolitische Schwierigkeiten trugen nicht zur Stärkung des Vertrauens der Litauer in die Polen bei. Sowohl die Litauer in Wilna wie auch die Regierung in Kowno wiesen die Initiative des Staatschefs zurück. Wie die Zeitung der Litauer in Wilna feststellte, waren die aus dem polnischen Nationalarchiv hervorgegrabenen föderalistischen Pläne den Traditionen der litauischen Nationalbewegung zu fremd. Ausserdem waren sie der jüngeren Generation zu weit hergeholt, um eine Chance auf Verwirklichung zu besitzen. Falls die von den föderalistischen Idealen besessenen Polen wirklich an einer Uebereinkunft mit den Litauern interessiert wären, so würden sie die Zusammenarbeit auf einer neuen, auf den gemeinsamen Interessen zweier gänzlich souveräner Staaten fussenden Grundlage anstreben. In einem anderen Zusammenhang stellte die Zeitung fest, dass die Föderationspläne auf Sand gebaut seien, da jeder Litauer aus dem alltäglichen Leben wisse, dass sich die Polen in Wirklichkeit imperialistisch verhielten gegenüber den Litauern. Obschon die Zeitung von den lauterer Motiven Piłsudskis in seinem Manifest überzeugt war, »vermochte auch Herkules nichts gegen die Uebermacht«.¹⁰⁶

Die führenden Mitglieder der Regierung in Kowno waren nicht blind gegenüber den Vorteilen einer Zusammenarbeit – die Offensive Piłsudskis hatte ja Wilna aus der Hand der Bolschewiken und gleichzeitig das übrige Litauen von der direkten Frontberührung mit der Roten Armee befreit. Sie stellten jedoch zur Vorbedingung der

105. WANDYCZ 1969 S. 135–137 und die darin erwähnten Quellen.

106. DZIEWANOWSKI 1969 S. 135–138 und die darin erwähnten Quellen.

Annäherungsverhandlungen die vollkommene Anerkennung der Souveränität Litauens von seiten Polens, unter Einbezug der historischen Hauptstadt Wilna. Das Streben des kleineren Partners nach den Schutz seiner Interessen wurde in der gesamten litauischen Nationalbewegung sichtbar. Diese konnte ja mit gutem Grund behaupten, dass sich die Polen dank ihrer numerischen Ueberlegenheit und höheren Kultur der ganzen litauischen Oberschicht »bemächtigt» und diese polonisiert hatten. Dazu gehörten beispielsweise Tadeusz Kościuszko, Adam Mickiewicz, ja selbst Józef Piłsudski. Ebenso hatten die Polen nach Meinung der litauischen Nationalbewegung den Föderalismus und die gemeinsame Vergangenheit des ganzen Grossfürstentums Litauen polonisiert. Die wichtigste Forderung der Litauer sei deshalb die Anerkennung als Litauer in Litauen. Im Endeffekt glich diese nationalistische Politik der Linie der polnischen Nationaldemokraten. Die Hauptforderung der Litauer war ein Nationalstaat, der die Bezirke Kowno, Wilna, Suwałki und Grodno sowie einen Streifen von Kurland und des Memelgebietes umfasste. Der neue Staat hätte so einen Teil der weissrussischen Bevölkerung des alten Grossfürstentums umfasst und den Rest Russland überlassen.¹⁰⁷

Nachdem das Wilna-Manifest ohne Echo geblieben war, setzte Piłsudski die Verhandlungen mit den litauischen Vertretern in Paris und Kowno fort. Nicht einmal der Besuch von Leon Wasilewski, des engsten Vertrauten Piłsudskis in Kowno brachte jedoch Resultate. Die Polen boten Litauen für den Fall eines engen Bündnisses mit Polen die Anerkennung der Selbständigkeit Litauens sowie Wilna an. Die litauische Antwort bestand in der Forderung nach dem vorherigen Rückzug der polnischen Truppen aus Wilna. Auch die polnische Versicherung, dass die Besetzung Wilnas in erster Linie gegen die Bolschewiken, nicht gegen die Litauer gerichtet sei, konnte die litauische Seite nicht von ihrer Forderung abbringen.

Nach diesem Misserfolg aller Bestrebungen begann der polnische Staatschef die Geduld zu verlieren. Er wollte nicht an eine so starke Polenfeindlichkeit des litauischen Nationalgefühls glauben und war nach wie vor der Meinung, dass ein föderalistisches Bündnis auch den Litauern verlockend erscheinen müsse. Den hartnäckigen litauischen Widerstand schrieb er ausländischem, v.a. deutschem Einfluss zu. Deutschland schien auch der wahrscheinlichste Gegenspieler, da deutsche Truppen nach wie vor wichtige Gebiete Litauens besetzt hielten, da Deutschland über eine gemeinsame Grenze mit Litauen

107. SENN 1966 S. 1–6. 18–20. DZIEWANOWSKI 1969 S. 104–111. 139–140.

verfügte und da in der litauischen Armee eine bedeutende Anzahl deutscher Freiwilliger diente. Da der litauische Nationalrat Taryba seine Herrschaft in Zusammenarbeit mit den Deutschen aufbaute, bezeichnete Pilsudski ihn als Marionette Deutschlands und weigerte sich, ihn als Repräsentanten der litauischen Anliegen anzuerkennen.

Schliesslich entschloss sich Pilsudski, dieses Hindernis für die erste Etappe seiner Ostföderation durch einen inneren Umsturz aus dem Wege zu räumen. Die Möglichkeiten schienen gegeben, denn auch im Bezirk Kowno stellten die Polen über zehn Prozent der Bevölkerung dar. Diese Minderheit war zudem noch recht wohlhabend und hatte bei den Wahlen in den Stadtrat von Kowno im Dezember 1918 30 der 70 Plätze erobert. Die von Pilsudski auf der Grundlage seiner Legionen in der letzten Phase des Ersten Weltkrieges geschaffene Geheimarmee POW fasste auch in Litauen Fuss, und sowohl in der Schweiz wie auch in Litauen nahm man Verbindung auf zu führenden Militärs und Politikern, die zur Zusammenarbeit geneigt schienen. Die Argumente der Polen waren dabei die gemeinsamen Interessen gegenüber Sowjetrussland und Deutschland sowie die Möglichkeit einer Uebergabe Wilnas. Der Einfluss Polens war zudem durch das Vordringen der Truppen Pilsudskis nach Weissrussland und die Eroberung von Minsk am 8. 8. 1919 gewachsen.

Andererseits standen einem Putsch auch bedeutende Kräfte im Wege. Die öffentliche Meinung Litauens war sehr polenfeindlich, die grösste Bevölkerungsgruppe, die Bauern, sahen in einem polnischen Putsch lediglich den Versuch des Landadels zur Niederschlagung des jungen Bauernstaates und dessen weitgehender Landreform. Als der Putschversuch dann am 27. 8. noch mit einem Durcheinander von Befehlen und Gegenbefehlen begann, war es der litauischen Regierung ein Leichtes, diesen abzuwehren. Eine offene Intervention Polens wurde von Pilsudski verhindert, da ein Blutvergiessen zwischen Polen und Litauern endgültig seine Lieblingsidee einer Vereinigung der beiden Völker zerstört hätte.¹⁰⁸

Als die Verhaftungen dann das Ausmass des Putschversuches aufdeckten, war für einige Zeit jegliche Möglichkeit einer Annäherung verbaut, die polnische Aussenpolitik hatte sich andere Wege zur Verwirklichung ihrer Ziele zu suchen.

108. ŁOSSOWSKI 1966 S. 117–144. DZIEWANOWSKI 1969 S. 143–144, 153–171.

Die Bedeutung Lettlands für die polnische Aussenpolitik im Herbst 1919

Obschon alle Möglichkeiten eines direkten Kontaktes zwischen Polen und Litauen erschöpft schienen, gab die Führung der polnischen Aussenpolitik die Hoffnung auf einen Einbezug Litauens in die geplante Ostföderation noch nicht auf. Diese Zusammenarbeit entsprach auch den Interessen der Siegermächte. Durch die Vermittlung der französischen und englischen Militärattachés konnten Anfang September 1919 Verhandlungen zwischen Aussenminister Voldemaras sowie zwischen General Rydz-Śmigły, dem Militärberater Piłsudskis und Leiter der POW, stattfinden.¹¹⁰ Die Verhandlungen führten zu keinen Resultaten, zeigten jedoch, dass die litauische Regierung einen gewissen Kontakt mit Polen aufrechterhalten wollte. In dieser Phase verschob die polnische Regierung den Schwerpunkt ihrer Politik auf Lettland, um dadurch auch Litauen in die Bündnisfront zu locken. Staatschef Piłsudski hatte bereits in seinen ersten aussenpolitischen Plänen angenommen, dass Lettland sowohl die Zusammenarbeit mit Litauen wie auch mit Polen suchen würde. Als nun Wasilewski im April 1919 den Einbezug Lettlands in die Bündnispläne vorschlug, unterstützte der Staatschef diesen Gedanken lebhaft.¹¹¹ Eine direkte Initiative in dieser Richtung scheint Ministerpräsident Paderewski Ende Juni ergriffen zu haben. Aufgrund der englischen Informationen schlug er den lettischen Vertretern in Paris vor, dass Polen, Lettland und Litauen eine politische und militärische Union bilden sollten.¹¹²

Der Vorschlag war bezeichnend für die damalige Situation, führte jedoch zu keinen Resultaten. Eine Wende trat erst nach dem Schreitern des Putschversuches in Litauen ein. Die Polen waren gut informiert über die früheren litauischen Bündnisvorhaben mit Lettland. Sie hatten auch bemerkt, wie Litauen wegen des Druckes Polens eine bis Finnland reichende Zusammenarbeit der Randstaaten in die Wege geleitet hatte. Die litauischen Vertreter hatten sich ja am 1. 9. an die Regierung Lettlands gewandt und deren Mithilfe für die Schaffung

110. Ward an FO am 14. 9. 1919, PRO 3609/173, Rebouis an Clemenceau am 14. 10. 1919, SHAT 6N 126.

111. Piłsudski an Wasilewski am 8. 4. und 4. 5. 1919, SPKP S. 408, 428–429, vgl. Wasilewski 1935 S. 174–176, siehe auch SKRZYPEK 1972 S. 28–29, ueber die frühen Pläne Piłsudskis bes. LUNGREEN–NIELSEN 1979 S. 55–57.

112. Grant Watson an FO am 7. 8. 1919, PRO 3615/473.

einer Bündnisfront der kleinen Staaten im Norden Polens erbeten¹¹³ – dies nur einige Tage nach der Aufdeckung des polnischen Putschversuches.

Am 16. 9. wurde der polnische Gesandte in London vom Aussenministerium telegrafisch über die Aenderung der Politik benachrichtigt. Das Föderationsvorhaben sei vorläufig gescheitert, da sich die litauische Regierung ablehnend verhalte. Deshalb müsse energisch die Annäherung an Lettland, Estland und Finnland vorangetrieben werden. Zur gleichen Zeit liess Piłsudski in Wilna gegenüber einer lettischen Delegation verlauten, dass er ein Bündnis der baltischen Länder wärmstens unterstütze. Das Wegbleiben Polens sei einzig auf die wegen der Wilna-Frage ungeklärten Beziehungen zu Litauen zurückzuführen.¹¹⁴

Die im Bereich des Möglichen liegende Schaffung einer einheitlichen, bis Finnland reichenden Bündnisfront schien noch besser geeignet, Litauen zu einer Uebereinkunft mit Polen zu veranlassen. Ausserdem war Polen am Standpunkt der nördlichen Nachbarn zur Frage des Friedens mit dem gemeinsamen Feind interessiert. An die zweite Konferenz in Dorpat vom 9.–10. 11. 1919 entsandte Polen bereits einen Beobachter.¹¹⁵

Als konkreter Ausdruck des wachsenden Interesses an den Gebieten im Norden Litauens wurde im September im polnischen Aussenministerium eine neue Abteilung für Skandinavien und das Baltikum geschaffen. Der grösste Teil der von Piłsudski in das Gebiet entsandten Verbindungsoffiziere wurde in Lettland stationiert, wo auch das Zentrum der diplomatischen Tätigkeit entstand. Dies stellte an und für sich noch keinen Beweis für die Ausrichtung der polnischen Baltikum-Politik dar. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen mit der Roten Armee im Baltikum lag in Lettland. Ausserdem entsandten auch viele andere Länder ihre für das gesamte Baltikum bestimmten Vertreter nach Riga, in die grösste und von der Lage her zentralste Hauptstadt der Region.

Andererseits weisen noch andere Indizien und konkrete Informationen darauf hin, dass sich Polens Hauptinteresse im Norden Litauens v.a. auf Lettland richtete. Die Ausrichtung auf Lettland entsprach erstens vollkommen der polnischen Tradition. Ein Teil des

113. Protokoll der lettisch-litauischen Konferenz vom 1. 9. 1919, VA Holsti 28, über die in Polen vorliegenden Informationen Kowno-Delegation an MSZ am 8. 6. 1919, SPKP S. 444, Michałowski an MSZ am 18. 9. 1919, AAN Paryż 3.

114. MSZ an Sapieha am 16. 9. 1919, PISM 1, siehe auch SKRZYPEK 1972 S. 42.

115. Bouffall am MSZ am 12. 11. 1919, AAN Wydział wschodni.

lettischen Gebietes hatte der polnischen »Völkergemeinschaft« angehört, worauf die nach wie vor vorhandene polnische Minderheit im Lande zurückzuführen war. Bei den gegen die zaristische Herrschaft gerichteten Aktivitäten war von seiten der PPS eine Zusammenarbeit mit den Letten angestrebt worden, und besonders Wasilewski hatte Verbindung aufgenommen zu den lettischen Vertretern im Ausland. So war Lettland zeitweise Anfang 1919 von Wasilewski in die Entwicklung der Pläne über eine zukünftige polnische Ostföderation einbezogen worden.¹¹⁶

Lettland war auch in der öffentlichen Meinung Polens ziemlich beliebt. Der »Robotnik«, die frühere Zeitung Pilsudskis und Hauptorgan der PPS, der sich an und für sich positiv zu einer Ostföderation stellte, behandelte im Herbst 1919 neben Litauen v.a. Lettland; Estland und Finnland fanden hingegen weit weniger Beachtung.¹¹⁷

Bei der Bestimmung eines polnischen Vertreters im Baltikum ging man davon aus, dass sein Tätigkeitsgebiet lediglich Lettland umfassen sollte. Erst aufgrund der in letzter Minute erfolgenden Intervention Wasilewski wurde das Mandat des neuen Gesandten Bronislaw Bouffall auch auf Estland ausgedehnt.¹¹⁸ Riga blieb jedoch sein Stationierungsort, wie bereits erwähnt.

Die gleichen Gewichtungsunterschiede wurden auch in den Anweisungen an die diplomatischen und militärischen Vertreter Polens sichtbar. Die politische und militärische Annäherung Lettlands an Polen war bereits vom Spätsommer 1919 an zur Diskussion gestanden, und vom September–Oktober an wurde dies zur Hauptaufgabe der polnischen Vertreter. Bouffall erhielt die Anweisung, in erster Linie die staatsrechtliche Annäherung Lettlands an Polen voranzutreiben. Formelle Einschränkungen oder zeitliche Fristen für diese Annäherung wurden nicht bestimmt – und bezeichnenderweise erfolgte auch keine vorläufige Anerkennung der lettischen Regierung. Die De-facto-Anerkennung Estlands, für das sich Polen nicht in gleichem Masse interessierte, erfolgte, jedoch unmittelbar am 6. 10. 1919.¹¹⁹ Die Aufgabe der polnischen Militärvertreter bestand ebenfalls einerseits in der Vorbereitung eines Bündnisses zwischen Polen

116. Wasilewski 1935 S. 36–40, siehe auch LEWANDOWSKI 1962 S. 64–65.

117. Robotnik August–Dezember 1919.

118. Anweisungen des Aussenministeriums an Bouffall vom 5. 10. 1919, AAGD 20/1662, siehe auch SKRZYPEK 1972 S. 31–38.

119. Ueber die Frage der Anerkennung Estlands Poska an Wasilewski am 6. 9. 1919, Wasilewski an Skrzyński am 26. 9. 1919, Skrzyński an Poska am 6. 10. 1919, AAN Wasilewski 42.

und Lettland, andererseits in der Erkundung einer möglichen Zusammenarbeit mit Estland.¹²⁰

Polen hatte zudem gerade in bezug auf Lettland auch wirtschaftliche Ambitionen. Das Problem des polnischen Aussenhandels war der Zugang zum Meer. Gemäss den Grenzen von 1914 verhinderte Deutschland den Zugang aus den Kerngebieten Polens zur Ostsee. An der Pariser Friedenskonferenz versuchte man dieses Problem dadurch zu lösen, dass Polen ein eigener Uferstreifen an der Ostsee zugesprochen wurde, der sog. polnische Korridor. Ausserdem wurde das die Weichselmündung beherrschende Danzig (Gdańsk) in eine der Aufsicht des Völkerbundes unterstehende Freistadt umgewandelt. Damit sollte garantiert werden, dass der Danziger Hafen unter allen Umständen den Polen zur Verfügung stünde. Im Herbst 1919 waren jedoch die Danziger Verhältnisse noch nicht geordnet. Ausserdem liess die fast gänzlich deutsche Bevölkerung der Stadt auch diese Lösung unsicher erscheinen. Die Deutschen konnten trotz allen Abmachungen den Durchgang verwehren. Die Sorge der Polen war nicht unbegründet, denn genau dies sollte sich im Sommer 1920 ereignen. Als der Krieg zwischen Polen und Sowjetrussland in einer entscheidenden Phase war, traten die deutschen Hafenarbeiter in Danzig in den Streik und stoppten so Waffenlieferungen nach Polen.¹²¹

Es war also bloss natürlich, dass die polnische Regierung Vorsorge treffen wollte für den Fall einer Unterbrechung der Danziger Handelsroute. Der eigene Ausweg, der grosse Hafen im ehemaligen Fischerdorf Gdynia, wurde erst in den Dreissiger Jahren fertiggestellt. Auch die von Polen in den Bündnisverhandlungen mit Rumänien angestrebte Benützung der Häfen Braila und Galați an der Donaumündung erwies sich sowohl wegen der geringen Grösse der Häfen wie auch wegen der schwierigen Verkehrsverbindungen als mühsam. Die einzige wirkliche Alternative bot der Hafen Libau in Lettland, der durch eine brauchbare Eisenbahnlinie mit Wilna verbunden war. Ausser Libau wies die lettische Küste noch zwei weitere gute Häfen auf, Windau (Ventspils) und Riga. Polen interessierte sich auch für den kleinen Hafen Polangen (Palanga) an der lettisch-litauischen

120. Bouffaft an Patek am 3. 12. 1919, AAN Wydział wschodni, vgl. SKRZYPEK 1972 S. 32.

121. Meinungsäusserung Paderewskis gegenüber dem englischen Botschafter in Warschau, Rumbold an Curzon am 23. 10. 1919, PRO 3609/308, vgl. S. 131 im Text. Ueber die Regelung der Stellung Danzigs siehe näher NELSON 1963 S. 176–197.

Grenze. Als sich Lettland und Litauen später über dessen Besitz stritten, wollte sich Polen ein Mitspracherecht sichern.¹²²

Polen brachte die Frage des Libauer Hafens unmittelbar nach der Aktivierung der polnischen Lettland-Politik im September 1919 zur Sprache. Wasilewski hatte bereits im April auf dieses Problem hingewiesen, und im Herbst trugen die Polen bei verschiedenen Gelegenheiten konkrete Wünsche vor. Diese waren mehr oder weniger detailliert und reichten von der Gewährung von Durchgangsrechten bis zum Wunsch nach Meistbegünstigung, ja bereits im Herbst 1919 kam die später sehr viel böses Blut verursachende Forderung nach polnischen exterritorialen Rechten im Libauer Hafen zur Sprache.¹²³

Lettland stellte auch auf kurze Sicht für Polen einen nützlichen Partner dar bei den militärischen Auseinandersetzungen mit Sowjetrussland sowie mit den möglicherweise noch im Baltikum befindlichen deutschen Truppen. In der ersten Oktoberwoche erreichten polnische Einheiten bei der Vertreibung der Roten Armee aus der Wilna-Region die Düna-Linie. Der strategisch wichtige Knotenpunkt Dünaburg lag in ihrer Reichweite. Dadurch wurden die Ausgangspositionen der Polen im Hinblick auf die entscheidende Auseinandersetzung mit Sowjetrussland noch weiter verbessert. Gleichzeitig hatten sie damit die Verwaltungsgrenze des alten Livland und die nördlichsten polnischen Siedlungsgebiete erreicht. Das Gebiet wurde jedoch von der lettischen Regierung beansprucht, und das Eintreffen der polnischen Truppen liess Befürchtungen über eine mögliche Eroberung aufkommen, bot jedoch auch die Gelegenheit zur militärischen Zusammenarbeit. Zur Regelung dieser sowie anderer noch offener Fragen bot die polnische Regierung der Regierung Lettlands einen Vertrag an.

Trotz der Befürchtungen über mögliche polnische Eroberungsabsichten zeigten sich die Letten gerne bereit zur Zusammenarbeit. Polen war die nächstliegende Macht, von der Hilfe erwartet werden konnte, und die provisorische Regierung Lettlands benötigte, wie bereits erwähnt, dringend Hilfe wegen des Zweifrontenkrieges und wegen der unbefriedigenden Beziehungen zu Estland.

So betonte die lettische Delegation bereits an der Konferenz in Dorpat vom 29. 9. – 1. 10. die Bedeutung Polens für die Bündnisbestrebungen der Randstaaten, und drei Wochen später begab sich Aussenminister Zigfrids Meierovics zur Regelung der konkreten

122. DZIEWANOWSKI 1969 S. 97–98 und die darin erwähnten Quellen.

123. SKRZYPEK 1972 S. 43, vgl. S. 23–24 und 116–119 im Text.

Zusammenarbeit nach Warschau. Die lettische Wunschliste wies zwei Hauptpunkte auf: militärische und materielle Hilfe im Kampfe gegen die Feinde Lettlands sowie die Anerkennung der Unabhängigkeit. In bezug auf das Hilfsgesuch teilten die Polen mit, dass sie bereit wären, im Gebiet zwischen Wilna und Dünaburg bis zu 200'000 (20'000?) Mann zu konzentrieren, welche bei den gemeinsamen Operationen gegen die Bolschewiken und – falls Litauen das Durchmarschrecht gewährte – gegen die Truppen Bermond-Avalovs zur Verfügung stünden. Eine Beteiligung Litauens wurde also in den polnischen Lettland-Plänen nach wie vor für möglich gehalten. Die Polen anerkannten nun stillschweigend die lettische De-facto-Selbständigkeit und teilten ihre positive Einstellung zu einer vollständigen Anerkennung mit, die jedoch »von den Beschlüssen der Entente abhängen«. Als einzige Gegenleistung forderte die polnische Regierung Durchgangserleichterungen zum Libauer Hafen.¹²⁴

Gleichzeitig liessen die Polen der lettischen Presse beschwichtigende Verlautbarungen zukommen. Das einzige Ziel Polens in Lettland sei der Beistand gegen die Feinde des Landes. Die militärische Zusammenarbeit habe einzig die Vertreibung der feindlichen Truppen zum Ziele, und Polen verpflichtete sich zum sofortigen Abzug seiner Truppen aus Lettland nach Erledigung dieser Aufgabe. In den Verlautbarungen wurde auch der polnische Wunsch nach Durchgangsrechten zum Libauer Hafen erwähnt. Diese kämen der Wirtschaft beider Länder zugute. Als Kompensation für das Benützungsrecht des Hafens versprachen die Polen Kohle und andere von Lettland benötigte Rohstoffe. Besonders wurde betont, dass Polen in keinem Falle mögliche separatistische Bestrebungen der polnischen Minderheit Lettgallens unterstützen werde.¹²⁵

Diese Aussagen beruhigten die lettische Regierung, die verlauten liess, dass ein Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit von Vorteil sei. Vorbereitende Massnahmen für die Gewährung des Benützungsrechtes des Libauer Hafens wurden sogleich ergriffen. Ausserdem

124. Paderewski an Meierovics am 22. 10. 1919, AAN Wasilewski 41, vgl. Wasilewski 1935 S. 209–213, Tallents an Curzon am 28. 10. 1919, PRO 3626/381, Pralon an Pichon am 22. 10. 1919, AMAE Lettonie 2, siehe auch SKRZYPEK 1972 S. 44. Tallents' Kommentar nach der Randstaatenkonferenz von Dorpat war, dass sich zwischen Polen und Lettland ein vorderhand nicht näher geklärtes Bündnisverhältnis herausbilde, Tallents an Curzon am 2. und 4. 10. 1919, PRO 3616/298–304, 398–404.

125. Aussage des polnischen Militärattachés Kapitän Myszkowski in der Zeitung »Latwijas Sargs« vom 28. 10. 1919, PRO 3617/14–16, siehe auch die Entlehnung der Franzosen aus der »Gazeta Warszawska« vom 30. 10. 1919, AMAE Lithuanie 13.

entsandte die lettische Regierung eine Delegation nach Litauen, um das Durchmarschrecht für die polnischen Truppen zu erwirken. Litauen lehnte natürlich ab.¹²⁶ Das propagandistisch später viel verwendete Schlagwort von der uneigennützigen Hilfe der Polen an Lettland war damit jedoch geboren.

Lettland nahm im Herbst 1919 eine wichtige Stellung ein in der polnischen Aussenpolitik. Dies hing mit der Verwirklichung der Lieblingsidee der polnischen Führer, der Ostföderation zusammen. Lettland stellte das letzte Druckmittel dar, um Litauen doch noch zur Mitarbeit in der von Polen angestrebten Bündnisfront zu bewegen. Gleichzeitig wäre damit der angestrebte Staatenbund durch einen Gürtel von Bündnispartnern bis hinauf nach Finnland abgesichert worden. Lettland war auch von unmittelbarer militärischer Bedeutung für die polnischen Pläne im Osten, und zudem waren die ausgezeichneten lettischen Häfen von grosser Wichtigkeit für den polnischen Aussenhandel und damit für die ganze Sicherheitspolitik.

126. Pralon an Pichon am 22. 10. 1919, AMAE Lettonie 2. Delavaud an Pichon am 31. 10. 1919, AMAE Lithuanie 4. Wasilewski an Skrzyński am 7. 11. 1919, AAN Wasilewski 41. Die lettische Delegation war von Anfang an skeptisch eingestellt in bezug auf das Gelingen ihrer Aufgabe und sollte dabei recht behalten.

Die Aufteilung in Interessensphären als Grundlage der polnischen Ostpolitik

(November 1919 – März 1920)

Die Interessensphären und die Russland-Politik Polens

Der unmittelbare Hintergrund für die Interessensphärenpolitik Polens waren die Klärung der Russland-Politik des Landes sowie die wachsende Bedeutung der Staatengruppierungen im Baltikum.

Durch die endgültige Entscheidung des russischen Bürgerkrieges Ende 1919 wurden die Ausgangspositionen der polnischen Ostpolitik geklärt. Die innere Opposition der Sowjetregierung hatte sich ja vom Frühling 1918 an organisiert, und ein Jahr später war der die zentralen Teile Russlands beherrschende Rat der Volkskommissare rundum von Feinden umgeben. Die Interventionstruppen der Westmächte waren jedoch relativ klein und beschränkten sich fast ausschliesslich auf Bewachungs- und Beratungstätigkeiten. Ausserdem kam keine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen ihnen, den weissen russischen Armeen, sowie den Randvölkern zustande. Die Alliierten entschlossen sich im März–April 1919 zum Abzug ihrer Truppen, und einen Monat später erlitten die von Osten angreifenden Truppen des Admirals Koltschak eine entscheidende Niederlage, desgleichen die im Oktober–November von Süden auf Moskau vorrückenden Truppen General Denikins sowie die von Ingermanland gegen Petersburg vorrückenden Truppen General Judenitschs. Ende 1919 – Anfang 1920 hielt die Sowjetregierung die Macht in Russland in den Händen; das bedeutendste Widerstandspotential stellten die Armeen der Rand-

staaten Rumänien, Polen, Litauen, Lettland, Estland sowie Finnland dar.

Bis zum Höhepunkt des Bürgerkrieges hatten die den zentralen Frontsektor überwachenden Polen die in ihr Gebiet eingedrungenen Abteilungen der Roten Armee aufgehalten und diese langsam aus den litauischen und weissrussischen Gebieten zurückgedrängt. Eine Entscheidungsschlacht hatte man jedoch vermieden, u.a. wegen der bereits erwähnten geringen Zahl der polnischen Truppen und deren unzulänglichem Organisations- und Ausrüstungsstand. Ein weiterer wichtiger Grund war jedoch, dass Polen den weissen russischen Truppen gar nicht zum Sieg verhelfen wollte. Obschon die polnische Regierung sich entschieden der Westexpansion Sowjetrusslands widersetzte, verhielt sich dieses doch ungleich positiver zur Selbständigkeit der Randvölker als die weisse Partei. Die Sowjetregierung hatte die Selbständigkeit Polens und Finnlands anerkannt und war im Herbst 1919 bereit, auch diejenige Litauens, Lettlands und Estlands anzuerkennen, während die Weissen nicht einmal die Loslösung Polens oder Finnlands gutheissen wollten. Ausserdem war es für die polnischen Bestrebungen im Osten nur von Vorteil, dass sich die Parteien des russischen Bürgerkrieges gegenseitig schwächten.

Pilsudski hatte aus diesem Grunde stets die Wünsche Denikins nach einer polnischen Hilfsoperation abgelehnt, ja die Polen stoppten sogar ihr Vorrücken während der Entscheidungsschlacht zwischen den Truppen Denikins und der Roten Armee. Auch der Druck der Siegermächte zugunsten einer Hilfe an Denikin konnte die polnische Regierung nicht von ihrer Haltung abbringen. Andererseits wollte Polen keinen offenen Bruch mit den Westmächten bewirken, da diese sowohl auf die Regelung der Finanzen Polens, wie auf die noch offene Frage der Westgrenze und auf die endgültige Entscheidung der russischen Frage Einfluss ausüben konnte. Um die Ablehnung nicht allzu schroff erscheinen zu lassen, entsandte Pilsudski als Verbindungsoffizier zu Denikin dessen ehemaligen Kollegen an der Militärschule, General Aleksander Karnicki. Dieser hatte hauptsächlich die effektiven Möglichkeiten der Weissen abzuklären und nach aussen das Bild einer engen Verbindung zwischen Polen und den Weissen zu erwecken.¹²⁷

Gleichzeitig versuchte Pilsudski von den Westmächten, besonders von England und Frankreich, eine klare Stellungnahme zur russischen Frage zu erreichen. Beide Mächte hatten ja mehr oder weniger offen ihre Unterstützung für die Schaffung eines neues weissen Russland

127. DZIEWANOWSKI 1969 S. 183–186, WANDYCZ 1969 S. 133–135.



Marschall Piłsudski. *Turun Sanomat*.

mitgeteilt und gewünscht, dass Polen den Krieg gegen Sowjetrussland fortsetze, jedoch ohne Gebiete des zukünftigen Russland zu erobern.

Pilsudski war mit dieser »unentschiedenen Haltung« der Westmächte sowohl in bezug auf eine entschiedenere Kriegführung von seiten Polens wie auch in bezug auf einen Friedensschluss nicht zufrieden. Er wollte eine klare Unterstützung für eine der beiden Varianten. Wie die polnische Regierung mit gutem Grund bemerken konnte, sahen die Polen keinen grossen Sinn in einem Krieg, der nicht auf die Eroberung von Gebieten abzielte. Trotz der ständigen Sondierungen konnte Polen von den Westmächten weder ein Mandat für einen Friedensschluss noch für eine entschiedenere Kriegführung erwirken. Die Westmächte entschlossen sich sogar Anfang Dezember, als provisorische Ostgrenze Polens eine genau den ethnischen Verhältnissen folgende Linie zu empfehlen. Diese später unter dem Namen Curzon-Linie bekannte Grenze verlief ungefähr 300 km westlich der Grenze von 1772 und über 100 km westlich einer von den Polen verlangten Minimalgrenze.¹²⁸

Wegen dieser Einstellung der Westmächte war es nicht verwunderlich, dass Pilsudski ständig Kontakt hielt zur Sowjetregierung; ein Beweis für die staatsmännischen Fähigkeiten des Staatschefs. Unterredungen hatten bereits im Sommer 1919 in einer Jagdhütte im Bialowieza-Wald stattgefunden, und im Oktober begannen die auf polnischer Seite vom Leiter der baltischen Abteilung im Aussenministerium Michał Kossakowski geführten »Rotkreuz«-Verhandlungen bei der abgelegenen Eisenbahnstation Mikaszewicze. Man verhandelte vom 11. 10.–15. 12. Die Anweisungen Pilsudskis waren hart. Der Staatspräsident ging davon aus, dass Polen nunmehr einen bedeutenden Machtfaktor in Osteuropa darstelle und so inner kurzer Frist eine entscheidende Aenderung seiner aussenpolitischen Stellung zwischen Deutschland und Sowjetrussland herbeiführen könne. Kossakowski hatte mitzuteilen, dass die Polen sich nicht aus den eroberten Gebieten zurückziehen würden und dass sie von den Grenzen von 1772 ausgingen. Dies bedeute jedoch nicht, dass Polen die betreffenden Gebiete in seinen Staat eingliedern wolle, sondern die örtlichen Bewohner könnten – gemäss den föderalistischen Idealen – selbst über ihre staatliche Zugehörigkeit bestimmen.

Damit war das Prinzip der »Desannexion« verkündet, das sowohl Pilsudski wie auch die gesamte polnische Regierung in ihrer Politik der Jahre 1919–1920 gegenüber Sowjetrussland verfolgten. Ausser-

128. WANDYCYZ 1969 S. 149–150, 155, 160–163, DZIEWANOWSKI 1969 S. 194–200.

dem sollte sich die Sowjetregierung dazu verpflichten, in keiner Weise in die staatliche und politische Organisation der Gebiete zwischen Sowjetrussland und Polen einzugreifen. Litauen, Weissrussland und die Ukraine wurden also dem polnischen Einflussgebiet zugeschlagen. Dieses Bestreben wurde noch durch Forderung Pilsudskis in der letzten Phase der Verhandlungen Kossakowskis im Dezember 1919 verstärkt, wonach sich die Rote Armee aus einem Streifen von zehn Kilometer Breite zurückziehen habe. Ueber dieses Gebiet hinaus dürfe keine gegenseitige Einmischung stattfinden.¹²⁹

Die polnische Regierung und besonders Staatschef Pilsudski strebten also ständig nach der Verwirklichung einer föderalistischen Lösung in den ehemaligen Ostgebieten Polens. Nachdem sich der Weg dazu immer mehr zu einer Entscheidung zwischen Polen und Sowjetrussland zugespitzt hatte, erhielt die föderalistische Politik Polens den Charakter einer Aufteilung in Interessensphären. Als ersten Schritt verlangte Polen die Loslösung der ehemaligen Ostgebiete von Russland und die Zurückdrängung des sowjetrussischen Einflusses, bevor eine endgültige Entscheidung über deren staatliche Zukunft getroffen werde.

Lenin scheint als Preis für einen vorläufigen Frieden zur Ueberlassung Litauens und Weissrusslands, nicht jedoch der Ukraine in die polnische Interessensphäre bereit gewesen zu sein. Die Ukraine mit ihren Naturschätzen wurde als so wichtig für Sowjetrussland angesehen, dass man darüber nicht einmal verhandeln wollte.¹³⁰ Andererseits hielt Pilsudski jetzt auch an der »Desannexion« der Ukraine fest, obschon deren Bedeutung in der Anfangsphase der föderalistischen Politik Polens zweitrangig gewesen war im Vergleich zu Litauen und Weissrussland. In bezug auf Litauen hatte Polen in seiner Bündnispolitik Rückschläge erlitten, ausserdem hatte sich die Bedeutung Weissrusslands als geringer erwiesen als erwartet. Noch Ende März 1920 entsandte Pilsudski Wasilewski zur Abklärung des Nutzens von Weissrussland, jedoch mit geringen Resultaten.¹³¹ Der entscheidende Grund für die Unnachgiebigkeit Pilsudskis dürfte jedoch die Tatsache gewesen sein, dass er eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen Polen und Sowjetrussland für die Voraussetzung einer dauerhaften Lösung hielt.

129. ROOS 1961 S. 76–77, WANDYCZ 1969 S. 128–131, 136–145, DAVIES 1972 S. 70–73.

130. WANDYCZ 1969 S. 130, 144, DAVIES 1972 S. 73–74.

131. Wasilewski 1935 S. 218–220. vgl. Wasilewskis Interview in »Waba Maa« vom 10. 5. 1920.

Pilsudskis wirkliche Beweggründe lassen sich nur schwer dokumentieren, denn er trug sie kaum je öffentlich vor. Ein Grund war die bereits erwähnte ablehnende Haltung der Westmächte in bezug auf eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen Polen und der Sowjetunion. Ausserdem hatte der Staatspräsident ständig auf die starke Rechtsopposition im Innern Rücksicht zu nehmen, welche gegen eine föderalistische Lösung im Osten eingestellt war.

Pilsudski verfolgte also seine politischen Ziele nach wie vor im geheimen. Erstens stellte eine föderalistische Lösung zweifellos sein langfristiges Ideal in bezug auf die Organisation der aussenpolitischen Stellung Polens dar. Ausserdem sind von ihm mehrere Aeusserungen in kleinerem Kreise überliefert, gemäss denen er nicht an die Möglichkeit einer friedlichen Regelung der Beziehungen zu Sowjetrussland glaubte. Die Regelung dieser Beziehungen war von solcher Wichtigkeit, dass sie mit Waffengewalt bekräftigt werden musste. Nach Meinung Pilsudskis war eine volle militärische Auseinandersetzung auch deshalb unvermeidlich, da die Sowjetregierung mit ihren Friedensinitiativen bloss eine momentane Erholungspause und die Aufhebung der polnischen Mobilmachung anstrebe. Er vertraute auf die Ueberlegenheit Polens in einer militärischen Auseinandersetzung und bereitete sich deshalb darauf vor.¹³² In den Verhandlungen verlangte Pilsudski die volle Desannexion. Er ging davon aus, dass Polen aus den Verhandlungen nur als Gewinner hervorgehen könne: Entweder überliess die Sowjetregierung Polen die Vorherrschaft in den geforderten Gebieten oder, was wahrscheinlicher war, begann einen Krieg um deren Besitz. Beide Varianten schienen die Erfüllung der polnischen Forderungen zu garantieren, die zweite gar mit grösserer Sicherheit.

Die Zuspitzung der Grenzkonflikte zwischen Estland und Lettland

Der estnisch-lettische Gegensatz betonte, wie bereits erwähnt, die von Finnland und Estland gebildete nördliche Gruppierung. Der

132. Wasilewski 1935 S. 221, siehe auch WANDYCZ 1969 S. 141, 143. Ueber die vertraulichen Aussagen Pilsudskis gegenüber den Vertretern Finnlands und Lettlands siehe auch den Reisebericht Mikkolas vom 9. 11. (12.) 1919, VA Holsti 28, Tallents an Curzon am 28. 10. 1919, PRO 3626/381, vgl. S. 119 im Text.

klarste Ausdruck des Gegensatzes, der Grenzkonflikt, spitzte sich zum Jahreswechsel 1919–1920 weiter zu. Die aussenpolitische Stellung Estlands änderte sich an zwei Fronten. Erstens entschloss sich die estnische Regierung zum Friedensschluss mit Sowjetrussland. Die Esten sahen nach Erreichung der ethnischen Grenzen im Osten keinen Sinn mehr in der Fortsetzung des Krieges, der ausserdem ohne konkrete äussere Hilfe grosse Opfer verlangte. Um die am 5. 12. begonnenen Friedensverhandlungen voranzutreiben und die Verhandlungsposition der Sowjetregierung zu verbessern, leitete die Rote Armee an der Narwa-Front einen massiven Angriff ein. Dies führte an Silvester zu einem Waffenstillstand.

Der Druck aus dem Osten verringerte sich also unmittelbar nach Jahresbeginn. Gleichzeitig konnte auch Lettland seine Stellung festigen. Der Angriff der deutschen, baltendeutschen und russischen Truppen auf Kurland war zurückgeschlagen worden. Ausserdem hatte die lettische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, was seinem Ansehen bei den Siegermächten förderlich war. Nach der Entlastung an der Südfront war Lettland bereit, einen grösseren Abschnitt an der Ostfront zu übernehmen. Gemäss dem mit den Esten im Juli abgeschlossenen Vertrag sollten die estnischen Truppen diesen Abschnitt den Letten übergeben und sich aus Lettland zurückziehen.

Diese Befreiung aus der Verantwortung für den lettischen Frontabschnitt war einerseits zu erwarten gewesen, schwächte jedoch andererseits die estnischen Positionen in der Grenzfrage. Als der Rückzug Ende 1919 in den Bereich des Möglichen rückte, scheinen die Esten gewisse Vorsichtsmassnahmen ergriffen zu haben. Gemäss der von den lettischen nationalen Organisationen ihrer Regierung und den westlichen Siegermächten zugestellten Klageschrift hatten die estnischen Besatzer als Beamte in der Stadt Walk ausschliesslich Esten eingesetzt und die lettischen Beamten vertrieben. Die Arbeitsmöglichkeiten der lettischen Aerzte und Krankenschwestern sowie der lettischen Bauern hatten Einschränkungen erfahren. Die Landwirtschaft litt auch unter den estnischen Befestigungsanlagen in der Umgebung Walgas, und man beschwerte sich über ausgedehnte Holzschläge in Gebieten, deren Anschluss an Estland keinesfalls vorgesehen war. Gemäss den Letten nahmen die einschränkenden Massnahmen noch zu. Zusätzlich hätten die Esten in letzter Zeit das Aufenthaltsrecht der Letten in Walga einzuschränken begonnen, die Abfassung von Dokumenten ausschliesslich in estnischer Sprache verlangt und den Bahnbeamten den Gebrauch estnischer Pässe

vorgeschrieben. Alles in allem fühlten sich die lettischen Bewohner der besetzten Gebiete in ihrer Sicherheit bedroht. Besonders beklagten sie sich über die Hetztiraden der in Walk erscheinenden estnischen Zeitung »Rajalane».¹³⁴

Ende 1919 wurde die Haltung der Esten noch unnachgiebiger. Die lettische Regierung hatte gegen die estnischen Massnahmen Protest eingelegt und die Entsendung einer Sonderdelegation nach Reval zur Regelung der Grenzkonflikte bekanntgegeben. Die Delegation sollte in Reval am 2. 1. 1920 eintreffen. Am 24. 12. veröffentlichte der Kommandant der 3. estnischen Division in Walk General Pödder eine Anordnung, nach der die lettische Regierung innerhalb von fünf Tagen alle ihre Beamten aus Walk und Umgebung abziehen habe. Falls dieser Anordnung nicht bis am 30. 12. Folge geleistet werde, würden die Esten die Vertreter der lettischen Regierung mit Gewalt aus dem Gebiete entfernen. Walk und Umgebung sollten ausserdem in die estnischen Zollgrenzen einverleibt werden. Pödder verfügte sogar am 27.–28. 12. die Mobilisierung aller 19–35jährigen Männer im betreffenden Gebiet.¹³⁵

Die Letten reagierten scharf. Die lettische Regierung sandte erneut eine Protestnote nach Estland und bat gleichzeitig die westlichen Siegermächte um Hilfe. Wie der Leiter der politischen Abteilung im lettischen Aussenministerium Seja dem englischen Vertreter in Riga mitteilte, kamen aus dem ganzen von den Esten besetzten Gebiete Klagen, dass diese sich wie Besatzer verhielten. Besorgnis erregte besonders die Tatsache, dass die Esten neben der Vertreibung der Beamten systematisch Transportmaterial, Rohstoffe und fertige Produkte nach Estland abtransportierten. Als Gegenmassnahme verbot die lettische Regierung ihren Beamten, sich freiwillig von ihren Posten zu entfernen. Sie wurden dann auch mit Gewalt nach Lettland deportiert.

Zu mehr als zu solch passivem Widerstand und zu gewissen militärischen Sicherungsmassnahmen – die Letten entfernten u.a. Eisenbahnschienen, um so die gefürchteten estnischen gepanzerten Züge am Vordringen in die Kerngebiete Lettlands zu hindern – zeigte sich die lettische Regierung nicht bereit. Der französische Konsul in Riga vermutete, dass die lettische Regierung Estland für einen zu

134. Protest von 15 lettischen Organisationen an die lettische Regierung am 5. 12. 1919, Protest von 14 lettischen Organisationen an die lettische Regierung am 25. 12. 1919, PRO 3630/252–253, 260–263.

135. Binet an Pichon am 26. 12. 1919, SHAT 6N 125, Dewhurst an Curzon am 27. 12. 1919, PRO 3630/242–244, Rapport Wasilewskis (bei der Durchreise durch Walk) über die Konferenz in Helsinki vom 22. 1. 1920, AAN Wasilewski 44.

starken Gegner halte, besonders da die Esten dank dem Waffenstillstand an der Ostfront bald noch grössere Bewegungsfreiheit erhalten würden. Die lettische Regierung bat die Westmächte, eine Verhandlungslösung zu vermitteln und war im Notfall bereit, auf die Stadt Walk zu verzichten, nachdem ein anderer Verkehrsknotenpunkt in den Bereich des Möglichen gerückt war.¹³⁶

Auch die estnische Regierung wollte die Spannung nicht noch weiter verschärfen. Sie war gut informiert über die scharfe Reaktion der Letten. Sie gab zwar zu verstehen, dass sie vor einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht zurückschrecke, betonte jedoch bei verschiedener Gelegenheit, dass die estnischen Massnahmen lediglich auf die Beseitigung der »schädlichen Doppelverwaltung« in dem unter estnischer Aufsicht stehenden Gebiete abzielten. Eine Straffung der Verwaltung war nach estnischer Auffassung notwendig, um die Bolschewiken auch an der estnischen Südgrenze zu überwachen. Eine endgültige Entscheidung werde mit den Massnahmen nicht angestrebt.¹³⁷

Obschon die konkreten Massnahmen der Esten mit diesen Erklärungen nicht übereinstimmten, konnten durch die Vermittlung militärischer Kreise Verhandlungen zwischen den beiden Ländern in Gang gebracht werden. Der Oberbefehlshaber der lettischen Streitkräfte General Balodis begab sich zusammen mit seinem litauischen Amtskollegen nach Walk, um mit dem estnischen Oberbefehlshaber General Johan Laidoner über ein mögliches Militärbündnis zu verhandeln. Bereits in den früheren Randstaatenverhandlungen hatte man diese Sache zur Sprache gebracht. Die anfangs durch die Frage des Grenzkonfliktes erschwerte Gesprächslage wurde durch die direkte Frage Laidoners geklärt, der von jedem der beteiligten Länder dessen Hauptgegner wissen wollte. Für Estland waren dies Sowjetrussland sowie Deutschland, für Lettland Deutschland und Sowjetrussland, für Litauen Polen und Deutschland. Von dieser Grundlage aus konnte Laidoner feststellen, dass ein Militärbündnis gegen Deutschland und Sowjetrussland notwendig war und dass die Grenz-

136. Seja an Dewhurst am 3. 1. 1920, PRO 3630/258–259, Fabre an Pichon am 3. 1. 1920, SHAT 6N 144, Delavaud an Pichon am 30. 1. 1920, AMAE Lettonie 2, Wasilewski an MSZ am 27. 11. 1919, Rapport Wasilewskis über die Konferenz in Helsinki vom 22. 1. 1920, AAN Wasilewski 44.

137. Hurstel an Clemenceau am 31. 12. 1919, SHAT 6N 125, Dewhurst an Curzon am 15. 1. 1920, PRO 3630/268–271, siehe auch ARUMÄE 1966 S. 69–70.

probleme von den Konfliktpartnern selbst geregelt werden müssten.¹³⁸

Nach der Randstaatenkonferenz in Dorpat hatten Litauen, Lettland und Estland neben der Friedensfrage weiter über ein solches Verteidigungsbündnis verhandelt und den Wunsch geäußert, dass auch Finnland, Weissrussland und ein mit der Ukraine verstärktes Polen an der Zusammenarbeit teilnehmen könnten. Polen hatte denn auch – zwar noch im Geheimen und inoffiziell – an den Randstaatenkonferenzen gegen Ende 1919 teilgenommen.¹³⁹ Nun musste also lediglich noch Finnland zur vollen Teilnahme bewegt werden, denn dieses hatte sich an den v.a. der Friedensfrage gewidmeten Konferenzen vom November-Dezember lediglich als Beobachter beteiligt. Die Finnen sollten von den Esten von den Vorteilen einer Teilnahme überzeugt werden, denn diese hatten sich ja mit ihren aussenpolitischen Problemen stets an Finnland gewandt und konnten mit einem gewissen Entgegenkommen ihres nördlichen Nachbarn rechnen. Um Finnland den Einstieg zu erleichtern, erwähnten die Esten die Friedensfrage mit keinem Wort. Die estnische Regierung bat demgegenüber Finnland um die Einberufung einer Konferenz, welche eine gemeinsame Verteidigungspolitik und die wirtschaftliche Annäherung der Randstaaten zum Thema hätte. Die finnische Regierung stimmte zu, und die Konferenz wurde vom 15. bis 22. 1. 1920 in Helsinki abgehalten.

Diese Konferenz war weit bedeutender und arbeitete effizienter als die bisherigen. Finnland und Estland wurden u.a. von ihren Ministerpräsidenten, Aussen- und Verteidigungsministern vertreten, Polen entsandte den Sondergesandten für Nordosteuropa und Vertrauten Pilsudskis Wasilewski, den persönlichen militärischen Vertreter des Staatspräsidenten Rittmeister Prus-Bogusławski sowie den Konsul Samson-Himmelstjerna und den neuen Gesandten Michał Sokolnicki. Lettland wurde vom Aussen- und Verteidigungsminister und Litauen vom Leiter der politischen Abteilung im Aussenministerium sowie von den Gesandten in Reval und Helsinki vertreten. Die gründliche Arbeitsweise an der Konferenz zeigt die Tatsache, dass sie ausser dem aus den Delegationsleitern zusammengesetzten Vorstand einen politischen, einen Nationalitäten-, einen Verteidigungs- und einen Wirtschaftsausschuss umfasste.

138. Dewhurst an Curzon am 5. und 11. 1. 1920, PRO 3630/249 und 3619/405, vgl. LAAMAN 1964 S. 708.

139. Vgl. S. 76 im Text.

An der Konferenz wurden zwei Vorschläge über ein Verteidigungsbündnis unter den Teilnehmerstaaten vorgebracht. Der estnische Vorschlag war zu erwarten gewesen, da Estland sich vor kurzem in einer prekären Lage befunden hatte und da die grundlegende Konferenz von Walk unter der Leitung General Laidoners abgehalten worden war. Ueberraschender war, dass das an der Konferenz von Walk vertretene, jedoch in dessen Empfehlungen weniger beachtete Litauen einen eigenen Vorschlag einbrachte. Diesem zufolge hätten einzig Litauen, Lettland und Estland ein Bündnis abgeschlossen, wodurch zweifellos die Unterstützung der nördlichen Nachbarn gegen Polen erreicht werden sollte. Der estnische Vorschlag war breiter angelegt, alle Randstaaten sollten einen Vertrag unterzeichnen, in dem auch die zu mobilisierenden Truppen und ein gemeinsamer Oberbefehlshaber festgelegt worden wäre.

Keiner der beiden Bündnisvorschläge wurde gutgeheissen. Man sah jedoch den estnischen Vorschlag als eine geeignete Grundlage an, um daraus in Zukunft ein alle befriedigendes Verteidigungsbündnis zu entwickeln. Gemäss diesem Beschluss begnügte sich die Konferenz schlussendlich mit der Formulierung einiger Empfehlungen. So wurde im Schlusscommuniqué auch der Wunsch nach der De-jure-Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens erwähnt. Die Grenzkonflikte sowohl zwischen den Randstaaten als auch gegenüber Sowjetrussland sollten mit friedlichen Mitteln und unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der strategischen und wirtschaftlichen Ansprüche der jeweiligen Länder gelöst werden.

In bezug auf die Friedensfrage beinhaltete der Resolutionstext die Aufforderung an die beteiligten Staaten, nach Abschluss eines vorbereitenden Militärbündnisses auf einen Separatfrieden mit Sowjetrussland zu verzichten. In dieser Form nahm der Text ja auf die unterschiedlichen Ziele Estlands und Polens in der Friedensfrage Rücksicht. Ausdrücklich wurde der Wunsch nach einer friedlichen Lösung des polnisch-litauischen Grenzkonfliktes festgehalten. Zur Abschaffung der Hindernisse im Handel, Verkehr und Postwesen wurde die Einsetzung einer Sonderkommission beschlossen, welche Empfehlungen zugunsten der betreffenden Staaten ausarbeiten sollte. Als letzten Punkt beschloss man die Durchführung einer neuen Konferenz zur Verwirklichung der begonnenen Vorhaben.¹⁴⁰

140. Denkschrift Holstis vom 7.–8. 1. 1920, nicht datierte Denkschrift Holstis über die Ergebnisse der Konferenz, VA Holsti 29, Rapport Wasilewskis über die

So hatten die Randstaatenkonferenzen vom Herbst 1919 nun einen vollwertigen Nachfolger gefunden. Die Hauptbedeutung dieser Konferenz lag jedoch nach wie vor im Bereich der Information und der Abstimmung der gegenseitigen Meinungen, denn entscheidende Resultate wurden weder in der Friedens- noch der Bündnis- oder Grenzfrage erreicht. In der Friedensfrage standen weiterhin alle Möglichkeiten offen. In der Bündnisfrage wurde zwar ein Schritt vorwärts gemacht, die äusseren Voraussetzungen fehlten jedoch nach wie vor. Nach Meinung des Konferenzveranstalters Finnland waren einzig Polen und Finnland formell bündnisfähige und international anerkannte Staaten. In bezug auf die übrigen Länder sollte vorerst ihre De-jure-Anerkennung abgewartet werden, was die Konferenz auch in der Schlussresolution als Wunsch festlegte.

Die Konferenz von Helsinki hatte auch keinen Erfolg bei der Schlichtung der Grenzkonflikte unter den Teilnehmerstaaten. Die Behandlung des polnisch-litauischen Konfliktes erbrachte wegen des Abseitsstehens der litauischen Vertreter keine Resultate. Die Walk-Frage wurde aus dem Konferenzprogramm wieder gestrichen, da die estnische Delegation trotz der diesbezüglichen Beschlusses vor der Konferenz die Gründung einer mit dieser Frage beauftragten Kommission verhinderte. Auch nach Konferenzende verhinderten die Esten eine gütliche Lösung, obschon dazu in der Form der gemischten estnisch-lettischen Kommission eine Möglichkeit bestanden hätte. Diese war zur Verwaltung des Walk-Gebietes eingesetzt worden, ja die Esten hatten den Letten gar zu verstehen gegeben, dass sie an und für sich zu einer Ueberlassung des Südteiles der umstrittenen Stadt an Lettland bereit wären.¹⁴¹

Das Fortdauern des Konfliktes zeigte, dass der estnisch-lettische Grenzkonflikt tiefer reichte und ein wichtigeres Problem darstellte als die gemeinsame Verteidigung gegenüber Sowjetrussland. Trotz der starken gemeinsamen Interessen schwelte der Konflikt zwischen den beiden Ländern weiter und flammte im März 1920 von neuem auf. Die äussere Stellung Estlands hatte sich inzwischen nach dem estnisch-sowjetrussischen Friedensschluss vom 2. 2. 1920 weiter gefestigt. Estland hatte nun freie Hand in Lettland und zögerte mit dem Abzug seiner Truppen aus den lettischen Gebieten Walk und

Konferenz in Helsinki vom 22. 1. 1920, AAN Wasilewski 44, siehe auch HOLSTI 1963 S. 170–172, SCHAUMAN 1963 S. 45–60.

141. Protokoll Yrjö-Koskinens über die Sitzungen der Nationalitätenkommission vom 19. und 22. 1. 1920, VA Aussenministerium 12 A 2, siehe auch Acton an Curzon am 20. 1. 1920, PRO 3030/255, Delavaud an Pichon am 30. 1. 1920, AMAE Lettonie 2.

Wolmar. Als Grund für dieses Zögern teilten die estnischen Vertreter mit, dass sie die provisorische Regierung Lettlands nicht für einen politisch repräsentativen Vertragspartner hielten, sondern die Wahlen in die zur Festlegung des lettischen Grundgesetzes einberufene Nationalversammlung und die daraus entstehende »normale« Regierung abwarten wollten. Gleichzeitig nach englischen Informationen transportierten die Esten Flachs und andere Rohstoffbestände aus Lettland ab und waren aus diesem Grunde auf Zeitgewinn aus. Die Stimmung war beiderseits gereizt. Keine der beiden Seiten wollte von ihren Forderungen Abstand nehmen, ja es wurde sogar beiderseits wieder von der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung gesprochen.¹⁴²

Gerade die letzteren Äußerungen scheinen dann die Kontrahenten wieder auf den Weg der Zusammenarbeit gebracht zu haben. Auch wenn sich die Gefühle erhitzt hatten, so stellte die Möglichkeit eines Krieges doch eine so ernste und wirtschaftlich nachteilige Lösung dar, dass sich beide Seiten an England wandten mit der Bitte um Vermittlung im Grenzkonflikt. Der englische Vertreter im Baltikum Sir Stephen Tallents konnte die Aussenminister und Oberbefehlshaber Estlands und Lettlands am 22. 3. 1920 zum Abschluss eines Vertrages bewegen, in dem diese die Lösung des Grenzkonfliktes der von Tallents geleiteten gemischten Kommission überliessen.¹⁴³

Finnland im Rahmen der polnischen Ostpolitik

Polen strebt nach dem Einverständnis Finnlands

Das sich auf die entscheidende Auseinandersetzung um die Ostgebiete vorbereitende Polen benötigte wegen der schwankenden Haltung der Westmächte dringend neue Verbündete. Aus diesem Grunde

142. Tallents an Curcom am 4. 3. 1920, PRO 3618/6–8, Delavaud an Millerand am 4. 3. 1920, AMAE Lettonie 2, vgl. ARUMÄE 1966 S. 70–71. Auch die finnischen Beobachter – welche grundsätzlich mit den Esten sympathisierten – sahen den Grund für die Verschärfung des Grenzkonfliktes in den estnischen Provokationen, Zusammenfassung Malmbergs über die Rapporte Leutnant Osolins vom 20. 3. 1920, SA 1401/55.

143. Tallents an Curzon am 14. 3., Pusta an Cambon am 17. 3., Tallents an Curzon am 23. 3. 1920, PRO 3630/276, 297, 300–301, vgl. Tallents 1943 S. 372–275.

hatten die Polen zur Absicherung ihrer Südflanke eine Zusammenarbeit mit Rumänien angestrebt. Bereits die ersten Verhandlungen vom Sommer 1919 hatten zu einer Art Uebereinkunft über die gegenseitigen Interessensphären geführt. Rumänien anerkannte die polnischen Interessen in Ostgalizien, wo die beiden Länder über eine gemeinsame Grenze verfügten. Polen wiederum anerkannte die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien, opferte jedoch damit die Interessen der zwar im Prinzip als Föderationsverbündete angesehenen, jedoch in dieser Phase zweitrangigen Ukrainer. Nach den Rumänen stellten die Ukrainer ja die grösste Bevölkerungsgruppe in Bessarabien dar. Im Herbst wurde die Zusammenarbeit noch enger, als die Rote Armee bei ihrer Verfolgung der Truppen Denikins den Dnjepr erreichte. Die daraus möglicherweise Bessarabien erwachsende Gefahr veranlasste die Rumänen, bei den Polen Unterstützung zu suchen.¹⁴⁴

Der andere mögliche Partner von einiger Bedeutung war Finnland. Die Zusammenarbeit mit den Finnen stellte in der Tradition der polnischen Ostpolitik nichts Neues dar. Wie bereits erwähnt, wiesen die beiden Länder bereits seit langem recht konstante Wirtschaftsbeziehungen auf. Die Handelsbeziehungen erholten sich dann auch als erste in der Phase der Erringung der Unabhängigkeit Finnlands und Polens 1917–1918.¹⁴⁵

Zeiten politischen Einvernehmens zwischen Polen und Finnland hatte es, wenn auch seltener, ebenfalls bereits gegeben. Die erste Annäherung als Folge der Heirat zwischen dem Herzog von Finnland Johann und Katharina Jagellonica 1562 scheint besonders den Interessen des finnischen Adels entsprochen zu haben. Er befürwortete im schwedischen Reich am längsten einen gemeinsamen schwedisch-polnischen König, den Sohn Johannis und Katharinas Sigismund Wasa. In der Folge verhinderten die langwierigen Kriege zwischen den beiden Reichen ein Einvernehmen, das sich nur in gewissen Momenten äussern konnte. Einer dieser Momente war die Rückkehr des polnischen Nationalhelden Tadeusz Kościuszko aus der Kriegsgefangenschaft in Russland und sein festlicher Empfang in Turku Anfang 1797.¹⁴⁶

Im 19. Jahrhundert stellte man das andere Land jeweils gerne als Beispiel hin; andererseits setzte damals jene Entwicklung ein, welche zu der hier zu behandelnden Interessensphärenpolitik führen sollte.

144. Siehe näher BUŁHAK 1973 und die darin erwähnten Quellen.

145. Grönroos an Stenroth am 21. 9. 1918, VA Aussenministerium 100 Polen 1918–1925, Jännes an UM am 27. 1. 1919, UMA 7E Polen 1919–1921. Björklund an UM am 5. 6. 1919, VA Aussenministerium Telegramm 8.

146. HALTSONEN 1937, vgl. S. 17 im Text.

Die autonome Stellung Finnlands im Russischen Reich war Vorbild und Begründung für die Polen, die am Wiener Kongress von 1815 Gleiches anstrebten. Besonders nach dem Aufstand von 1863 wurde hingegen auf die loyale Haltung Finnlands gegenüber Russland hingewiesen, um so die Polen von ihrer Tradition der Volksaufstände abzubringen. Das Misslingen der polnischen Aufstände stärkte die Russland gegenüber treuen Kreise in Finnland.

Als sich dann die Russifizierungspolitik in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts auch in Finnland auswirkte, änderte sich die Lage. Die meisten mit der Materie vertrauten Polen dürften wahrscheinlich ein Gefühl der Schadenfreude verspürt haben: auch den Finnen hatte ihre Loyalität nichts gebracht. Józef Piłsudski und die übrigen Führer der polnischen sozialistischen Partei sahen darin jedoch eine Gelegenheit, Finnland in den Kampf um die Unabhängigkeit der Randvölker einzubeziehen. Den finnischen Parteigenossen wurden mehrfach Nachrichten und Informationen zugesandt, man strebte eine Zusammenarbeit mit den finnischen Unabhängigkeitsaktivisten an, ja Piłsudski selbst begab sich als »Genosse Wiktor« verkleidet 1907 nach Finnland, um die konkrete Zusammenarbeit zu regeln.¹⁴⁷

Auf diese Weise war auch Finnland in die frühen Pläne Piłsudskis und Wasilewskis über eine Zusammenarbeit der Randstaaten einbezogen. Die Sonderbeziehung zu den Esten erhöhte noch den Wert der Finnen als potentielle Verbündete. Die polnischen Führer wussten Bescheid über die finnisch-estnische Verwandtschaft, über die frühen Bündnispläne und die Versuche zu deren Verwirklichung im Frühling 1919. Auch der estnisch-lettische Grenzkonflikt war ein Faktor, der vom polnischen Standpunkt aus die Existenz einer nördlichen Gruppierung betonte. Alle diese Vorgänge verfolgte die aussenpolitische Führung Polens aufmerksam durch Sonderdelegierte und Gesandtschaften.¹⁴⁸

Ausserdem hob besonders der Frontverlauf des russischen Bürgerkrieges im Herbst 1919 die Sonderstellung des finnisch-estnischen Blockes hervor. Die gegen Petersburg vorgehende Nordwestarmee General Judenitschs operierte in der Nachbarschaft Estlands. Ausserdem führte Judenitsch sowohl direkt als auch über die Vermittlung

147. HOVI 1981b, HOVI 1984b und die darin erwähnten Quellen.

148. Siehe bes. den Rapport Ziabickis vom 30. 7. 1919 über seine Erkundungsreise ins Baltikum und nach Finnland, AAGN 19/1466, Bouffault an MSZ am 30. 10. 1919, AAGN 20/1843, Wasilewski an MSZ am 27. 12. 1919, AAN Wasilewski 44. Wasilewski fasste später seine Kenntnisse zu einem breit angelegten volkskundlich-historisch-politischen Bericht über die wichtigen Länder des Gebietes zusammen, WASILEWSKI 1925a, WASILEWSKI 1925b.

der Westmächte Verhandlungen mit Estland und Finnland über einen Grossangriff auf Petersburg. Polens Hauptinteresse richtete sich auf den litauisch-weissrussischen Frontabschnitt, und die in der Nachbarschaft Petersburgs gelegenen Staaten Finnland und Estland bildeten vom polnischen Standpunkt aus eine eigenständige Einheit in der bevorstehenden grossen Auseinandersetzung.

Finnland war dabei der stärkere Partner. Es war grösser und sowohl innerlich als auch von seiner internationalen Stellung her besser abgesichert. Finnland gewann für das Gesamtziel Polens noch mehr an Bedeutung, als Estland gegen Ende des Herbstes immer mehr zu einem Frieden mit Sowjetrussland bereit schien. Finnland war ein eindeutig selbständiger Stützpfiler, mit dem sich Polen verbünden konnte. Es bestand sogar die Möglichkeit, dass die von Finnland angeführte Gruppierung für den ganzen, ausserhalb der Reichweite der polnischen Armeen liegenden nördlichen Sektor verantwortlich gewesen wäre.

Der Sondergesandte Polens für die Zusammenarbeit der Randstaaten Józef Ziąbicki hatte bereits im Sommer 1919 Piłsudski auf diese Funktion Finnlands aufmerksam gemacht.¹⁴⁹ Wahrscheinlich geht direkt auf ihn auch der Vorschlag über die Aufteilung des Baltikums in eine polnische und eine finnische Interessensphäre zurück. In den zahlreichen föderalistischen Pamphleten findet sich im April 1919 ein mit den Initialen J.Z-i unterzeichnetes Werk »Finlandja a Polska«. Darin wurde betont, dass eine finnisch-estnische Union und die von Polen angestrebte Föderation mit Litauen und Weissrussland sich sehr gut ergänzen würden. Dies treffe auch auf die militärische Tätigkeit der Finnen in Ostkarelien und gegen Petersburg sowie auf den polnischen Angriff in Weissrussland zu. Es sei deshalb nur natürlich, wenn Polen und Finnland eine Zusammenarbeit anstreben würden. Dies umsomehr, als zwischen den beiden Ländern bereits über sehr vielversprechende Wirtschaftsverbindungen verhandelt worden sei. In der von Finnland-Estland und Polen-Litauen-Weissrussland gebildeten, vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer reichenden Front bestünden dann lediglich noch die Lücken Lettland und Ukraine, welche von Polen aus abgesichert werden könnten.¹⁵⁰

149. Rapport Ziąbickis vom 30. 7. 1919 über seine Erkundungsreise ins Baltikum und nach Finnland, AAGN 19/1466.

150. Z-i 1919. Józef Ziąbicki war von den einflussreichen polnischen Persönlichkeiten jener Zeit einer der am besten Informierten über Finnland. Neben der erwähnten Reise war er Gesandter der polnischen Regentschaftsrat in Finnland im Jahre 1918 gewesen. Ausserdem hatte er ein Landgut in Kuolemanjärvi besessen und war in Verbindung gestanden zur »Liga der Fremdvölker«. Ebenso

Damit waren in geraffter Form die Grundlagen und Hauptzüge der polnischen Interessensphärenpolitik dargelegt. Bevor die aussenpolitische Führung jedoch diese Gedanken den Finnen vortrug, hatte zuerst noch eine englische Phase stattzufinden. Als sich die polnischen Pläne im Baltikum Anfang Herbst 1919 um Lettland zu konzentrieren begannen, scheinen die Polen vorerst den Standpunkt Englands im Hinblick auf eine mögliche Interessensphärenaufteilung erkundet zu haben. Die polnische aussenpolitische Führung scheint davon ausgegangen zu sein, dass Polen den nördlichen Abschnitt seiner Ostfront lediglich bis auf die Höhe Lettlands wirksam halten könne. England sollte in diesem System die Verteidigung Finnlands und Estlands garantieren. Gemäss den polnischen Dokumenten und Materialien hätte sich der Leiter der Russlandabteilung im englischen Aussenministerium J. D. Gregory für die polnischen Vorschläge interessiert, die Eingliederung der Ukraine, Weissrusslands, Litauens und Lettlands in die Interessensphäre Polens gutgeheissen und mitgeteilt, dass sich England auf Estland und Finnland konzentrieren werde.¹⁵¹

Falls diese polnischen Informationen zutreffen, hatte sich Gregory damit von der offiziellen Linie seines Landes entfernt. Ministerpräsident Lloyd George sagte sich bereits spätestens im Oktober 1919 vom aktiven Eingreifen in die russische Frage los und teilte dies in seiner sog. Guildhall-Rede vom 8. 11. öffentlich mit. Die Nachricht wurde unmittelbar darauf nach Polen übermittelt und war auch über die Kanäle des Aussenministeriums spätestens am 15. 11. der polnischen Regierung bekannt.¹⁵² Gerade in dieser Phase nahm die Leitung der polnischen Aussenpolitik wegen der Frage der Interessensphäre Kontakt auf mit Finnland.

Die Vorschläge der für die Leitung der polnischen Aussenpolitik verantwortlichen bestimmenden Personen an die Finnen waren zweierlei Natur. Der gemeinsame Grundgedanke aller Initiativen bestand darin, dass Polen und Finnland stärker als ihre baltischen Nachbarn waren und als einzige über internationale Anerkennung verfügten. Gerade sie sollten deshalb als bündnisfähige Partner gemeinsam zur Lösung der internationalen Probleme der Region vorgehen. Im Oktober 1919, als über den Rückzug Englands noch

hatte er Anfang Herbst 1919 in Kowno den auf einer halboffiziellen Erkundungsreise befindlichen J. J. Mikkola getroffen, persönliche Mappe Józef Ziabickis, VA Aussenministerium 2: 12, siehe auch ZETTERBERG 1978 S. 212, 231.

151. MSZ an Sapieha am 16. 9. 1919, PISM 1, Sapieha an MSZ am 23. 9. 1919, AAN Paryż 28. MSZ an Sapieha am 5. 10. 1919, PISM 1.

152. Sapieha an MSZ am 9. 11. 1919, PISM 2.

Unklarheit bestand, beschränkten sich die Vorschläge fast ausschließlich auf diesen Grundgedanken. Sowohl Monisterpräsident Paderewski wie auch Roman Dmowski trugen dem finnischen Gesandten in Paris den Wunsch über eine engere Zusammenarbeit Finnlands und Polens vor. Der führende Annexionist Dmowski liess unmissverständlich verlauten, dass die Zusammenarbeit direkt zu erfolgen habe und dass sich Polen und Finnland nicht in die Angelegenheiten der international nicht anerkannten baltischen Staaten einzumischen hätten. Der gleichen Meinung war der polnische Vertreter in London Fürst Sapieha. Er hielt es für völlig unwichtig, was die kleineren baltischen Länder unternahmen, falls sich nur Polen und Finnland über ihre Politik gegenüber Sowjetrussland einigten.¹⁵³ Sapieha war ja einer jener Föderalisten, der später auch mit der Interessensphärenpolitik liebäugelte. Seine Aussage dürfte deshalb eine Grundhaltung gegenüber den wirklichen Machtverhältnissen im Baltikum widerspiegeln.

Gleichzeitig begab sich der Sondergesandte Piłsudskis, Ingenieur Lutze-Birk, am 10. 10. nach Finnland, um Vertreter der finnischen Regierung zu Verhandlungen nach Polen einzuladen. Es entsprach der für Piłsudski typischen Vorgehensweise, dass die Verhandlungen, deren wirklicher Zweck Gespräche über Bündnismöglichkeiten gegen Sowjetrussland und Deutschland waren, unter dem Deckmantel der Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Universität Wilna stattfanden. Der finnische Aussenminister Holsti lehnte ein gemeinsames Vorgehen gegenüber Deutschland ab, zeigte sich jedoch an einem Einvernehmen gegenüber Sowjetrussland interessiert. Die finnische Regierung schickte als Vertreter den Professor für slawische Sprachen J. J. Mikkola, der sich bereits im Juli–August als halboffizieller Beobachter in Wilna aufgehalten hatte.¹⁵⁴ Bezeichnend für den wirklichen Zweck der Einladung war, dass Mikkola kaum über irgendwelche Möglichkeiten verfügte, rechtzeitig zu den bereits in Gange befindlichen Eröffnungsfeierlichkeiten zu erscheinen.

Einen Monat später setzten die Aussagen der höchsten Leiter der polnischen Ostpolitik bereits eine Aufteilung des gesamten Baltikums in eine polnische und finnische Interessensphäre voraus. Am klarsten kam dies in den Aussagen Staatspräsident Piłsudskis sowie des

153. Enckell am UM am 15. 10. 1919, VA Aussenministerium Fa iie-3, Enckell an UM am 22. 10. 1919, UMA 7E Polen 1919–1921, Donner an UM am 11. 10. 1919, UMA 12L Polen 1919.

154. Reiserapport Lutze–Birkes vom 12. 11. 1919, AAN Wasilewski 41, Pożerski an Piłsudski am 18. 10. 1919, AAGN 20/1806.



Juliusz Łukasiewicz, Leiter der Osteuropa-Abteilung des polnischen Außenministerium. *Juliusz Łukasiewicz, Diplomat in Paris 1936–1939. New York 1970 S. 196*



und J. J. Mikkola, Sonderbeauftragter der finnischen Regierung. *Nationalamt für Antiquitäten*, Schlüsselfiguren im polnisch-finnischen Interessensphärenendenken.

Leiters der Osteuropa-Abteilung im polnischen Aussenministerium Juliusz Łukasiewicz gegenüber Mikkola vom 19. 11. 1919 zum Ausdruck. Piłsudski erklärte, dass ein gemeinsames Vorgehen Polens und Finnlands gegenüber Russland stets einer seiner Lieblingsgedanken gewesen sei. Polen und Finnland hätten sich deshalb zuerst über ihre eigenen gemeinsamen Interessen zu einigen und erst in einer zweiten Phase die übrigen Randstaaten in gemeinsame Verhandlungen einzubeziehen. Als Ort für die geplante Konferenz schlug der Staatspräsident Wilna vor, die goldene Stadt der föderalistischen Tradition Polens und Heimort des Generals selbst. Łukasiewicz führte den Vorschlag Piłsudskis noch näher aus. An der geplanten Konferenz von Wilna sollten vorerst einzig Finnland und Polen über ihre eigenen Ansichten verhandeln. Erst nach der Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmes sollten auch Estland, Lettland und Litauen eingeladen werden. Sein Vorschlag über ein »bilaterales Vorgehen« Polens und Finnlands in der Zusammenarbeit der Randstaaten ging noch weiter. Łukasiewicz teilte ziemlich offen mit, dass sich Polen nicht in die estnischen Angelegenheiten einzumischen gedenke, jedoch wünsche, dass Finnland Polen freie Hand überlasse in Lettland und Litauen. Als Zeichen an Finnland, dass sich Polen in Estland nicht einmischen wolle, habe die polnische Regierung gemäss Łukasiewicz ihren ständigen Vertreter im Baltikum in Riga und nicht in Reval stationiert.¹⁵⁵

Die höchste Leitung der polnischen Aussenpolitik schlug also mit recht klaren Worten dem Sondergesandten der finnischen Regierung eine Aufteilung des Baltikums in Interessensphären dieser beiden gefestigteren Länder vor.

Mit ähnlichen Vorschlägen und mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte man auch die übrigen in Warschau im November – Dezember 1919 weilenden finnischen Persönlichkeiten. Gegenüber dem ersten Gesandten Finnlands in Warschau, Oberst Boris Gyllenbögel, wurde im polnischen Aussenministerium von einer grossen gemeinsamen Aufgabe in Osteuropa gesprochen,¹⁵⁶ und dem gleichzeitig Anfang Dezember in Warschau zu Besuch weilenden General Mannerheim wurde gar eine Teilung der Aufgaben im Baltikum vorgeschlagen. Bei seinen Gesprächen mit dem früheren Reichsverweser Finnlands über die Probleme der polnischen Aussenpolitik

155. Reisebericht Mikkolas vom 9. 11. (12.) 1919, VA Holsti 28, Aufzeichnungen von der Polen-Reise vom 19. (11.) 1919, VA Mikkola 10.

156. Gyllenbögel an UM am 15. 12. 1919, VA Aussenministerium 5 C 13: 1.

allgemein und über die Russlandfrage im Besonderen schlug Piłsudski vor, dass Finnland die Verteidigung Estlands absichere. Polen hätte demgegenüber die Verantwortung für die Hilfe an Lettland übernommen.¹⁵⁷ Gerade wegen der Stärkung der schwankenden Verteidigung Estlands scheint man in Polen grosse Hoffnungen auf Mannerheim gesetzt zu haben, man scheint ihn sogar – ausser für eine besonders einflussreiche Person – nach wie vor für den Führer der finnischen Schutzcorps gehalten zu haben. Als Beurteilung über die Folgen des Besuches Mannerheims stellte der Leiter der politischen Abteilung im polnischen Aussenministerium Kasimierz Olszowski fest, dass der General seinen Einfluss in Finnland eingesetzt und ein Umschwenken von der Zusammenarbeit mit der weissen russischen Bürgerkriegspartei zugunsten einer Zusammenarbeit mit den Polen bewirkt habe.¹⁵⁸

Im Dezember doppelte Fürst Sapieha nach und erklärte dem finnischen Gesandten in London, dass wegen der Wende im russischen Bürgerkrieg eine enge Zusammenarbeit Polens und Finnlands den Interessen beider Länder entspreche. Sapieha betonte sogar die Notwendigkeit eines provisorischen Militärbündnisses und stellte fest, dass die finnische Regierung Estland in seiner Notlage unterstützen müsse, da Polen dazu nicht imstande sei. Ausserdem teilte er den Wunsch nach einer finnischen Vermittlung im polnisch-litauischen Konflikt mit, um so Litauen zu jenen Zugeständnissen zu bewegen, welche die Basis für vertrauensvolle Beziehungen zu Polen bilden würden.¹⁵⁹ Auch durch die Vermittlung des Gesandten Gyllenbögel traf die Nachricht ein, dass Polen Estland vor einem Friedensschluss warne, jedoch gerade jetzt aus »technischen Gründen« keine Hilfe leisten könne.¹⁶⁰

Die Führung der polnischen Aussenpolitik hatte sich also Ende 1919 an Finnland gewandt, um ein Einvernehmen über die Aufteilung der Interessensphären im Baltikum zu erreichen. Die Polen machten mehrere diesbezügliche Vorschläge und Sondierungen, welche auf der

157. Denkschrift des französischen Aussenministeriums (über die Rapporte Mannerheims) vom 18. 12. 1919, AMAE Pologne 70, vgl. Rumbold an Curzon am 13. 12. 1919, PRO 3731/833. Ueber die Reise und die Gespräche Mannerheims siehe näher HOVI 1979.

158. Olszowski an die polnische Gesandtschaft in Paris am 14. 1. 1920, AAN Paryż 3. Ueber die Beurteilung der Stellung Mannerheims in Polen siehe auch Gyllenbögel an UM am 15. 12. 1919, VA Aussenministerium 5 C 13: 1, vgl. Nachricht Pożerskis an Piłsudski vom 15. 9. 1919, nach der Mannerheim nach wie vor den Oberbefehl über die finnischen Schutzcorps innegehabt hätte, AAGN 20/1664.

159. Donner an UM am 20. 12. 1919, UMA 7E Polen 1919–1921.

160. Gyllenbögel an UM am 23. 12. 1919, UMA 7E Polen 1919–1921.

zweifelloso bestehenden geographischen Aufteilung der Interessengebiete beruhten. Sie glichen auch darin den bekanntesten Plänen jener Zeit über eine Aufteilung der Interessensphären in Russland unter Frankreich und England, dass der unmittelbare Ausgangspunkt die geringen zur Verfügung stehenden Machtmittel waren. Dies schuf die Notwendigkeit einer Aufteilung der militärischen und der übrigen Hilfe. Die erwähnten, aufgrund des untersuchten Materials bekannten polnischen Vorschläge scheinen nicht auf einen eigentlichen Staatsvertrag zwischen Polen und Finnland abgezielt zu haben. Dies war wegen der Klarheit der Aufteilung gar nicht notwendig. Ein solcher Vertrag war auch gar nicht die Regel in den damaligen Abmachungen über Interessensphären, denn wegen der möglichen politischen und wirtschaftlichen Vormachtbestrebungen hielt man diese gerne geheim. Auch manche der französisch-englischen Abmachungen über Interessengebiete bestanden nicht in der Form eines Vertragstextes, sondern beruhten auf dem Austausch von Noten, protokollarischen Notizen und verschiedenen Wünschen und Erklärungen.¹⁶¹ Bei Berücksichtigung dieser Umstände waren auch die Vorschläge an Finnland recht klare Äusserungen eines Interessensphärenedenkens in den polnischen Ostplänen.

Die finnische Antwort

Die finnische Regierung scheint offiziell in keiner Weise Stellung genommen zu haben zu den polnischen Vorschlägen und Gedankenspielen. Wie gerade erwähnt, wurde dies auch gar nicht vorausgesetzt. Ein eigentlicher Vertrag über Interessensphären hätte ebensowenig der nach den Erfahrungen des vorherigen Frühlings verfolgten flexibleren Estland-Politik entsprochen. Andererseits entsprachen die polnischen Vorschläge den Realitäten, und das Verhalten der finnischen Regierung entsprach in der Folge weitgehend den Erwartungen der Polen.

Diese Wende wurde dadurch erleichtert, dass sich die finnische Regierung Ende 1919 – Anfang 1920 immer klarer der zwischen Deutschland und Sowjetrussland gelegenen Ländergruppierung zuwandte. Anfang Dezember liess Holsti einen Auszug aus dem Rapport des neuen finnischen Gesandten in Estland Erkki Reijonen in

161. Siehe näher HOVI 1975 S. 70–71, 120–121, 124–125, 188–189, 205–212 und die darin erwähnten Quellen.

den allgemeinen Uebersichtsrapport des Aussenministeriums einfügen, indem dieser die Vorteile der sog. Diagonalverbindung für Finnland darstellte. Die Angelegenheit hatte nach den Randstaatenkonferenzen von Dorpat und Riga an Aktualität gewonnen, und die baltischen Länder, Polen, Weissrussland und die Ukraine hätten gerne die Teilnahme des nach anfänglichem Mitmachen wieder abseits stehenden Finnland und möglicherweise auch der Tschechoslowakei gesehen. Nach Meinung des Gesandten in Estland war dies empfehlenswerter als die Ausrichtung auf die skandinavischen Länder. Finnland würde ja in einem Diagonalbündnis aufgrund seiner Stellung und dem höheren Stand seiner Kultur neben Polen eine recht bedeutende Stellung einnehmen.¹⁶²

Der Aussenminister verfolgte ähnliche Gedanken bei der Ausarbeitung des Programmes für die bevorstehende Konferenz in Helsinki. Er hielt das Einvernehmen der zwischen Deutschland und Sowjetrussland gelegenen Staaten für unerlässlich. Besonders wichtig sei für Finnland eine Annäherung an Polen und Rumänien, jedoch auch an die Tschechoslowakei und die weiter entfernt liegenden Länder, sobald dies die Verhältnisse gestatteten.¹⁶³ Innerhalb der Regierung wurden sogar Gedankenspiele angestellt, nach denen Finnland die Initiative und dann die Führung der ganzen Randstaatenzusammenarbeit an sich reissen würde.¹⁶⁴

So hatte sich die Ausrichtung auf die Randstaaten, welche Anfang Herbst 1919 noch eine der beiden Möglichkeiten darstellte, nun als die einzig verwirklichungsfähige erwiesen und wurde für die aussenpolitische Linie Finnlands bestimmend.

Dabei war Estland immer noch das nächste Land, mit dem man sich auch am engsten verbunden fühlte. In der Intensivierung der finnisch-estnischen Zusammenarbeit im Dezember 1919 lässt sich ein Ausdruck dafür sehen, dass sich Finnlands in der von Polen gewünschten Weise verhielt. Die Kriegsmüdigkeit Estlands sowie die äusserst kritische Lage, in die es durch den zur Beschleunigung der Waffenstillstandsverhandlungen vorgetragenen massiven Angriff der Roten Armee geriet, wurde bereits erwähnt. Die estnischen Zeitungen veröffentlichten von neuem Artikel über die Notwendigkeit einer Annäherung an Finnland. Der Gesandte Reijonen konnte feststellen, wie sich die Stimmung sowohl ihm gegenüber wie auch allgemein gegenüber Finnland entscheidend besserte. Als Zeichen für die

162. Politischer Lagebericht des UM vom 8. 12. 1919, VA Vennola 3.

163. Denkschrift Holstis vom 7.–8. 1. 1920, VA Holsti 29.

164. Tagebuchaufzeichnung Alkios vom 28. 12. 1919, VA Alkio 1.

Aenderung der Einstellung der estnischen Regierung seit dem vergangenen Frühling traf August Hanko, der Kriegsminister der neuen Regierung Jaan Tõnisson am 10. 12. 1919 in Helsinki ein und bat die finnische Armee zur Erleichterung der Stellung Estlands um einen Entlastungsangriff gegen Petersburg. Während den Weihnachtsfeiertagen begab sich Hanko von neuem nach Helsinki und erklärte, dass Estland bei einem Ausbleiben der Hilfe zu einem Frieden mit Sowjetrussland gezwungen sein werde.¹⁶⁵

Wie bereits dargelegt, hatten die polnischen Vorschläge über Interessensphären gerade eine solche Situation im Visier, und in Polen setzte man grosse Hoffnungen auf die Hilfe Finnlands. Die finnische Regierung zeigte sich auch zur Unterstützung Estlands bereit, jedoch nicht in der von den Polen gewünschten Form. Hanko gegenüber erklärte man, dass Finnland den von den Esten gewünschten Angriff nicht durchführen könne und dass Estland sich an die Westmächte zu wenden habe. Finnland liess jedoch Estland bei diesem – erfolglos gebliebenen – Versuch nicht allein, sondern setzte wiederum eine ähnlich breit angelegte diplomatische Offensive in Gang wie im Herbst, als die Friedensfrage erstmals zur Sprache kam. Finnland forderte die Westmächte entweder zur Hilfe an Estland oder zur Gutheissung eines Friedensschlusses Estlands mit Sowjetrussland auf.¹⁶⁶ Die Westmächte begannen auch, dieser letzteren Möglichkeit zuzuneigen, auch wenn sie dies Finnland noch nicht mitteilten. Gemäss ihrer Estland unterstützenden Haltung setzte sich die finnische Regierung an der Konferenz von Helsinki für die estnischen Friedensbestrebungen ein, obschon sie selbst separate Friedensschlüsse noch nicht für die beste Lösung hielt.¹⁶⁷

So verfolgte die finnische Regierung also ohne Zögern ihre eigenen Interessen in ihrer Estland-Politik, wie dies auch dem Interessensphärendenken entsprach. In den Gebieten südlich Estlands begann Finnland jedoch, die polnischen Wünsche und Ansichten in Rechnung

165. Holsti an Donner und Enckell am 11. 12. 1919, Holsti an Donner am 17. 12. 1919, Reijonen an UM am 20. 12. 1919, UMA 7E Estland 1919, Tagebuchaufzeichnungen Alkios vom 9.–12. 12. 1919, VA Alkio 1, vgl. Acton an Curzon am 17. und 24. 12. 1919, PRO 3619/245,283. Ueber die Beobachtungen Reijonens betreffend die wiedererfolgende Annäherung Estlands an Finnland siehe Reijonen an UM am 7. und 24. 11., 12., 18. und 19. 12. 1919, UMA 7E Estland 1919, vgl. Reijonens am 28. 11. abgeschickter Artikel »Ainuke tee« (Der einzige Weg) an die Zeitschrift »Waba Maa«, politischer Lagebericht des UM vom 8. 12. 1919, VA Vennola 3.

166. Holsti an Donner und Enckell am 11. 12. 1919, Holsti an Donner am 17. 12. 1919, UMA 7E Estland 1919, vgl. Acton an Curzon am 17. und 24. 12. 1919, PRO 3619/245, 283.

167. Siehe näher SCHAUMAN 1963 S. 55–57 und die darin erwähnten Quellen.

zu stellen. Wenn der finnischen Regierung bis anhin vielleicht die polnischen Ansichten nicht ganz klar gewesen waren, so sollte sich die Frage der Anerkennung Weissrusslands als ein Lehrstück in dieser Beziehung erweisen. Anfang Dezember 1919 hatte die Regierung Finnlands das sich seit kurzem an der Randstaatenpolitik beteiligende Weissrussland de facto anerkannt, ohne die Polen vorher darüber konsultiert zu haben. Die am besten mit den polnischen Gedanken vertrauten Personen im Aussenministerium warnten vor eigenen Initiativen in dieser Region, die von den Polen als ihr Interessengebiet angesehen wurde. Bezeichnend war die in einem privaten Brief des Sondergesandten Prof. J. J. Mikkola an Holsti aufscheinende Besorgnis:

— Sowohl aus kulturpolitischen als auch aus strategischen Gründen rechnet Polen Weissrussland zu seinem Interessengebiet. Ich befürchte deshalb, dass die Anerkennung Weissrusslands einen *Konflikt* zwischen Polen und Finnland verursachen wird, besonders da die Anerkennung ohne vorherige Unterredungen mit den Polen erfolgt ist, deren militärische Führung besonders an der Frage interessiert ist, da die weissrussischen Truppen unter polnischem Kommando gekämpft haben. Ein solcher Konflikt sollte unter allen Umständen vermieden werden und ich wage deshalb vorzuschlagen, dass die finnische Regierung Polen mitteilt, dass die Anerkennung der weissrussischen Regierung — was lediglich die Erhaltung der Verhandlungsfähigkeit der betreffenden Regierung bedeutet — unter der Voraussetzung erfolgt, dass Polen die betreffende Regierung duldet und dass Finnland die polnische Regierung über die Gespräche mit der betreffenden Regierung informiert, da diese unter den gegebenen Umständen alle Vorgänge in Weissrussland als die Interessen Polens berührend ansieht.¹⁶⁸

Die Besorgnis Mikkolas war nicht unbegründet, denn die Polen reagierten scharf auf die Anerkennung. Man verlangte von Helsinki eine Erklärung, und die Verärgerung im polnischen Aussenministerium widerspiegelt sich auch in der ausgedehnten inneren Korrespondenz. Der mögliche Anlass zu einem Konflikt liess sich jedoch beseitigen, als ein Vertreter des finnischen Aussenministeriums die Anerkennung einerseits als Ausrutscher, andererseits als blosser praktische Massnahme im Sinne Mikkolas erklärte.¹⁶⁹

168. Mikkola an Holsti am 21. 12. 1919, VA Holsti 4.

169. Samson-Himmelstjerna an MSZ am 31. 12. 1919, AAGN 31/5897, Olszowski an Chiechanowski am 14. 1. 1920, AAN Paryż.

In der Folge verstärkte die finnische Regierung die formellen Beziehungen mit der Ukraine, mit Weissrussland, Litauen und Lettland einzig nach vorherigen Konsultationen mit den Polen. Wasilewski stellte an der Randstaatenkonferenz in Helsinki sogar das besondere Interesse der Finnen für die polnisch-ukrainischen Beziehungen fest. Dies leitet direkt zum vielleicht besten Beispiel für die Guttheissung des polnischen Interessensphärenedenkens durch die Finnen über.¹⁷⁰

Die Randstaatenkonferenz in Helsinki bedeutete für Finnland die entscheidende Wendung zugunsten einer Guttheissung der bilateralen Bündnisvorschläge Polens. Die aktivere Randstaatenpolitik Finnlands hatte auch eine Erweiterung des Gesichtsfeldes bis nach Rumänien und möglicherweise bis in die Tschechoslowakei bedeutet. Im Süden Estlands war Polen der bedeutendste der möglichen Randstaatenpartner. An der Konferenz selbst stellte Holsti fest, dass Polen und Finnland bisher die einzigen international anerkannten und damit vertragsfähigen Staaten waren. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Länder hatten sich bereits von Herbst 1918 an entwickelt, desgleichen die konsularischen Beziehungen, welche nach der am 8. 3. 1919 erfolgten Anerkennung der Unabhängigkeit Polens durch Finnland zu diplomatischen Beziehungen aufgewertet wurden, unmittelbar nachdem Polens Unabhängigkeit von den westlichen Siegermächten anerkannt worden war. Finnland hatte ja seine Unabhängigkeit bereits vor einem knappen Jahr errungen, weshalb Polen es um die Anerkennung bat.¹⁷¹

Dieser finnischen Bereitschaft zur Orientierung auf Polen hin kam nun die verstärkte Suche der Polen nach Bündnispartnern für die im Osten zu erwartende Entscheidungsschlacht entgegen. Bereits an der Konferenz in Helsinki hatte die polnische Delegation alle gesonderten Friedensschlüsse zu verhindern gesucht, was ihr jedoch misslang. Estland unterzeichnete den Friedensvertrag am 2. 2. 1920, und auch Lettland zeigte sich zu entsprechenden Verhandlungen bereit. Im polnischen Aussenministerium musste man ausserdem feststellen, dass das an der Konferenz angestrebte Verteidigungsbündnis der Randstaaten für Angriffszwecke ungeeignet war. Als die entscheiden-

170. Z. B. Gyllenbögel an UM am 26. 1. 1920, VA Aussenministerium 5 C 13: 2, Sokolnicki an MSZ am 16. 9. 1920, AAGN 28/5007, vgl. SCHAUMAN 1963 S. 114, siehe auch S. 111, 139, 145 und 149 im Text.

171. Rapport Wasilewskis von der Konferenz in Helsinki vom 22. 1. 1920, AAN Wasilewski 44, Dzierzawski an Strycki am 13. 1. 1919, AAN Sztokholm 92, Paderewski an die Regierung Finnlands am 28. 2. 1919, Enckell an Skrzyński am 8. 3. 1919, UMA 12L Polen 1919.

de Auseinandersetzung mit Sowjetrussland immer wahrscheinlicher schien, war es für Polen am zweckmässigsten, sich weiterer Hilfe durch bilaterale Verträge zu versichern.¹⁷²

Polen strebte demzufolge im Februar – März 1920 Bündnisverträge mit vier Staaten an. Die zur gleichen Zeit abgehaltenen Unterredungen fanden jedoch nicht gemeinsam statt, unzweifelhaft zur Sicherung des Einflusses und der Bewegungsfreiheit des Gastgeberlandes. Ausser aus Finnland hatte man nach Warschau auch Delegationen aus Lettland, Rumänien und der Ukraine eingeladen. Litauen, das an der Konferenz in Helsinki eine Bündnisfront gegen Polen angestrebt hatte, wurde ohne weiteres weggelassen, und Estland, das bereits Frieden geschlossen hatte, erhielt eine Einladung, auf der das Datum der Unterredungen »vergessen« worden war.¹⁷³

Die Verhandlungen mit Rumänien führten zu keinen Resultaten. Die Rote Armee war inzwischen bis zum Dnjestr vorgedrungen, in die unmittelbare Nähe Bessarabiens. Die rumänische Regierung zeigte sich deshalb bereit, positiv auf das Friedensangebot Sowjetrusslands zu reagieren.¹⁷⁴

Die Unterredungen mit den Finnen verliefen jedoch erfolgreicher. Den Ausgangspunkt bildete das gemeinsame Friedensprogramm. Polen sah in Erwartung der entscheidenden Auseinandersetzung in den Friedensverhandlungen mit Sowjetrussland den anderen geeigneten Weg zur Durchsetzung seiner ostpolitischen Ziele, und neben Polen hatte sich Finnland am klarsten für eine gemeinsame Front in der Friedensfrage ausgesprochen.

Die finnische Delegation stand unter der Leitung des bevollmächtigten Sondergesandten Erik Ehrström vom Aussenministerium. Ausserdem gehörten der Delegation der Leiter der handelspolitischen Abteilung im Aussenministerium Leonard Åström sowie der Gesandte in Warschau Oberst Gyllenbögel an. Der Delegation wurden aus Finnland genaue Anweisungen betreffend der Friedensbedingungen

172. Denkschrift Zubieńskis »Konferencja panstw nadbałtyckich w Helsingforsie i jej realizacja« s.d., AAGN 21/2616, über die Sonderziele Polens an der Konferenz von Helsinki siehe auch SKRZYPEK 1972 S. 52–56, GOSTYNSKA 1977 S. 78–79 und passim.

173. Geheime zusammenfassende Liste der Osteuropa-Abteilung im polnischen Aussenministerium »Komisje do prowadzenia rokowań« s.d., »Protokół posiedzenia w sprawie konwencji gospodarczych z państwami na wschodzie« vom 29. 2. 1920, AAN Wasilewski 45. Ueber die Behandlung Litauens und Estlands siehe Tallents an Curzon am 3. 3. 1920, PRO 3620/33, Reijonen an UM am 13. 3. 1920, VA Aussenministerium 5 C 12: 1.

174. BUŁHAK 1973 S. 30–33, MUSAT–ARDELEANU 1978 S. 37. Ueber das Wissen der Polen um die rumänischen Vorhaben siehe Sapieha an MSZ am 17. 2. 1920, PISM 2.

mitgegeben. Diese legten sowohl das finnische Maximalprogramm fest wie auch die Punkte, über die verhandelt werden konnte. Im Maximalprogramm verlangte Finnland den direkten Anschluss Ostkareliens, als dessen Grenze die östliche Gewässerlinie festgelegt wurde. Man begründete dies mit strategischen Notwendigkeiten. Ein Minimalprogramm wurde einzig in bezug auf das Petsamo-Gebiet festgelegt, dessen Territorium im Austausch gegen das Gebiet der 1864 abgetretenen Pulverfabrik Rajajoki bereits von der zaristischen Regierung versprochen worden war. Die Grenzen sollte möglichst direkt in den Verhandlungen selbst festgelegt werden, um so eine Einschaltung des Völkerbundes zu vermeiden, der sie wahrscheinlich nicht in ihrer ganzen Ausdehnung gutheissen würde. Seine wirtschaftlichen Ansprüche verschob Finnland auf einen späteren Zeitpunkt, betonte jedoch, dass es sich wegen seiner unabhängigen Finanzen während der Autonomiezeit nicht an der russischen Staatsschuld zu beteiligen gedenke. Gemäss ihrer Zusammensetzung erhielt die Delegation auch Vollmachten zur Verhandlung wirtschaftlicher und militärischer Fragen, jedoch in steter Verbindung mit der finnischen Regierung.¹⁷⁵

Mit diesen zusätzlichen Anweisungen blieben der Delegation auch die Türen offen zu weitergehenden militärischen und wirtschaftlichen Unterredungen. Die Polen legten dies, unzweifelhaft nach den ersten Verhandlungen mit den Finnen, als finnische Bereitschaft aus, sowohl für die Möglichkeit eines Krieges wie auch eines Friedens ein geheimes Bündnis mit Polen einzugehen.¹⁷⁶

Die finnisch-polnischen Unterredungen fanden in Warschau vom 4.–24. 3. 1920 statt. Die polnische Delegation an der Konferenz wies eine gewichtigere Besetzung auf als ursprünglich geplant, dies möglicherweise aufgrund der in letzter Minute gemachten Beobachtungen über die finnische Verhandlungsbereitschaft. Leiter der polnischen Delegation war der Aussenminister Stanisław Patek, Teilnehmer waren u.a. auch der Handels- und Industrieminister K. Olszewski sowie Vertreter des Aussenministeriums und des Generalstabes, aus dem ersteren u.a. ein Wegbereiter der Finnland-Politik Polens, Abteilungsleiter Ziabicki. Die Friedensziele Polens waren – wie bei den bilateralen Verhandlungen mit Sowjetrussland – die

175. Denkschrift Holstis über das Programm der Vertreter Finnlands bei den Warschauer Verhandlungen vom 25. 2. 1920, VA Holsti 29.

176. MSZ an Sapiëha am 6. 3. 1920, PISM 2. Nach Gyllenbögel hätten die Polen – wie im Herbst 1919 – wiederum mitgeteilt, vor den übrigen Verhandlungen ein Einverständnis mit den Finnen erreichen zu wollen. Gyllenbögel an UM am 24. 2. 1920. VA Aussenministerium 12 A 13: 1.

Desannexion Sowjetrusslands und die polnische Vorherrschaft über die westlich der Grenze von 1772 gelegenen Gebiete.¹⁷⁷

Die polnisch-finnischen Gespräche fanden in drei Kommissionen statt: in einer politischen, welche die Friedensfrage behandelte, sowie in einer militärischen und wirtschaftlichen. Die Friedensfrage scheint keine grösseren Probleme aufgeworfen zu haben. Die finnische Delegation verzichtete in letzter Minute auf ihr Maximalprogramm, zweifellos aufgrund der Anweisungen der neuen Regierung in Helsinki. Verlangt wurde jetzt nur noch eine Volksabstimmung in Ostkarelien und, falls diese zugunsten Finnlands ausfalle, die Berücksichtigung der strategischen Notwendigkeiten beim Anschluss des Gebietes an Finnland.¹⁷⁸ Im Schlussprotokoll verpflichteten sich beide Teile, die gegenseitigen Ansprüche in bezug auf Sowjetrussland zu unterstützen. Polen verpflichtete sich ausserdem, keine Detailverhandlungen zu führen oder einen Friedensvertrag mit Sowjetrussland abzuschliessen, bevor nicht auch Finnland an den gleichen Verhandlungen teilnehmen könne. Finnland anerkannte noch zusätzlich, in bezug auf Litauen und die Ukraine den polnischen Standpunkt zu berücksichtigen und diese dem Einflussbereich Polens zuzurechnen.¹⁷⁹

Auch die Wirtschaftskommission gelangte rasch zu greifbaren Resultaten. An den Sitzungen wurden die möglichen Handelswaren aufgelistet und die Verkehrsverbindungen erörtert. Beide Seiten beschlossen die Ausarbeitung eines Handels- und Schifffahrtsvertrages zur Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. In Erwartung der eigentlichen Verträge beschlossen die Delegationen den Abschluss eines den aktuellen Anforderungen entsprechenden provisorischen Abkommens, dessen detaillierte Ausarbeitung einer gesonderten Unterkommission überlassen wurde.¹⁸⁰

Vielleicht die bedeutendsten und weitreichendsten Gespräche wurden jedoch im Militärausschuss geführt. Grosses Gewicht wurde auf die konkrete militärische Zusammenarbeit Polens und Finnlands

177. »Finnisch-polnische Konferenz in Warschau« am 4. 3. 1920, VA Holsti 29, vgl. »Komisje do prowadzenia rokowań« s.d., AAN Wasilewski 45.

178. Ein Anzeichen für die in letzter Minute erfolgten Änderungen in der finnischen Delegation ist, dass die bereits ins Schlussprotokoll der polnischen Seite eingefügte Forderung nach dem direkten Anschluss Ostkareliens wieder gestrichen wurde, »Travaux de la Souscommission politique de la Conférence Polono-Finlandaise au mois de mars 1920«, AAGN 22/3150.

179. »Schlussprotokoll« vom 24. 3. 1920, VA Holsti 29, »Travaux de la Souscommission politique de la Conférence Polono-Finlandaise au mois de mars 1920«, AAGN 22/3150.

180. »Finnisch-polnische Konferenz in Warschau« am 4. 3. 1920, »Schlussprotokoll« vom 24. 3. 1920, VA Holsti 29.

gelegt. So schlugen die Polen zum Abschluss der Verhandlungen am 16. 3. den Abschluss eines separaten Militärabkommens als Zusatz zu Gesprächen vor. Diesem zufolge hätte der jeweils andere Partner seine Hilfe angeboten, falls der andere von Sowjetrussland bedrängt würde. Der Vorschlag beinhaltete desgleichen die Ueberwachung der Bewegungen der Sowjetflotte in der Ostsee. Sollte die Flotte aus Kronstadt auslaufen, so sollte Finnland versuchen, diese zu stoppen, und falls dies nicht möglich wäre, zumindest deren Stärke und Bewegungen den Polen mitteilen. Polen verpflichtete sich, die wegen der Schwäche der finnischen Flotte aufgestellten Forderungen nach der Neutralisierung des finnischen Meerbusens und des Laatokka-Sees zu unterstützen. Der Entwurf für einen Militärvertrag beinhaltete weiter den Austausch von Informationen auch zwischen den übrigen Truppengattungen. Zur Sicherstellung dieser Forderung wurden regelmässige militärische Kontakte durch Militärgesandtschaften und Verbindungsoffiziere vorgeschlagen. Man empfahl, keine einseitige Demobilisierung ohne vorheriges Anhören des anderen Partners durchzuführen. Der Vertragsentwurf beinhaltete noch die Forderungen nach der Vereinheitlichung der Armeen und nach der Zusammenarbeit mit allen gegen Sowjetrussland kämpfenden Staaten. Diese Beschlüsse wurden bis zu einem Friedensvertrag für verbindlich erklärt, wonach dann ein eigentliches Militärbündnis zwischen den beiden Länder abgeschlossen werden würde.¹⁸¹

Polen war also daran, Finnland als den stärksten Machtfaktor an seiner nördlichen Flanke eng an seine ostpolitischen Pläne zu binden. Diese Einordnung in die Pläne Polens kam noch klarer in jenem Teil des Vertragsentwurfes zum Ausdruck, der die Voraussetzungen und Mengen der gegenseitigen militärischen Hilfe festlegte. Darin verpflichteten sich Finnland und Polen, sich gegenseitig wie folgt zu unterstützen:

Falls die bewaffneten Streitkräfte der Sowjetregierung die Beresina-Linie zwischen den östlich von Borisov und Bobruisk gelegenen Brückenbefestigungen, die Ptyczin-Uborcza-Struczalinen zwischen den östlich von Nowograd-Wolynsk und Lubar gelegenen Brückenbefestigungen überschreiten sollten – die erwähnten Orte miteingeschlossen – verpflichtet sich Finnland, die Lage an der polnischen Front durch einen entscheidenden Angriff mit seinen Armeen auf Petersburg zu erleich-

181. »Militärabkommen« vom 16. 3. 1920, VA Holsti 29.

tern und für diesen Zweck ausreichende Kräfte zu verwenden, um die Eroberung und Besetzung Petersburg durch finnische Kräfte zu ermöglichen.

Falls die sowjetischen Streitkräfte die Linie, welche 20 km östlich der finnischen Staatsgrenze (der jetzigen Frontlinie) im Sektor zwischen Kronstadt und Laatokka-See überschreiten sollten, verpflichtet sich Polen zu einem breit angelegten Angriff, um so die Oberbefehlshaber der Bolschewiken zum Einsatz ihrer strategischen Reserven zu zwingen.¹⁸²

Die offizielle finnische Delegation hatte also ausser einem weitreichenden Friedensprogramm mit Polen Abmachungen getroffen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und über ein detailliertes provisorischer Militärbündnis, ja sie hatte sogar auf Wunsch der Polen die Zugehörigkeit der Mitglieder des alten polnischen »Völkerbundes«, unter Einschluss Litauens, zur alleinigen Interessensphäre Polens anerkannt.

Die finnische Regierung scheint ausser dem Militärabkommen alle übrigen Beschlüsse der Konferenz anerkannt zu haben. Man war der Meinung, dass Finnland durch die militärische Verpflichtungen zu sehr gebunden sein würde, und Holsti liess gegenüber dem englischen Gesandten verlauten, dass gemäss dem Vertragsentwurf der 20 Prozent des Risikos aufweisende Partner 80 Prozent der Versicherungskosten zu bezahlen habe. Die finnische Regierung behielt sich denn auch im nun folgenden Briefwechsel das Recht zu einem separaten Waffenstillstand und Friedensvertrag mit Sowjetrussland vor, war jedoch nach wie vor an einem gemeinsamen Auftreten in der Friedenfrage interessiert.¹⁸³ Auch wenn es Polen nicht gelang, Finnland in die bevorstehende entscheidende Auseinandersetzung mit Sowjetrussland einzubeziehen, so konnte es doch die finnische Zu-

182. »Militärabkommen« vom 16. 3. 1920, VA Holsti 29.

183. Denkschrift Holstis vom 4. 4. 1920, Erich an Sokolnicki am 8. 4. 1920, Sokolnicki an die Regierung Finnlands am 12. 4. 1920, VA Holsti 29, siehe auch Talents an Curzon am 18. 10. 1920, PRO 5374/262. Inzwischen hatte die Regierung in Finnland gewechselt. Obschon der am 15. 3. sein Amt angegetretene neue Ministerpräsident Rafael Erich eine rechtslastigere Linie verfolgte, war man im Aussenministerium nach wie vor gegenüber der Randstaatenpolitik in gewissem Ausmasse positiv eingestellt. Holsti blieb weiterhin Aussenminister, und die Minister der Zentrumsparlei bildeten nach wie vor die Mehrheit, ja der Ministerpräsident der (rechtsstehenden) Sammlungspartei beteiligte sich selbst an den Vorbereitungen für die ersten Randstaatenkontakte im Juli 1919, prof. Erichs förslag till solution av konferensen randstaterna emellan s.d., vgl. Tagebuchaufzeichnung Gummerus' vom 30. 7. 1919, VA Gummerus 56.

stimmung für die zentralen Ziele in der Frage der Interessensphären erreichen. Ausserdem befand sich die konkrete informative Zusammenarbeit auf dem besten Wege. Offen war im Norden lediglich noch der Anteil Lettlands bei Bestrebungen.

Die Zusammenarbeit Polens mit Lettland

Es wurde bereits festgestellt, wie Polen vom Beginn seiner Baltikum-Politik im Frühling 1919 an eigene Interessen in Lettland verfolgte. Diese waren nach dem Misslingen der polnischen Pläne in bezug auf Litauen im Herbst des gleichen Jahres aktiviert worden und hatten zu direkten Verhandlungen sowohl über eine militärische Zusammenarbeit wie auch über Nutzungsrechte am Hafen von Libau geführt. Die Sonderstellung Lettlands blieb auch nach Anfang 1920 eine Konstante der polnischen Politik. Wie Piłsudski selbst feststellte, lag der Schlüssel für die bevorstehende Auseinandersetzung zwischen Polen und Sowjetrussland im Norden. Unter Berücksichtigung der Haltung der Westmächte waren die einzigen Länder, welche als Bündnispartner und zur Sicherung der Flanken in Frage kamen ausser Rumänien gerade die baltischen Staaten und Finnland. Von diesen strebte Polen gerade mit Lettland die engste Zusammenarbeit an. Als Piłsudski die Sowjetregierung über den Unterbruch der Kriegshandlungen von polnischer Seite während der Entscheidungsschlacht gegen Denikin informierte, machte er einzig in bezug auf Dünaburg eine Ausnahme. Falls die Letten einen Abzug der Roten Armee aus dem Gebiete verlangten, war Polen bereit, dies zu unterstützen, ja Piłsudski forderte die Sowjetregierung gar auf, das Gebiet zur Beschleunigung der Friedensbestrebungen sofort zu räumen. Die polnische Delegation verhartete auch weiterhin hartnäckig auf diesem, die Interessen der Letten schützenden Standpunkt, obschon in der sowjetrussischen Antwort versucht wurde, die Angelegenheit einzig als eine lettisch-russische Sache darzustellen.¹⁸⁴ Diese Stellungnahme zugunsten einer Verteidigung der nationalen Interessen Lettlands erfolgte gleichzeitig wie die Vorschläge an Finnland über eine Aufteilung des Baltikums in Interessen-

184. Siehe näher WANDYCZ 1969 S. 159–170, vgl. DAVIES 1972 S. 73.

sphären. Diesen zufolge wollte Polen für die Verteidigung Litauens und Lettlands sorgen und wünschte, dass sich Finnland nicht in dieses Gebiet einmische.

Das kurzfristige Interesse Polens richtete sich darauf, dass weder Lettland noch die übrigen Randstaaten einen separaten Frieden mit Sowjetrussland abschliessen würden. Um darauf einzuwirken hatte Polen einen Vertreter an die nach der Randstaatenkonferenz von Dorpat in kleinerem Kreise stattfindenden Unterredungen über die Friedensfrage entsandt. Wie bereits dargestellt, war die Verhinderung der Sonderfrieden auch die Hauptaufgabe der polnischen Delegation an der Randstaatenkonferenz von Helsinki im Januar 1920. Diese Forderung ohne konkrete Hilfsversprechungen verfehlte ihre Wirkung auf Estland, das Anfang Dezember Friedensverhandlungen begann und zum Jahreswechsel 1919–1920 den Waffenstillstand abschloss. Lettland zeigte sich demgegenüber zu einer militärischen Zusammenarbeit mit Polen bereit. Die Stellung der provisorischen Regierung Lettlands hatte sich zum Jahreswechsel 1919–1920 geklärt. Der Angriff der deutschen, baltendeutschen und weissrussischen Truppen Bermond-Avalovs im Oktober gegen Riga war gescheitert, und im November–Dezember konnte diese von Kurland her drohende Gefahr vollends beseitigt werden. Die Siegermächte überwachten nun unter der Leitung des französischen Generals Niessel den endgültigen Abzug der deutschen Truppen aus dem Baltikum. Wegen der deutschen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Lettlands brach die lettische Regierung sodann die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab, was den politischen Kredit Lettlands bei den Siegermächten noch erhöhte. Gleichzeitig bekam die lettische Regierung mehr Spielraum in der Frage Sowjetrusslands. Bis anhin hatten sich ja die Letten auf die Bekämpfung der Truppen Bermond-Avalovs konzentriert, während die Esten und Polen in Wirklichkeit auch den schmalen lettischen Frontabschnitt sicherten. Nun konnten die Letten die estnischen Truppen an der Ostfront ersetzen, was andererseits den bereits behandelten Konflikt offen aufflammen liess. Die Esten waren nicht mehr als Flankenschutz gegenüber Sowjetrussland zu gebrauchen.

Die Entscheidung der lettischen Regierung wurde noch durch andere, widersprüchliche Faktoren erschwert. Auch Lettland erhielt von Sowjetrussland ein dringend benötigtes Friedensangebot, das ausserdem recht günstig war. Sowjetrussland versprach, seine Truppen aus dem Südostteil Lettlands abzuziehen und diesen der lettischen Regierung zu übergeben. Andererseits stellten sich die

Westmächte, von denen die Zukunft Lettlands als international anerkannter Staat weitgehend abhing, gegen einen Friedensschluss und teilten dies der provisorischen Regierung unmissverständlich mit. Von den Randstaaten war auch Finnland gegen einen Friedensschluss sowie besonders Polen, dessen Truppen sich südlich der Düna befanden und Entscheidendes zur Befreiung Lettgallens von der Roten Armee beitragen konnten. Andererseits sprachen gegen eine polnische Hilfe Informationen, welche sowohl aus den Westmächten wie aus Polen stammten und denen zufolge die aus Lettgallen geflüchteten polnischen Gutsbesitzer zugunsten eines Anschlusses des Gebietes an Polen agitierten und Polen ausgedehnte Rechte im Hafen von Libau forderte. Wie der polnische Botschafter in London, Fürst Sapieha feststellte, ermöglichte die Zusammenarbeit mit Lettland Polen die Benutzung der ausgezeichneten Häfen Lettlands. Da jedoch Lettland ein »neuer und unerfahrener Staat war, der nicht für die notwendige Ordnung im Hafen sorgen könne«, müsse Polen die Unterstellung der Häfen unter polnische Verwaltung fordern.¹⁸⁵

Die lettische Regierung entschied sich nun, einerseits zur Herstellung besserer Verhandlungspositionen die militärische Hilfe Polens zur Befreiung Lettgallens entgegenzunehmen und andererseits gleichzeitig die Waffenstillstandsverhandlungen mit Sowjetrußland zu beginnen. Wie dies in der Region offenbar üblich war, begab sich auch aus Lettland am 2. 1. 1920 eine »Rotkreuzdelegation« nach Moskau, welche in Wirklichkeit über Vollmachten der Regierung zum Abschluss eines Waffenstillstandes und zur Sondierung der Friedensbedingungen der Sowjetregierung verfügte. Der Waffenstillstand wurde von dieser Delegation auch am 30. 1. 1920 abgeschlossen, bald nachdem die Konferenz von Helsinki bei der Schaffung einer gemeinsamen Front sowohl in der Friedensfrage wie auch in der Bündnisfrage gescheitert war. Den lettischen Wünschen entsprechend war der Waffenstillstandsvertrag vorerst geheim.¹⁸⁶

Vor diesem Zeitpunkt hatte sich die provisorische Regierung Lettlands jedoch mit einem polnischen Vorschlag über ein militärisches Beistandsabkommen einverstanden erklärt. Es wurde Ende Dezember 1919 abgeschlossen und hatte einen gemeinsamen Angriff in Lettgallen auf die Truppen der Roten Armee zum Gegenstand.

185. SIPOLS 1961 S. 211–212, vgl. S. 119–120 und n. 190 im Text.

186. SIPOLS 1961 S. 208–209, 214–215, über die wahre Natur der lettischen »Rotkreuz«-Delegation siehe auch Martin an Millerand am 6. 2. 1920, AMAE Russie 156, über das Wissen der Polen Sokolnicki an MSZ am 13. 2. 1920, AAGN 21/2576, »Robotnik« am 17. 2. 1920.

Gemäss dem Vertrag stellten die Letten 10'000 Mann und die Polen 30'000 »Bajonette« zur Verfügung, wie die Bezeichnung lautete. Beide Parteien stellen ein Gemeinsames Oberkommando, das vom polnischen General Rydz-Śmigły geleitet wurde. Rydz-Śmigły war ein militärischer Vertrauter Piłsudskis aus der Zeit der Legionen, und sein Einsatz zeigte das Gewicht, das Piłsudski der Operation beimass. Die Letten wiederum legten Wert darauf, dass sich die polnischen Truppen zum sofortigen Abzug aus den nördlich der Düna gelegenen Gebieten verpflichteten, sobald die Letten sich zur Uebernahme der Frontverantwortung in diesem Abschnitt bereit fühlten.¹⁸⁷ Der gemeinsame Angriff wurde am 3. 1. 1920 engeleitet, und Lettgallen war eigentlich bereits vor dem Eintreffen der »Rotkreuzdelegation« in Moskau von den Truppen der Roten Armee gesäubert.

Nachdem sich der gemeinsame Angriff in Lettgallen als ein militärischer und politischer Erfolg erwiesen hatte, zeigte sich Polen zu einer härteren Behandlung Lettlands bereit. Die aussenpolitische Führung Polens war der Meinung, dass die polnischen Opfer Lettland zu Gegenleistungen verpflichteten. Welcher Art diese vom angestrebten Föderationspartner zu leistenden Opfer sein sollten, zeigte sich im März bei den bilateralen Verhandlungen in Warschau. Die polnische Regierung hatte sich bereits früher gegen Einschränkungen ihres Spielraumes in Lettland von aussen her abzusichern gesucht. So stellte der polnische Hauptunterhändler Leon Wasilewski unmittelbar zu Beginn der am 6. 3. begonnenen Gespräche fest, dass Polen von den Grenzen des Jahres 1772 ausgehe. Lettland habe deshalb über das endgültige Schicksal Lettgallens mit Polen und nicht mit Sowjetrussland zu verhandeln.

Dies gab einen Vorgeschmack auf das, was zu erwarten stand. In der Bündnisfrage schlug Polen Lettland ein Militärabkommen vor, das gegen Sowjetrussland, Deutschland sowie Litauen gerichtet gewesen wäre. Die Beziehungen zu den beiden ersteren Staaten waren auch für Lettland problematisch, ein gegen Litauen gerichtetes Abkommen versties jedoch klar gegen die Interessen Lettlands. Lettland und Litauen stritten sich zwar über einige Grenzgebiete, besonders über das im Südwesten Dünaburgs gelegene Gebiet von Illuxt sowie über den an der Grenze der beiden Länder gelegenen Hafen Polangen. Die lettische Regierung hielt diese Auseinandersetzungen jedoch für

187. Abkommen zwischen Piłsudski und Balodis über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Rote Armee vom 30. 12. 1919, DMPR II S. 521–522, siehe auch SiPOLS 1961 S. 208–209, SKRZYPEK 1972 S. 50–52.



Leon Wasilewski, Pilsudskis Vertrauensmann in nordosteuropäischen Angelegenheiten. *Nationalamt für Antiquitäten.*

weniger dramatisch als die Konflikte mit Estland. Dies unsomewhat, als sich bereits in der Anfangsphase der Auseinandersetzungen eine Kompromisslösung abzuzeichnen schien, indem Litauen sich mit dem Hafen begnügte und Lettland die vor Dünaburg gelegenen Gebiete behalten konnte.¹⁸⁸ Wesentlich war, dass Polen nach wie vor Lettland entweder als Lockvogel oder bei Bedarf als Druckmittel gebrauchen wollte, um Litauen in das Staatensystem Polens einzubeziehen.

Ausserdem verlangten die Polen von Lettland die Sicherung der Interessen der polnischen Minderheit. So nahm auch die polnische Regierung diese von den Letten befürchtete Sache zur Sprache. Politisch am fragwürdigsten war vom lettischen Standpunkt aus der

188. Delavaud an Millerand am 27. 1. 1920, AMAE Lithuanie 5. Der Konflikt brach im März von neuem hervor und wurde ein halbes Jahr später beigelegt. Ueber die Hinwendung Polens an das Lettland-Bündnis und Konferenzvorbereitungen siehe Denkschrift Zubieński »Konferencja panstw nadbaltyckich w Helsingforsie i jej realizacja» s.d., Myszkowski an Pilsudski am 17.-18. 2. 1920, Denkschrift der Hauptadjutantur vom 20. 2. 1920, AAGN 21/2626, über die Initiative Wasilewskis »Program politycznej konferencji z lotyszami» vom 6. 3. 1920, AAN Wasilewski 45.

Entschädigungsanspruch der polnischen Grundbesitzer für jene Güter, welche bereits die Sowjetregierung Lettlands beschlagnahmt hatte. Der Konflikt drohte sich fortzusetzen, denn eine tiefgreifende Landreform gehörte auch ins Programm der Regierung Ulmanis.

Von Lettland wurden auch Grenzkorrekturen verlangt, um eine möglichst rasche militärische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Gemäss den Erläuterungen Wasilewskis war damit die Ueberlassung des Südostteiles Lettlands an Polen gemeint, so dass sich die Eisenbahnlinie zwischen Dünaburg und Wilna gänzlich in polnischer Hand befunden hätte. Als die lettische Delegation diese Forderung ablehnte, stellte der Vertreter des polnischen Generalstabes Kapitän Staroszewski fest, dass Polen das erwähnte Gebiet aus staatlichen und strategischen Gründen benötige. Da Polen auf jeden Fall das Gebiet zu behalten gedenke, wünsche es, dass Lettland daraus keine Verhandlungsfrage mache. Ausserdem war, wie Staroszewski feststellte, das Gebiet bereits von den Polen besetzt.

Weiter schlug Polen Lettland den Abschluss eines Wirtschaftsvertrages vor, der den Polen die Benutzung der lettischen Häfen und der dorthin führenden Eisenbahnlinien garantiert hätte. Die Mitglieder der polnischen Delegation erläuterten dies näher und erklärten, dass Lettland die Benutzungsrechte der Häfen Libau oder Windau sowie Rigas an Polen abzutreten habe. Das Benutzungsrecht bedeutete nach polnischer Auffassung die langfristige Vermietung der Häfen an Polen. Diese wären zu exterritorialen Stützpunkten unter dem Schutze polnischer Truppen umgewandelt worden. Polen hielt solche, von der lettischen Verwaltung losgelöste Häfen nach wie vor für notwendig, da die Benutzung des Handelshafens Danzig in der vom Versailler Friedensvertrag vorausgesetzten Weise noch nicht garantiert sei. Die von Lettland gewünschte Behandlung der Friedensfrage setzten die Polen an die letzte Stelle. Im Rahmen ihrer Gesamtpolitik war die polnische Regierung an einem Friedensschlusse nicht unbedingt interessiert. Die lettische Delegation gehörte auch zu den wenigen, denen dies klar mitgeteilt wurde. Wie der Leiter der politischen Abteilung im lettischen Aussenministerium Seja später schrieb, erklärten mehrere in hohen Stellungen befindliche Polen, dass den Bolschewiken zuerst der entscheidende Schlag versetzt werden müsse – dies sei die Meinung des Staatschefs.¹⁸⁹

189. Wasilewskis »Program politycznej konferencji z łotyszami» vom 6. 3. 1920 »Posiedzenie podkomisji politycznej polsko-łotowskiej» vom 12. 3. 1920, AAN Wasilewski 45, Protokolle der polnisch-lettischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konferenz vom 8.–14. 3. 1920, DMPR, siehe

Die der lettischen Delegation eröffneten Bedingungen für eine Zusammenarbeit waren also wesentlich härter als die Finnland vorgeschlagenen, auch wurde den Letten bedeutend weniger Verhandlungszeit eingeräumt. Man betrachtete Lettland an den Warschauer Konferenzen als ein den Interessen Polens weitgehend unterstelltes Land – dies im Gegensatz zu Finnland. Lettland gehörte unmittelbar in den Einflussbereich der polnischen Ostföderation. Man versuchte, auch Finnland in den Einflussbereich der polnischen Ostpolitik einzuspannen, Land war jedoch geographisch weiter entfernt, seine unabhängige Stellung war gefestigter und es nahm in seinem anerkannten Interessengebiet ähnlich den Polen die Rolle des grossen Bruders ein.

Die lettische Delegation sah sich ausserstande, den polnischen Vorschlägen zuzustimmen und bat um eine Verhandlungspause zur Einholung von zusätzlichen Anweisungen. Die lettischen Unterhändler kehrten nicht mehr aus Riga zurück. General Janis Balodis teilte im Gegenteil den polnischen Truppen in Lettgallen am 22. 3. mit, dass die lettische Armee nun die Frontverantwortung in dem Gebiete übernehmen könne und wünschte, dass sich die Polen entsprechend dem im Dezember abgeschlossenen Vertrag zurückzögen.¹⁹⁰

auch SIPOLS 1961 S. 220. Vgl. SKRZYPEK 1972 S. 60–64, der in den Verhandlungen nichts Erniedrigendes für die Letten sieht.

190. Delavaud an Millerand am 6. 4. 1920, AMAE Lettonie 2, siehe auch SIPOLS 1961 S. 220, WASZCZYNSKI 1970 S. 208–209. Die Zurückhaltung der lettischen Regierung wurde zweifellos durch die Aussagen des polnischen Gesandten Bouffalt verstärkt. Noch im April erklärte er in einem der lettischen Presse gewährten Interview, dass das zukünftige Schicksal Lettgallens von Polen und nicht von Sowjetrussland abhängen. Falls Lettland einen Sonderfrieden mit Sowjetrussland schliesse, verbleibe Dünaburg in polnischer Hand, Reijonen an UM am 19. 4. 1920, UMA 7E Lettland bis 1929.

Zur gleichen Zeit bemerkte Bouffalt in einer internen Mitteilung an das polnische Aussenministerium bitter, dass für das Verständnis der lettischen Politik die historische Vergangenheit der Letten in Rechnung gestellt werden müsse, welche als Bauernvolk lange in Knechtschaft gewesen waren und nicht imstande waren oder sich nicht getrauten, den Polen für ihre Hilfe den gebührenden Dank auszusprechen. Seiner Meinung nach sollten jedoch weiterhin wirtschaftliche und verkehrstechnische Forderungen gestellt werden, da »alle Politik ohne wirtschaftliche Basis nur einen Flirt darstellt«, Bouffalt an MSZ am 17. 4. 1920, AAN Waszyngton 1.

Die Wende im Sommer 1920

Das Scheitern der polnischen Ostpolitik

Die föderalistischen Ostpläne Polens hatten in den Vorschlägen über Interessensphären kulminiert. Damit setzte jedoch auch bereits ihr Niedergang ein. Finnland und sogar Lettland lehnten eine Bindung an die von Polen erwartete entscheidende Auseinandersetzung mit Sowjetrußland ab. Der Ende April 1920 begonnene Feldzug in die Ukraine, der die letzte noch fehlende Voraussetzung für die Schaffung einer Ostföderation herstellen sollte, führte zum Zusammenbruch der ganzen Staatenbündnispolitik. Die Entscheidungsschlacht wäre für Polen um ein Haar zum Verhängnis geworden, ausserdem verlor es damit sein Mitspracherecht an den ukrainischen und weitgehend auch an den weissrussischen Angelegenheiten. Ausserdem wurde höchstwahrscheinlich die letzte Gelegenheit zur Anknüpfung enger Beziehungen zu Litauen vertan, dem Stützpfeiler der frühen Föderationspläne.

Nachdem Polen auf die Unterstützung durch seine nördlichen Nachbarn verzichten musste, wandte es sich an seinen letzten potentiellen Verbündeten, an die vom Hetman Simon Petljura geleitete ukrainischen Volksrepublik. Piłsudski hatte sich zur entscheidenden Auseinandersetzung mit Sowjetrußland entschlossen, worin ihn die Informationen über die Vorbereitungen der Roten Armee für eine Entscheidungsschlacht noch bestärkten. Nachdem sowjetrussischen Friedensangebote an Polen ohne konkrete Resultate geblieben waren, begann die Führung der Roten Armee eine Offensive gegen Polen zu planen. Die eingetretene Wende im russischen Bürgerkrieg ermöglichte die Konzentration von Truppen in Weissrußland sowie in der Ukraine, und gegen Ende April hatte der Generalstab der Roten Armee dort Truppen in annähernd der gewünschten Stärke konzen-

triert, nämlich 20 Divisionen und fünf berittene Brigaden, d.h. ca. 190'000 Mann. Piłsudski war durch den Nachrichtendienst des polnischen Generalstabes über diese Konzentrationen informiert und beschleunigte seine eigenen Vorbereitungen. Anfang März nahmen die polnischen Truppen in der neuen Gesamtstärke von 300'000 Mann neue Stellungen ein, und Piłsudski übernahm persönlich das Kommando der Ostfront. Am 5. März eroberten die polnischen Truppen den Eisenbahnknotenpunkt von Mozyr und unterbrachen so die Eisenbahnverbindung zwischen der im Norden und Süden konzentrierten Roten Armee.¹⁹¹

Der Ende März mit dem Marschallstab ausgezeichnete Piłsudski wählte die Ukraine zur Hauptangriffsrichtung. Grund dafür waren v.a. die ostpolitischen Gesichtspunkte. Polen hatte im Norden bereits die Grenze von 1772 erreicht – polnische Truppen hielten ja die Linie Düna–Beresina besetzt –, die zentralen Gebiete der Ukraine befanden sich hingegen unter der Herrschaft der Bolschewiken. Die Ukraine hatte vom Sommer 1919 an nicht mehr zu den Schwerpunktgebieten der polnischen Ostpolitik gehört. Piłsudski hatte ja zuerst eine Lösung im Norden angestrebt und sich in der Ukraine damit begnügt, einen Sieg der Truppen Denikins oder der Roten Armee über die Verbände des Hetmans Simon Petljura zu verhindern.

Petljura selbst hatte eine Zusammenarbeit mit Polen angestrebt. Die Meinungen der Ukrainer und Polen schieden sich zwar ausser an traditionellen Gegensätzen auch an der Frage Ostgaliziens. Dort lebte eine bedeutende ukrainische Minderheit, und die Polen und Ukrainer hatten dort Kämpfe ausgetragen, bis polnische Truppen die ukrainischen Einheiten auf das Gebiet der ukrainischen Volksrepublik vertreiben konnten. Polen stellte andererseits den einzigen Machtfaktor von Bedeutung gegen Sowjetrussland dar. Da sich Petljura ausserdem nach seinen eigenen Worten zur Vertreibung der Bolschewiken aus der Ukraine selbst mit dem Teufel verbündet hätte, konnte ein Einvernehmen erzielt werden. Am 2. 12. 1919 wurde ein Friedensvertrag zwischen Polen und der Volksrepublik Ukraine abgeschlossen, der die Grundlage für ein künftiges Bündnisabkommen bilden sollte.

Im Friedensvertrag erklärte sich die von Petljura geführte Ukraine mit dem Anschluss Ostgaliziens an Polen einverstanden. Die Rechte der ukrainischen und polnischen Minderheiten wurden auf beiden Seiten garantiert, und man beschloss die Aufnahme enger wirtschaft-

191. ROOS 1961 S. 77–81, WANDYCZ 1969 S. 167–180.

licher und militärischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern.¹⁹² Ein Bündnisvertrag konnte erreicht werden, nachdem die polnisch-finnischen und polnisch-lettischen Verhandlungen im März–April in einer Sackgasse geendet hatten. In dem am 21. 4. 1920 unterzeichneten Vertrag verpflichtete sich Polen zur De-jure-Anerkennung der Volksrepublik Ukraine. Beide Vertragspartner verpflichteten sich, keinen Sonderfrieden abzuschliessen, ihren nationalen Minderheiten die gleichen Rechte einzuräumen und setzten ausserdem den Abschluss eines Militär- und Wirtschaftsabkommens voraus. Das Militärabkommen wurde drei Tage später ausgearbeitet. Es war ein provisorisches technisches Abkommen über die Unterstellung der Truppen unter das polnische Oberkommando, legte die Aufgaben der Ukrainer in den bevorstehenden Operationen fest und stellte den Abschluss eines bindenden Militärbündnisses in Aussicht. Der Wirtschaftsvertrag kam nicht zustande. Die Polen legten zwar einen Vertragsentwurf vor, der – dem Beispiel des lettisch–polnischen Vertrages folgend – die polnischen Interessen an den Schwarzmeerbahnen sowie an den Erz- und Mangangruben der Ukraine festlegte. Die Ukrainer stellten sich jedoch gegen diese wirtschaftliche Expansion der Polen, und der Verlauf der Kriegshandlungen machte weitere Verhandlungen gegenstandslos.¹⁹³

Der gemeinsame Grossangriff der Polen und Ukrainer begann am 25. 4., einen Tag nach Abschluss des Militärabkommens. Der Zeitpunkt des Angriffs war unter Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse in der Ukraine der frühest mögliche und führte zu einem raschen Erfolg. Am 7. Mai drangen die polnischen Truppen in Kiew ein. Wie bereits ein Jahr früher in Litauen und Weissrussland veröffentlichte Pilsudski am 26. 4. ein föderalistisch geprägtes Manifest »An die Einwohner der Ukraine«. Er teilte darin mit, dass die polnischen Armeen einzig zur Befreiung des Landes von »fremden Eindringlingen« einmarschiert seien und sich nur so lange in der Ukraine aufhalten würden, bis die legale Regierung der Ukraine ihre Herrschaft gefestigt habe. Sobald die nationale Regierung ihre staatlichen Organe geschaffen habe und zur Verteidigung des Gebietes bereit sei, würden die polnischen Truppen abziehen. Den romanti-

192. DZIEWANOWSKI 1969 S. 265–268, WANDYCZ 1969 S. 189–190.

193. Abkommen zwischen der polnischen Regierung und der Petljura-Regierung vom 21. 4. 1920, Militärabkommen zwischen dem polnischen Kriegsministerium und der Petljura-Regierung vom 24. 4. 1920, DMPR II S. 745–747, 749–753, über die Wirtschaftsverhandlungen Panafieu an Millerand am 4. 6. 1920, AMAE Pologne 71, siehe auch DZIEWANOWSKI 1969 S. 268–288, WANDYCZ 1969 S. 191–197.

schen Traditionen der polnischen Aufstände folgend trugen die polnischen Ulanen das Manifest auf ihren Speerspitzen in das Gebiet.¹⁹⁴

Piłsudski war zweifellos wiederum ehrlich in seinen Aussagen. Die Ukraine musste zuerst wieder zu Kräften kommen, bevor sie ein freies und dauerhaftes Bündnis mit Polen eingehen konnte. Der Marschall selbst bezeichnete seinen Feldzug in die Ukraine als »Versuch«, was er auch wegen der vielen, die Polen und Ukrainer trennenden Faktoren war. Oschon Piłsudski die Ansprüche seiner Regierung zu bremsen versuchte, bereitete diese bereits die wirtschaftliche Expansion in die Ukraine vor.

Die militärische Lage änderte sich jedoch rasch. Der grösste Teil der Roten Armee befand sich im Norden, und deren Befehlshaber, der ehemalige Gardeleutnant und achtundzwanzigjährige General Tuchatschewski ging Mitte Mai zum Gegenangriff über. Obschon der Angriff nicht zu einem bedeutenden Durchbruch führte, zwang er doch die Polen zum Abzug von Truppen aus der Ukraine. Dies erleichterte der unter dem Kommando des gleichfalls legendären Generals Budjonnyi stehenden berittenen Armee den Angriff im Süden und führte Anfang Juni zu einem grossen Durchbruch südlich von Kiew. Die ganze polnische Südfront fiel in sich zusammen, und bis Ende Juni hatten sich die Polen bereits auf ihre Ausgangspositionen in Podolien und Wolhynien zurückgezogen. Anfang Juli leitete Tuchatschewski mit 20 Divisionen eine Offensive ein, welche laut dem Angriffsbefehl »über den Leichnam Polens zu einem allgemeinen Weltbrand« führen sollte, der das Schicksal der Weltrevolution entscheiden würde.¹⁹⁵ Die Weltrevolution schien auch auf gutem Wege zu sein. Bis Mitte August waren die Truppen Tuchatschewskis bis in die Nähe Warschau vorgedrungen. Gleichzeitig eroberte Budjonnyis »Kon'armija« Ostgalizien und rückte von Südosten her auf Warschau vor. Polen schien von einer mächtigen Zange eingeklemmt zu werden.

In dieser verzweifelt scheinenden Situation bat der neue Ministerpräsident Władysław Grabski die Westmächte um Hilfe. Diese war jedoch nicht leicht zu erhalten. England und Frankreich hatten sich ablehnend zu den Zielen Piłsudskis im Osten verhalten, die englische Regierung hatte Polen im Februar sogar mitgeteilt, dass sie die Folgen eines Grossangriffes im Osten selbst zu verantworten hätten. Um dem polnischen Hilfsgesuch mehr Nachdruck zu verleihen, begab sich

194. Deklaration an die Bevölkerung der Ukraine am 26. 4. 1920, JPED S. 58–60, siehe auch ROOS 1961 S. 82.

195. ROOS 1961 S. 82–84, DAVIES 1972 S. 130–145.

Ministerpräsident Grabski in den ersten Tagen des Monats Juli nach Spa, wo der für die Koordination der Aktivitäten der Siegermächte zuständige Oberste Rat tagte. Die Westmächte zeigten sich zur Hilfe bereit, jedoch nicht bedingungslos. In dem am 10. Juli unterzeichneten Protokoll von Spa verpflichtete sich Polen, in der Grenzfrage die Beschlüsse des Obersten Rates zu befolgen. Von Polen wurde die Uebergabe Wilnas an Litauen und die Gutheissung der Beschlüsse der Westmächte in bezug auf Ostgalizien und die polnischen Beziehungen zu Danzig verlangt. In Erwartung dieser Beschlüsse sollten sich die Polen auf die von der Friedenskonferenz empfohlene Linie von 8. Dezember zurückziehen.

Dies stellte die Grundlage dar für den vom englischen Aussenminister am 11. 7. nach Moskau telegraphierten Vermittlungsvorschlag für einen Friedensschluss. Die dabei vorgeschlagene Grenzlinie ist unter dem Namen Curzon-Linie bekannt geworden. Die Sowjetregierung hiess zwar diese Linie als Verhandlungsgrundlage gut, der Gegenvorschlag beinhaltete jedoch eine Reihe weiterer Bedingungen, welche die Friedensbemühungen der Westmächte gegenstandslos machten. Frankreich hatte sich bereits von diesen Friedensbestrebungen zurückgezogen und bot nun seine bilaterale Waffenhilfe Polen an. Aufgrund des Protokolls von Spa begaben sich ausserdem zwei Delegationen aus den Ententemächten nach Polen, eine politische unter der Leitung des englischen Botschafters D'Abernon und eine militärische unter dem französischen General Maxime Weygand, der »rechten Hand« Marschall Fochs.¹⁹⁶

Diese Hilfe hatte aus zweierlei Gründen keinen Einfluss mehr auf den Gang der Dinge. Erstens wurde die aussenpolitische Notlage Polens noch dadurch erschwert, dass sich das Deutsche Reich offen feindlich verhielt, ja es gab sogar Anzeichen für eine mögliche deutsch-russische Zusammenarbeit nach dem Vorrücken der Roten Armee bis in die Nähe Ostpreussens. Die französischen Waffenlieferungen gelangten nicht rechtzeitig nach Polen, da die deutschen Hafenarbeiter Danzigs streikten und den Auslad der Lieferungen verhinderten. Ein ähnliches Schicksal erlitt die französische Hilfe auch an der polnischen Südgrenze. Die tschechischen Eisenbahnarbeiter verhinderten die Durchfahrt der französischen Hilfslieferungen. Ausser der möglichen Klassensolidarität war dafür auch das nach wie vor positive Verhalten der Tschechen zu den Russen verantwortlich, hinzu kamen eigene Grenzstreitigkeiten mit Polen. Zu alledem ver-

196. Siehe näher WANDYCZ 1962 S. 154–168 und die darin erwähnten Quellen.

hinderte die tschechische Regierung noch den Durchmarsch der von Ungarn angebotenen, 30'000 Mann zählenden berittenen Armee nach Polen.¹⁹⁷

Andererseits begann die Krise sich Mitte August zu entschärfen. Der in Polen gegründeten Regierung »der nationalen Notlage«, in der ausser den Kommunisten alle Parteien vertreten waren, gelang eine Aufstockung der Armee auf 730'000 Mann. Die neuen Formationen setzten sich sowohl aus neuen Wehrpflichtigen wie auch aus Freiwilligen zusammen. Unter den letzteren befanden sich sogar Bauernabteilungen, die sich entsprechend einer alten polnischen Tradition mit gerade gehämmerten Sensen bewaffnet hatte. Auch waren die polnischen Fronttruppen nach wie vor kampffähig. Den Generalen Lucjan Żeligowski und Władysław Sikorski war es gelungen, den Rückzug ihrer Armeen geordnet durchzuführen. Ausserdem hatte sich Marschall Piłsudski eine bedeutende Reserve vorbehalten, die er erst in der Entscheidungsschlacht an der Weichsel einsetzte. Mit dieser Reserve ging er am 16. 8. 1920 zum Gegenangriff Richtung Norden über und hätte innert weniger Tage fast die rückwärtigen Verbindungen der Armee Tuchatschewskis unterbrochen. Durch einen schnellen Rückzug gelang es diesem, den grössten Teil seiner Truppen zu retten, ein Teil verlor jedoch den Kontakt zur Hauptarmee und zog sich nach Ostpreussen in deutsches Gebiet zurück. Nach den erneuten ausgedehnten Kämpfen an der Grenze Litauens zwangen die polnischen Truppen erneut die sowjetischen Armeen zum Rückzug in die Ostteile Weissrusslands und der Ukraine.¹⁹⁸

Die Polen hatten also nun selbst in einer grossen Auseinandersetzung die Rote Armee besiegt, in der 18. Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte, wie D'Abernon meinte. Durch diese Schlacht wurde sowohl das Schicksal des polnischen Reiches wie auch der Weltrevolution entschieden. Für die föderalistische Ostpolitik Polens waren jedoch die Folgen dieses Kriegszuges vom Sommer 1920 katastrophal. Beide Parteien waren kriegsmüde, und am 21. 9. 1920 begannen die Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf der Basis eines Kompromissfriedens in Riga. Piłsudski zog sich aus den konkreten Verhandlungen zurück, denn die Opposition der Rechts- und Mittelparteien verlangte die Sicherung des Friedens, was mit einer Verwirklichung des föderalistischen Programmes nicht zu vereinbaren war. Obwohl in der polnischen Delegation auch die grossen Befürworter

197. ROOS 1961 S. 85–86, WANDYCZ 1962 S. 152.

198. ROOS 1961 S. 86–87, DAVIES 1972 S. 188–225.

des föderalistischen Programmes Wasilewski und Kamieniecki vertreten waren, gelang es dem ehemaligen Ministerpräsidenten Grabski, aus der Mehrheit der Delegation eine gemeinsame »Sejm-Front« zu machen.

Ein vorläufiger Friede sowie ein Waffenstillstandsabkommen konnten am 12. 10. 1920 abgeschlossen werden. Darin verzichteten Polen einerseits und Sowjetrussland sowie die Sowjetukraine andererseits auf ihre territorialen Forderungen über die festzulegende Grenze hinaus und verpflichteten sich zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Vertragspartners. Weissrussland wurde nicht als Vertragspartner anerkannt. Sowjetrussland versprach zwar dem Gebiet die Selbständigkeit, gleichzeitig kamen jedoch Polen und Sowjetrussland über eine Aufteilung Weissrusslands überein. Die Waffenstillstandslinie verlief von der Düna über einen Punkt westlich Minsk bis zur rumänischen Grenze und überliess Ostgalizien Polen. Der Waffenstillstand sollte nach Ablauf von sechs Tagen in Kraft treten, im Süden hatten sich die polnischen Truppen jedoch erst Ende November auf die Staatsgrenze zurückzuziehen. Diese Bestimmung sollte den Truppen Petljuras Unterstützung sichern, hatte aber keine langfristigen Auswirkungen. Vom Gebäude der polnischen Ostpläne blieb nur noch Litauen übrig.

Die Polen hatten in den Verhandlungen über einen vorläufigen Frieden und einen Waffenstillstand erreichen können, dass über Litauen nicht verhandelt wurde. Die polnische Delegation legte sogar grossen Wert darauf, dass die polnisch-sowjetrussische Waffenstillstandslinie im Norden so festgelegt wurde, dass Sowjetrussland und Litauen über keinen gemeinsamen Grenzabschnitt verfügten.¹⁹⁹

Zu Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen hatten die Polen ihre Möglichkeiten zu einem Einvernehmen mit Litauen wiederum verspielt. Der polnisch-sowjetrussische Krieg hätte dazu die Gelegenheit geboten. Es ist bereits festgestellt worden, dass, obschon sich die nationalen Bestrebungen Litauens hauptsächlich gegen Polen richteten, zwischen den beiden Länder auch gemeinsame Bande und Interessen bestanden, die sich bei einem positiveren Verhalten der Polen gegenüber den litauischen Ansprüchen in bezug auf Wilna hätten auswirken können. Die sowjetrussische Offensive machte der litauischen Regierung die Vorteile einer Annäherung an Polen deutlich. Trotz dem Abbruch der gegenseitigen Beziehungen entsprach ein

199. ROOS 1961 S. 86–87, WANDYCZ 1969 S. 253–276. Ueber die Wichtigkeit der Grenzkonflikte siehe auch Tallents an Curzon am 19. 10. 1920, PRO 5373/23–31.

Weiterbestehen des polnischen Staates unbedingt auch den Interessen Litauens. Polen war ja der eigentliche Garant dafür, dass sich eine mögliche Offensive der Roten Armee nicht auf Litauen erstreckte. Die litauisch-russischen Friedensverhandlungen scheiterten deshalb in Moskau Ende Mai. Die Russen waren zwar zur Ueberlassung der von den Litauern geforderten Stadt Wilna bereit, jedoch nicht der umgebenden Gebiete. Ausserdem schlugen die Russen eine gemeinsame Offensive gegen Polen vor. Die Litauer liessen durch die Vermittlung der Westmächte den Polen mitteilen, dass sie sich in einem Konflikt neutral erklären würden und in keinem Falle gegen Polen zu gebrauchen seien. Ausserdem erklärte sich die litauische Regierung zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Polen bereit, falls Polen die litauische Unabhängigkeit und Wilna als Hauptstadt des Landes anerkennen würde. Diese versöhnliche Haltung der litauischen Regierung gegenüber Polen erhielt in der geheimen Sitzung der Volksvertretung vom 31. 5. Rückendeckung. Die Mehrheit der Parlamentarier war der Meinung, dass, falls Litauen sich für eine der kriegsführenden Parteien zu entscheiden habe, die Wahl auf Polen fallen solle. Der Zusammenbruch des polnischen Staates würde auch das Ende der litauischen Unabhängigkeit bedeuten.²⁰⁰

Die polnische Regierung benützte diese Möglichkeit zur Annäherung jedoch vorerst nicht. Marschall Piłsudski wollte die Verhandlungen mit den Litauern bis zu einer Entscheidung in der Auseinandersetzung mit Sowjetrussland verschieben, und die von der polnischen Regierung Anfang Juni nach Kowno geschickten Unterhändler Witold Kamieniecki und Oberst Rilski hielten nach wie vor an den früheren polnischen Forderungen fest, d.h. an der Uebergabe Wilnas und Minsks an Litauen nur im Falle eines gemeinsamen Staatenbundes. Alle politischen Gruppierungen Litauens forderten auch wie vor ausser Wilna die volle Anerkennung der litauischen Selbständigkeit. Anstelle einer vorsichtigen Unterstützung Polens nahm man wieder eine vollständig neutrale Haltung ein. Die teilweise Mobilmachung nach dem Besuch der polnischen Delegation zielte v.a. auf die Sicherung dieser Selbständigkeit und – bei Gelegenheit – auf die Eroberung des Wilna-Gebietes.²⁰¹

Die Westmächte und v.a. England versuchten Polen zu einer

200. Rumbold an Curzon am 31. 5. 1920, PRO 3620/355, Reboul an Lefèvre am 2. 6. 1920, SHAT 126.

201. Tallents an Curzon am 8. 6. 1920, englische Gesandtschaft aus Kowno am 12. 6. 1920, Rumbold an Curzon am 22. 6., 2. und 6. 7. 1920, PRO 3629/399–403, 416, 431–432, siehe auch SENN 1966 S. 30–31.

nachgiebigeren Haltung zu bewegen. Im englischen Aussenministerium stellte man fest, dass die Litauer sich durch ihr gutes Verhalten die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit verdient hätten, anscheinend habe jedoch die Rote Armee die Polen noch nicht genügend unter Druck gesetzt.²⁰²

Mitte Juli war dies dann geschehen. Der polnische Ministerpräsident Grabski stimmte in Spa den Forderungen der Westmächte nach der Uebergabe Wilnas an Litauen und nach der Anerkennung der Unabhängigkeit des Landes zu. Nachdem Polen in örtlichen Verhandlungen von den Litauern Garantien über den Schutz der polnischen Minderheit und das Versprechen einer möglichen Schiedsgerichtslösung erhalten hatte, wurde Wilna am 14. 7. 1920 Litauen übergeben und die Unabhängigkeit des Landes de facto anerkannt.²⁰³

Damit waren die von Litauen geforderten Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit erfüllt, und die öffentliche Meinung des Landes hätte auch zur Abwehr des bolschewistischen Angriffes einer Zusammenarbeit mit Polen und Lettland zugestimmt. Die Geste der Polen kam jedoch zu spät. Die Truppen der Roten Armee eroberten Wilna am selbigen 14. 7. und fünf Tage später Grodno, die andere litauisch-polnische Grenzstadt. Litauen hatte nun mit Sowjetrussland zu verhandeln, um die Gebiete zurückzuerhalten. Als Grundlage für solche Verhandlungen war am 12. 7. 1920 der Friedensvertrag zu den alten Bedingungen in Moskau abgeschlossen worden. Die Russen versprachen den Litauern Wilna, jedoch nicht die östlich davon befindlichen Gebiete. Ausserdem war die Uebergabe vorerst nur auf dem Papier festgelegt. Die Litauer gestanden in einem geheimen Zusatzparagraphen der Roten Armee das Recht zu, Wilna als Etappe-
nort zu benutzen.²⁰⁴

Die litauische Regierung konnte also erst im September in die ersehnte Hauptstadt einziehen, nachdem sich die Rote Armee vor den vorrückenden Polen zurückgezogen hatte. Um ihre »Eroberung« zu sichern, verlegten die Litauer eilends alle staatlichen Organe von Kowno nach Wilna. Die Zugehörigkeit Wilnas zu Litauen wurde von Polen zwar vorerst anerkannt, um die übrigen Grenzgebiete entbrannten jedoch in den ersten Septemberwochen bewaffnete Auseinandersetzungen. Die Polen warfen den Litauern die Ausnützung der

202. Kommentar Hoares vom 14. 6. 1920, PRO 3620/423.

203. SENN 1966 S. 31, vgl. SKRZYPEK 1972 S. 65.

204. SENN 1966 S. 32–33, SKRZYPEK 1972 S. 65–66. Als die Sowjetunion im Herbst 1939 Wilna zum zweiten Mal an Litauen übergab, behielt sie nach wie vor die östlich an Wilna angrenzenden ländlichen Gegenden, MYLLYNIEMI 1977 S. 74, 84.

Notlage Polens und den Missbrauch des – zwar bescheidenen – Vertrauens vor, das die Polen mit der Uebergabe Wilnas bewiesen hätten. Der polnische Generalstab, der entweder um die Zusatzparagraphen wusste oder deren Folgen bemerkt hatte, teilte mit, dass er keinen Unterschied zwischen den Litauern und den Sowjetrussen machen könne, sondern beide in gleicher Weise behandeln werde. Piłsudski verhinderte jedoch einen grossangelegten Angriff auf litauisches Gebiet, und durch die Vermittlung des Völkerbundes kamen am 16. 9. polnisch-litauische Verhandlungen über die entstandene Lage in der Grenzstadt Kalvarija zustande, die jedoch in einer Sackgasse endeten.²⁰⁵ Wie bereits festgestellt, hatte Polen als Folge des Kriegszuges sein Mitspracherecht in der Ukraine und im grössten Teil Weissrusslands eingebüsst, zudem befanden sich die polnisch-litauischen Beziehungen nach wie vor auf einem Tiefpunkt.

Die Ungewissheit der Verbündeten Polens im Norden

Die nördlichen Verbündeten Polens gerieten als Folge der polnisch-sowjetrussischen Auseinandersetzung in einen Zustand der aussenpolitischen Verwirrung. Darin vermischten sich sowohl die Bestrebungen zur Fortsetzung der bisherigen, auf Polen abgestützten Politik wie auch die Keime der neuen Strömungen.

Finnland, das von Polen als gleichwertiger Partner behandelt worden war, zeigte sich auch nach den Warschauer Gesprächen bereit, die Zusammenarbeit in der einen oder anderen Form fortzusetzen. So versicherte Präsident Ståhlberg dem besorgten Gesandten Sokolnicki, dass Finnland die Zusammenarbeit mit Polen in der Frage der Unabhängigkeit und der Grenzziehungen fortzusetzen gedenke. Die Finnen übermittelten den Polen auch Informationen über die Stärke der Roten Armee auf der Karelischen Landenge sowie in Ostkarelien. Entsprechend dem von Polen vorgeschlagenen Dreieckssystem strebte Finnland nun diplomatische Beziehungen mit Rumänien an, ja zwischen den beiden Ländern fanden sogar Sondierungen statt über eine mögliche Hilfe an Polen.²⁰⁶ Der finnische Gesandte in

205. SENN 1966 S. 34–40, DZIEWANOWSKI 1969 S. 313–315.

206. Pożerski an Piłsudski am 24. 3. und 30. 4. 1920. AAGN 22/3012, 3275, über



Legitymacja Nr. 699...

Ministerstwo Spraw Zagranicznych

zaświadcza, że p. *B. Gyllenbögel*
jest *Borisem Modrozelejczykiem*
i *Ministrem Rządu Rumunii*
Fulanowskim w Polsce
Warszawa, 13 listopada 1920 r.
Minister Spraw Zagranicznych

Carte d'identité

Le Ministère des Affaires Étrangères

certifie que M-r *B. Gyllenbögel*
est *Europei Extraordinaire et*
Ministre Plenipotentiaire
de Finlande en Pologne
Varsovie le 13 novembre 1920.
Ministre des Affaires Étrangères

Boris Gyllenbögel, der erste Gesandte Finnlands in Polen. Boris Gyllenbögel, Sotilaana ja diplomaattina Itä-Euroopassa. Helsinki 1946 S. 159.

Warschau Gyllenbögel wurde als einziger ausländischer Diplomat zu einer Besichtigung der ukrainischen Front eingeladen, und Marschall Piłsudski selbst gewährte ihm in seinem Hauptquartier in Żitomir eine längere Audienz. Gyllenbögel berührte die Möglichkeit finnischer Operationen in Ostkarelien, Piłsudski erklärte jedoch, dass Polen von seinem »Verbündeten Finnland« lediglich die Anerkennung der Regierung Petljura in der Ukraine wünsche, da diese dadurch im Aufbau ihres Staates bestärkt werde.²⁰⁷

Die finnische Regierung entsprach bald diesem Wunsch des Marschalls und anerkannte die Volksrepublik Ukraine de jure am 12. 6. 1920. Interessant war die von der finnischen Regierung erbetene

die finnisch-rumänischen Kontakte und die Initiative Finnlands zur Anknüpfung von Beziehungen Gyllenbögel an das UM am 20. 2. 1920, VA Aussenministerium 12 A 3, Sokolnicki an MSZ am 13. 3. 1920, AAGN 31/5712. Finnland ernannte Anfang Juni einen provisorischen Geschäftsträger in Bukarest, noch im Herbst musste Rumänien jedoch zu einer endgültigen Regelung der Beziehungen gedrängt werden, Holsti an Gyllenbögel am 3. 6. 1920, Holsti an Ehrström am 15. 10. 1920, VA Aussenministerium Telegramm 10.

207. Gyllenbögel an an das UM am 22. 5. 1920, VA Aussenministerium 5 C 13: 1.

Gegenleistung, sie erhoffte sich von Polen die vollständige Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands.²⁰⁸

Dies entsprach der bereits seit Ende 1919 verfolgten, dem polnischen Interessensphärendenken Rechnung tragenden Politik, es ist auch möglich, dass Finnland nun, nachdem es sich endlich zur Anerkennung der De-jure-Unabhängigkeit Estlands entschlossen hatte, stärker auf diese Linie einschwenkte. Die in Wirklichkeit bereits vor einem Jahr erfolgte Anerkennung Estlands wurde am 7. 6. 1920 auch formell bekräftigt, ohne noch länger auf die Zustimmung der übrigen Länder zu warten.²⁰⁹

Es schien den Finnen zu diesem Zeitpunkte also möglich, die von den Esten am meisten erwünschte aussenpolitische Handlung im Alleingang durchzuführen, was mindestens in polnischen Äusserungen mit dem Interessensphärendenken in Verbindung gebracht wurde. In seinem Kommentar zu den Gesprächen Holstis und Sokolnickis über die Anerkennung der Ukraine stellte der Militärattaché Oberst Pożerski fest, dass Finnland die Ukraine als Protektorat Polens anerkannt habe und im Gegenzug von Polen die Anerkennung Estlands als Protektorat Finnlands verlange. Diese Wortwahl widerspiegelt möglicherweise mehr das polnische als das finnische Denken. Andererseits charakterisierte der Gesandte Sokolnicki die letzten Gespräche mit dem Zitat: »Wir anerkennen Euer Protektorat über die Ukraine, Ihr anerkennt das Protektorat Finnlands über Estland«. Ausserdem gab er zu verstehen, dass der Gedanke einer Aufteilung in Interessensphären von finnischer Seite vorgebracht worden sei.²¹⁰

Obschon sich im finnischen Quellenmaterial keine Belege für diese Aussagen finden lassen, ist es möglich, dass besonders der in der Randstaatenpolitik aktive Aussenminister Rudolf Holsti sich das polnische Interessensphärendenken zu eigen gemacht hatte, wenn auch mit gewissen Einschränkungen gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Polen. Anzeichen für eine Konzentration einerseits auf Estland, andererseits auf das Gebiet des von Polen angestrebten Staatenbundes waren bereits bei den Konferenzen von Helsinki und

208. Holsti an Gyllenbögél am 12. und 14. 6. 1920, VA Aussenministerium Telegramm 10.

209. Meldung Finnlands an Estland über die De-jure-Anerkennung vom 7. 6. 1920, UMA 7E Estland 1920.

210. Pożerski an Piłsudski am 12. 6. 1920, Sokolnicki an Patek am 12. 6. 1920, AAGN 24/3827, 3874, Sokolnicki an Wasilewski am 14. 6. 1920, AAN Wasilewski 42, Pożerski an Piłsudski am 19. 6. 1920 (»Polityczna linja rządu fińskiego względem Estonji i Ukrainy«), AAGN 25/4091.

Warschau zu erkennen gewesen. Finnland fasste den Protektoratsgedanken natürlich als sog. internationales Protektorat auf, d.h. als Pflege enger Beziehungen zu Estland und Verteidigung dessen Interessen auf internationaler Ebene.

Es zeichneten sich jedoch bereits Widerstände gegen das polnisch-finnische Einvernehmen ab. Das von Polen betriebene Doppelspiel der Kriegsvorbereitungen und Friedensverhandlungen hatte bei der finnischen Regierung Besorgnis erregt. Als Sowjetrussland dann auch der finnischen Regierung Friedensverhandlungen vorschlug, sagte diese zu. Die Waffenstillstandsverhandlungen begannen in Rajajoki am 12. 4. 1920. Dies entsprach noch dem Bündnisvertrag von März und dem darauffolgenden Briefwechsel, da die Polen entsprechende Verhandlungen in Borisov begannen.

Die zeitliche Parallele war aber auch das einzige Gemeinsame. Die Finnen gestatteten dem polnischen Militärattaché die Teilnahme als Beobachter an den Verhandlungen in Rajajoki, der finnische Vertreter wurde jedoch in Borisov nicht zugelassen. Der Grund dafür war natürlich der bereits gefasste Entschluss der Polen zum Beginn der Offensive, wie die erwähnten Abmachungen mit Petljura beweisen. Die Verhandlungen in Rajajoki scheiterten zwar, einen Monat später entschloss man sich jedoch zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Dorpat. Diesen eigenmächtigen Schritt begründete die finnische Regierung damit, dass sie trotz mehrerer Sondierungen keine Antwort auf die Frage nach dem Zeitpunkt und Ort gemeinsamer Friedensverhandlungen erhalten habe, sich jedoch aus innenpolitischen Gründen zum Beginn separater Verhandlungen gezwungen sehe. Dessen ungeachtet erklärte die finnische Regierung nach wie vor ihre Bereitschaft zu gemeinsamen Friedensverhandlungen und bot gar ein Hinausschieben der eigenen Verhandlungen an, um so Polen die Teilnahme zu ermöglichen.²¹¹ Das Angebot hatte jedoch in der neuen Situation keine Bedeutung mehr, und die finnische Regierung begann sich wiederum den kleineren baltischen Ländern anzunähern.

Die Basis für diese Annäherung bildete der Entschluss Finnlands zur Anerkennung der vollen Unabhängigkeit Estlands. Ausserdem verband Finnland, Estland und Lettland die Sorge um die russische Gegenreaktion auf den polnischen Grossangriff, die sich auch gegen die nördlichen Nachbarn Polens richten könnte. Noch auf der

211. Pożerski an Piłsudski am 1. 4. 1920, Piłsudski an Pożerski s.d., Pożerski am 11. 4. 1920, Sokolnicki an Patek am 21. 4. 1920, AAGN 22/3094, 3159, 3254, Sokolnicki an MSZ am 5. 6. 1920, AAGN 24/3734. siehe auch SCHAUMAN 1963 S. 72–87.

Grundlage der Gespräche vom März lehnte Lettland den von Polen im Mai vorgeschlagenen neuen Bündnisvertrag ab. Darin bot Polen im Gegenzug zur Koordination der Kriegshandlungen die Anerkennung Lettlands an. Die lettische Regierung wollte sich nicht durch einen solchen Vertrag binden, als sich jedoch die polnischen Truppen südlich der Düna zurückzogen, folgte die lettische Armee ihren Bewegungen und sicherte so de facto die linke Flanke der Polen. Dies stellte natürlich eine Sicherheitsmassnahme dar für den Fall, dass die Rote Armee ihren Angriff auch auf lettisches Gebiet ausdehnen würde.²¹² Dies war nicht der Fall, die Rote Armee hütete sich im Gegenteil vor einer Verletzung der Souveränität Lettlands. Als das Schicksal des polnischen Kriegszuges entschieden schien, setzte Lettland die Friedensverhandlungen mit Sowjetrussland fort. Diese wurden jetzt von Moskau nach Riga verlegt und führten am 11. 8. 1920 zum Friedensschluss, der die gegenseitige Nichteinmischung, die Anerkennung des Unabhängigkeit Lettlands sowie den Anschluss Lettgallens an Lettland beinhaltete.²¹³

Vielleicht die wichtigste Aenderung im Hinblick auf zukünftige Verbindungen und Bündnisse stellte das lettisch-estnische Uebereinkommen über den Grenzkonflikt im Sommer 1920 dar. Der Weg zu dieser Lösung war jedoch nicht einfach. Die estnische Regierung erschwerte die Arbeit der Grenzkommission, und am 15. 6. beschloss die zur Ausarbeitung des Grundgesetzes einberufene Nationalversammlung die Annexion Walks. Die lettische Regierung protestierte scharf, und der englische Vorsitzende der Grenzkommission Tallents unterstützte die Letten. Andererseits veranlassten die unnachgiebige Haltung der estnischen Regierung und die Entwicklung der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung der Stadt Tallents zum Abrücken vor der Idee einer Zweiteilung, die er ursprünglich vorgesehen hatte. Da die unmittelbare Umgebung Walgas andererseits mehrheitlich lettischer Abstammung war, musste für eine dauerhafte Lösung die Lebensmittelversorgung der Stadt sichergestellt werden. Tallents schlug deshalb eine Teilung vor, bei der der grösste Teil des Stadtgebietes und der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt den Esten zugefallen wäre und die Letten die südliche Vorstadt sowie den zweiten Bahnhof erhalten hätten. Der Vorschlag wurde am 2. 7. 1920 unterbreitet.²¹⁴

212. Myszkowski an Piłsudski am 2., 5. und 8. 6. 1920, AAGN 24/3780, Tallents an Curzon am 7. 7. 1920, PRO 3620/440, siehe auch SKRZYPEK 1972 S. 65.

213. SIPOLS 1961 S. 221–223, SKRZYPEK 1972 S. 66–67.

214. Tallents an Curzon am 2. 7. 1920, PRO 3630/365.

Keine der beiden Seiten war mit der Lösung zufrieden. Den Esten bot sie jedoch mehr Vorteile und sie stimmten deshalb zu. Die lettische Regierung trat hingegen aus Protest zurück und drohte, sich an den Obersten Rat der Alliierten zu wenden. Dies wurde jedoch nicht verwirklicht. Tallents veruchte, den Letten als Kompensation andere Grenzgebiete zu überlassen, besonders den Hafen Ainaži (Heinaste). Die Esten Zogen sich zum vereinbarten Datum hinter die neuen Grenzlinien zurück, damit war der Grenzkonflikt klar und mit friedlichen Mitteln geregelt. Feindsselige Meinungsäusserungen waren zwar noch beidseits der Grenze zu vernehmen, die Grundlage für ein zukünftiges Einverhmen war jedoch geschaffen. Beide Seiten protestierten von Zeit zu Zeit die wirklichen oder vermeintlichen Nachteile der Grenzziehung, die schiedsgerichtlich festgelegte Grenzlinie blieb jedoch bestehen und festigte sich im Verlaufe der Zeit.²¹⁵

Damit war auf längere Sicht auch der Grund für einen offenen Konflikt zwischen Estland und Lettland eliminiert.

Die Orientierungsschwierigkeiten der nördlichen Randstaaten wurden an der im August–September 1920 abgehaltenen Konferenz von Bulduri (Bilderlingshofen), die auch unter dem Namen Konferenz von Riga bekannt wurde, deutlich. Es war die umfassendste der Randstaatenkonferenzen und vielleicht die bezeichnendste für die wirkliche Natur der Randstaatenpolitik. Da dieses Treffen nach wie vor wenig bekannt ist, soll es im Folgenden ausführlicher behandelt werden.

Die Einladung zu der Konferenz erfolgte Anfang Juli von seiten der mit den grössten Orientierungsschwierigkeiten kämpfenden Regierung Lettlands. Das Treffen sollte ursprünglich bereits im Frühling stattfinden, auf Wunsch verschiedener Teilnehmer wurde es jedoch mehrere Male verschoben. Der wichtigste einzelne Grund war dabei natürlich der polnische Ukraine-Feldzug und dessen Entwicklung. Die eigentlichen Verhandlungen konnten erst am 5. 8. 1920 beginnen. Die lettische Regierung hatte die Konferenz sorgfältig aufgrund der an der Konferenz von Helsinki gefassten Beschlüsse vorbereitet, das Interesse der übrigen Teilnehmer war jedoch gering. In Bulduri trafen die Delegationen Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens und Polens ein, welche von Leonard Åström, Kaarel Pusta, Zigfrids Meierovics, Jurgis Šaulys und Leon Wasilewski geleitet wurden. Der Gastgeber Lettland sowie Polen entsandten ihre Aussenminister, Finnland den Leiter der handelspolitischen Abteilung im Aussenministerium, Est-

215. Tallents an Curzon am 5. 7. 1920, PRO 3630/367, Reijonen an das UM am 27. 9. 1920, VA Aussenministerium 5 C 12: 1.

land den Gesandten in Paris und Litauen den Leiter der protokollarischen Abteilung im Aussenministerium. Später wurde noch eine unter dem Schutze Polens stehende ukrainische Delegation zugelassen.

Die erste Streitfrage an der Konferenz betraf die Behandlung oder Nichtbehandlung eines Militärbündnisses. Dies war darauf zurückzuführen, dass die litauische Delegation den Verzicht auf die Schaffung eines Militärausschusses sowie auf die Behandlung militärischer Fragen zur Bedingung ihrer Teilnahme gemacht hatte. Gemäss den Informationen der finnischen Delegation war der litauische Vorschlag auf russische Forderungen zurückzuführen. Der Leiter der sowjetrussischen Delegation bei den Friedensverhandlungen Adolf Joffe habe versprochen, sich für den baldigen Abzug der russischen Truppen aus dem Wilna-Gebiet einzusetzen, falls die Litauer in Riga nicht über ein Militärbündnis verhandelten.²¹⁶ Die übrigen Konferenzteilnehmer gingen auf die Forderung der Litauer ein.

Dies stiess auch deshalb nicht auf Widerstand, da die Konferenz wegen der Kompliziertheit der Materie und wegen des polnisch-sowjetrussischen Entscheidungskampfes in einer Krise steckte. Die estnische Delegation plante ihre Abreise, und nach Meinung Åströms begannen die Unterredungen »den Charakter von ziemlich unverbindlichen Gesprächen anzunehmen, bei denen keine Resultate zu erreichen sind«. Besonders die Litauer scheinen Resultate angestrebt zu haben, welche zu nichts verpflichteten; sie wurden dabei oft von den Finnen unterstützt. Die finnische Zurückhaltung hatte ihren Grund in den im Gange befindlichen Friedensverhandlungen in Dorpat sowie in der Unsicherheit über die Massnahmen der Westmächte in bezug auf den polnisch-sowjetrussischen Krieg.

Nach dem entscheidenden Sieg der Polen an der Weichsel änderte sich die Stimmung an der Konferenz. Åström telegraphierte, dass Polen, Estland und Lettland nun Druck ausübten auf die übrigen Konferenzteilnehmer, um diese zur Mitarbeit an der Ausarbeitung eines politischen und militärischen Bündnisses zu bewegen. Litauen lehnte nach wie vor eine Behandlung militärischer Fragen ab, Finnland signalisierte jedoch grundsätzliche Bereitschaft. Besonders die polnische Delegation erhöhte ihre Aktivitäten. Sie schlug als

216. Ueber diese Sonderfrage siehe Protokoll der Konferenz der finnischen Delegation vom 6. 8. 1920, VA Aussenministerium 12: 5, vgl. Kapitän Laursons Denkschrift »Litauen« vom 10. 9. 1920, SA 1407/16. Ueber die Konferenz als Ganzes siehe die von den Letten herausgegebenen Konferenzdokumente MBCP. siehe auch RODGERS 1975 S. 15–18, HOVI 1980 S. 98–99.

Grundlage des gemeinsamen Vorgehens ein Manifest vor, in dem gemeinsame Anstrengungen als einziger Garant der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der baltischen Länder bezeichnet wurden. Die Konferenz sollte deshalb festlegen, dass kein Konferenzteilnehmer sich an einem gegen einen anderen Teilnehmer gerichteten Bündnis beteiligt habe oder beteiligen werde. Dies war eindeutig gegen Litauen gerichtet. Die Deklaration wurde ausser von Litauen von allen Teilnehmern gutgeheissen.

Vom neuen Geist der Konferenz angetrieben, legte Lettland am 28. 8. dem politischen Ausschuss einen Vertragsentwurf vor. Die Vertragspartner sollten sich gegenseitig de jure anerkennen, falls dies nicht bereits geschehen sei, ausserdem sollte unverzüglich mit den Vorbereitungen für ein Verteidigungsbündnis begonnen werden.

Die erste Forderung hätte v.a. für Polen und Finnland Folgen gehabt. Finnland hatte wohl Estland anerkannt und Polen ebenfalls dazu aufgefordert, Lettland und Litauen waren hingegen von finnischer Seite noch nicht anerkannt worden, da man dabei dem polnischen Beispiel folgen wollte. Polen wiederum hatte keinen dieser drei Staaten anerkannt. Bei den Gesprächen der polnischen und finnischen Vertreter zeigte sich, dass Polen in naher Zukunft an die Anerkennung Lettlands und Estlands gehen wollte und die Anerkennung Litauens lediglich von der endgültigen Lösung der Wilna-Frage abhängig machte. Nach diesen Erläuterungen erklärten sich die finnischen Vertreter mit der Unterzeichnung des Anerkennungsartikels einverstanden.

Ueber das Verteidigungsbündnis war man sich jedoch uneins. Diesmal unterstützte auch Litauen ein Militärbündnis, aber wiederum in erster Linie mit Lettland und Estland. Finnland konnte sich gemäss dem litauischen Standpunkt nach Abschluss eines Friedensvertrages mit Sowjetrussland dem Bündnis anschliessen. Das Gleiche galt für die Teilnahme Polens, wofür Litauen noch die friedliche Regelung der Wilna-Frage zur Bedingung setzte. Mit den übrigen Staaten konnten nach litauischer Auffassung die Vorbereitungsarbeiten für ein Bündnis unverzüglich beginnen. Diese veränderte Haltung zu den militärischen Fragen war im Grunde darauf zurückzuführen, dass die Russen aus der Stadt Wilna abgezogen waren und die Litauer sich demzufolge der geheimen Verpflichtungen des Friedensvertrages entbunden fühlten.

Die Delegationen Polens und Estlands teilten ihre bedingungslose Annahme des lettischen Entwurfes zu einem Bündnisvertrag mit. Die Finnen hingegen zögerten. Um der möglichen innenpolitischen Oppo-

sition gegen ein Bündnis den Wind aus den Segeln zu nehmen, schlugen sie vor, dass eine Aufnahme in das Bündnis auch nach Ablauf der offiziellen Ratifikationsfrist möglich sein sollte. Lettland hatte nämlich vorgeschlagen, dass der Vertrag auch ohne die Ratifikation durch alle Partner in Kraft treten sollte. Die Finnen machten ausserdem die Geheimhaltung des Vertrages zur Bedingung ihrer Ratifikation, was ebenfalls gutgeheissen wurde. Finnland war also grundsätzlich bereit, sich mit den übrigen baltischen Ländern sowie mit Polen zu verbünden, zögerte jedoch wegen der fehlenden internationalen Anerkennung der kleineren Staaten sowie wegen der Teilnahme Polens. Obschon Polen sich vom sowjetrussischen Angriff erholt hatte, war sein militärisches Ansehen nicht mehr gleich wie früher. Weiter hatte die polnische Selbständigkeit durch die Hilfe Frankreichs und den Rücktritt Piłsudskis gelitten.

Ausser diesen möglichen Bündnissen wurden in Bulduri auch zahlreiche wirtschaftliche, verkehrstechnische, postalische, sanitäre und kulturelle Fragen behandelt, welche für die noch nicht allgemein anerkannten Staaten wichtig waren, für die Finnland jedoch kein Interesse verspürte. An der Schlussitzung der Konferenz am 3. 9. beschlossen die Teilnehmer ausserdem, ihren jeweiligen Regierungen die Bildung eines ständigen Rates in Riga vorzuschlagen. Der Rat sollte von den in Riga akkreditierten diplomatischen Vertretern gebildet werden. Bis Ende September hatten ausser Finnland und der Ukraine alle übrigen Staaten diesen Vorschlag gutgeheissen. Der aus den Vertretern dieser vier Staaten zusammengesetzte Rat beschloss für den 1. Oktober die Einberufung einer Militärkommission zur Vorbereitung des Verteidigungsbündnisses. Die Voraussetzungen waren jedoch noch nicht gegeben. Åström forderte seine Regierung zur Zurückhaltung auf, da sich die internationale Stellung der baltischen Länder nicht wesentlich geändert habe.²¹⁷ Ein Militärbündnis zwischen Finnland, Estland, Lettland, Polen und der Ukraine wurde ausgehandelt, die finnische Regierung wollte sich aber vorerst nicht beteiligen, und ratifizierte auch nicht das an der Konferenz von Riga beschlossene Bündnisabkommen.²¹⁸ Schlussendlich konnte keine der beiden Abmachungen in Kraft treten.

Wie als Versuch zur Rettung des noch Möglichen schlug Polens

217. Åström an das UM am 25. 8. und 11. 9. 1920, Ehrström an das UM am 29. 8. 1920, Denkschrift Åströms Ende Herbst 1920, VA Holsti 29.

218. Myszkowski an Piłsudski am 15. und 30. 10. 1920, AAGN 33/6324, Beschluss des Staatsrates vom 17. 12. 1920, VA Aussenministerium. Protokolle der Vorschläge des Aussenministeriums, vgl. Sokolnicki an MSZ am 19. 12. 1920, AAGN 33/6266.

Aussenminister Sapieha Finnland bilaterale Verhandlungen vor. Verhandlungsthemen sollten die Möglichkeiten zur Beschleunigung der im Gange befindlichen Friedensverhandlungen sowie ein zweiseitiges Bündnis zwischen Polen und Finnland sein. Das Bündnis könne ausserdem auch auf Estland und Lettland ausgedehnt werden, und als ersten Schritt sollten beide unverzüglich de jure anerkannt werden. Um Finnland zu einem Mitmachen zu bewegen, teilte Sapieha mit, dass die polnische Regierung bei einem Verzicht Finnlands die gesamte Randstaatenpolitik aufgeben müsse.

Die finnische Regierung reagierte positiv. Holsti hielt die Initiative Sapiehas für annehmbar, und Präsident Ståhlberg griff persönlich ein. Er stellte gegenüber dem Gesandten Sokolnicki fest, dass Finnland in erster Linie eine ständige Zusammenarbeit mit Polen, in zweiter Linie mit Rumänien und in dritter Linie mit den baltischen Staaten brauche. Falls Polen seine Zielsetzungen redimensioniere, liege auch ein rein defensives und nicht gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis im Bereich des Möglichen.²¹⁹ Diese Bedingungen waren ja vom finnischen Parlament bereits vor Jahresfrist aufgestellt worden.

Das für die ersten Oktobertage geplante Treffen in Riga fand jedoch wegen des Ausbruchs der Wilna-Krise nicht statt. Holsti begab sich zwar nach Lettland und traf dort den polnischen Vizeausserminister Jan Dąbski, eine gemeinsame Linie liess sich jedoch nicht einmal in der konkretesten der anstehenden Fragen, der Anerkennung Lettlands finden. Dies wird im Folgenden noch näher erläutert. Als Geste ihres guten Willens gegenüber Polen teilte die finnische Regierung noch im Dezember 1920 mit, dass sie die Anerkennung Litauens erst nach Beendigung des Konfliktes mit Polen vollziehen werde.²²⁰

219. Gyllenbögel an das UM am 30. 9. 1920, UMA 7E Polen 1919–1921, Pożerski an Piłsudski am 1. 10. 1920, AAGN 31/5630, Denkschrift Holstis vom 6. 10. 1920, UMA 7E Polen 1919–1921, Beschluss des Staatsrates vom 7. 10. 1920, VA Aussenministerium. Protokolle der Vorschläge des Aussenministeriums.

220. Holsti an das UM am 14. 10. 1920, VA Holsti 29, Sokolnicki an MSZ am 19. 12. 1920, AAGN 33/6266.

Das Ende der De-facto-Aufteilung in Interessensphären

(Oktober 1920–Januar 1921)

Der Putsch in Wilna

Litauen war von zentraler Bedeutung sowohl für die föderalistische wie auch für die annexionistische Linie der polnischen Ostpolitik. Als selbständiger Staat stellte es für Polen eine potentielle Gefahr dar, denn im Falle einer Zusammenarbeit mit Deutschland oder Sowjetrussland bildete es gewissermassen eine Fortsetzung zu Ostpreussen und ermöglichte eine Verbindung zwischen diesen beiden Grossmächten. Eine enge Zusammenarbeit mit Polen hätte Litauen hingegen zum Puffer zwischen Deutschland und Sowjetrussland gemacht und die Verbindung zum nördlichen Baltikum und zu Finnland erleichtert. Der vorläufige Friede von Riga bedeutete den Sieg der annexionistischen Linie in Bezug auf die Ukraine und auf Weissrussland, während die föderalistische Lösung gescheitert zu sein schien. Piłsudski hatte seinen Rückzug aus der aktiven Politik zum Teil bereits eingeleitet. Bei der Abklärung der Gründe für das Scheitern der föderalistischen Gedanken hat ein aussenstehender Beobachter festgestellt, dass sich diesen gänzlich neue, mit der historischen Entwicklung entstandene Widerstände entgegenstellten. In ihrer historischen Idealform wären die föderalistischen Pläne – wie ein Beobachter ironisch bemerkt hat – nur durch eine Ehe Marschall Piłsudskis und des litauischen Präsidenten Smetona zu verwirklichen gewesen.²²¹

Die von Piłsudski geleitete und von Wasilewski ausgestaltete föderalistische Politik hatte zwar versucht, der nach der Mitte des 19.

221. Barante an Briand am 19. 2. 1921, AMAE Lituanie 19.

Jahrhunderts abgelaufenen nationalen Entwicklung Rechnung zu tragen, jedoch nicht in genügendem Ausmasse. Die hartnäckige Ablehnung eines Staatenbundes durch die Litauer stellte für die polnischen Föderalisten offenbar eine Ueberraschung dar. Nach dem Misslingen des russischen Feldzuges scheint der Schöpfer der Ostpolitik Piłsudski endgültig seine Hoffnungen auf eine Verwirklichung einer föderalistischen Lösung in naher Zukunft begraben zu haben. Die strategisch wichtige Stellung Litauens und sein geliebtes Wilna veranlassten den Marschall, noch ein »fait accompli« als Basis für die spätere Entwicklung zu schaffen.

Im Herbst 1920 war nach wie vor ein Föderalist für die Ausgestaltung der polnischen Ostpolitik zuständig, der bereits erwähnte Fürst Eustachy Sapieha. Er ging weiter von der im Frühling festgelegten Politik aus, nach der Litauen mit der Zeit zur Gutheissung einer föderalistischen Union mit Polen gebracht werden solle. Als Kompensation für den Eintritt in einen Staatenbund wäre die polnische Regierung zur Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens und zur Anerkennung des litauischen Besitzrechtes auf die historische Hauptstadt Wilna bereit gewesen. Sapieha teilte dies den Westmächten als offiziellen Standpunkt Polens mit und versicherte, dass Polen keinerlei Gewalt gegenüber Litauen ausüben werde.²²²

Zur Sicherung des Friedens vermittelte der Völkerbund eine Fortsetzung der litauisch-polnischen Demarkationsverhandlungen in Kalvarija. Zwischen den hinter der Roten Armee nachrückenden polnischen Truppen und den Litauern musste zur Verhinderung von Gefechten eine Trennungslinie festgelegt werden. Die Verhandlungen kamen am neuen Tagungsort Suwałki soweit voran, dass am 7. 10. 1920 der die Gebiete östlich Wilnas betreffende Vertrag unterzeichnet werden konnte. Der grösste Teil der polnischen Truppen befand sich bereits östlich von Wilna, sodass der Vertrag beide Seiten zufriedenstellte. Auch der Verlauf der Demarkationslinie im Süden Wilnas sollte in nächster Zeit festgelegt werden.²²³

Bevor es dazu kam, meuterte jedoch die General Lucjan Żeligowski unterstellte Division. Die berühmt-berüchtigte Division des Haudegens Żeligowski setzte sich hauptsächlich aus Polen und Weissrussen der Gebiete Wilna und Minsk zusammen, und diese »litauisch-weissrussische« Division wollte nach Erreichen der Südeile Wilnas zur Befreiung ihrer Heimat ansetzen. Der Divisionskommandant sagte sich von der polnischen Armee los und marschierte, während gleich-

222. Rumbold an Curzon am 30. 9. 1920, PRO 3622/464.

223. SENN 1966 S. 38–45.

zeitig das Abkommen von Suwałki abgeschlossen wurde, mit seinen Truppen durch eine vom Demarkationsabkommen offen gelassene Lücke gegen Wilna vor und eroberte die Stadt am 9. 10. Nachdem Żeligowski die litauischen Truppen aus dem gesamten Gebiete vertrieben hatte, gründete er dort den »selbständigen Staat« Mittellitauen und ernannte sich selbst zum Staatspräsidenten und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Danach fuhr er fort mit der Eroberung des Wilna-Gebietes gegen Norden und Westen.²²⁴

Der Putsch in Wilna versetzte die internationale Politik in Aufregung. Die litauische Regierung und deren Truppen zogen sich nach Kowno zurück und kappten bei ihrem Abzug alle Nachrichtenverbindungen nach Wilna, welche die nächsten 18 Jahre stumm blieben. Litauen forderte die bedingungslose Rückerstattung des Wilna-Gebietes und verfügte den Abbruch aller Beziehungen zu Polen bis dies geschehen sei. Wilna wurde jedoch erst im Zweiten Weltkrieg und danach im Rahmen der Sowjetunion ein Teil Litauens, und formelle Beziehungen zwischen Litauen und Polen kamen erst 1938 zustande, als Polen Litauen mit einem Krieg bedroht hatte.

Die Westmächte verurteilten den Putsch Żeligowskis scharf und sahen darin eine Verletzung der Abkommen von Spa und Suwałki. England schlug Frankreich eine scharf formulierte Protestnote vor, in der die Tat verurteilt und die Rückgabe Wilnas an Litauen gefordert worden wäre. Die französische Regierung hatte wohl Polen vor einem harten Vorgehen gegenüber Litauen gewarnt, zögerte nun jedoch nach dem Ueberraschungscoup. Piłsudskis Rücktrittsdrohung veranlasste beide Westmächte zum Verzicht auf ihren Protest.²²⁵

Die polnische Regierung verteidigte sich gegen die internationalen Anschuldigungen mit dem Argument, dass sie über den Putsch nicht informiert gewesen sei, diesen nicht gutgeheissen habe und ihn auch jetzt nicht gutheisse. Besonders Aussenminister Sapieha sah alle seine Anstrengungen zunichte gemacht durch den Putsch und befürchtete, selbst international in ein schiefes Licht geraten zu sein. Er hatte ja versichert, dass Polen keinerlei Gewalt gegenüber Litauen anwenden werde. Er versicherte, dass er nichts über den bevorstehenden Putsch gewusst habe und diesen nicht gutheisse, was offenbar den Tatsachen

224. SENN 1966 S. 47–51.

225. Leygues an Panafieu am 11. 10. 1920, Panafieu an Leygues am 12. 10. 1920, Denkschrift Derbys an die französische Regierung vom 11. 10. 1920, Panafieu an Leygues am 12. 10. 1920, Fleuriau an Leygues am 13. 10. 1920, Panafieu an Leygues am 14. 10. 1920, Fleuriau an Leygues am 15. und 16. 10. 1920, Leygues an Panafieu am 16. 10. 1920, AMAE Pologne 71.

entsprach. Auch Władysław Sikorski, der militärische Vorgesetzte Żeligowskis vor dem Putsch, war sehr verärgert und verlangte scharfe Massnahmen wegen der »offenen Meuterei« Żeligowskis.²²⁶

Marschall Piłsudski nahm hingegen eine verständnisvollere Haltung ein, wie auch die polnische Regierung und der Sejm. Er bedauerte zwar einerseits das Vorgefallene, äusserte jedoch andererseits Verständnis für den Willen der Truppen zur Eroberung ihrer Heimat. Die polnische Regierung teilte mit, dass alle Polen für die Gefühle der Soldaten Żeligowskis Verständnis aufbrächten, auch wenn sie die ergriffenen Massnahmen nicht guthiessen. Piłsudski erklärte ausserdem, dass konkrete Massnahmen gegen Żeligowski ein Ding der Unmöglichkeit seien, da zu seiner Vertreibung aus Wilna mehrere Divisionen eingesetzt werden müssten, was zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Selbst wenn die nötigen Kräfte aufgeboten werden könnten, würden diese den Befehlen wohl kaum gehorchen. Er drohte schliesslich sogar, lieber zurückzutreten als Żeligowski für seine patriotische Tat zu bestrafen. Ausserdem sei Żeligowski formell aus der polnischen Armee ausgetreten und deshalb nicht mehr der Befehlsgewalt der polnischen Militärführung und Regierung unterstellt.²²⁷

Das Ausland liess sich nicht ganz von der Eigenmächtigkeit des Vorgehens Żeligowskis überzeugen, und die nachträgliche Unterstützung Marschalls Piłsudskis, der polnischen Regierung sowie des Sejm bekräftigten diese Zweifel. Unmittelbar vor der Eroberung Wilnas war die Division Żeligowskis aus der Ostfront losgelöst worden, um so ihr Verbleiben im Süden Wilnas zu ermöglichen. In seinen späteren Memoiren gab Marschall Piłsudski offen zu, dass General Żeligowski auf seinen ausdrücklichen Befehl hin gehandelt habe, dass jedoch wegen der öffentlichen Meinung in Polen und im Ausland, sowie um die polnische Regierung nicht direkt zu kompromittieren, ein Vorgehen gewählt worden sei, das als Eigenmächtigkeit der aus dem Wilna-Gebiet stammenden Division ausgelegt werden konnte.²²⁸

Die Eroberung Wilnas schien eine Verzweiflungstat der Föderalisten zu sein, die endgültig jede Möglichkeit zu einem Bündnis mit Litauen verbaute. Andererseits ist zu bemerken, dass die Einwohner Wilnas mehrheitlich polnischer Herkunft waren; auch hatte die kurze

226. Loraine an Curzon (über die Gespräche mit Sapieha und Sikorski) am 10. 10. 1920, PRO 5373/181–185.

227. Panafieu an Leygues am 14. 10. 1920, AMAE Pologne 71, siehe auch SENN 1966 S. 51.

228. Loraine an Curzon am 10. 10. 1920, PRO 5373/182–183, siehe auch WANDYCZ 1969 S. 270–271.

Zeit unter der Herrschaft der Litauer diese – wie ein litauischer Forscher erklärt – bei den Bewohnern der Stadt nicht gerade beliebt gemacht. Wie bereits festgestellt, strebte die litauische Regierung einen litauischen Nationalstaat an. Die nach Wilna übersiedelte litauische Regierung versprach, der Vielvölkernatur des Gebietes Rechnung zu tragen, verfolgte jedoch mit ihren konkreten Massnahmen eine sprachliche und kulturelle Litauisierung Wilnas. Dies erklärt die Leichtigkeit der Machtübernahme Żeligowskis, denn die örtliche Bevölkerung unterstützte ihn dabei.²²⁹

Die Besetzung Wilnas ist auch ein gutes Beispiel für die realpolitische Vorgehensweise Piłsudskis, der gerne seine Politik auf vollendeten Tatsachen aufbaute. Auch die konspirativen Gewohnheiten aus der Jugendzeit des Marschalls kamen dabei zum Vorschein. Jedenfalls sahen die polnischen Föderalisten wiederum in Wilna die Grundlage ihres langfristigen Programmes, das diesmal eine Aufteilung in Kantone vorsah. In Żeligowskis Mittellitauen sah man eine provisorische Schöpfung, welche sich in Zukunft mit Kowno-Litauen verbünden sollte und gemeinsam ein aus zwei autonomen Kantonen zusammengesetztes Litauen bilden würde. Der Tauschwert Wilnas sollte ausreichen, um Litauen zur Zusammenarbeit mit Polen zu bewegen. Marschall Piłsudski hatte aus den bisherigen Erfahrungen mit Litauen seine Lehre gezogen. Eine direkte Annexion kam wegen der nationalen Empfindlichkeit der Litauer nicht in Frage, andererseits mussten die Polen jedoch zur Beschleunigung der Entwicklung über genügend wertvolle Pfänder verfügen. Der Marschall hatte also die Hoffnung auf die Verwirklichung seiner ursprünglichen Ziele noch nicht aufgegeben.²³⁰

Diese waren jedoch in noch weitere Ferne gerückt. Die gewaltsame Lösung der Wilna-Frage verstärkte lediglich den Widerstand der Litauer. Die innere Entwicklung in Wilna liess ausserdem die letzten Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit schwinden. Als die Bündnisangebote trotz einiger vom Völkerbund veranlassten Unterredungen auf kein Echo stiessen, organisierte General Żeligowski im Wilna-Gebiet allgemeine Wahlen. Der Anteil der Stimmenden betrug 60 %, obschon die Litauer, Weissrussen und Juden zum grössten Teil die Wahlen boykottierten. Die Unitaristen, welche den direkten Anschluss an Polen forderten, errangen die absolute Mehrheit. Die Mehrheit des polnischen Sejm war ebenfalls für eine Einverleibung des Gebietes und verkündete am 22. 2. 1922 mit einem feierlichen Vereinigungsakt

229. SENN 1966 S. 47–50 und die darin erwähnten Quellen.

230. Baranowski 1938 S. 136–137, siehe auch DZIEWANOWSKI 1969 S. 315–321.

den Anschluss Wilnas an Polen. Die Bestrebungen, dem Wilna-Gebiet eine autonome Stellung innerhalb des polnischen Reiches zu verschaffen, scheiterten am Widerstand der Nationalisten in Warschau und Kowno.²³¹

Die annexionistische Ostpolitik hatte auch in Litauen den Sieg davongetragen.

Lettland lehnt sich gegen die Vorherrschaft Polens auf

Wie als Zeichen für das Ende der föderalistischen Ostpolitik Polens begann sich auch Lettland aus dem Zugriff Polens zu befreien. Diese Entwicklung wurde mit dem polnischen Verhalten zur De-jure-Anerkennung Lettlands eingeleitet. Polen schob die Sache so lange hinaus, dass daraus eine bedeutende und Aufsehen erregende diplomatische Farce wurde. Finnland hatte ja von Polen die Anerkennung Estlands als Gegenleistung für die Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik Petljuras erbeten, was die engsten nationalpolitischen Ratgeber Piłsudskis auch versprochen hatten. Damit verknüpft war die Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands. Polnisch-lettische Kontakte über diese Angelegenheit hatten bereits im Frühling 1920 stattgefunden, und am 10. 7. teilte der polnische Aussenminister dem englischen Vertreter in Warschau mit, dass die De-jure-Anerkennung Lettlands durch die polnische Regierung beschlossene Sache sei. Die Mitteilung hatte man jedoch dem Gutdünken des Aussenministers überlassen,²³² und gerade dieses »Gutdünken« sollte bei den Letten böses Blut schaffen.

Die Vertreter der polnischen Regierung teilten auf mehreren Foren ihren Willen zur vollen Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands mit, worüber die Letten u.a. durch finnische Informationen gut im Bilde waren. Finnland, dessen De-facto-Anerkennung Lettlands ja bereits nach Beginn der Randstaatenkonferenzen im Herbst 1919 erfolgt war, hatte die internationale Anerkennung Lettlands ebenfalls ins aussenpolitische Programm aufgenommen, wollte die volle Anerkennung jedoch erst nach den Polen vollziehen. Als Finnland Polen zu

231. ROOS 1961 S. 94–97. SENN 1966 S. 53–88.

232. Denkschrift Gregorys vom 21. 5. 1920. Rumbold an Curzon am 10. 7. 1920. PRO 3620/28. 459.

einer raschen Anerkennung zu bewegen suchte, äusserten polnische Vertreter gegenüber Aussenminister Holsti in Riga in den ersten Oktobertagen die Auffassung, dass Polen vor einer Anerkennung zuerst von der »Freundschaft« Estlands und Lettlands Polen gegenüber überzeugt sein müsse. Holsti hatte nach seinen eigenen Worten in der Einstellung Lettlands und Estlands Polen gegenüber nichts Negatives bemerkt, und ersuchte deshalb um nähere Informationen, jedoch erfolglos.²³³

Die Art der gewünschten Freundschaft wurde jedoch der lettischen Regierung bald klar, eine polnische Delegation in Riga verlangte für 99 Jahre Rechte auf einen Freihafen in Lettland sowie Verkehrserleichterungen in allen übrigen lettischen Häfen. Obschon diesmal nicht explizit extrritoriale Rechte gefordert wurden, hätte die Erfüllung der Forderungen nach lettischer Auffassung praktisch das Gleiche bedeutet und den Polen auf jeden Fall eine völlig autonome Herrschaftsgewalt in den lettischen Häfen eingeräumt. Libau war nach wie vor der begehrteste Hafen, da er die besten Verkehrsverbindungen aufwies. Libau war mit Wilna durch eine Eisenbahnlinie mit mitteleuropäischer Spurbreite verbunden, währenddem Sowjetrussland seinen Aussenhandel hauptsächlich über Riga abwickelte, dessen ins Innere führende Eisenbahnlinie russische Spurbreite aufwies. Die Polen begründeten ihre Forderung nach wie vor mit der unsicheren Stellung Danzigs, die der Kriegszug vom Sommer 1920 veranschaulicht hatte.²³⁴

Die Forderungen der polnischen Regierung erhielten noch durch die französische Unterstützung für die polnische Politik im Baltikum Auftrieb. Die gemeinsame Antipathie gegen Deutschland sowie die jahrhundertealte Waffenbrüderschaft hatten Frankreich und Polen vom Zeitpunkt der Erringung der polnischen Unabhängigkeit an verbunden und durch die Erfahrungen des Krieges gegen Sowjetrussland waren diese Bande nur noch gestärkt worden. Frankreich war aus grundsätzlichen Ueberlegungen an einem möglichst starken Polen interessiert, ein weiterer Grund lag in der Verdrängung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses Englands im Ostseeraum. Einer der begehrtesten Rohstoffe für beide Grossmächte war das baltische Flachs, der wichtigste Baumwollersatz der europäischen Textilindu-

233. Sokolnicki an MSZ am 19. 9. 1920, AAGN 28/5008, Holsti an Gyllenbögel am 3. 9. 1920, VA Aussenministerium Telegramm 10, Kidston an Curzon am 2. 9. 1920, PRO 3618/381, Gyllenbögel an das UM am 30. 9. 1920, UMA 7E Polen 1919–1921, Tallents an Curzon am 19. 10. 1920, PRO 5373/23–31.

234. Tallents an Curzon am 15. 10. 1920, PRO 5373/7–8.

strie; im Baltikum lagen die grössten Flachsangebiete der Welt. Frankreich zeigte aus diesem Grunde besonderes Interesse für die Lettlandpolitik Polens.²³⁵

Der polnische Vertreter in Riga Witold Kamieniecki legte am 25. 10. die Gegenleistungen fest, deren Erfüllung Polen vor einer Anerkennung der lettischen Unabhängigkeit forderte. Gefordert wurden der Abschluss eines ausschliesslich gegen Sowjetrussland gerichteten polnisch-lettischen Verteidigungsbündnisses, exterritoriale Rechte in den lettischen Häfen sowie eine Abschwächung der Landreform in bezug auf die polnischen Grossgrundbesitzer und Garantien für den Schulunterricht und die übrigen sprachlichen Belange der polnischen Minderheit.²³⁶

Polen strebte also wiederum ein direktes Militärbündnis mit Lettland an, zweifellos als Teil eines sich auf Rumänien, Polen und Finnland erstreckenden Bündnissystems. Die lettische Regierung schlug anstelle dessen einen Bündnisvertrag aller baltischen Länder vor, der sich nach der Konferenz von Riga immer noch im Stadium der Ausarbeitung befand. Die Polen hatten nichts gegen eine allgemeine Bündnisfront einzuwenden, die ein polnisch-lettisches Bündnis jedoch bloss ergänzen, nicht ersetzen sollte. Ausserdem verlangte Polen den Ausschluss Litauens von einem allgemeinen Bündnis und die Nichteinmischung Lettlands in litauische Angelegenheiten. Die lettische Regierung sah sich zur Annahme dieser Forderungen ausserstande.

Noch gefährlicher schienen den Letten die polnischen Forderungen nach der weitgehenden Uebernahme der Herrschaft in den lettischen Häfen. Gemäss dem Rapport Meierovics' stellte dies die zentrale Forderung der Polen dar und war gleichzeitig für die Letten die am schwierigsten zu erfüllende. Ebenso klar lehnte der Aussenminister die Forderung Kamienieckis nach der Sonderbehandlung der polnischen Grundbesitzer ab. In dieser Angelegenheit scheint der polnische Vertreter ohne konkrete Anweisungen vorgeprellt zu sein, und die Sache wurde nicht weiter verfolgt. Die Gewährung der kulturellen Autonomie an die polnische Minderheit stelle für die Regierung Lettlands kein Problem dar, wie diese mitteilte.

Die lettische Regierung hatte die polnischen Forderungen in bezug auf Libau bereits im März abgelehnt. Man befürchtete ebenfalls polnische Ansprüche auf Lettgallen, und die im Winter gemachten

235. Panafieu an Leygues am 2. 11. 1920, AMAE Pologne 130, vgl. Tallents an Curzon am 19. 10. 1920, PRO 5373/23–31.

236. Tallents an Curzon am 26. 10. 1920, PRO 5373/34.

Erfahrungen mit der gemeinsamen Verwaltung Dünaburgs liessen ein engeres Verhältnis zu Polen nicht wünschenswerter scheinen. Die lettische Regierung lehnte das polnische Verlangen nach der Uebergabe der Häfen ab.²³⁷

Ausserdem belastete die Aktion Zeligowskis auch die polnisch-lettischen Beziehungen. Bei der Festigung ihrer Herrschaft über das Wilna-Gebiet drangen die Truppen Zeligowskis auch nordwärts gegen Dünaburg vor. In Riga befürchtete man eine ähnliche polnische Taktik auch in bezug auf den Anschluss Lettgallens an Polen – es fehlte nicht an Informationen über entsprechende Agitationstätigkeit der polnischen Grossgrundbesitzer. Als Reaktion auf das Vordringen der Truppen Zeligowskis wandte sich die lettische Regierung an die Regierung Litauens, und bat Anfang November die Litauer um die Entsendung einer Militärdelegation nach Riga, um für den Fall eines weiteren Vordringens Zeligowskis gemeinsame Massnahmen zu besprechen. An diesen Verhandlungen kam man am 15. 11. grundsätzlich überein, dass Litauen Lettland von Kowno aus unterstützen werde, falls die Truppen Zeligowskis ihr Vordringen gegen Dünaburg fortsetzten und dass entsprechend Lettland Litauen unterstützen werde, falls dieses von Wilna aus angegriffen würde. Gleichzeitig sandte die lettische Regierung Polen eine Note, in der sie sich in der Wilna-Frage neutral erklärte, jedoch mitteilte, dass sie einen Angriff auf das litauische Gebiet um Kowno als eine Bedrohung der Sicherheit Lettlands ansehe und sich in einem solchen Falle auf die Seite Litauens stellen werde. Um ihren Worten mehr Nachdruck zu verleihen, verfügte die lettische Regierung Truppenkonzentrationen sowohl in Dünaburg wie auch im Eisenbahnknotenpunkt Mažeikiai, der den Zugang zum Hafen Libau überwachte.²³⁸

Die polnischen Vorschläge an Lettland hatten gesamthaft gesehen eine Abfuhr erlitten. Zeligowski entsandte eilends eine Abordnung nach Riga, um seine guten Absichten gegenüber Lettland zu beteuern. Die Letten wollten sich jedoch nicht auf Verhandlungen mit dieser Abordnung einlassen und wiesen sie aus dem Lande. Gegenüber dem polnischen Vertreter wurde hingegen der von Lettland in der vorherigen Note mitgeteilte Standpunkt bekräftigt und erklärt, dass sich die lettische Reaktion nicht gegen Polen richte, sondern als Reaktion auf

237. Tallents an Curzon am 26. 10. 1920, PRO 5373/35, vgl. S. 123–124 im Text.

238. Sartiges an Leygues am 13. 11. 1920, AMAE Lettonie 3, Binet an Lefèvre am 14. und 15. 11. 1920, SHAT 6N 125–126, Reijonen an das UM am 15. 11. 1920, VA Aussenministerium 5 C 12: 2, Sylvander an das UM am 19. 11. 1920, VA Holsti 29.

die potentielle Gefahr zu verstehen sei, welche die Truppen in Mittellitauen für Lettland bildeten.²³⁹

Das polnische Aussenministerium suchte mit beruhigenden Erklärungen gegenüber Lettland zu retten, was noch zu retten war. Eine entscheidende Bedeutung kam diesen jedoch nicht zu, da trotz mehrerer Versprechungen und des u.a. von Finnland ausgeübten Druckes keine Anerkennung des lettischen Staates erfolgte. Die polnische Erklärung, dass diese Anerkennung wegen der ablehnenden Haltung Englands zur Zeit nicht erfolgen könne, traf an sich teilweise zu, fand jedoch in Riga kein Gehör. Man befürchtete polnische Ansprüche bleibenden Charakters auf Libau und Lettgallen und hielt die polnischen Erklärungsversuche für die Verzögerungen bei der Anerkennung für ein neues Beispiel des polnischen Ränkespiels.²⁴⁰

Erneute Verärgerung rief in Lettland die Vollversammlung des Völkerbundes Ende November hervor, an der Italien sich zugunsten der völkerrechtlichen Anerkennung Lettlands und Estlands sowie deren Aufnahme in den Völkerbund einsetzte, dabei jedoch auf den Widerstand Polens stiess.²⁴¹

Das polnische Streben nach der Erpressung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Zugeständnisse von Lettland trat offen zutage, als Frankreich sich Ende 1920 Italien anschloss und aktiv die bedingungslose Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands betrieb. Ein diesbezüglicher, auch Estland betreffender Beschluss wurde an der Sitzung des Obersten Rates der Siegermächte vom 26. 1. 1921 gefasst. Finnland folgte gleichentags dem Beispiel der Westmächte und anerkannte Lettland de jure.

Der polnische Vertreter in Riga versuchte zu retten, was noch zu retten war. Er überreichte der lettischen Regierung ein Dokument über die Anerkennung Lettlands, das auf den 31. 12. 1920 datiert war und zu zeigen schien, dass Polen sich trotz allem als erster Staat der aussenpolitischen Interessen Lettlands angenommen und seine völkerrechtliche Unabhängigkeit anerkannt hatte. Das Dokument wies jedoch einige Mängel auf. Man entdeckte bald, dass es bereits im Sommer 1920 abgefasst worden war, ohne jedoch mehr als die Jahreszahl zu fixieren. Der polnische Vertreter hatte es die ganze Zeit

239. Wever an AA am 17. 11. 1920, AA Lettland, vgl. Loraine an Curzon am 20. 11. 1920, PRO 5373/75.

240. Panafieu an Leygues am 19. 11. 1920, AMAE Lithuanie 18, Sartiges an Briand am 22. 2. 1921, AMAE Pologne 72, Dewhurst an Curzon am 29. und 30. 11. 1920, Kommentar Gregorys vom 1. 12. 1920, PRO 5373/102–103, 106.

241. Binet an Leygues am 23. 12. 1920, AMAE Pologne 71, Sartiges an Briand am 22. 2. 1921, AMAE Pologne 72.

über als Druckmittel für möglichst ausgedehnte Zugeständnisse verwendet. Die Festlegung des Jahres zwang Kamieniecki, den 31. Dezember als endgültiges Datum einzufügen, allen war jedoch klar, dass die Anerkennung in Wirklichkeit erst nach derjenigen der übrigen Staaten erfolgt war.²⁴²

Dieser für die herrschenden Meinungen bezeichnende und Aufsehen erregende Vorfall, der sowohl in der Presse wie auch in diplomatischen Rapporten mit mehr oder weniger Schadenfreude kommentiert wurde, bewirkte eine weitere Abkühlung der polnisch-lettischen Beziehungen. Die wirklichen Gründe sind natürlich tiefer zu suchen, d.h. in der Furcht Lettlands vor einem allzu grossen Einfluss Polens. Das gegenseitige Verhältnis der beiden Länder blieb weiterhin kühl, trotz der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen auf der Ebene von Gesandten. Die auf die Stellung der polnischen Minderheit in Lettland projizierten Auseinandersetzungen setzten sich bis zum Frühling 1922 fort.

Polen hatte nun also auch die Unterstützung des »Halbverbündeten« Lettland für seine Aussenpolitik eingebüsst.

242. Holsti an Reijonen am 26. 1. 1921, Holsti an Ulmanis am 27. 1. 1921, UMA 12L Lettland 1919–1921, Sokolnicki an MSZ am 15. 1. 1921, AAGN 34/6598, Sapieha an Chiechanowski am 20., 25. und 29. 1. 1921, PISM 3, Sapieha an Wasilewski am 29. 12. 1920, Wasilewski an Sapieha am 27. 1. 1921, AAN Wasilewski 42. Sokolnicki an Holsti am 21. 1. 1921, Sylvander an Holsti am 8. 2. 1921, VA Holsti 6, Reijonen an das UM am 4. 2. 1921, VA Aussenministerium 5 C 12: 3, vgl. Sartiges an Briand am 22. 2. 1921, AMAE Pologne 72.

Nachspiel in Warschau 1922

Die Entwicklung der Randstaatenpolitik seit 1921

Der im Herbst 1920 festzustellende Verlust des polnischen Mitspracherechtes in der Ukraine, in Weissrussland, Litauen und Lettland bedeutete auch das Ende der Interessensphärenpolitik in bezug auf Finnland. Neue Vorschläge über Interessengebiete wurden nicht mehr gemacht, und auch die realen Aufteilungen im Baltikum erfuhren Änderungen. Den baltischen Länder gelang es, sich über ihre Grenzkonflikte zu einigen, was zu einer gegenseitigen Annäherung führte. Das wirtschaftliche und politische Interesse Finnlands war nach dem Herbst 1920 auch auf Lettland gerichtet, ja Finnland unterstützte sogar gemeinsam mit den übrigen baltischen Ländern Litauen gegenüber Polen und überschritt damit eindeutig den von den Polen vor fast einem Jahr vorgeschlagenen Interessenbereich.

Die Vorbereitungen zur Randstaatenkonferenz von Warschau Ende 1921 – Anfang 1922 brachten andererseits ein Aufleben der hinter den polnischen Vorschlägen über eine Aufteilung der Interessengebiete im Baltikum stehenden bilateralen Bündnispolitik, welche sich anlässlich der Verhandlungen in Warschau vom Frühling 1920 zum Streben nach einem trilateralen Bündnis gewandelt hatte. Es scheint darum angezeigt, zur Klärung des weiteren Verlaufes der behandelten Thematik einen Blick auf die Entwicklung bis zur erwähnten Konferenz zu werfen, die ja allgemein als der Schlusspunkt der aktiven Bestrebungen zur Schaffung eines Randstaatenbündnisses in den Zwanzigerjahren angesehen wird.

Nach dem endgültigen Misslingen der föderalistischen Ostpolitik Polens im Herbst 1920 festigten sich in der Randstaatenpolitik jene Konturen, welche sich in verschiedenen Situationen und mit ver-

schiedener Intensität bis Ende der Dreissigerjahre wiederholen sollten. Erstens schien sich Polen anfänglich aus der aktiven Balkum-Politik zurückzuziehen. Der Verlauf des polnisch-sowjetrus-sischen Krieges im Sommer 1920 hatte der polnischen Regierung gezeigt, dass einzig von Frankreich bedeutendere aussenpolitische Hilfe zu erwarten war. Polen strebte aus diesem Grunde ein engeres Bündnis mit Frankreich an, was am 19. 2. 1921 zu einem weitreichenden politischen Bündnisvertrag führte, der zwei Tage später durch ein Militärbündnis verstärkt wurde. Der Bündnisvertrag legte u.a. die Formen der Zusammenarbeit sowie die von beiden Seiten zu unterhaltenden Streitkräfte fest. Der Vertrag richtete sich in erster Linie gegen Deutschland. Der Rückzug Pilsudskis aus der aktiven Politik hatte auch eine Abschwächung der von ihm betriebenen selbständigen aussenpolitischen Linie bewirkt und ermöglichte so diesen Wechsel in der aussenpolitischen Ausrichtung des Landes. Ein weiterer Grund, der der starken nationaldemokratischen Mehrheit Polens die Hinwendung des Interesses auf den Westen erleichterte, war das durch den Friedensschluss mit Sowjetrußland am 18. 3. 1921 in Riga verstärkte Gewicht der Waffenstillstandsbedingungen. Der Kriegszustand war beendet, und mindestens auf kurze Sicht schien die östliche Front gesichert.

Im Westen hingegen harrten die Grenzfragen noch zum Teil einer Regelung. Polen hatte in den Volksabstimmungen des Sommers 1920 die Gebiete Allenstein und Marienwerder an Ostpreussen verloren, und das gleiche Schicksal stand auch für das wichtige Bergbau- und Industriegebiet Oberschlesien zu befürchten. Um ihre Positionen im Hinblick auf eine Volksabstimmung zu verbessern, war die örtliche polnische Bevölkerung im August 1919 und im August des folgenden Jahres gegen die herrschende deutsche Bevölkerungsschicht aufgestanden. Die deutschen Freischaren unterdrückten den ersten Aufstand, der zweite endete durch die Vermittlung der in das Gebiet entsandten Truppen der Westmächte, welche bis zur Abhaltung der Volksabstimmung die Kontrolle ausübten. Bei der Abstimmung am 20. 3. 1921 votierten fast 60 % für ein Verbleiben bei Deutschland. Das Ergebnis enttäuschte sowohl Polen wie auch Frankreich. Frankreich wollte eine Stärkung Deutschlands durch den Anschluss dieses wichtigen Gebietes verhindern und schlug ungeachtet des Ausganges der Volksabstimmung eine Teilung Oberschlesiens vor. Die örtliche polnische Bevölkerung wollte die Lösung beschleunigen und trat im Mai 1921 zum dritten Mal in den Aufstand. Die im Gebiete stationierten französischen Truppen liessen die Aufständischen bei der

Eroberung der verlangten Gebiete gewähren, griffen jedoch gegen die deutschen Freischaren ein, als diese die Polen zurückzudrängen begannen. Die Kämpfe endeten im Juni, und am 20. 10. 1921 gelang es Frankreich, trotz des englischen Widerstandes im Völkerbund eine Teilung Oberschlesiens durchzusetzen, bei der Polen der grösste Teil des Industriegebietes und der polnischen Bevölkerung zugesprochen wurde.²⁴³ Die Lösung in Oberschlesien bedeutete einen Sieg des französisch-polnischen Bündnisses. Im Sommer wurde das Bündnis-system durch einen, für Polen nicht sehr vorteilhaften Handelsvertrag ergänzt und in kraft gesetzt.

Gleichzeitig klärten die kleineren Staaten des Baltikums Litauen, Lettland und Estland ihre Möglichkeiten zur Zusammenarbeit ab, zu dritt oder unter Einschluss Finnlands. Die Initiative wurde dabei von Litauen ergriffen, dessen aussenpolitische Stellung am isoliertesten war und das sich nach den Eroberung Wilnas und der Abkühlung der lettisch-polnischen Beziehungen Lettland angenähert hatte. Nachdem Lettland und Litauen ihre militärische Zusammenarbeit geregelt hatten, zeigte sich Lettland auch an einem Abkommen mit Estland interessiert. Die neue estnische Regierung unter Ants Piip war jedoch in erster Linie an einer Zusammenarbeit mit Finnland interessiert. Die im Frühling 1919 entstandenen Konflikte schienen vergessen und im Dezember 1920 bemerkte der finnische Gesandte, dass der Gedanke eines Staatenbundes oder mindestens eines Bündnisses mit Finnland in Estland mehr und mehr Zustimmung fand, was seiner Meinung nach auf das allgemeine Streben nach grösserer Sicherheit zurückzuführen war. Die an der Konferenz von Bulduri besprochene militärische Einheitsfront aller fünf Länder schien sich nicht verwirklichen zu lassen. Die Regierung Piip wandte sich darauf in dieser Frage an Finnland. Noch im Dezember 1920 wurde als militärischer Sondergesandte der Generalstabschef Oberst Paul Lill nach Helsinki geschickt, um die Möglichkeiten einer bilateralen Zusammenarbeit zu besprechen.²⁴⁴

Finnland war jedoch noch nicht zu einem Militärbündnis mit Estland bereit. Als Anzeichen für die neue Gewichtung der Randstaaten-politik fanden am 25. 2. 1921 anlässlich der Feierlichkeiten zum estnischen Nationalfeiertag in Reval improvisierte Verhandlungen der Aussenminister Finnlands, Estlands und Lettlands statt. Polen und Litauen waren durch Gesandte vertreten, wobei der litauische Ver-

243. Siehe näher WANDYCZ 1962 S. 211–237.

244. Denkschrift Holstis vom 10. 1. 1922, VA Holsti 30, vgl. Tagebuchnotiz Alkios vom 15. 12. 1920, VA Alkio 2, siehe auch HOLSTI 1963 S. 176–177.

treter zum letzten Mal gemeinsam mit den Polen an einer Konferenz teilnahm. Am nächsten Tag beschlossen die Aussenminister Estlands und Lettlands die Ausarbeitung eines Militärbündnisses zwischen den beiden Länder und äusserten den Wunsch nach einer Teilnahme Finnlands.²⁴⁵

Bevor die Regierungen Estlands und Lettlands zur Verwirklichung ihrer Pläne schritten, versuchte Piip noch Finnland zur Teilnahme zu bewegen. Im März 1921 teilte er Holsti mit, dass Estland, Lettland und Litauen ein Verteidigungsbündnis vorbereiteten. Als die finnische Regierung auf diese Meldung nicht reagierte, schrieb Piip am 18. 4. an Holsti, dass er auf längere Sicht ein finnisch-estnisches Bündnis für unerlässlich halte. Seiner Meinung nach eile es damit, und Estland sei zum »sofortigen Abschluss« bereit. Für den Fall, dass Finnland seinen Standpunkt nicht geändert hatte, wollte Piip wissen, ob es etwas gegen den Abschluss eines Verteidigungsbündnisses zwischen Estland, Lettland und Litauen einzuwenden habe. Piip weilte in dieser Sache noch Mitte Mai in Helsinki, wo ihm mitgeteilt wurde, dass die finnische Regierung sich wohlwollend gegenüber einem Verteiligungsbündnis der drei baltischen Staaten verhalte, jedoch selber daran nicht teilnehmen wolle.²⁴⁶

Die estnische Regierung hatte also von der Zusammenarbeit mit den drei baltischen Länder keine Beeinträchtigung der Möglichkeiten für ein erwünschtes und angestrebtes Bündnis mit Finnland zu befürchten.

Im Mai–Juni begannen in Riga die auf mehreren Ebenen geführten Bündnisverhandlungen zwischen Estland, Lettland und Litauen. Behandelt wurden eine gemeinsame Haltung gegenüber Sowjetrussland und besonders gegenüber dessen kommunistischer Propaganda, ein mögliches Militärbündnis sowie verschiedene wirtschaftliche Fragen von einer Zollunion bis hin zu verkehrstechnischen und monetären Angelegenheiten. Gerade die estnische Regierung, die mit dem Ziel eines trilateralen Verteidigungsbündnisses in die Verhandlungen eingestiegen war, scheint davon wieder abgerückt zu sein. Die estnischen Interessen lagen mehr im Norden und richteten sich einzig gegen Sowjetrussland. Die estnische Regierung schlug deshalb Lettland

245. Aufzeichnungen Holstis von der Konferenz vom 25. 2. 1921, VA Holsti 30, Leslie an Curzon am 24. 2. 1921, Muller an Curzon am 26. 2. 1921, Simpson an Gregory am 27. 2. 1921, PRO 6730/7, 9, 220.

246. Reijonen an das UM am 3. 3. 1921, VA Aussenministerium 5 C 12: 3, Piip an Holsti am 10. 4. 1921, VA Holsti 30, Reijonen an Holsti am 20. 5. 1921, VA Holsti 29, vgl. Russell an Curzon am 19. 5. 1921, PRO 6730/54.

geheime Verhandlungen vor, obwohl die Konferenz noch andauerte. Der formelle Grund war das Anstreben einer Lösung im Walk-Konflikt. Der Grenzverlauf war ja bereits festgelegt, sollte jedoch zur Beseitigung möglicher Schwierigkeiten noch berichtigt werden. Das Leben der örtlichen Einwohner hatte durch die Grenze Aenderungen erfahren, sodass noch genügend offene Fragen einer Klärung harreten.

Als Ergebnis der estnisch-lettischen Verhandlungen wurde zwischen den beiden Länder am 7. 7. 1921 ein Militärbündnis abgeschlossen, das sich ausschliesslich gegen Sowjetrussland richtete, defensiven Charakters war und die Wahl General Laidoners zum gemeinsamen Oberbefehlshaber voraussetzte. Der Wunsch nach dem späteren Anschluss Finnlands wurde explizit erwähnt, während hingegen Litauen von einer Teilnahme ausgeschlossen blieb, da »der Organisationsgrad seiner Armee zu wünschen übrig lasse« und da der litauisch-polnische Konflikt den Bund in einer Richtung festzulegen drohte, die den übrigen Teilnehmer nicht erwünscht war.²⁴⁷

Gleichzeitig setzten Estland, Lettland und Litauen ihre Wirtschaftsverhandlungen fort. Die Abkommen über die Zollunion, den gemeinsamen Zahlungsverkehr, die Vereinheitlichung der Masse, den Postverkehr und die Verkehrsverbindungen wurden am 23. 7. 1921 abgeschlossen, wiederum in vollem Umfange nur zwischen Estland und Lettland. Die litauischen Vertreter verfügten nicht über die nötigen Vollmachten zur Unterzeichnung der Verträge. Litauen sowie Finnland wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich später dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit anzuschliessen. Die finnische Regierung war über den Verlauf der Verhandlungen gut informiert und brachte als Grund für ihr Abseitsstehen vor, dass Finnland wegen seiner früher erfolgten völkerrechtlichen Anerkennung die meisten der anstehenden Probleme gelöst habe.²⁴⁸

Finnland zeigte sich hingegen bereit, an ausgedehnteren Verhandlungen über eine Zusammenarbeit auf der alten Basis des Informationsaustausches teilzunehmen. Als Anerkennung für die wichtige Rolle Finnlands wurde es gebeten, die nächste allgemeine Randstaatenkonferenz zu veranstalten, die vom 25.–29. 7. 1921 in Helsinki

247. Verteidigungsbündnis zwischen Estland und Lettland vom 7. 7. 1921, VA Holsti 29, siehe auch ARUMÄE 1966 S. 121.

248. Koistinen an das UM am 23. 7. 1921, VA Aussenministerium 5 C 12: 4, Wilton an Curzon am 17. 7. 1921, PRO 6730/73–77.

stattfand. Litauen konnte nicht an einen gemeinsamen Verhandlungstisch mit Polen gebracht werden, hingegen nahmen die Aussenminister Finnlands, Estlands und Lettlands sowie der polnische stellvertretende Aussenminister an der Konferenz teil. Thema der Verhandlungen war der gegenseitige Informationsaustausch über Sowjetrussland und die Regelung eines gemeinsamen Auftretens. Die inneren Schwierigkeiten in Sowjetrussland – die Hungersnot an der Wolga sowie die Schwierigkeiten an den letzten Fronten des Bürgerkrieges – hatten die Sowjetregierung zur Verschärfung ihrer Aussenpolitik und u.a. zu Truppenkonzentrationen an der westlichen Grenze veranlasst. Dies war auch der unmittelbare Grund für die rasche Entstehung des estnisch-lettischen Verteidigungsbündnisses, und diese beiden Staaten waren nach wie vor in höchstem Masse besorgt über die sowjetrussische Politik. Weiter wurde an der Konferenz abgemacht, dass kein Teilnehmerstaat ein gegen einen anderen Teilnehmerstaat gerichtetes Abkommen abschliessen solle. Zur Sicherung eines ständigen Informationsaustausches wurde festgelegt, dass die Aussenminister der Randstaaten sich mindestens zweimal jährlich zu regelmässigen gemeinsamen Verhandlungen treffen sollten; dies war im Grunde der wichtigste Effekt der Randstaatenkonferenzen allgemein und besonders dieser zweiten Konferenz von Helsinki.²⁴⁹

Die Zusammenarbeit aller Randstaaten wurde also fortgesetzt, um einen flexiblen und ausgedehnten Informationsaustausch zwischen Finnland, Estland, Lettland und Polen zu ermöglichen. Die eigentlichen Bündnisbestrebungen konnten hingegen lediglich in der kleinstmöglichen Form verwirklicht werden, durch ein Bündnis zwischen Estland und Lettland. Der Bündnisvertrag vom Juli 1921 konnte noch nicht als die endgültige Form des estnisch-lettischen Bündnisses angesehen werden, denn er erfüllte die in ihr gesetzten Erwartungen nicht. Estland und Lettland hatten noch nicht das für ein wirkliches Bündnis notwendige Einvernehmen erreicht. Der Vertrag wurde nicht ratifiziert und Estland strebte noch eine bilaterale Zusammenarbeit mit Finnland an. Das endgültige Bündnis zwischen Estland und Lettland wurde erst am 1. 11. 1923 abgeschlossen.²⁵⁰

249. »Konferenz Estlands, Finnlands, Lettlands und Polens« vom 25.–29. 7. 1921, VA Holsti 29.

250. »Traité d'alliance défensive entre les Républiques de Lettonie et d'Estonie« vom 1. 11. 1923, RPT S. 77.

Der letzte Versuch eines polnisch-finnischen Bündnisses

Bevor die Randstaatenpolitik ihre gewohnten Formen annahm, schien sich die trilaterale Bündnispolitik Polens im Osten noch einmal auf der Grundlage des ursprünglichen Interessensphärengedankens zu verwirklichen, d.h. in der Form eines zweiseitigen polnisch-finnischen Bundes im Nordteil der Randstaatenzone.

In Polen war unterdessen eine neue Staatsform angenommen worden. Da Marschall Piłsudski der unbestrittene Anwärter für das Amt des Staatspräsidenten zu sein schien, hatte die Rechte eine Verminderung seiner Machtbefugnisse auf rein repräsentative Funktionen durchgesetzt. Piłsudski nahm das Amt denn auch nicht an, sondern trat Ende 1922 von allen seinen öffentlichen Verpflichtungen zurück. Zuvor hatte er jedoch seine Vertrauensleute im Aussenministerium und im Generalstab platziert. Besonders Juliusz Łukasiewicz setzte sich in den Jahren 1920–21 im Aussenministerium für die finnisch-polnisch-rumänische Bündnisfront ein, die er für den unerlässlichen Garant der Sicherheit Polens gegenüber der sowjet-russischen Gefahr hielt. Gleichzeitig würde dadurch eine Stärkung einer von Frankreich unabhängigen polnischen Aussenpolitik bewirkt, was ein Lieblingsgedanke Piłsudskis war.²⁵¹ Der Bund mit Rumänien trat als erster ins Stadium der Verwirklichung.

Zwischen Polen und Rumänien hatten im März 1920 letztmals Verhandlungen stattgefunden. Sie waren jedoch ergebnislos verlaufen, und das Scheitern des polnischen Kriegszuges hatte den Unterbruch noch verstärkt. Im Herbst bewirkten die erneuten Schwierigkeiten der rumänischen Aussenpolitik wiederum eine Annäherung an Warschau. Der Friedensschluss mit Sowjetrussland war nicht zustande gekommen, was den Rumänen ein Bündnis mit Polen von neuem erstrebenswert scheinen liess. Ausserdem wollten die Rumänen Polen an dem in Entstehung begriffenen Bündnissystem in Südosteuropa beteiligen, das unter der Bezeichnung Kleine Entente bekannt werden sollte. Es setzte sich aus den Ungarn umgebenden neuen Staaten zusammen, die nach dem Ersten Weltkrieg grosse Gebiete von Ungarn erhalten hatten und mögliche ungarische Revanchegelüste

251. Denkschrift Łukasiewicz' »Polska a Państwa Bałtyckie« vom 20. 1. 1921, AAN Paryż 102. Anweisungen Sapiehas an die Gesandten im Baltikum vom 26. 5. 1921, AAN Paryż 4, vgl. die frühere undatierte und nicht unterschriebene Denkschrift »Referat Bałtycki. Raport informacyjny. Sprawy finlandzkie«, HI.

befürchten mussten. Die Tschechoslowakei fühlte sich dabei am meisten bedroht und hatte sich bereits im August 1920 durch den Abschluss eines Bündnisvertrages mit Jugoslawien abzusichern gesucht. Im April wurde ein tschechoslowakisch-rumänisches Bündnis abgeschlossen, und das Abkommen zwischen Rumänien und Jugoslawien vom Juni 1921 machte aus diesen drei Ländern eine gemeinsam vorgehende Gruppierung.

Als Polen sich Rumänien anzunähern suchte, war die Entscheidung zugunsten der Kleinen Entente jedoch noch nicht gefallen. Zur Diskussion stand eine weitere Lösung, welche in der Forschung erst in den letzten Jahren ausreichend behandelt wurde. Gemeint ist damit die sog. Donau-Föderation, die Frankreich in dieser Phase mit den Kernstaaten Oesterreich, Ungarn und Rumänien anstrebte, wobei die Teilnahme Polens sehr erwünscht gewesen wäre. Der rumänische Aussenminister Take Ionescu begab sich im November 1920 nach Warschau mit dem Ziel, Polen zu einer Zusammenarbeit mit Rumänien zu bewegen.

Polen schloss sich weder der Donau-Föderation noch der Kleinen Entente an, die neuen Sondierungen führten jedoch am 3. 3. 1921 zu einem gegen Sowjetrussland gerichteten Verteidigungsbündnis zwischen Polen und Rumänien. Das eben erst ausgehandelte Bündnis zwischen Polen und Frankreich erfuhr nun die dringend benötigte Ergänzung durch ein Hilfsabkommen gegen Sowjetrussland. Das Abkommen entsprach noch weiteren polnischen Bedürfnissen, da es den polnischen Zugang zum Meer über die Häfen Braila und Galați sicherte, falls die Benützung der Häfen Danzig und nun auch Libau verunmöglicht würde.²⁵²

Nach der Lösung des Konfliktes in Oberschlesien kühlten sich die Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrussland wieder ab. Die konkrete Grenzziehung zwischen den beiden Ländern erwies sich als schwierig, und in den Grenzgebieten fanden weiterhin Gefechte zwischen polnischen und sowjetrussischen Truppen sowie zwischen verschiedenen, aus weissen Russen, Ukrainern und allerlei Abenteurern zusammengesetzten Banden statt. Die sowjetischen Truppenverschiebungen an die Westfront erklären sich z.T. mit diesen Vorgängen.

Die Lösung des mit diesen sowjetrussischen Truppenverschiebungen verbundenen internationalen Konfliktes erfolgte jedoch von

252. »Accord polono-roumain« 3. 3. 1921, VA Vennola 45, siehe auch BULHAK 1973 S. 30–50, über die gesamte Problematik der französischen Beziehungen zum Donau-Gebiet siehe auch HOVI 1984a S. 85–89, 110–115.

Finnland aus. Die Truppenkonzentrationen der Roten Armee auf der Karelischen Landenge hatten bereits im August 1921 in Finnland Besorgnis erregt, die eigentliche Zuspitzung des Konfliktes erfolgte jedoch im Oktober 1921 wegen des Volksaufstandes in Weissmeerkarelien. Finnland hatte ein Jahr früher an den Friedensverhandlungen in Dorpat für Ostkarelien die innere Autonomie verlangt. Die sowjetrussische Delegation reagierte darauf mit der Behauptung, dass durch die dort gegründete Kommune des arbeitenden Volkes Ostkareliens de facto die Autonomie Ostkareliens verwirklicht sei. Dies befriedigte jedoch weder die finnische Regierung noch einen bedeutenden Teil der ostkarelischen Bevölkerung. Den in Weissmeerkarelien aufgestellten sog. karelischen Waldpartisanen schlossen sich alles in allem gegen 3000 örtliche Bewohner an, wozu noch ungefähr 500 Freiwillige aus Finnland kamen. Anfänglich konnten sie einige Erfolge verbuchen. Nach der Eroberung Repolas und Porajärvis befand sich fast ganz Weissmeerkarelien und der nördliche Teil des Olonetz-Gebietes in der Hand der Aufständischen. Sowjetrussland beschuldigte Finnland am 16. 11. in einer äusserst scharf formulierten Note der Verletzung des Friedensvertrages. Die finnische Regierung reagierte durch die Anrufung des Völkerbundes, der die Verwirklichung der Autonomie Ostkareliens garantieren solle. Die Sowjetregierung sah in diesem schritt die Aufforderung an die Westmächte zu einer Intervention und reagierte scharf. In der am 5. 12. überreichten Note wurde behauptet, dass in Ostkarelien ein von der finnischen Regierung unterstützter Angriff von aussen im Gange sei und dass die Anrufung des Völkerbundes eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sowjetrusslands bedeute. Falls Finnland diese Einmischung nicht aufgabe und die Grenzen schliesse, müsse die Sowjetregierung andere Mittel erwägen. Diese Mittel schienen in der Konzentration von vier Divisionen auf der karelischen Landenge zu bestehen. Ausserdem entsandte die Rote Armee so starke Truppen nach Ostkarelien, dass sich die letzten Waldpartisanen im Februar 1922 auf finnisches Gebiet zurückzuziehen hatten.²⁵³

Finnland schien so Ende 1921 – Anfang 1922 vor einer offenen Auseinandersetzung mit Sowjetrussland zu stehen. Keijo KORHONEN ist bei seiner Untersuchung der Politik der Sowjetregierung zum Schlusse gekommen, dass deren Drohgebärde nicht ernst gemeint war und sie v.a. eine möglichst rasche Erledigung der Angelegenheit anstrebte. Der Bluff gelang jedoch zu gut und die finnische Regierung

253. Siehe näher JÄÄSKELÄINEN 1961 S. 319–321, KORHONEN 1966 S. 52–59.

begab sich auf die Suche nach Verbündeten, plante die Mobilisierung und bat die Westmächte um Hilfe für den Fall, dass der Krieg ausbreche.²⁵⁴

Hilfe war bei den Randstaatenpartnern zu finden. Die estnische Regierung bot Finnland unverlangt jegliche Unterstützung an, und auch die Anhänger Piłsudskis im polnischen Aussenministerium und im Generalstab zeigten sich an der finnischen Notlage interessiert. Es schien wieder möglich zu sein, Finnland in die Bündnisfront Rumäniens und Polens gegen Sowjetrussland einzubeziehen. Obwohl der stellvertretende polnische Aussenminister Jan Dąbski noch anlässlich der Konferenz von Helsinki erklärt hatte, dass Polen im Gefolge seiner Frankreichorientierung nicht mehr an einem Militärbündnis gegen Sowjetrussland interessiert sei, forderten die polnischen Militärvertreter in Finnland die finnische Regierung auf, die Initiative für den Abschluss eines Verteidigungsbündnisses mit Polen zu ergreifen. Der gleichen Meinung war auch der Vertraute Piłsudskis in den Nationalitätenfragen und ab Januar 1920 zum Gesandten in Helsinki ernannte Michał Sokolnicki. Er hatte Ende 1921 mehrmals Informationen eingeholt und teilte am 10. 1. 1922 dem finnischen Aussenminister Holsti mit, dass die polnische Regierung eine Initiative Finnlands zur Anknüpfung eines Militärbündnisses wohlwollend entgegennehmen würde. Der damalige polnische Aussenminister Skirmunt erklärte gegenüber dem französischen Botschafter, dass zwar einerseits die angespannte Lage in Ostkarelien zur Vorsicht mahne, dass jedoch andererseits eine Annäherung an Finnland gewichtige Vorteile böte. Besonders der polnische Generalstab befürwortete wärmstens eine Annäherung und den Abschluss eines Militärbündnisses, jedoch auch die politische Führung betonte den Wert möglicher »guter Dienste« Finnlands für die Wiederanknüpfung enger Beziehungen zu Lettland und Estland sowie zu Litauen. Skirmunt gab deshalb zu, die Initiative zu Gesprächen mit den Finnen ergriffen zu haben.²⁵⁵

Der finnische Aussenminister hatte unterdessen durch sein Ministerium die Möglichkeiten zum Abschluss eines Militärbündnisses mit Estland, Lettland und Polen abklären lassen. Anfänglich war Holsti der Meinung gewesen, dass der Abschluss eines direkten Militär-

254. KORHONEN 1966 S. 59–60.

255. Polnische Gedandtschaft an die finnische Regierung am 31. 12. 1921, Kapitän Romer an General Enckell am 31. 12. 1921, Enckell an das UM am 2. 2. 1922, VA Vennola 45, mehrere am 8. 1. 1922 datierte Briefe Sokolnickis an Skrzyński und Matuszewski, AAGN 42/8845, 43/8514–8515, Denkschrift Holstis vom 10. 1. 1922, VA Holsti 30, siehe auch HOLSTI 1963 S. 185–186.

bündnisses nicht nötig sei, da, wie das estnische Beispiel gezeigt habe, die übrigen Randstaaten zur Wahrung ihrer eigenen Interessen Finnland ohnehin unterstützten. Die finnische Rechtsopposition hatte jedoch wegen der ostkarelischen Krise ihren bisherigen Widerstand gegen eine Zusammenarbeit der Randstaaten aufgegeben, und Holsti liess deshalb die Vertragsentwürfe ausarbeiten.²⁵⁶ Sie konnten bis zu der Randstaatenkonferenz von Warschau Mitte März nicht fertiggestellt werden, büssten jedoch ihre Bedeutung bereits vorher durch zwei bezeichnende und entscheidende Gründe ein.

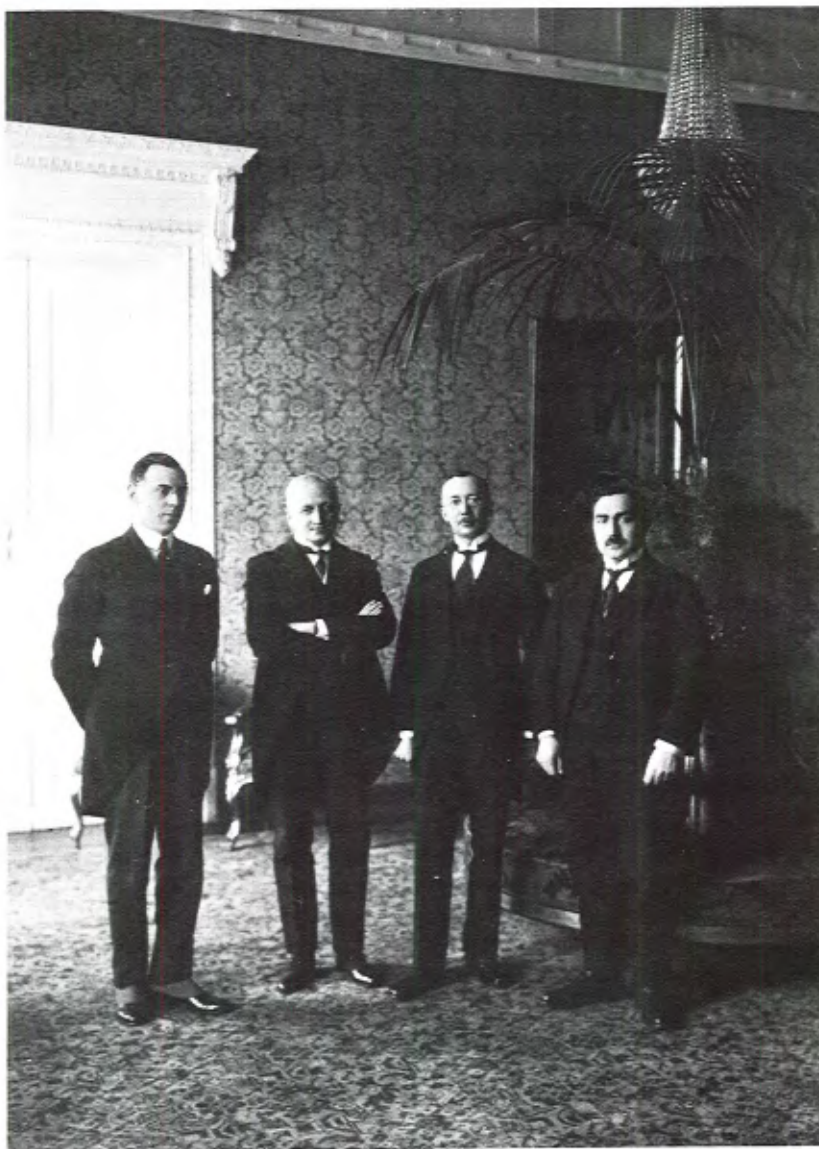
Erstens scheint der polnische Generalstab, auf den Pilsudski noch den grössten Einfluss ausübte, über seine eigene Auffassung und mindestens eine Art Vertragsentwurf für ein Militärbündnis mit Finnland verfügt zu haben. Dieser hatte im Unterschied zu den Plänen Holstis und entsprechend den Auffassungen der Jahre 1919–1920 lediglich ein polnisch-finnisches Bündnis zum Ziele. Dies stellte auch Sokolnicki, der sich in Helsinki für ein Bündnis eingesetzt hatte, anlässlich seiner Abreise zur Konferenz von Warschau fest, und den gleichen Gedanken trugen die Polen bei ihren Sondierungen in Frankreich vor. Polen wolle sich mit Finnland verbünden, da dieses das stärkste der »baltischen Länder« sei und da wegen der Ostkarelienkrise der Moment günstig sei, um Finnland zum Mitmachen in der Allianz zu bewegen. Das Militärbündnis hätte rein defensiven Charakter und würde bei einem Angriff auf eines der beiden Länder die Mobilmachung beider Armeen bedingen. Die Kriegsoperationen sollten von den beiden Generalstäben je nach Bedarf koordiniert werden.²⁵⁷

Es war nun gerade Frankreich, das ein Militärabkommen seines östlichen Verbündeten mit Finnland verhinderte, was einige Male vermutet wurde, jedoch nie bewiesen werden konnte.²⁵⁸ Marschall Foch widersetzte sich klar dem polnischen Vorhaben, da es seiner Meinung nach das polnische Hauptinteresse von Deutschland wiederum auf die Sowjetunion richte, währenddem Frankreich in erster Linie ein mögliches Wiedererstarken Deutschlands verhindern wolle. In der vorgeschlagenen Form hätte der Vertrag nach Meinung des Marschalls Finnland grössere Vorteile versprochen, und Polen hätte

256. Arajärvi an Holsti am 10. 2. 1922, Holsti an Arajärvi am 11. 2. 1922, VA Vennola 45, siehe auch HOLSTI 1963 S. 186–190.

257. Von den Polen ausgeschaffener polnisch-rumänischer Vertragstext vom 3. 3. 1921, finnische Vorschläge für ein Militärbündnis vom 20. 2., 1. und 6. 1922, VA Vennola 45, über den breit angelegten Bündnisplan des polnischen Generalstabschefs General Sikorskis siehe SKRZYPEK 1972 S. 146–149.

258. SCHAUMAN 1962 S. 136, MYLLY 1978 S. 122.



Die Veteranen der Randstaatenpolitik (von links) Zigfrids Meierovics, Konstanty Skirmunt, Rudolf Holsti und Ants Piip während der Warschauer Konferenz 1922. *Nationalamt für Antiquitäten.*

auf längere Sicht weit weniger profitiert. Die politischen Vorteile des Vertrages, d.h. die gemeinsame Bündfront gegen aussen sowie die Korrektur der von Frankreich befürchteten finnischen Ausrichtung auf Deutschland könnten auch durch ein ausgedehnteres politisches Bündnissystem erreicht werden. Die französische Regierung blieb bei dieser Haltung und liess sich weder durch Bittgänge des polnischen noch des finnischen Gesandten in französischen Aussenministerium umstimmen.²⁵⁹

Die nun folgenden Vorgänge sind bekannt. Der polnische Aussenminister Skirmunt teilte mit, dass »die Zeit noch nicht reif sei« für ein polnisch-finnisches Militärbündnis. Um die Arbeit der am 13. – 17. 3. 1922 zusammengetretenen Konferenz voranzutreiben, arbeitete der lettische Aussenminister Meierovics aufgrund der Beschlüsse der Konferenzen von Helsinki und Riga einen Vorschlag für ein politisches Abkommen zwischen Polen, Lettland, Estland und Finnland aus. Dessen wichtigster Paragraph Nr. 7 verpflichtete die Vertragspartner zu einem wohlwollenden Verhalten sowie zu Verhandlungen über die zu ergreifenden Massnahmen, falls ein Teilnehmerstaat zum Ziel eines nicht provozierten Angriffes würde. Ausserdem versuchten die übrigen Delegationen Polen zu einer versöhnlicheren Haltung gegenüber dem nicht an die Konferenz eingeladenen Litauen zu bewegen, jedoch erfolglos. Die polnische Regierung gab zwar ihrem Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zu Kowno Ausdruck, was jedoch auf die litauische Regierung keinen Eindruck machte.²⁶⁰

Ohne Folgen blieb auch das in Warschau am 18. 3. 1922 unterzeichnete politische Abkommen, das vom finnischen Parlament nicht gutgeheissen wurde und auch von den übrigen Randstaaten nicht in Kraft gesetzt werden konnte. Informative Randstaatenkonferenzen fanden darauf mehr oder weniger regelmässig bis zum Jahre 1927 statt, ohne dass dabei jedoch eine gemeinsame Bündnisfront der Randstaaten zustande gekommen wäre.

259. Foch an Poincaré am 4. 3. 1922, Denkschrift Prettis über den Besuch Enckells vom 8. 3. 1922 und Zamoyskis vom 13. 3. 1922, AMAE Pologne 73.

260. »Konferenz in Warschau« vom 13. – 17. 3. 1922, VA Holsti 30.

Das Interessensphärendenken im Rahmen der Randstaatenpolitik

In der vorliegenden Untersuchung ist die Entwicklung eines erratic und gar provokativ scheinenden Gedankens verfolgt worden, um so zu neuen Erklärungsmodellen für die Randstaatenpolitik allgemein und die polnisch-finnischen Beziehungen im besonderen zu gelangen. Ich glaube nun aufgezeigt zu haben, dass die Randstaatenpolitik sich nicht allein auf die Randstaatenkonferenzen und auch nicht auf das Bestreben Polens, der baltischen Länder und Finnlands zu einem gemeinsamen Auftreten in den Fragen der Friedenssicherung und der Verteidigung zu veranlassen beschränkte, wie dies meistens dargestellt wird. Die Randstaatenpolitik wurde auch von bilateralen Beziehung unterschiedlicher Deutung geprägt. Die wichtigste und folgenreichste war dabei das polnische Streben nach einem direkten Bündnis mit Finnland. Im Rahmen der Randstaatenpolitik bedeutete dies ein Verdrängen und Ueberspielen der kleineren Länder, was sich sogar an den indirekten Vorschlägen an die Finnen über eine Aufteilung des Baltikums in Interessensphären äusserte.

Das Interessensphärendenken war auf zwei Wurzeln zurückzuführen. Die eine lag in der föderalistischen Aussenpolitik Polens, welche wiederum auf jenen gewaltigen Erlebnis zurückzuführen war, das der von den Jagellonen geschaffene »Völkerbund« der Polen, Litauer, Weissrussen und Ukrainer für die Polen dargestellt hatte. Diese entschwundene Zeit der staatlichen Grösse faszinierte die für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens Kämpfenden von Kościuszko bis Piłsudski. Zur Zeit des polnischen Unabhängigkeitskampfes nahmen sich besonders die national gesinnten Linken, jedoch auch die Liberalen und Aristokraten ein Staatenbündnis Polens, Litauens, Weissrusslands und der Ukraine zum Ziele. Dieser moderne Staatenbundgedanke stiess auf viele Widerstände, deren grösster der in den ehemaligen polnischen Ostgebieten entstandene neue Nationalismus war, der eine enge Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Herrenvolk

ablehnte. Auch die innere Rechtsmehrheit Polens war gegen eine föderalistische Lösung eingestellt und strebte einen einheitlichen polnischen Nationalstaat an. Andererseits war die Kraft der Traditionen auch in den Ostgebieten zu verspüren, und die polnischen Föderalisten verfügten über grossen Einfluss. Besonders in den Jahren 1919–1920 versuchte der Staatschef Piłsudski mit seinen engsten Mitarbeitern die Ostföderation zu verwirklichen oder zumindest die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das Ziel dieser ausgedehnten Operationen war der Versuch zur Garantierung der Sicherheit sowie der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Polens für den Fall, dass Deutschland und die Sowjetunion wiederum zu einflussreichen Grossmächten aufsteigen würden.

Die zweite Voraussetzung für das polnische Interessensphärendenken war die von sich aus erfolgende Zweiteilung des Baltikums und Finnlands. Die baltischen Völker waren klein und glaubten, nicht für sich allein existieren zu können. Die meisten der von baltischen Völkerschaften während des Ersten Weltkrieges und besonders seit 1917 entwickelten Föderationspläne folgten den nationalen und kulturellen Trennlinien des Gebietes. Die Litauer und die Letten einerseits, die Esten und die Finnen andererseits waren sprachlich verwandte Völker. Besonders zwischen Estland und Finnland kamen mehrere Unionspläne zur Diskussion, deren Verwirklichung ernsthaft angestrebt wurde, nachdem die Finnen der provisorischen Regierung Estlands entscheidende Hilfe bei ihrem Kampfe gegen die Rote Armee geleistet hatten.

So schufen die föderalistische Sicherheitspolitik sowie die ohne äusseres Zutun erfolgte Zweiteilung des Baltikums die Voraussetzungen für die Einbeziehung Finnlands in die polnischen Ostpläne. Bereits die Jagellonen hatten die Nordflanke ihres Staatenbundes durch die Einbeziehung von Schweden-Finnland abgesichert. Diese traditionelle Zusammenarbeit wollten die polnischen Föderalisten Anfang des Jahrhunderts wieder aufleben lassen, und Józef Piłsudski als Leiter der polnischen Aussenpolitik versuchte zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern den Einbezug Finnlands in das polnische Sicherheitsdispositiv zu erreichen.

Dieser Einbezug sollte durch die Aufteilung der gegenseitigen Interessensphären verwirklicht werden. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern kamen bereits 1918 in Gang und gewisse politische Kontakte wurden bereits im Frühling und Sommer 1919 angeknüpft. Im April 1919 tauchte als Meinungsäusserung der interessierten öffentlichen Meinung ein Pamphlet auf über die Not-

wendigkeit einer Aufteilung der polnischen und finnischen Interessensphären zur Lösung der polnischen Probleme im Osten.

Der Beginn der eigentlichen politischen Zusammenarbeit liess jedoch bis in den Herbst 1919 hinein auf sich warten. Der Grund dafür war einerseits die Ausrichtung Finnlands auf die von Polen unabhängige Zusammenarbeit der Randstaaten, andererseits jenes Nutzdenken, mit dem Polen die äusseren Hauptverbündeten seiner Ostföderation auswählte. Als sich die auf England gesetzten Hoffnungen nicht zu erfüllen schienen, wandten sich die Polen an die Finnen. Vom Oktober–November 1919 an sah man in Finnland den hauptsächlichen Verbündeten im Norden, mit dessen Hilfe eine einheitliche Verteidigungs- und bei Bedarf auch kurzfristige Offensivefront gegenüber Sowjetrussland vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer aufgebaut werden konnte. Der entsprechende Verbündete im Süden war Rumänien.

Die angestrebte Front wies jedoch Lücken auf, die ausgefüllt werden mussten. Besonders kritisch war die Stellung Estlands. Der estnische Frontabschnitt schwankte im Herbst 1919, und das Land zeigte sich immer mehr einem Frieden zugeneigt. Piłsudski glaubte, die polnische Front noch auf Lettland, jedoch nicht mehr auf Estland ausdehnen zu können. Der Gedanke einer Aufteilung der Interessensphären zwischen Polen und Finnland war eine logische Folge dieser Einsicht. Finnland hätte die Verantwortung für die estnische Verteidigung übernommen, währenddem Polen für Lettland zuständig gewesen wäre. Der Gedanke schien auch deshalb den Traditionen zu entsprechen, da Lettland früher ein Randgebiet der polnischen Föderation dargestellt hatte und da seine nationale Bewegung sich sehr positiv einstellte zu engen Beziehungen mit Litauen, dem anderen Partner des ehemaligen polnischen »Völkerbundes«. Die Esten wiederum fühlten sich mehr mit Finnland verbunden, was noch durch die Konflikte mit den Letten betont wurde. Wie zum Beweis für die Brauchbarkeit der vorgebrachten Ideen hatte es zwischen Finnland und Estland bereits eine Phase äusserst enger politischer, militärischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit gegeben, die in gewisser Form auch später eine Fortsetzung fand. Die sich abzeichnenden Bindungen und Interessensphären schienen den Polen so klar, dass man deren Bekräftigung durch einen Vertrag nicht für nötig hielt – dies entsprach der idealistischen und improvisierten Vorgehensweise der Föderationspolitik insgesamt. Ein grundsätzliches polnisch-finnisches Einvernehmen wurde für genügend angesehen und einzig

ein Militärabkommen angestrebt, über das in den Jahren 1920–22 dreimal Verhandlungen stattfanden.

Die auf dem blossen gegenseitigen Einvernehmen und Vorschlägen inoffizieller Natur fussende Aufteilung der polnisch-finnischen Interessensphären funktionierte auch bis zu einem gewissen Grade. Die Finnen waren bereit, Estland mit allen diplomatischen Mitteln zu unterstützen, und die militärische Zusammenarbeit der Polen mit den Letten erwies sich Ende 1919–Anfang 1920 als erfolgreich. Zumindest durch die in der Weissrussland-Frage gemachten Erfahrungen erkannte die finnische Regierung die Wichtigkeit der Respektierung oder mindestens Berücksichtigung der polnischen Wünsche in den südlich von Estland gelegenen Gebieten. Finnland anerkannte bei verschiedener Gelegenheit die Zugehörigkeit der Ukraine, Weissrusslands sowie Litauens zum polnischen Einflussbereich und zeigte sich auch in Lettland zu einem weitgehend gemeinsamen Vorgehen mit den Polen bereit. In polnischen Quellen finden sich sogar Hinweise darauf, dass sich die finnische Regierung den Gedanken einer Aufteilung in Interessensphären zu eigen gemacht hatte und von Polen entsprechende Gegenleistungen in Estland erwartete.

Entsprechend den übrigen Aufteilungen in Einflussbereiche Ende des Ersten Weltkrieges war auch hier der unmittelbare Ausgangspunkt die Schwäche der eigenen Ressourcen und das daraus entstehende Bedürfnis nach Koordination der Massnahmen. Die Ausgestaltung der Einflussbereiche wurde dann jedoch durch andere Faktoren bestimmt, und das durch militärische und politische Hilfeleistungen gewachsene Ansehen bot auch die Gelegenheit zu wirtschaftlicher Einflussnahme. Die Finnen entsprachen den estnischen Wünschen und bauten eine wirtschaftliche Vormachtstellung in Estland auf, machten jedoch damit schlechte Erfahrungen und mussten sich wieder zurückziehen. Den Polen wiederfuhr dasselbe in noch stärkerem Ausmasse in Lettland. Polen hatte das dringende Bedürfnis, seinen Zugang zum Meer über die lettischen Häfen abzusichern und ein zentraler Gedanke der für die polnische Aussenpolitik Verantwortlichen von Piłsudski bis zum Sonderdelegierten für Nordost-europa Wasilewski scheint gewesen zu sein, dass die Lettland gewährte Hilfe zu ausgedehnten Zugeständnissen bei der Benützung der Häfen und Eisenbahnen sowie zu exterritorialen Rechten berechnete. Entsprechend wurde von Litauen die Gutheissung der polnischen Wünsche verlangt als Vorbedingung für die Uebergabe der Stadt Wilna.

Hier zeigt sich, dass die föderalistische Ostpolitik Polens nicht über

romantische Ideen einer Zusammenarbeit und gemeinsamen Einvernehmens hinausgelangt war. Man erwartete, dass sich die Ostföderation ohne weiteres verwirklichen lasse, falls nur die Voraussetzungen, d.h. die Vormachtstellung der Polen, erfüllt seien. Man scheint sich hingegen nicht überlegt zu haben, wie sich der schwächere Partner einem zwar formell gleichgestellten, jedoch in Wirklichkeit mächtigeren Partner gegenüber verhalten werde. In bezug auf Finnland stellte dies nicht so grosse Probleme, da die Wünsche nach einem Staatenbund v.a. von estnischer Seite kamen und die finnische Uebermacht nicht allzu erdrückend war. Die finnische Rolle des »grossen Bruders« sah in Wirklichkeit anders aus, als man sich das vorgestellt hatte. Bei den Polen war dieser Unterschied zwischen Theorie und Realität noch grösser, und sie scheinen dies weniger eingesehen zu haben als die Finnen, die entsprechende Zugeständnisse machten.

Gerade die nationalen Gegensätze und besonders das gegenüber den grösseren Partnern empfundene Misstrauen und Angstgefühl waren also offensichtlich der wichtigste Grund dafür, dass die Randstaatenpolitik trotz aller äusseren Gefahren und grosser Vorteile nie in der Form eines alle umfassenden Bundes verwirklicht werden konnte. Polen und Litauen stritten sich um wichtige Grenzgebiete, zudem sahen die Litauer ihre nationale Identität durch die Polen bedroht. Bereits dies – noch verstärkt durch die unnachgiebige Haltung der Polen – reichte aus, um aus der Wilna-Frage einen nicht zu lösenden Konflikt zu machen, der die Entstehung eines alle fünf Staaten umfassenden Bundes verunmöglichte. Ein Konflikt von annähernd gleicher Grössenordnung trennte Polen und Lettland vom Frühling 1920 an. Zwischen Lettland und Estland waren ausserdem die nationalen Differenzen und Antipathien im Volke so stark, dass sie das 1921 zustande gebrachte Verteidigungsbündnis zum Scheitern verurteilten. Die nationale Selbstverteidigungsreaktion der Esten gegenüber den Finnen war ebenfalls so stark, dass sie noch im Herbst 1919 eine teilweise Störung der gegenseitigen Beziehungen verursachte. Die nachgiebigere Haltung der finnischen Regierung bewirkte jedoch eine Korrektur der Beziehungen, und vom Ende des gleichen Jahres an strebten die Esten wiederum ein engeres Bündnis mit Finnland an. Schliesslich muss noch jenes Misstrauen erwähnt werden, das besonders die finnischen Rechts- und Linksparteien gegenüber der Politik der baltischen Länder und v.a. Polens empfanden. Die Auffassung von der gefestigteren und gesicherteren aussenpolitischen Stellung Finnlands reichte auch aus, um die Ablehnung sowohl der

ausgedehnteren Bündnispläne wie auch der bilateralen polnisch-estnischen Bündnisvorschläge durch die regierenden Rechtsparteien zu bewirken, deren Einstellung zur Randstaatenpolitik sonst positiv war.

Die Schlussbilanz der Randstaatenpolitik kann jedoch auch für Finnland nicht als negativ angesehen werden. Die ständigen Konferenzen, an denen sich die Ministerpräsidenten und Aussenminister mindestens zweimal jährlich trafen, bedeuteten einen solchen Informationsaustausch über die allgemeinen Fragen und die spezifischen Zielsetzungen jedes Landes, dass deren Bedeutung einem formellen Bund glich. Für die kleineren baltischen Länder wiederum war von Bedeutung, dass an den Randstaatenkonferenzen auch über wirtschaftliche, soziale, postale, verkehrstechnische, gesundheitspolitische und juridische Angelegenheiten verhandelt wurde. Als völkerrechtlich nicht anerkannte Staaten war es ihnen ja anfänglich verwehrt, an internationalen Vereinbarungen grösseren Ausmasses teilzunehmen.

Die polnischen Vorschläge über eine Aufteilung der Interessensphären und gegenseitige Bündnisse stellten für den jungen finnischen Staat in den ersten Nachkriegsjahren neben der durch die Mitteleuropapolitik Deutschlands bedingten Stellung als »Eckpfeiler« im Osten sowie der Anerkennungspolitik der westlichen Siegermächte die dritte Möglichkeit zur Eingliederung in die Weltpolitik dar.²⁶¹

261. Ueber diese Verbindungen siehe näher HOVI 1978, HOVI 1981a.

Quellen und Sekundärliteratur

(Abkürzungen)¹

Ungedruckte Quellen

Polnische Archive

Archiwum Akt Nowych. Warszawa (AAN).

Akta Leona Wasilewskiego 30, 41–45, 69.

Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych.

Wydział wschodni 5197.

Poselstwo RP Paryz 3, 4, 28, 102.

Poselstwo RP Sztokholm 3, 92.

Poselstwo RP Waszyngton 1.

Hoover Institute. Stanford (HI).

Archives of the Polish Embassy at Washington 2.

Józef Piłsudski Institute of America. New York.

Akta Adjutantury Generalnej Naczelnego Dowództwa 1918–1922

(AAGN) Teki 20–22, 24–25, 31, 33–34, 42–43.

Polish Institute and Sikorski Museum. London (PISM).

Akta poselstwa RP Londyn 12.53/1–3.

Finnische Archive

Turun yliopisto. Historian laitos (TYHL).

Heimosota-arkisto.

Ulkoministeriön arkisto. Helsinki (UMA).

7 E Viro 1919.

7 E Puola 1919–1921.

12 L Viro 1919.

1. In den Anmerkungen dazu FO = Foreign Office, Aussenministerium Englands, MSZ = Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Aussenministerium Polens, UM = Ulkoministeriö, Aussenministerium Finnlands.

12 L Latvia 1919–1921.
12 L Puola 1919–1921.
53 L 2 f.
Valtionarkisto. Helsinki (VA).
Herman Gummeruksen kokoelma 56.
Rudolf Holstin kokoelma 28–30.
Toivo T. Kailan kokoelma.
Oswald Kairamon kokoelma 7.
O. W. Louhivuoren kokoelma 31.
J. H. Vennolan kokoelma 3, 45.
Ulkoministeriön arkisto.
1. Tallinnan itsenäisyyskokoelma.
2. Personalialia.
5 C 12 Tallinna.
5 C 13 Varsova.
12 A 2 Helsingin konferenssi.
100 Puola 1918–1925.
100 Viro 1918–1923.
Pariisin lähetystön kirjeistö Fa II e-3.
Riian konsulaatin kirjeistö Fa 1.

Englische Archive

Public Record Office. London (PRO).
Foreign Office. General Correspondence. Political 371.
Baltic States 3609, 3615, 3618–3620, 3622, 3626, 3630, 5373–
5374, 6730.
Poland 3731.

Französische Archive

Archives du Ministère des Affaires Etrangères. Paris. (AMAE).
Série Europe 1918–1929.
Esthonie 1.
Lettonie 2–3.
Lithuanie 4–5, 13, 19.
Pologne 70, 72, 130.
Russie 156, 211.
Service Historique d'Armée de Terre. Vincennes (SHAT).
Série 6 N 124–126, 144.
Série 7 N 833.

Deutsche Archive

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Bonn (AA).
Abteilung I A. Weltkrieg 20 d 1.
Abteilung IV. Lettland Po 3 Polen 1.

Dänische Archive

Udenrigsministeriets Arkiv. København (DUMA).
Gesandtskab Paris 1919.

Gedruckte Quellen

Dokumenty i Materiały do historii stosunków polski-radzieckich II.
Ed. Natalia Gąsiorowska. Warszawa 1961 (DMPR).
Josef Piłsudski, Erinnerungen und Dokumente IV. Reden und
Armeebefehle. Hg. Waclaw Lipiński, J. P. Kaczkowski. Übertr.
J. P. Ardeschah. Essen 1936 (JPED).
Józef Piłsudski, Pisma zbiorowe I. Wyd.dot. Warszawa 1937 (JPPZ).
Maanõukogu protokollid 1917–1919. Tallinn 1935 (MP).
Minutes of the Baltic Conference Held at Bulduri in Latvia in 1920.
Ed. the Latvian Legation. Washington 1960 (MBCB).
Recueil des principaux traités conclus par la Lettonie avec les Pays
Etrangers 1918–1928 I. Publ.dir. G. Albat. Riga 1928 (RPTL).
Sprawy polskie na konferencje pokojowej w Paryżu w 1919. Doku-
menty i materiały II. Red. Remigiusz Bierzanek i Józef Ku-
kułka. Warszawa 1967 (SPKP).
Suomen virallinen tilasto (SVT) I A 39–41. Suomen kauppa ulkomai-
den kanssa sekä tullilaitoksen kanto vuonna 1919–1920. Helsinki
1922.
Suomen virallinen tilasto (SVT) I B. Merenkulku vuonna 1919. Uusi
sarja II. Helsinki 1922.
Suomen virallinen tilasto (SVT) VI. Väestötilastoa 56: 1. Suomen
väkiluku joulukuun 31. päivänä 1920 I. Väkiluku ja kielisuhteet.
Helsinki 1922.

Zeitungen

Helsingin Sanomat 1919.
Robotnik 1919.
The Times 1920.
Vaba Maa 1920.

Erinnerungen und zeitgenössische Literatur

- Baranowski, Władysław, Rozmowy z Piłsudskim 1916–1931. Warszawa 1938.
- Enckell, Carl, Poliittiset muistelmani II. Suom. Heikki Impola. Porvoo 1956.
- Haavio, Martti, Nuoruusvuodet. Kronikka vuosilta 1906–1924. Porvoo 1973.
- Holma, Harri, Viro ja Suomi. Poliittis-yhteiskunnallinen katsaus. Esitelmä Turun Suomalaisen Yliopistoseuran esitelmäkokouksessa Turussa 21. 4. 1919. Helsinki 1919.
- Jusaitis, Kuningas Antanas, The History of the Lithuanian Nation and Its Present Aspirations. Philadelphia 1917.
- Kaila, Toivo T., Eräs elämä. Muistelmia ja merkintöjä. Helsinki 1954.
- Kalm, Hans, Pohjan poikain retki I–II. Porvoo 1921.
- Kettunen, Lauri, Tieteen matkamiehen uusia elämyksiä. Murrosvuodet 1918–1924. Porvoo 1948.
- Kruus, Hans, Murdekuudel 1917–1918. Mälestusi ühenduses G. Suit-suga. Looming 1933.
- Mannerheim, G., Muistemat. Ensimmäinen osa. Helsinki 1951.
- Nekludoff, A., Souvenirs diplomatiques. En Suède pendant la Guerre Mondiale. Paris 1926.
- Piip, Ants, Tormine aasta. Ulevaade Eesti välispoliitika esiajast 1917–1918. aastal dokumentides ja mälestusis (Kordustr.) Örebro 1966.
- Pilsudska, Alexandra, Pilsudski. A Biography by His Wife. New York 1941.
- Rei, August, Mälestusi tormiselt teelt. Stockholm 1961.
- Suits, Aino, Mälestusi välisdelegatisoonist. – Tulimuld 1960.
- Tallents, Stephen, Man and Boy. London 1943.
- Tuglas, Friedebert, Aja Kaja 1914–1919. Tartu 1920.
- Warma, Alexander, Diplomaadi kroonika. Ulestähendusi ja dokumente aastatest 1938–1944. Lund 1971.
- Wasilewski, Leon, Józef Piłsudski. Jakim go znałem. Warszawa 1935.
- Z-i, J. (Józef Ziabicki?), Finlandja a Polska. Warszawa 1919.

Sekundärliteratuur

- ARNELL, Sture, Die Auflösung des livländischen Ordensstaates. Das schwedische Eingreifen und die Heirat Herzog Johans von Finnland 1558–1562. Lund 1937.

- ARUMÄE, H., *Za kulisami »baltijskogo sojuza«*. (Iz istorii vnešnej politiki burżuaznoj Estonii v. 1920–1925 gg.) Tallinn 1966.
- BIELENSTEIN, A., *Die Grenzen des lettischen Volksstammes und der lettischen Sprache in der Gegenwart und im 13. Jahrhundert. Ein Beitrag zur ethnologischen Geographie und Geschichte Russlands*. St. Petersburg 1892.
- BULHAK, Henryk, *Początki sojuszu polsko-rumuńskiego i przebieg rokowań o konwencję wojskowa w latach 1919–1921*. – *Dzieje Najnowsze* 3/1973.
- ČEGINSKAS, K. J., *Die Polonisierung des litauischen Adels*. – *Commentationes balticae* IV/V. Bonn 1958.
- DAVIES, Norman, *White Eagle – Red Star. The Russo-Polish War 1919–1920*. London 1972.
- DERUGA, Alexy, *Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy (1918–1919)*. Warszawa 1969.
- DOPKEWITSCH, Helene, *Die Entwicklung des lettländischen Staatsgedankens bis 1918*. – *Rigaer volkstheoretische Studien* 3. Berlin 1936.
- DZIEWANOWSKI, M. K., *Joseph Piłsudski. A European Federalist 1918–1922*. – Hoover Institution Publications. Stanford 1969.
- ERIKSEN, Knut Einar – NIEMI, Einar, *Den finske fare. Sikkerhetsproblemer og minoritetspolitikk i nord 1860–1940*. Oslo 1981.
- FUTRELL, Michael, *Northern Underground. Episodes of Russian Revolutionary Transport and Communications through Scandinavia and Finland 1863–1917*. London 1963.
- GERMANIS, Uldis, *Die Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen der Letten*. – *Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1917–1918*. Hg. Jürgen von Hehn, Hans von Rimscha, Helmuth Weiss. Marburg/Lahn 1971.
- GERMANIS, Uldis, *The Idea of Independent Latvia and Its Development in 1917*. – *Res Baltica. A Collection of Essays in Honor of the Memory of Dr. Alfred Bilmanis (1887–1958)*. Ed. Adolph Spruds and Armins Ruin. Leyden 1968.
- GOSTYNSKA, Weronica, *Konferencja Państw bałtyckich i polski w Helsinkach w 1920 roku (Sprawa stosunku do Rosji Radzieckiej)*. – *Zapiski historyczne* 4/1977.
- GRIMM, Claus, *Vor den Toren Europas 1918–1920. Geschichte der Baltischen Landwehr*. Hamburg 1963.
- GUMMERUS, Herman, *Piłsudski. Det nya Polens skapare*. Helsingfors 1936.

- HALTSONEN, Sulo, Tadeusz Kościuszko Suomessa vv. 1796–1797. – Historiallinen Aikakauskirja 4/1937.
- HELANEN, Vilho, Suomalaiset Viron vapaussodassa. Helsinki 1921.
- HOLSTI, Kalevi, Suomen ulkopoliittikka suuntaansa etsimässä vuosina 1918–1922. Rudolf Holstin osuus. Suom. Raimo Heiskanen. Helsinki 1963.
- HOVI, Kalervo, Alliance de revers. Stabilization of France's Alliance Policies in East Central Europe 1919–1921. – Annales Universitatis Turkuensis B 163. Vammala 1984 (a).
- HOVI, Kalervo, Cordon Sanitaire or Barrière de l'Est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy 1917–1919. – Annales Universitatis Turkuensis B 135. Vammala 1975.
- HOVI, Kalervo, Estland in den Anfängen seiner Selbständigkeit. Die Tagebuchaufzeichnungen des dänischen Generalkonsuls in Reval Jens Christian Johansen 13. 12. 1918–29. 5. 1919. – Institute of History. General History. University of Turku, Publikation 8. Vammala 1976.
- HOVI, Kalervo, The Finnish Independence as an Issue in International Relations. – Scandinavian Journal of History 1/1978.
- HOVI, Kalervo, Mitä Mannerheim teki Varsovassa syksyllä 1919? – Faravid 3. Oulu 1979.
- HOVI, Kalervo, Puolan ja Suomen esimerkkisuhde. – Historiallinen Arkisto 81. Helsinki 1984 (b).
- HOVI, Kalervo, Suomen nivoutuminen kansainvälispoliittiseen kenttään 1890–1920. – Suomi kansainvälisissä kriiseissä. Historian perintö 7. Turku 1981 (a).
- HOVI, Kalervo, Suomi Puolan sosialistien (PPS) tsaarinhallituksen vastaisissa yhteistyökaavailuissa. – Venäjän vähemmistökansallisuudet tsarisminvastaisessa taistelussa 1800-luvulta vuoden 1917 vallankumouksiin. Neuvostoliittolaisten, puolalaisten ja suomalaisten historiantutkijoiden seminaari Tampereella 17.–18. marraskuuta 1979. Tampereen yliopisto. Historiatieteen laitoksen julkaisuja 5. Tampere 1981 (b).
- HOVI, Olavi, The Baltic Area in British Policy 1918–1921 I. From the Compiègne Armistice to the Implementation of the Versailles Treaty. – Studia Historica 11. Helsinki 1980.
- HOVI, Olavi – JOUTSAMO, Timo, Suomalaiset heimosoturit Viron vapaussodassa ja Itä-Karjalan heimosodissa vuosina 1918–1922. Vapaaehtoisten taustan ja lähtömotiivien tarkastelua. – Turun Historiallinen Arkisto XXIV. Turku 1971.

- HUNCZAK, Taras, »Operation Winter» and the Struggle for the Baltic. – *East European Quarterly* 1/1970.
- JURGELA, Constantine R., *History of the Lithuanian Nation*. New York 1948.
- JÄÄSKELÄINEN, Mauno, Itä-Karjalan kysymys. Kansallisen laajennusohjelman synty ja sen toteuttamisyritykset Suomen ulkopoliitikassa vuosina 1918–1920. Porvoo 1961.
- KALELA, Jorma, Grannar på skilda vägar. Det finländsk-svenska samarbetet i den finländska och svenska utrikespolitiken 1921–1923. Borgå 1971.
- KORHONEN, Keijo, Suomi neuvostodiplomatiassa Tartosta talvisotaan 1. Naapurit vastoin tahtoaan 1920–1932. Helsinki 1966.
- KRUUS, Hans, Grundriss der Geschichte des estnischen Volkes. Tartu 1932.
- LAAMAN, Eduard, Eesti iseseisvuse süünd. 2. tr. Stockholm 1964.
- LAITINEN, Kai, Aino Kallaksen maailmaa. – Delfiinikirjat. Keuruu 1978.
- LEWANDOWSKI, Józef, Federalizm. Litwa i Białorus w polityce obozu belwederskiego (IX 1918–IV 1920). Warszawa 1962.
- LOONE, L., Soome ja Eesti ühiskonnategelaste poliitilisest suhtlemisest Eesti rahvusliku liikumise päevil (1860–1880-ndate aastateni). – Eesti NSV Teaduste Akadeemia toimetised. Ühiskonnateaduste seeria 1959.
- LOSSOWSKI, Piotr, Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920. Warszawa 1966.
- LUNDGREEN-NIELSEN, Kay, The Polish Problem and the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles 1918–1919. – *Odense University Studies in History and Social Sciences* 59. Odense 1979.
- MACKEYWICZ, Stanisław (Cat), Geschichte Polens vom 11. November 1918 bis 17. September 1939. – *Wissenschaftliche Übersetzungen* 30. Hg. Johann Gottfried Herder – Institut. Marburg/Lahn 1956.
- MUSAT, Mircea – ARDELEANU, Ion, La vie politique en Roumanie 1918–1921. – *Bibliotheca Historica Romaniae. Monographies* XIX. Bucuresti 1978.
- MYLLY, Juhani, Maalaisliitto ja turvallisuuspoliittika. Suomen ulkopoliittika ja turvallisuuskysymykset agraaripuolueen politiikassa maan itsenäistymisestä talvisotaan I. Aktiivisesta heimopoliitikasta passiiviseen isolaatioon 1918–1933. – *Turun Yliopiston julkaisuja* C 21. Tampere 1978.

- MYLLYNIEMI, Seppo, Baltian kriisi 1938–1941. Keuruu 1977.
- NELSON, Harold J., Land and Power. British and Allied Policy on Germany's Frontiers 1916–19. – Studies in Political History. London 1963.
- NIITEMAA, Vilho, Baltian historia. – Historiallinen kirjasto XVI. Porvoo 1959.
- OJAMAA, M. – VARMAS, A. ja T., Eesti ajalugu. Stockholm 1946.
- PAASIVIRTA, Juhani, Suomi vuonna 1918. Porvoo 1957.
- POLVINEN, Tuomo, Venäjän vallankumous ja Suomi 1918–1920 I. Helmikuu 1917–toukokuu 1918. Porvoo 1967.
- PULLAT, Raimo, Eesti linnad ja linlased. XVIII sajandi lõpust 1917. aastani. Tallinn 1972.
- RAUCH, Georg von, Geschichte der baltischen Staaten. – Geschichte und Gegenwart. Stuttgart 1970.
- RENOUVIN, Pierre, Histoire des relations internationales 5–8. Paris 1954–1958.
- RENOUVIN, Pierre – DUROSELLE, Introduction à l'histoire des relations internationales. 2nde éd. Paris 1966.
- RHODE, Gotthold, Polen-Litauen vom Ende der Verbindung mit Ungarn bis zum Ende der Wasas (1444–1669). – Handbuch der Europäischen Geschichte 3. Hg. Theodor Schieder. Stuttgart 1971.
- RHODE, Gotthold, Probleme einer Biographie von Józef Piłsudski. – Festschrift für Eberhard Kessel zum 75. Geburtstag. Hg. H. Duchhardt u. M. Schluke. München 1982.
- RODGERS, Hugh I., Search for Security. A Study in Baltic Diplomacy 1920–1934. Hamden, Conn. 1975.
- ROOS, Hans, Geschichte der Polnischen Nation 1916–1960. Von der Staatsgründung im ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. – Urban Bücher. Stuttgart 1961.
- ROOS, Hans, Polen von 1668 bis 1795. – Handbuch der Europäischen Geschichte 4. Hg. Theodor Schieder. Stuttgart 1968.
- SAAT, J., Nõukogude võim Eestis. Oktoober 1917 – märts 1918. Tallinn 1975.
- SCHAUMAN, Henrik, Reunavaltipoliitikka. – Itsenäisen Suomen ulkopoliitikan alkutaival. Toim. Päiviö Tommila. Porvoo 1962.
- SCHAUMAN, Henrik, Suomen reunavaltipoliitikka 1919–1921. Käsikirjoitus (1963). Åbo Akademin kirjasto.
- SENN, Alfred Erich, The Emergence of Modern Lithuania. – Studies of the Russian Institute. Columbia University. New York 1959.

- SENN, Alfred Erich, *The Great Powers, Lithuania and the Vilna Question 1920–1928*. – *Studies in East European History*. Ed. W. Philipp and P. Schreibert. Leiden 1966.
- SIILIVASK, K., *Eesti Oktoobrirevolutsiooni ja kõdusoja perioodil 1917–1920*. 3.tr. Tartu 1969.
- SIPOLS, V., *Die ausländische Intervention in Lettland 1918–1920*. Berlin 1961.
- SKRZYPEK, Andrzej, *Zwiazek bałtycki. Litwa, Łotwa, Estonia i Finlandia w polityce polski i ZSSR w latach 1919–1925*. Warszawa 1972.
- TALVE, Ilmar, *Eestlasi Soome põllutöökoolides enne I maailmasõja*. – *Tulimuld* 4/1956.
- UUSTALU, Evald, *Die Staatsgründung Estlands. Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten* – Marburg/Lahn 1971.
- WALTERS, M., *Lettland. Seine Entwicklung zum Staat und die baltische Frage*. Rom 1923.
- WANDYCZ, Piotr S., *France and Her Eastern Allies 1919–1925. French–Czechoslovak–Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*. Minneapolis 1962.
- WANDYCZ, Piotr S., *Soviet-Polish Relations 1917–1921*. – *Russian Research Center Studies* 59. Cambridge Mass. 1969.
- WASILEWSKI, Leon, *Finlandia*, Warszawa 1925 (a).
- WASILEWSKI, Leon, *Litwa i Białorus*. Warszawa 1925 (b).
- WASZCZYŃSKI, Bolesław, *Archiwalia obrazujące stosunki polski z krajami nadbałtyckimi 1918–1939*. – *Studia z dziejów ZSRR i Europy środkowej* VI/1970.
- VIHALEM, Paul, *Eesti kodanlus imperialistide teenistuses (1917–1920)*. Tallinn 1960.
- VILKUNA, Kustaa, *Pääministeri J. K. Paasikiven kuningashuolia 1918*. – *Suomen kuvalehti* 1/1968.
- ZETTERBERG, Seppo, *Die Liga der Fremdvölker Russlands 1916–1918. Ein Beitrag zu Deutschlands antirussischem Propagandakrieg unter den Fremdvölkern Russlands im ersten Weltkrieg*. – *Studia Historica* 8. Helsinki 1978.
- ZETTERBERG, Seppo, *Suomen ja Viron valtiolliset lähentämissuunnitelmat syksystä 1917 vuoden 1919 kevääseen*. Lis.tutk. Helsingin Yliopisto 1972.
- ZETTERBERG, Seppo, *Suomi ja Viro 1917–1919. Poliittiset suhteet syksystä 1917 reunavaltiopolitiikan alkuun*. – *Historiallisia tutkimuksia* 102. Helsinki 1977.

Personenregister

D'Abernon, Edgar V. 125–126

Balodis, Janis 90, 120

Bermond-Avalov, P. M. 64, 80, 115

Bouffał, Bronisław 77

Budjonnyi, S. M. 124

Castrén, Kaarlo 49

Curzon, George N. 125

Dąbski, Jan 139, 160

Denikin, A. I. 82–83, 114, 122

Dmowski, Roman 19, 22, 67–69, 99

Dziewanowski, M. K. 15

Ehrnrooth, Leo 49

Ehrström, Erik 109

Ekström, Martin 42

Enckell, Carl 34

Enckell, Oskar 54

Foch, Ferdinand 125, 161

Gabrys, Juozas 30, 69

Gebhard, Hannes 47

Goltz, Rüdiger von der 62–63

Grabski, Władysław 124–125, 127, 129

Gregory, J. D. 98

Gummerus, Herman 28

Gustav I Wasa 17

Gyllenbögel, Boris 102–103, 109, 131

Göös, Hjalmar 47–48, 59

Hanko, August 106

Helanen, Vilho 41

Holma, Harri 46–47

Holsti, Rudolf 36, 52–54, 58–59, 99, 104–105, 107–108, 113, 132, 139, 146, 154, 160–162

Hovi, Olavi 13

Idman, K. G. 36

Ingman, Lauri 41

Ionescu, Take 158

Joffe, Adolf 136

Johann, Herzog von Finnland 17, 95

Judenitsch, N. N. 82, 96

Kaila, Toivo T. 36

Kairamo, Oswald 45, 47, 59

Kallas, Aino 44

Kallas, Oskar 44

Kalm, Hans 42

Kamieniecki, Witold 23, 127–128, 147, 150

Karnicki, Aleksander 83

Katarina Jagellonica 17, 95

Kesküla, Alexander 28–29, 32

Kettunen, Lauri 41, 46, 59

Koltschak, A. V. 82

Korhonen, Keijo 159

Kościuszko, Tadeusz 19, 21, 73, 95

Kossakowski, Michał 85–86

Kruus, Hans 33

Laaman, Eduard 62

Laidoner, Johan 90, 92, 155

Lenin, V. I. 86

Lill, Paul 153

Lloyd George, David 98

Łossowski, Piotr 15

Louhivuori, O. W. 41, 46

Łukasiewicz, Juliusz 100, 102, 157

Lutze-Birk, Aleksander 99

Mannerheim, C. G. 41, 102

Meierovics, Zigfrids 31, 55–56, 79, 135, 147, 162–163

Mickiewicz, Adam 19–20, 73

Mikkola, J. J. 98–99, 101–102, 107

Niedra, Andrievs 63
Niessel, Albert 115

Olszowski, Kazimierz 103, 110
Osmołowski, Jerzy 71

Paderewski, Ignacy 66, 69, 72, 75, 99
Patek, Stanisław 110
Petljura, Simon 121–122, 127, 133
Piip, Ants 36, 64, 153–154
Piłsudski, Józef 14, 19–23, 66–68,
70–77, 83–87, 91, 96–97, 99, 102–103,
114, 117, 118, 121–124, 126–128, 130–
131, 138, 140–144, 152, 157, 160–161,
165, 167
Poska, Jaan 34, 36, 50, 55
Pożerski, Olgierd 132
Prus-Bogusławski, Stanisław 91
Pusta, Kaarel 135
Putkinen, Yrjö 45, 59
Päts, Konstantin 32, 34–36, 42, 44–46, 51
Pödder, Ernst 34, 89

Rainis, Janis 30
Rei, August 49
Reijonen, Erkki 59, 104–105
Rilski, Oberst 128
Ropp, Friedrich von der 27
Rydz-Śmigły, Edward 75, 117

Samson-Himmelstjerna, Mikołaj 91
Sapieha, Eustachy 66, 99, 103, 116, 139,
141–142
Šaulys, Jurgis 135
Schauman, Henrik 15
Seja, L. 89, 119
Sigismund III Wasa 95

Sikorski, Władysław 126, 143
Skirmunt, Konstanty 160–163
Skrzypek, Andrzej 15
Šleževičius, Mykolas 55, 69
Sliupas, Jonas 31, 56
Smetona, Antanas 140
Sokolnicki, Michał 23, 91, 130, 132,
139, 160

Staroszewski, Hauptmann 119
Strandman, Otto 50, 56
Ståhlberg, K. J. 130, 139
Suits, Gustav 33–34,
Svinhufvud, Pehr Evind 36, 40

Tallents, Stephen 94, 134
Thauvón, Aino 33
Tuglas, Friedebert 34
Tuchatschewski, M. N. 124, 126
Tõnisson, Jaan 28–29, 31, 106

Ulmanis, Karlis 55, 62–63

Vennola, J. H. 54
Voldemaras, Augustinas 27, 69, 75
Wandycz, Piotr 15
Wasilewski, Leon 14–15, 21, 23–24, 73,
75, 77, 79, 86, 91, 96, 117–119, 127,
135, 140, 167
Weygand, Maxime 125
Winnig, August 40

Żeligowski, Lucjan 126, 141–144, 148
Zemaitans, Georg 64
Zetterberg, Seppo 15, 46, 57
Ziabicki, Józef 97, 110

Åström, Leonard 109, 135–136, 138

